

Luzi Stamm

DER KNIEFALL DER SCHWEIZ

**Die Krise Schweiz – Zweiter Weltkrieg
ist weniger eine aussenpolitische,
als vielmehr eine innenpolitische Krise**

Rückseite (4. US / Umschlagseite)

Bild

Luzi Stamm, geb. 1952, seit 1991 Mitglied des Nationalrats als Vertreter der freisinnigen Partei FDP Aargau. Im Herbst 1995 wurde er in eine fünfköpfige Kommission gewählt, die im Nationalrat zu prüfen hatte, ob sich wegen „nachrichtenlosen Vermögen“ auf Schweizer Banken gesetzliche Massnahmen aufdrängen. Somit erlebte er die Angriffe gegen die Schweiz von Anfang an aus nächster Nähe mit.

Ein Plädoyer für die Schweiz

Fakten und Hintergründe

der Angriffe auf unser Land seit 1996

„Krise Schweiz – Zweiter Weltkrieg“, „Nachrichtenlose Vermögen“, „Raubgold-Krise“, „Holocaust-Krise“: Schon viel hat man davon gehört und darüber gelesen. Aber wer verstehen will, worum es wirklich geht, der sollte dieses Buch lesen.

Im ersten Teil zeigt der Autor auf, wie unverständlich es ist, dass ausgerechnet die Schweiz in Kreuzfeuer genommen wurde. Unter anderem legt er dar, dass die Vorwürfe und Forderungen von allem Anfang an 1000-fach übertrieben waren und dass von der Schweiz in verschiedener Beziehung sogar mehr verlangt wurde, als Deutschland nach dem Krieg an Wiedergutmachung bezahlte. Er zeigt, wie falsch es ist, antiamerikanische und antisemitische Gefühle aufkommen zu lassen, weil nur eine erstaunlich kleine Gruppe von Leuten mit enorm viel Geld und Macht hinter den Angriffen steht.

Im zweiten Teil legt der Autor dar, dass weite Kreise unseres Landes das Kesseltreiben aus dem Ausland sogar noch unterstützten. Er wirft die Frage auf, wie es möglich ist, dass zahlreiche Schweizer Persönlichkeiten das eigene Land derart im Stich gelassen haben.

Im dritten Teil werden die Konsequenzen der Krise behandelt. Der Autor ist der Meinung, dass die Probleme der Schweiz nicht im Verhalten während des zweiten Weltkriegs liegen, sondern im Fehlverhalten seit 1996. Er stellt die bange Frage, ob sich unser Land auf dem internationalen Parkett immer so anpassert und zahlungswillig verhält, wenn es darum gehen würde, die Interessen unserer Bevölkerung zu vertreten.

Wenn die Schweiz nicht wieder lernt, internationalem Druck standzuhalten, ist die weitere Existenz des Kleinstaats Schweiz ernstlich bedroht.

Rückseite des nochmaligen Titels

1. Auflage
Copyright Luzi Stamm, 5405 Baden
Druck: Zofinger Tagblatt
ISBN
Printed in Switzerland

(3. Seite im Buch, gerade wenn man das Buch aufschlägt)

Israel Singer, Generalsekretär des jüdischen Weltkongresses, als
Reaktion auf den Abschluss der "Globallösung" am 12. August 1998
an die Adresse unseres Landes:

"Das ist ein historischer, nationaler Kniefall "

Für einmal hatte Israel Singer recht. Mit seinem Satz hat
er dem vorliegenden Buch seinen Titel gegeben

Für eilige Leserinnen und Leser:

Wer in Eile ist, wird gebeten, folgende drei Passagen zu lesen

- das Vorwort, das zeigt, weshalb dieses Buch geschrieben wurde;
- das Inhaltsverzeichnis, woraus der Buchinhalt weitgehend ersichtlich ist;
- die Kapitel 14 und 15 (6 Seiten), welche die politischen Lehren beinhalten.

Zwei Arten von Fussnoten

- Zahlreiche untergeordnete Informationen sind in Fussnoten verarbeitet, die mit * markiert und auf derselben Seite unten angefügt sind.

- Die Verweise auf Quellen sind als Fussnoten fortlaufend nummeriert und am Ende des Buchs kapitelweise dargestellt.

Chronologie der Ereignisse am Ende des Buches

Am Schluss des Buches sind die wichtigsten Ereignisse der "Krise Schweiz – Zweiter Weltkrieg" in 50 Punkten chronologisch aufgelistet,

Ebenso am Schluss des Buches findet sich ein Verzeichnis der Personen, die im Buch erwähnt sind sowie ein (nur beschränktes) Sachregister.

Widmung:

Dieses Buch ist mit grossem Dank
unserer Kriegsgeneration gewidmet

Bitte reden Sie mit ihren Kindern und Enkeln über die damalige Zeit
Es ist die junge Generation, die informiert werden muss
und den Inhalt dieses Buches kennen sollte.

Winston Churchill:

Die ärgsten Schwierigkeiten, unter denen wir leiden, kommen nicht von aussen. Sie kommen von innen. Sie kommen aus einer Stimmung ungerechtfertigter Selbsterniedrigung, in die uns ein einflussreicher Teil unserer Intellektuellen gestürzt hat. Wenn wir den Glauben an uns selbst verlieren, dann gehen wir tatsächlich unserem Ende entgegen.

Vorwort

Das vorliegende Buch handelt von der sogenannten "Krise Schweiz – Zweiter Weltkrieg". Dieses Thema ist gewählt worden, um einen für die Schweiz bedrohlichen Mechanismus aufzuzeigen. Die Krise zeigt, wie "ein einflussreicher Teil unserer Intellektuellen" (siehe Churchill, linke Seite) selbst dann nicht mehr bereit ist, sich für unser Land einzusetzen, wenn Druck und Angriffe aus dem Ausland gegen die Schweiz geradezu absurde Formen annehmen. Um das aufzuzeigen, wird einerseits dargelegt, wie ungerechtfertigt die Angriffe von allem Anfang an waren. Andererseits wird aufgezeichnet, wie in der Schweiz reagiert wurde.

Mir ging es seit 1996 so, wie es wohl einem Grossteil unserer Bevölkerung ergangen ist. Mit Erstaunen und mit wachsender Verärgerung nahm ich zur Kenntnis, dass ausgerechnet die Schweiz angegriffen wurde, die es damals trotz grösster Gefahr geschafft hat, inmitten eines totalitären Umfelds demokratisch, freiheitlich und menschlich zu bleiben.

- Ausgerechnet der Schweiz wurde "volle Kooperation" mit Hitler vorgeworfen (Kapitel 2), obwohl die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung eine stabile Front von ideologischem Widerstand gegen Nazideutschland gebildet hatte.
- Ausgerechnet unser Land wurde angegriffen, das damals trotz extremer Zwangslage als eines der ganz wenigen Länder Flüchtlinge in grossem Stil aufnahm, pro Kopf zum Beispiel 40 mal mehr jüdische Flüchtlinge als die USA (Kapitel 7 c6).
- Ausgerechnet die Schweizer Banken waren Zielscheibe, obwohl sie ihre Kunden schützten, wogegen andernorts die Gelder an den Staat flossen und in Einzelfällen jüdische Vermögen sogar bewusst zugunsten des Staats veräussert wurden (Kapitel 7 a2).
- Die Schweizer Banken wurden beschuldigt, obwohl einleuchten muss, dass Gelder damals viel eher nach Uebersee flossen und somit viel eher in anderen Ländern liegen (Kapitel 7 a3).
- Die Forderungen gegen die Schweizer Banken waren von allem Anfang an rund 1000-fach übertrieben (Kapitel 7 a1).
- Sogar die "Kronzeugenfälle", die das Fehlverhalten der Schweizer Banken weltweit aufzeigen sollten, scheinen bis heute pure Behauptungen darzustellen. In einem Fall handelte es sich gar nachgewiesenermassen um einen Betrugsversuch (Kapitel 7 a6).
- Betreffend Raubgold wurde die Schweiz zur Kasse gebeten, wobei schon gar niemand mehr auf die Idee zu kommen schien, dass - wenn schon - derjenige zu bezahlen hätte, der das Gold damals raubte (Kapitel 7c).
- Ausgerechnet die Schweiz sollte Raubgold zurückgeben, obwohl sie bereits 1946 250 Millionen Franken bezahlt hatte und obwohl sich die USA damals an zusätzlichen 400 Millionen Franken aus der Schweiz schadlos halten konnten (Kapitel 7 b2).
- Die Kritik kam ausgerechnet aus den USA, die damals die Zwangslage der Schweiz durch Blockierung der schweizerischen Guthaben in den USA mitverursacht hatten (Kapitel 7 b2).
- Vorwürfe betreffend "Totengold" (Gold von Konzentrationslageropfern) kamen ausgerechnet aus den USA, obwohl damals die Alliierten solches Gold entgegennahmen, wogegen unsere Nationalbank damit ausdrücklich nichts zu tun haben wollte (Kapitel 7 b3).
- Zusammengefasst: Wo Länder wie Italien und Oesterreich als damalige Waffenbrüder Nazideutschlands, wo teilweise sogar selbst Deutschland nicht belangt worden ist, da sollte nun plötzlich die Schweiz moralisch und finanziell Busse tun.
- Ganz zu schweigen von all den übrigen Vorwürfen, die plötzlich erhoben wurden: Die Schweiz habe den Krieg verlängert, sie habe jüdische Flüchtlinge sklavenartig in Arbeitslagern gehalten, sie sei eine Hochburg des braunen Gedankenguts gewesen, sie habe Elitesoldaten für die Waffen-SS trainiert, etc. (Kapitel 7d und 13a).

Erstaunlich war bereits, wie sich unser Land kaum zur Wehr setzte und stattdessen mit Schuldbekennnissen, Zahlungen und Zahlungsverprechen reagierte. Geradezu unglaublich war jedoch, in welchem Ausmass Schweizer Persönlichkeiten lauthals in die ausländische Kritik

* Ob man den Ausdruck " einflussreicher Teil unserer Intellektuellen" verwendet, wie dies Churchill getan hat, oder ob Begriffe wie "geistige Elite", "intellektuelle Elite", "Meinungsbildner" (engl. opinion leaders), "gesellschaftliche Führung" oder "meinungsbildende Klasse" gewählt werden, spielt keine Rolle. Klar ist auch, dass diese Gruppe nicht eindeutig abgegrenzt werden kann. Dazu gehören Schriftsteller, Kulturschaffende, Historiker, Soziologen, Universitätsprofessoren, Medienschaffende, Wirtschaftsvertreter und Politiker, also die massgebenden Persönlichkeiten, welche die Haltung unseres Landes letztlich bestimmen.

miteinstimmten und als selbsternannte Belastungszeugen und Ankläger gegen das eigene Land auftraten.

Dem "Mann auf der Strasse" fehlt begrifflicherweise die Zeit, sich umfassend zu informieren. Die massgebenden Kritiker im In- und Ausland kann jedoch nicht abgekauft werden, dass sie ihre Forderungen im Ernst für berechtigt halten, auch wenn sie behaupten, im Namen und Moral und Gerechtigkeit aufzutreten. Sie kennen die Materie und wussten natürlich von Anfang an, dass ihre Vorwürfe und Forderungen jede Verhältnismässigkeit mit Füssen treten.

Ausgerechnet Kreise, die sonst Geld und Macht kritisch gegenüberstehen, machten sich zum Sprachrohr der ausländischen Kritiker, die über enorme Geld- und Machtmittel verfügen. Der "einflussreiche Teil unserer Intellektuellen" wird wohl am besten durch den Schriftsteller und ETH-Professor Adolf Muschg repräsentiert. In diesem Buch wird deshalb immer wieder auf ihn Bezug genommen. Er gewann durch markante Aussagen über unser Land (z.B. bei der Neutralität der Schweiz handle es sich um einen "unanständigen Furz") in breiten Kreisen grosses Ansehen. Nachdem er in seinem Buch *Wenn Auschwitz in der Schweiz liegt* die Schweiz als *Mordhelfer* und *Zuhälter* bezeichnet und nachdem er den Satz geprägt hatte, die Schweizer hätten *"an der Tötung eines Volkes (der Juden) mitgewirkt und daran verdient"*, gewann er auch in der Diskussion um die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg massgebende Bedeutung. Leute wie er erhielten in zahlreichen Medien eine breite Plattform geboten, wogegen andere, die sich zugunsten der Schweiz äussern wollten, selbst von angesehenen Zeitungen abgewiesen oder auf den Inserateteil verwiesen wurden.

Unsere Landesregierung liess sich von dieser Stimmung beeinflussen und verhielt sich so missverständlich, dass man sich nicht wundern darf, dass in der Weltöffentlichkeit der Eindruck entstand, wir hätten bewusst Flüchtlinge in die Vernichtungslager geschickt (Kapitel 7 c1), wir hätten 7 Milliarden Franken von Kriegsopfern gestohlen (Kapitel 12 b) und wir hätten bewusst Totengold von Konzentrationslageropfern entgegengenommen (Kapitel 11 c).

Das vorliegende Buch wurde nicht geschrieben, um einen schmerzlosen Ausweg aus der "Krise Schweiz – Zweiter Weltkrieg" aufzuzeigen. Ein solcher ist gar nicht mehr möglich, da das Geschirr durch die anfängliche Reaktion der Schweiz bereits weitgehend zerschlagen ist. Das Buch soll vielmehr einen Beitrag leisten, um ähnliche Krisen in Zukunft zu vermeiden. Dazu müssen die gemachten Fehler aufgezeigt werden. Vor allem ist unerlässlich, die Motive der inländischen Kritiker zu erkennen, die sich den ausländischen Kritikern anschlossen. Denn wie soll jemand die Schweiz in eine bessere Zukunft führen, wenn er nicht einmal mehr bei absurdesten Angriffen gewillt ist, zu unserem Land zu stehen?

Die Reaktion einer Parlamentskollegin vor mehr als zwei Jahren auf die ersten Angriffe hat auf mich einen tiefen Eindruck hinterlassen: *"Das tut der Schweiz gut! Endlich bringt ihr jemand von aussen bei, dass sie keinen Sonderfall darstellt. Sie ist auch im Krieg nie ein Sonderfall gewesen."* Liegt hier das zentrale Motiv? Ist den einheimischen Kritikern der Sonderfall der direkten Demokratie ein Dorn im Auge? Können sie nicht vertragen, dass durch die direkte Mitsprache des Volkes der Einfluss des "einflussreichen Teils unserer Intellektuellen" eingedämmt wird und dass unser Land mit der direkten Demokratie eine aussergewöhnliche Stellung mit dem welthöchsten Lebensstandard erreichen konnte? Wird aus ideologischen Gründen der Abstieg der Schweiz in die Durchschnittlichkeit angestrebt? (Kapitel 9c).

Das Problem der Schweiz liegt nicht bei angeblichen Fehlern im Zweiten Weltkrieg, sondern im heutigen Fehlverhalten. Unser Land wird im Durchschnitt versinken und den Wohlstand verlieren, wenn wir auf Druck von aussen auch in Zukunft mit Anpasserei und Zahlungsbereitschaft reagieren, statt uns zur Wehr zu setzen und die Interessen unserer Bevölkerung zu verteidigen.

Luzi Stamm, Mitte September 1998

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	Seite I
Inhaltsverzeichnis	Seite III
Erster Teil: Vorwürfe – jenseits von Gut und Böse	Seite 1
1. Nicht Greuelthaten zählen, sondern Geld	Seite 2
2. Die Vehemenz der Angriffe	Seite 5
3. Die Auswirkungen der Vorwürfe	Seite 9
a) Gefährliche Verallgemeinerungen	Seite 10
b) Gezielte Provokationen der Kritiker	Seite 13
4. Wer steckt dahinter?	Seite 15
a) Mit Sicherheit nicht „die Juden“	Seite 15
b) Die zentrale Rolle von Edgar Bronfman	Seite 18
b1) Die personellen Verbindungen	
b2) Fast unlimitierte finanzielle Mittel	
b3) Die politische Einflussnahme	
b4) Die Verbindung zur Regierung der USA	
c) Die Trittbrettfahrer	Seite 24
c1) Politikerinnen und Politiker	
c2) Rechtsanwälte und "Sammelklagen"	
d) Mithilfe aus der Schweiz?	Seite 28
5. Wo liegen die Beweggründe?	Seite 31
Geltungssucht?	
Machthunger?	
Geht es ums Geld?	
Angriff auf den Bankenplatz Schweiz?	
Bewusste Anheizung des Antisemitismus?	
7	
6. Absurde Dimensionen der Forderungen	Seite 36
a) Trotz Inflation groteske Größenordnungen	Seite 36
b) Die tausendfache Uebertreibung	Seite 37
c) Mehr bezahlen als die Deutschen?	Seite 38
7. Entlastende Argumente zu Gunsten der Schweiz	Seite 42
a) Nachrichtenlose Vermögen	Seite 42
a1) Kaum in erster Linie auf den Schweizer Banken	
a2) Die Schweiz schützte und suchte, die Alliierten enteigneten	
a3) Böswilliger Vorwurf des "Diebstahls"	
a4) Auszahlung ohne Belege?	
a5) Falsche Kronzeugen	
a6) Die Verfehlungen der Banken sind relativ gering	
a7) Vor Beginn der Hetzkampagne 38 Millionen angeboten	

b) Das Raubgold	Seite 59
b1) Die Schweiz bezahlt, Deutschland nicht?	
b2) Das Washingtoner Abkommen	
b3) Das "Zahn-, Opfer- oder Totengold"	
b4) Weshalb jüdische Organisationen?	
c) Die Flüchtlingspolitik	Seite 71
c1) Selbstbezeichnungen der eigenen Behörden	
c2) Der Judenstempel – von Deutschland vorgeschlagen	
c3) Ankläger statt Verteidiger	
c4) In den sicheren Tod geschickt? – eine ungeheure Unterstellung	
c5) Nicht einmal jüdische Kreise kannten die Wahrheit	
c6) Viel mehr Flüchtlinge aufgenommen als die anderen	
d) Kriegsverlängerung durch die Schweiz?	Seite 88
e) Sklavenhaltung in Schweizer Zwangsarbeitslagern?	Seite 92
Zweiter Teil: Destruktive Kritik aus dem Inland	Seite 95
8. Angriffe aus dem eigenen Lager	Seite 96
a) Breite Front gegen das eigene Land	Seite 96
b) Das Schweizer Fernsehen	Seite 98
c) Die Stiftung Pro Helvetia	Seite 101
d) Das Bundesamt für Kultur	Seite 102
e) Die Ausstellung im Bundeshaus	Seite 103
f) Nicht "der Bundesrat", sondern "die geistige Elite "	Seite 104
9. Die nationale Selbstzerstörung	Seite 110
a) Unwissen oder gezielte Demontage des eigenen Landes?	Seite 110
b) Persönliche Motive?	Seite 111
b1) Finanzielle Interessen?	
b2) Abrechnung mit der Vatergeneration	
c) Abneigung und Gleichgültigkeit gegenüber der Schweiz	
d) Abschaffung des Sonderfalls als politisches Ziel?	
e) Die konkreten Beispiele	Seite 118
Dritter Teil: Was bleibt zu tun? Die Konsequenzen für die Zukunft	Seite 125
10. Höchste Zeit, einen Schlusspunkt zu setzen	Seite 126
a) Wer Frieden will, muss mit Vorwürfen aufhören können	Seite 126
b) Aufhören, mit der Vergangenheit ein Geschäft zu machen	Seite 128
c) Gerechtigkeit?	Seite 130
d) Lehren aus der Geschichte?	Seite 133
11. Begangene Fehler	Seite 135
a) Die Voraussetzungen zur erfolgreichen Abwehr wären ideal gewesen ...	Seite 136
b) Vor allem in den USA?	Seite 138
c) "Totengold" als Paradebeispiel der verpassten Verteidigung	Seite 139
d) Kontraproduktives Entgegenkommen des Bundesrates	Seite 141
e) Härteres Auftreten gegenüber den Regierungen wäre nötig gewesen	Seite 142
f) Auch die Banken verfolgten einen zu weichen Kurs	Seite 147
g) Das Geschirr ist schon zerschlagen	Seite 152

- | | |
|---|-----------|
| 12. Zahlen ist der falsche Weg | Seite 155 |
| a) Die bereits bezahlten 270 Millionen des Holocaust-Fonds | Seite 155 |
| b) Die in Aussicht gestellte 7-Milliarden-Stiftung | Seite 158 |
| c) 1,8 Milliarden – Schutzgeldzahlung der Banken | Seite 163 |
| d) Weitere zukünftige Zahlungen? | |
| e) Wenn schon Zahlungen, dann wenigstens anders einsetzen | Seite 166 |
| f) Die Schweiz bezahlt schon heute mehr als die andern | Seite 172 |
| 13. Abschluss der Kommissionsarbeiten Volcker und Bergier | Seite 176 |
| a) Verhältnismässigkeit ist das A und O jeder Gerechtigkeit | |
| b) Fehlende Unvoreingenommenheit | Seite 176 |
| c) Die intellektuelle Rechtfertigung | Seite 180 |
| 14. Verhalten wie seit 1996 ruiniert die Schweiz | Seite 185 |
| a) Kniefall als Prinzip unserer Aussenpolitik? | Seite 186 |
| b) Wohlstandsabbau, um nicht als Profiteur zu gelten? | Seite 189 |
| 15. Die Bewahrung der "drei Wunder" der Schweiz | Seite 192 |

Erster Teil

Vorwürfe

-

**jenseits von
Gut und Böse**

1. Nicht Greuelthaten zählen, sondern Geld

Mehr als 50 Millionen Menschen verloren im Zweiten Weltkrieg ihr Leben, Millionen davon wurden richtiggehend zu Tode gequält. Man halte sich vor Augen, was das konkret bedeutet: Zur Illustration sei aus einem Bericht über Giftgasversuche an Kriegsgefangenen im Konzentrationslager Struthof/Natzwiller in den Vogesen zitiert: *„Blind wurden die Leute zum Teil. Sie litten unter kolossalen Schmerzen, so dass es (für die Folterknechte!) kaum auszuhalten war, sich in der Nähe dieser Kranken aufzuhalten. Ungefähr am fünften, sechsten Tag hatten wir die ersten Toten“*¹. Augenzeugen berichteten, wie die Gequälten tagelang schrien und bis zum Schluss bei vollem Bewusstsein waren.

„Ernährungsversuche“, „Verträglichkeitstests“, „Unterkühlversuche“, „Höhenversuche in der Unterdruckkammer“; das alles tönt so harmlos. Für die Betroffenen, die mit heissem Wasser verbrüht wurden, deren Lungen langsam zum Platzen gebracht wurden, die als lebende Versuchskaninchen vorsätzlich mit Krankheitserregern infiziert wurden, war es die Hölle.

Haarsträubend waren auch die "normalen" Kriegsverbrechen an der Front. Was sich hier abspielte, lässt sich erahnen, wenn man auf Augenzeugenberichte abstellt: *„Abends suchte unser Leutnant 15 Mann mit starken Nerven heraus (...). Wir warteten in gespannter Erwartung auf den Morgen. Pünktlich um 5.00 Uhr waren wir fertig, und der Oberleutnant erklärte uns unsere Aufgabe. Es gab ungefähr 1000 Leute im Dorf Krupka, und diese mussten alle heute erschossen werden (...) Nachdem die Leute (also die Opfer) verlesen worden waren, marschierte unsere Kolonne zu dem nächsten Sumpf (...) Ein Leutnant und ein Feldwebel waren bei uns. Zehn Schüsse fielen, 10 waren abgeknallt. Dies ging weiter, bis alle erledigt waren. Nur wenige von ihnen behielten ihre Fassung. Die Kinder klammerten sich an ihre Mütter, Frauen an ihre Männer (...). Ein paar Tage später wurde eine ähnlich grosse Zahl in Kholoponichi erschossen. Auch hieran war ich beteiligt“*². Ein Brief eines Kompaniechefs des 727.

¹ Fernseh-Dokumentarfilm *Aerzte ohne Gewissen, Menschenversuche im Dritten Reich*; Hessischer Rundfunk, 1996.

² Tagebuch des deutschen Obergefreiten Richard Heidenreich, einem damaligen Angehörigen des 354. Infanterie-Regiments, Ostfront, Juli 1941; in; *Der Spiegel* Nr. 11/1997.

Infanterieregiments vom 15. Oktober 1941 an seinen Bruder in Deutschland dokumentiert die Haltung hinter solchen Aktionen: *"Wir sind jetzt fleissig auf der Jagd. (...) Da geht's immer wild her. Wir räumen auf mit der Bande, das wäre was für Dich"*³. Vor allem im Osten wurde ein Vernichtungskrieg mit kaum vorstellbarer Brutalität geführt. Man halte sich schon nur vor Augen, was der Befehl der deutschen Heeresführung für die russische Zivilbevölkerung bedeutete, alle Gefangenen seien *"rücksichtslos der Kleider zu entblößen"*, als die deutsche Armee in der Kälte stecken blieb⁴. Russland hatte mehr als 20 Millionen Weltkriegsopfer zu beklagen, weit mehr als alle anderen Länder oder Volksgruppen⁵.

Nur eine verschwindend kleine Minderheit der Verantwortlichen wurde nach dem Krieg einigermaßen angemessen zur Rechenschaft gezogen⁶. Die erdrückende Mehrheit der Täter blieb unbehelligt. Traurigste Subjekte konnten nach dem Krieg zu geachteten Mitbürgern werden⁷ und unbehelligt Karriere machen. Selbst KZ-Aerzte wurden zu Ehrenbürgern und Professoren gewählt⁸. Die Aerztin Dr. Hertha Oberheuser hatte in Versuchen polnischen jungen Frauen die Beine aufgeschnitten, die Knochen zertrümmert und mit Holz ausgelegt. Sofern die Opfer überhaupt überlebten, waren sie grauenhaft verstümmelt. Bereits 1952 erhielt Dr. Oberheuser ihre Bewilligung zur Berufsausübung wieder. Der verantwortliche

³ *Der Spiegel* Nr. 11/1997.

⁴ Fernseh-Dokumentarfilm *Der gescheiterte Blitzkrieg*, 3-sat, 17. Mai 1998.

⁵ Dem stehen nach offiziellen Angaben „nur“ 5,25 deutsche, 800'000 französische und 400'000 britische Opfer gegenüber. Die Zahl der jüdischen Opfer beläuft sich auf rund 6 Millionen. In Russland fanden zusätzlich zu den Weltkriegsopfern Millionen von Menschen im "roten Holocaust" den Tod, für den vor allem auch Stalin verantwortlich war (vgl. Kapitel 7 c6).

⁶ In Deutschland wurden nur 13 der höchsten Naziverbrecher zum Tode verurteilt. Viele von denjenigen, die zu Freiheitsstrafen verurteilt wurden (166 davon lebenslänglich), kamen nach kurzen Haftstrafen in den Genuss von vorzeitigen Entlassungen. Das Bundesministerium für Justiz hielt in einem Schreiben vom 27. März 1997 fest, dass nach dem Krieg *"die Quote unter den Millionen Wehrmachtssoldaten derart gering (war) wie keine Verurteiltenquote heutiger gesellschaftlicher Gruppen, sieht man von den Ordensschwestern ab"*.

⁷ Ein Beispiel, das für Schlagzeilen sorgte, ist der Fall von Wolfgang Lehnigk-Emden, der im italienischen Caiazzo 15 Menschen exekutiert hatte. Er konnte in seinem Heimatdorf Ochtdung - obwohl seine Taten allgemein bekannt waren -, als Architekt, als SPD-Gemeinderat, als Gründer der Arbeiterwohlfahrt und als Karnevalspräsident als geachteter Mann leben (vgl. *Die Zeit*, 31. Januar 1997).

⁸ SS-Hauptsturmführer Dr. med. Kurt Plötner, KZ-Arzt in Dachau, wurde 1954 in Freiburg zum Professor gewählt, ein Kollege von ihm zum Ehrenbürger der Stadt Freiburg. Prof. Georg Schaltenbrand, Leiter der Experimente zur gezielten Krankheitsübertragung an menschlichen Versuchsobjekten, wurde Ordinarius für Nervenheilkunde an der Universität Würzburg und erster Vorsitzender der deutschen Gesellschaft für Neurologie. Dr. Wolfgang Wirth, dem die Versuche mit Kampfstoffen an Menschen im zentralen *Gasschutzlabor der Wehrmacht* in Berlin unterstanden, wurde Professor der medizinischen Akademie in Düsseldorf. (Vgl. Ernst Klee, *Aerzte ohne Gewissen* (Fussnote 1), sowie *Ich nenne die Täter beim Namen*, in: *Aargauer Zeitung* vom 22. November 1997).

Kommandant der Panzereinheit "Das Reich", welcher in der berüchtigten Aktion im nordfranzösischen Städtchen Oradour die gesamte Zivilbevölkerung richtiggehend abschlachten liess, starb als wohlhabender Geschäftsmann 1972. Nicht nur in Ländern wie Argentinien, selbst in den USA waren zahlreiche Kriegsverbrecher willkommen⁹.

All das interessierte die Welt während 50 Jahren kaum.

Aber mehr als 50 Jahre nach Kriegsende ging plötzlich ein Aufschrei durch die Welt. Nicht etwa wegen der millionenfachen Greuel- und Mordtaten. Vielmehr ging es um Geld, um sogenannte „nachrichtenlose Vermögen“: Einige Leute hätten damals ihr Geld nicht retten können. Das liege angeblich noch auf Schweizer Banken und sei von diesen eingesteckt worden. Milliarden schwere Entschädigungen seien deshalb fällig.

⁹ Zum Beispiel im Rahmen der beiden hochgeheimen US-Operationen *Ratline* und *Paperclip*. Im Programm *Ratline* wurden hohe SS- oder Gestapo-Leute in den USA aufgenommen, die als Antikommunisten willkommen waren und als Agenten zum Einsatz kamen. Die Operation *Paperclip* war eine Geheimoperation für Nazi-Wissenschaftler, mit der unter anderem Wernher von Braun, der Vater der amerikanischen Raumfahrt, in die USA kam. Auch Leute wie Arthur Rudolph, Hermann Oberth, Walter Dornberger oder Hubertus Strughold wechselten von der nationalsozialistischen Kriegs- und Vernichtungsmaschinerie ins amerikanische Rüstungs- und Mondflugprogramm. Strughold war oberster NS-Luftfahrtmediziner, später galt er als Vater der Weltraummedizin. (Vgl. die Darstellungen von Louis René Beres, Professor für internationale Beziehungen und Völkerrecht an der Purdue University in Indiana/USA; in: *Sonntags Zeitung* vom 27. April 1997)

2. Die Vehemenz der Angriffe

In Gang gesetzt wurden die Angriffe gegen unser Land durch die Spitze des jüdischen Weltkongresses, einer jüdischen Dachorganisation (siehe Chronologie Ziffer 5). Zum ersten Mal wurde ich mit ihnen am 20. Februar 1996 konfrontiert (siehe Chronologie, Ziffer 6). Ich konnte nur staunen, in welchem Ton¹⁰ der Generalsekretär des jüdischen Weltkongresses, Israel Singer, von der Schweiz forderte, ihre verlorene nationale Würde wiederherzustellen¹¹. Bald wurden die Töne aggressiver. Singer bezeichnete die Schweizer Regierung und die Banken später als „*Gauner*“¹². Der Direktor des jüdischen Weltkongresses, Elan Steinberg, sprach von einer „*Kollektivverantwortung der Schweiz*“¹³, sie habe mit Nazideutschland „*voll kooperiert*“¹⁴. Der Präsident des jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, sprach vom „*schlimmsten Raubzug in der Geschichte der Menschheit*“. Er bezeichnete die Schweiz als „*sogenannt neutrales Land, das die Geldgier zur Kollaboration mit den Nazis trieb*“¹⁵ und als „*freiwillige Verbündete der Nazis*“, welche „*mit der Asche des Holocaust Geld verdient*“ hätten¹⁶. Bronfman zog für seine Angriffe den New Yorker Senator Alfonse D'Amato bei, der als Sprachrohr für die Attacken gegen die Schweiz eingesetzt wurde und sich mit Aussagen wie der folgenden profilierte: *"Die Schweizer stahlen Milliarden Dollar in Gold von den Wehrlosen und Armen und halfen dieser üblen Mordmaschine"*¹⁷. Der Historiker Alan Schon setzte den Vorwürfen im Namen des Simon Wiesenthal-Center (Chronologie, Ziffer 28 und 38) die Krone auf: *"Es war bekannt, dass die Schweizer Regierung sehr*

¹⁰ Die schweizerische Öffentlichkeit erhielt einen Eindruck, in welchem Stil Israel Singer auftreten kann, als dieser an einer Veranstaltung der israelischen Kultusgemeinde Zürich am 13. Mai 1998 vor der Fernsehkamera die Fassung verlor und *"den Schweizer Juden die Leviten gelesen hat"* (Formulierung Peter Bollag, in: *Weltwoche* vom 4. Juni 1998; vgl. *Chronologie*, Ziffer 35).

¹¹ Israel Singer äusserste sich mit diesen Worten im persönlichen Gespräch. Seine Aussagen an der damaligen Sitzung können nicht zitiert werden, denn die Kommissionssitzungen des Parlaments sind vertraulich.

¹² *Tages-Anzeiger-Magazin* Nr. 44/97. Im Interview warf Israel Singer der Schweizer Regierung und den Banken vor, ihre Haltung käme einer Beleidigung der eigenen Bevölkerung gleich. Wörtlich fügte er an, *"der Mann von der Strasse sollte sich gegen diese Gauner (gemeint waren die Regierung und die Banken) wehren."*

¹³ *Basler Zeitung* vom 11./12. Januar 1997.

¹⁴ Associated Press Mitteilung, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 13. Januar 1997.

¹⁵ Formulierung in einem von Edgar Bronfman gezeichneten Spendenaufruf des jüdischen Weltkongresses vom Herbst 1996, zitiert in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 1. Februar 1997.

¹⁶ Aussage von Edgar Bronfman im Schweizer Fernsehfilm *Die verlorene Ehre der Schweiz*, 9. März 1997.

¹⁷ Reaktion von Alfonse D'Amato in einem Pressecommuniqué am Vorabend der Veröffentlichung des Eizenstat-II-Berichts; in: *Bülacher Tagblatt* vom 3. Juni 1998.

*nazifreundlich eingestellt war. Schweizer Zeitungen waren antiamerikanisch. Sie unterstützten Hitler. (...) Die Schweizer erlebten es als schrecklichen Schock, dass die Deutschen ab 1943 den Krieg verloren. (...) Die schweizerische Geschichte ist noch nicht geschrieben worden. Was publiziert ist, ist ein Korb voll Lügen*¹⁸.

Die Vorwürfe wurden von massgebenden Medien übernommen. Die *New York Post*, schrieb: „Die Entdeckung, dass diese Saubermänner (die Schweizer) in vollem Bewusstsein das Geld toter Juden angenommen haben, reizt zum Erbrechen“¹⁹. Im *Philadelphia Inquirer* hiess es im Editorial: „Die enthusiastische Komplizenschaft der Schweiz ist ein beschämendes Beispiel, wie sich ein angeblich zivilisiertes Land im Krieg aufführt“²⁰. Auch Medien ausserhalb den USA schlossen sich diesem Tonfall an. Die englische *Sunday Times* setzte die Schweiz mit Fotomontage einem Konzentrationslager gleich²¹. Die israelische Zeitung *Maariv* schrieb: „Goebbels wäre stolz auf einen Schüler wie Delamuraz“²². Die massiven Vorwürfe dauern bis in die jüngste Vergangenheit an, wie ein Leitartikel in einer Zeitschrift mit Millionenaufgabe vom 22. Juni 1998 zeigt: *„Denke an die Schweiz. (...) Denk nochmals. Denk an gierige Profiteure, Geldwäscher, Diebe, Plünderer und Lügner. (...) Ein Zyniker hat einmal gesagt, dass jedes Vermögen auf einem grossen Verbrechen beruht. Die Schweiz hat diesen grausamen Satz bestätigt“*.²³

Die Angriffe des jüdischen Weltkongresses fielen vor allem in den USA auf fruchtbaren Boden. Reihenweise wurden dort über Monate hinweg Artikel und Leserbriefe in den Zeitungen publiziert wie derjenige des Vizepräsidenten des Rabbinerrats in Kalifornien: *„Schweizerische Bankiers nahmen Lastwagenladungen von Goldbarren entgegen, von denen sie wussten, dass sie mit Gold geschmolzen worden waren, das aus dem Mund von lebenden und ermordeten Konzentrationslagerinsassen stammte. (...) Der Fall ist*

¹⁸ Los Angeles Times vom 23. August 1998.

¹⁹ Zitiert in: *Berner Zeitung* vom 10. Mai 1997.

²⁰ *Philadelphia Inquirer* vom 10. Mai 1997.

²¹ Dieses Bild eines Konzentrationslagers stammt aus der Artikelfolge in der englischen Zeitung *Sunday Times*, in welcher der Autor Tom Bower die Schweiz unter dem Titel *Blutgeld* aufs übelste beschimpfte (*Blood Money - the Swiss, the Nazis and the looted Billions*).

²² Zitat in: *Facts* Nr. 3/1997. Bezug nehmend auf das Interview von Bundesrat Delamuraz vom 31. Dezember 1996; vgl. *Chronologie*, Ziffer 12.

²³ *U.S. News & World Report* vom 22. Juni 1998, beglaubigte Auflage von 2 224 000. Das Zitat stammt aus einem langen Editorial von Chefredaktor Mortimer Zuckerman, der gleichzeitig Eigentümer und Herausgeber der Zeitschrift ist.

*klar. Findet diese Schuldigen in der Schweiz und zwingt sie zum Zahlen*²⁴.

*Insbesondere die Anschuldigung, die Schweiz habe Gold von Opfern aus Vernichtungslagern entgegengenommen, wurde verbreitet*²⁵: *„All meinen toten und lebendigen Freunden sei Dank. Mit Befriedigung kann ich mitteilen, dass unter ihnen kein einziger Schweizer war. (...) Ich musste fünfzig werden, um zu erfahren, dass diese sauber gebürsteten Schwachköpfe wissentlich das Gold von Juden annahmen, die dann unter schrecklichsten Umständen umkamen. Dieses Wissen bringt mich beinahe zum Erbrechen. Meine Wut auf die Nazis kann ich zähmen. (...) Aber dass die Schweizer vom Grabraub der Nazis wussten und davon profitierten, ist auch für einen zähen Menschen zuviel. Da gibt es Grosskinder, und die Zähne ihrer Grossväter liegen irgendwo bei den Reichtümern der Schweizer Banken. Stellen sie sich das vor! Diese Leute haben also wissentlich mit Totengold gehandelt und sie stehen noch immer aufrecht da*²⁶.

Ich habe in den letzten zwei Jahren keinen Artikel gelesen, der die Absurdität der Angriffe gegen die Schweiz so perfekt dokumentieren würde wie dieser Leserbrief. Die Argumentation im Text zeigt in exemplarischer Weise die kapitale Verdrehung der Moral, die bei den heutigen Kritikern typisch ist. Man halte sich die erschütternden Berichte von KZ-Ueberlebenden vor Augen, die miterleben mussten, wie ihre Angehörigen umgebracht wurden. Dieser Leserbriefschreiber drückt hemmungslos aus, seines Erachtens sei die Vernichtung von Millionen von Menschen verzeihbar, die angeblichen Verfehlungen der Schweizer aber nicht.²⁷

Die Auffassung dieses Leserbriefschreibers entspricht der Haltung der heutigen Kritiker, die mit der Höhe ihrer Forderungen die Schweiz Nazideutschland gleichsetzen (vgl. Kapitel 6c). Sämtliche bisherigen Untersuchungen haben ergeben, dass die Schweiz keine Ahnung hatte, dass Gold von Konzentrationslageropfern in die Schweiz

²⁴ Zeitungsartikel von Rabbi Yehoshoa Berkowitz, Vizepräsident des kalifornischen Rabbinerrats, publiziert u.a. in: *Philadelphia Inquirer* vom 26. Juli 1997.

²⁵ Die Stimmung in den USA wird weniger dadurch manifestiert, dass solche Leserbriefe geschrieben werden, sondern vielmehr dadurch, dass sich die Zeitungsverantwortlichen nicht schämen, solche Artikel abzudrucken.

²⁶ Vgl. *Weltwoche*, 31. Juli 1997: *Die Schweiz in Schlagzeilen und Kommentaren der internationalen Presse*. Das Zitat stammt aus der *New York Post* vom 8. Mai 1997.

gelangt war. Dem Leserbriefschreiber kann vielleicht noch zu gute gehalten werden, dass er das Gegenteil angenommen hat²⁸. Anders ist es bei den Initianten der Kampagne gegen die Schweiz. Bei ihnen geschieht die Verdrehung der Moral vorsätzlich. Sie stellen die unbewusste Übernahme von Totengold durch unser Land bewusst auf die gleiche Stufe wie das ungeheuerliche „Beschaffen“ jenes Totengolds durch das Nazi-Teorrorregime. Wohl nur jemand, dessen Denkart hoffnungslos von materiellen Werten geprägt ist, ist dazu fähig, die geltende Wertordnung derart auf den Kopf zu stellen, um seine Geldforderungen begründen zu können.

²⁷ Beispielhaft das Buch von Jenny Spritzer *Ich war Nr. 10291; als Sekretärin in Auschwitz*, 1946.

²⁸ Allerdings wäre sein Leserbrief auch dann noch unverzeihlich. Angenommen, Totengold wäre schliesslich in der Schweiz gelandet und es hätten sich Bankiers finden lassen, die dieses bewusst entgegennahmen, so wäre dies zugegebenermassen ein besonders pietätloses Delikt. Aber wie könnte man das Verhalten eines solchen Bankiers auch nur annähernd vergleichen mit den Verbrechen, welche hinter der Beschaffung dieses Totengoldes stehen?

3: Die Auswirkungen der Attacken

Die Beschuldigungen und Attacken lösten in unserem Land Emotionen aus, die ebenso heftig wie voraussehbar waren. Vorwürfe wie "volle Kooperation mit Nazideutschland" (vgl. Kapitel 2) trafen auf eine Schweizer Bevölkerung, welche in ihrer überwiegenden Mehrheit die Deutschen während des Zweiten Weltkriegs schlicht und einfach gehasst hatte. Gleichzeitig hatte sich die grosse Mehrheit der Schweizer mit den Amerikanern und - nachdem die schreckliche Wahrheit nach dem Krieg sichtbar geworden war - auch mit den jüdischen Opfern identifiziert²⁹. Die Abneigung gegenüber den Deutschen konnte im Verlauf der Jahre zum Glück abgebaut werden. Das grosse Wohlwollen gegenüber amerikanischen und jüdischen Kreisen blieb. Auch der Staat Israel profitierte davon, wie die Wellen der Sympathie während des 6-Tage-Krieges 1967 und des Jom-Kippur-Krieges 1973 zeigten.

Es ist selbstverständlich, dass die pauschalen, unqualifizierten Attacken gegen die Schweiz diese wohlwollende Grundhaltung unserer Bevölkerung negativ beeinflussten. Einerseits entstand „*die schlimmste antisemitische Welle seit Menschengedenken*“³⁰, andererseits kamen ernst zu nehmende antiamerikanische Reaktionen auf³¹.

Psychologisch gesehen können Beleidigungen dann besonders schlecht verkräftet werden, wenn sie von vermeintlichen Freunden stammen, zu denen bisher volles Vertrauen bestand.

Entsprechend stark verletzt fühlten sich die Schweizerinnen und Schweizer, die nicht verstehen konnten, dass die schweren

²⁹ Sogar im Eisenstat-II-Bericht, der die katastrophale Kritik an der Schweiz aus dem Eisenstat-I-Bericht etwas zu korrigieren versuchte, wurde der Schweiz attestiert, den Alliierten gegenüber eine "überschäumend wohlwollende" Einstellung gehabt zu haben ("overwhelming sympathetic").

³⁰ Die Formulierung stammt von Chefredaktor Simon Erlanger, in: *Jüdische Rundschau* vom 1. Oktober 1997. Ob es sich wirklich um Antisemitismus oder "nur" um ein "in Fragestellen des abgeschlossen geglaubten Integrationsprozesses der jüdischen Gemeinde in der Schweiz" handelt, wie sich der Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (Rolf Boch) ausdrückte (in: *Aargauer Zeitung* vom 22. Mai 1998), ist praktisch ein Streit um Worte und kann dahingestellt bleiben.

³¹ Ab Frühling 1997 erschienen reihenweise gegen die USA gerichtete Leserbriefe in den Schweizer Zeitungen. Das ist um so bemerkenswerter, als die Schweiz traditionellerweise ausserordentlich USA-freundlich eingestellt ist. Selbst während des Vietnamkrieges war die Kritik in unserem Land viel geringer als anderswo.

Vorwürfe ausgerechnet aus Kreisen kamen, mit denen sie sich während den letzten 50 Jahren identifiziert hatten.

a) Gefährliche Verallgemeinerungen

Es existiert eine Anekdote, nach der ein russischer Dirigent einem westlichen Kollegen gesagt haben soll: *Stellen Sie sich vor: In meinem Orchester ist der erste Geiger jüdisch, ebenso zwei meiner Trompeter, ferner ein Cellist und ein Dutzend weiterer Musiker. Ich habe sie ausgewählt. Nun sagen sie mir. Kann ich Antisemit sein?* Sein Kollege soll geantwortet haben: *Wissen Sie, ich habe keine Ahnung, wer in meinem Orchester jüdisch ist und wer nicht.*

Unsere Gesellschaft hatte es in den vergangenen Jahrzehnten so weit gebracht, dass es praktisch niemanden mehr interessierte, ob ein Mitmensch jüdischen Glaubens sei oder nicht. Das war eine grosse Errungenschaft, wenn man bedenkt, welches Leid Religionsstreitigkeiten und Antisemitismus in der Vergangenheit über die Welt gebracht hatten. Die Entwicklung seit 1996 warf uns in bedenklicher Art um Jahrzehnte zurück: Plötzlich droht wieder Ausgrenzung³². Man konnte wieder lesen, welche Bankiers, welche Industriellen und welche Chefredaktoren jüdischen Glaubens seien. Plötzlich wurde wieder diskutiert, welche Banken und Medien in jüdischen Händen liegen. Zu denken geben müssen die Aussagen eines Leserbriefschreibers, die grosses Verantwortungsbewusstsein erkennen lassen: *"Im Aktivdienst hatten wir in unsererer Kompagnie einen Kameraden, der genau so war wie alle anderen und niemand sah etwas anderes in ihm. Heute wird mir plötzlich bewusst, dass er jüdischer Abstammung war. Wir haben eine jüdische Bundesrätin. Dass sie jüdischer Abstammung ist, war mir bis vor kurzem gar nicht bewusst, und es ist mir auch weiterhin egal, denn sie ist eine Schweizerin und darum ist es in Ordnung, dass sie zur Bundesrätin gewählt wurde. Dass mir bei der Bundesrätin und bei unserem Kameraden diese Abstammung plötzlich zu Bewusstsein kommt, erschreckt mich! Ich kann es mir nicht anders erklären, als dass dieses Bewusstsein durch die perfiden Angriffe der jüdischen*

Organisationen in den USA in mir geweckt wurde und genau das ist es, was mich erschreckt, denn das zeigt, dass diese Angriffe etwas in mir geweckt haben, was vorher gar nicht vorhanden gewesen war: die Unterscheidung zwischen Juden und Nichtjuden!"³³.

Unsinnig ist, das Aufkommen der Emotionen dem Interview von Bundesrat Delamuraz vom 31. Dezember 1996 (siehe Chronologie, Ziffer 12) zuzuschreiben und zu behaupten, ein schon immer verdeckt vorhanden gewesener Antisemitismus der Schweizer sei nun wieder aufgeflammt. Das wäre ebenso falsch, wie wenn man - nachdem sich zwei enge Freunde plötzlich zerstreiten - sagen würde, der schon immer versteckt vorhanden gewesene Hass gegenüber dem Freund sei nun wieder aufgebrochen.

Provoziert wurden die negativen Reaktionen in der Schweiz, weil die Vorwürfe pauschal erhoben wurden. Nicht Einzelpersonen wurden kritisiert, sondern gezielt "die Schweiz", "die Schweizer" und "die Schweizer Banken". Auch einheimische Kritiker verwendeten auf breiter Front gezielt dieselbe Methode, indem sie die Ausdrücke „uns“ und „wir“ benutzten, um die schweizerische Bevölkerung als Ganzes anzuklagen. Diese pauschalen Verurteilungen reichten von vielleicht noch gedankenlosen Schlagzeilen in einflussreichsten Zeitungen wie *"Ein Volk (die Schweizer) von willigen Profiteuren"* und *"Wir Antisemiten"*³⁴ bis hin zu der wohl bösartigsten Verunglimpfung der letzten zwei Jahre durch den Schriftsteller und ETH-Professor Adolf Muschg. *"Wir (die Schweizer) haben an der Tötung (der Juden) mitgewirkt und daran verdient"*³⁵.

Mit solchen Sprüchen heizt ein Autor natürlich bewusst kollektive Aversionen an, vor denen er zu warnen vorgibt, auch wenn er scheinheilig so tut, als läge ihm die Bekämpfung von Antisemitismus am Herzen. Wer „die Juden“, „die Türken“, „die Jugoslawen“ oder „die

³² Vgl. *Jüdische Rundschau* vom 1. Oktober 1997: *"Die nichtjüdischen Schweizer haben zum ersten Mal seit langer Zeit die jüdischen Mitbürger als "sie" bezeichnet und sich selbst als "wir", und die Schweizer Juden wurden daher ausgegrenzt."*

³³ Leserbrief von Hans Nydegger, Aarau, in: *Aargauer Zeitung* vom 16. April 1998.

³⁴ Der Titel *Ein Volk von willigen Profiteuren* stammt aus der *Sonntags Zeitung* vom 15. September 1996, *Wir Antisemiten* aus dem *Sonntags Blick* vom 2. Februar 1997. Der *Sonntags Blick* gehört zum Ringier Konzern, die *Sonntags Zeitung* zum TA Media Verlag (*Tages-Anzeiger*). Ringier und TA Media AG sind die beiden grössten Verlagshäuser der Schweiz.

³⁵ Professor Dr. Adolf Musch, vollamtlicher Professor für Deutsche Sprache und Literatur an der ETH Zürich. Zitat aus seinem ganzseitigen Artikel *"00.00 Wenn Auschwitz in der Schweiz liegt"*; in: *Tages-Anzeiger* vom 24. Januar 1997.

Schweizer“ pauschal verunglimpft, provoziert Aversionen. Wer ehrlich Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus verhindern will, muss sich an die eiserne Regel halten, Volksgruppen nie pauschal zu verurteilen.

In den Aargauer Zeitungen schrieb Chefredaktor Franz Straub zu Muschgs Vergleich der Schweiz mit Auschwitz³⁶ unter dem Titel *"Adolf Muschg oder die Banalisierung des Ungeheuerlichen"*, dieser konstruierte eine *"Kollektivschuld des Schweizervolkes am Holocaust - eine ungeheuerliche Unterstellung, die nicht einmal der demagogische Ziegler unterschreiben würde."*³⁷. Kollektivschuld ("wir haben an der Tötung mitgewirkt") macht die Unschuldigen zu Schuldigen und die Schuldigen zu Unschuldigen. Sie führt zu einer allgemeinen Abwehrhaltung und zur Verdrängung. Es sind solche kollektive Schuldzuweisungen, die am Anfang von sämtlichen Ausgrenzungen und von jedem Rassismus stehen. Um so schlimmer, wenn ein Autor solcher Anschuldigungen intelligent genug ist, um die von ihm ausgelösten Mechanismen vorauszusehen. Der Schriftsteller Ludwig Marcuse, hat solchen Scharfmachern eine angemessene Antwort gegeben: *„Ich bin leidenschaftlich gegen den Begriff Kollektivschuld. Sie ist Ausdruck einer Hitlermethode, vom Einzelnen abzusehen und nur noch in Gruppen zu denken. Wer für Kollektivschuld eintritt, hat mehr Hitler in sich, als er ahnt“*³⁸.

³⁶ Adolf Muschg hatte eine Assoziation zwischen der Schweiz und Auschwitz hergestellt, einerseits bereits im Titel des zitierten Zeitungsartikels (vorstehende Fussnote), andererseits in seinem Essay *Wenn Auschwitz in der Schweiz liegt*.

³⁷ In ähnlichem Sinne äusserte sich Chefredaktor Paul Ehinger in seinem Bericht *"das rote Büchlein des Herrn Adolf M Zofinger* Tagblatt vom 26. Juli 1997

³⁸ Ludwig Marcuse, Zitat aus seiner Autobiographie *Ludwig Marcuse*.

b) Gezielte Provokationen der Kritiker

Vielleicht hat alt Botschafter Heinz Langenbacher das damalige Empfinden der Schweizer Bevölkerung am treffendsten zusammengefasst, als er aus seinem Tagebuch vom 11. Dezember 1942 zitierte: *"Immer wieder fallen wir in schwarze Löcher der Depression. Eine Idee hält uns indessen immer wieder über Wasser: Die Vorstellung, was passieren würde, wenn die Schweiz überfallen würde. Wir können uns ohne viel Phantasie vorstellen, wie vor allem Politiker und Journalisten, die immer wieder beeindruckend Mut an den Tag legen, zu Tausenden liquidiert würden. Wie junge Schweizer in Arbeitslager verschleppt oder zwangsweise in Hilfsdienste der deutschen Wehrmacht eingegliedert würden. Wie unsere Häuser und Wohnungen geplündert, unsere Frauen vergewaltigt und wir selbst in Kriegsgefangenschaft enden würden. Diese Horrorbilder geben uns immer wieder Kraft"*³⁹.

Die antideutsche Stimmung der Schweizer war in der Tat beeindruckend, wie aus unzähligen Beispielen hervorgeht⁴⁰. Ausländischen Kritikern kann man vielleicht zu gute halten, dass sie die damalige Stimmung in unserem Land zu wenig kennen und somit unterschätzen, was die heutigen Diffamierungen für Schweizer bedeuten, welche die Kriegszeit erlebt haben. Die einheimischen Kritiker hingegen wissen, was sich damals in der Schweiz abspielte. Sie wissen, dass damals die weit überwiegende Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer bereit war, im Kampf gegen Hitler alles zu opfern und notfalls zu Grunde zu gehen. Sie wissen, dass damals der Grossteil der Bevölkerung jeden Morgen mit tiefster Abscheu gegen Nazideutschland aufwachte, um den Grenzposten wieder einzunehmen, um an der Anbauschlacht mitzuarbeiten⁴¹, um trotz Lebensmittelmangel ein Frühstück zuzubereiten⁴², um sich um

³⁹ *Der Bund* vom 17. Mai 1997.

⁴⁰ Ein Beispiel von unzähligen, das die Haltung der Bevölkerung dokumentiert: Als im Zürcher Schauspielhaus im Oktober 1938 Heinrich Gretler im *Götz von Berlichingen* die Worte gesprochen hatte: „*Was soll unser letztes Wort sein? Es lebe die Freiheit! Und wenn die uns überlebt, können wir ruhig sterben!*“, ging gemäss der *Neuen Zürcher Zeitung* eine spontane Begeisterungswelle durch die Zuschauer. „*Der Beifall schwoll erschütternd zu minutenlangem Donnern an*“.

⁴¹ Die Frauen mussten auf den Feldern die Arbeit der in den Militärdienst eingezogenen Männer verrichten. Die "Anbauschlacht" hatte zum Ziel, jedes erdenkliche Stück Kulturland zum Lebensmittelanbau zu verwenden.

⁴² Ueber lange Zeit hinweg lag die tägliche Nahrungsmittelmenge unter dem minimalen Kalorienbedarf eines Menschen. Mit einer rigoros gehandhabten Rationierung wurde die Kalorienzuteilung pro Person von 3200 kcal auf 2100 kcal pro Tag reduziert. Das "Kostmass", die vom Staat errechnete tägliche

heimlich aufgenommene Flüchtlinge zu kümmern. Um so böswilliger ist, wenn sie mit pauschaler Kritik an den Schweizern ("wir Schweizer") bewusst Emotionen schüren.

Natürlich gab es damals in der Schweiz auch Anpasser, wie es sie immer und überall gibt; auch heute. So ist zum Beispiel heute schwer verständlich, wie in einer offiziellen Parteizeitung über Mussolini stehen konnte: *„Wie auch das letzte Ende (von Mussolini) sei, ihm gebührt ein Platz in der Weltgeschichte, und das letzte Urteil wird ihm persönliche Sauberkeit, Tatkraft und eminente Fähigkeiten zubilligen. Ein politisches Genie von grosser dynamischer Kraft“*⁴³. Sogar in schweizerischen jüdischen Kreisen gab es Haltungen, die heute unverständlich scheinen (vgl. Kapitel 7 c4). Aber selbst wenn es nationalsozialistische und faschistische Tendenzen gab, selbst wenn unter den 134'000 in der Schweiz wohnenden deutschen Niedergelassenen⁴⁴ und auch unter den Schweizern selbst Anschlusswillige und "Fröntler" existierten: Das Bewundernswerte war, in welcher geringer Minderheit diese Leute blieben.

Dass Oesterreich Nazideutschland damals mit offenen Armen empfing, ist bekannt. Unsere Bevölkerung hingegen widerstand den Versuchungen, ebenfalls einer "Herrenrasse" anzugehören. Mit grossem Rückhalt in der Bevölkerung vollbrachten die schweizerischen Verantwortlichen die erstaunliche Leistung, die Schweiz in hoffnungslos scheinender Umklammerung aus dem Krieg herauszuhalten. Die heutigen Kritiker können sich offenbar nicht mehr vorstellen, was es damals brauchte, dem enormen Druck von aussen standzuhalten. Gerade wenn man sieht, wie schnell heute massgebliche Kreise unseres Landes bereit sind, schon geringstem Druck von aussen nachgeben, so wirkt es wie ein Wunder, wie standhaft damals die Schweiz geblieben ist.

Lebensmittelration für jeden Einwohner, war in der Schweiz mit 250 Gramm pro Person sogar tiefer als in kriegsführenden Staaten (in Deutschland im Mai 1945, also am Ende des Krieges, 400 Gramm). Deutschland besass gemessen am Kulturland wesentlich mehr Ackerland (65%) als die Schweiz (19%).

⁴³ Zeitschrift *Berner Tagwacht*, das offizielle Organ der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, 26. Juli 1943.

⁴⁴ Die Schweiz beherbergte die grösste deutsche Ausländerkolonie Europas.

4. Wer steckt dahinter?

Antisemitische und antiamerikanische Gefühle wurden in der Schweiz wach, weil in der Bevölkerung der Eindruck aufkam, „die Juden“ und „die Amerikaner“ stünden hinter den Vorwürfen gegen die Schweiz. Beides ist falsch und muss dringend ins richtige Licht gestellt werden. Das ist deshalb von grosser Wichtigkeit, weil Strömungen wie Antisemitismus nur deshalb aufkommen konnten, weil die wahren Urheber der Angriffe nicht erkannt wurden. Nur wenn sie identifiziert und benannt sind, kann sich der Unmut unserer Bevölkerung statt gegen „die Juden“ und gegen "die Amerikaner" gegen die wahren Verantwortlichen richten.

a) Mit Sicherheit nicht „die Juden“

Mit Sicherheit sind es nicht „die Juden“ (im Sinne einer Verallgemeinerung), welche die Schweiz ins Kreuzfeuer genommen haben, und schon gar nicht diejenigen aus der Schweiz. Im Gegenteil: Mit Ausnahmen, wie sie immer vorkommen, haben sich die schweizerischen, jüdischen Kreise sehr besonnen verhalten. Sie haben als erste begriffen und am eigenen Leib erfahren, was die pauschalen Vorwürfe auslösen.

Die grosse Mehrheit der Juden weiss sehr wohl zu schätzen, dass in der damaligen Zeit die Schweiz praktisch das einzige Land⁴⁵ war, welches bereit war, ihren bedrängten Glaubensgenossen beizustehen, auch wenn noch mehr Hilfe wünschbar gewesen wäre. Stellvertretend sei aus einem Zeitungsartikel eines schweizerischen jüdischen Arztes zitiert: *„Es ist eine der grossen Illusionen der Menschheit, auf materielle Reichtümer zu bauen und dafür andere, wichtigere Werte zu vernachlässigen. Gerade der durch seine leidvolle Geschichte erfahrene jüdische Mensch sollte wissen, (...),*

⁴⁵ So war wenigstens die Dominikanische Republik bereit, Flüchtlinge aufzunehmen. Die Journalistin Gisela Blau schreibt in der *Jüdischen Rundschau* (eingelegetes Magazin *Inside* 29/98) bezugnehmend auf eine Aussage von Gerhard Riegner, dem damaligen Präsidenten des jüdischen Weltkongresses, an der damaligen Flüchtlingskonferenz in Evian (vgl. Kapitel 7 c5) habe niemand mehr geholfen, *"ausser die Dominikanische Republik. Sie bot sogar die Einwanderung für 100'000 Menschen an, das war eine schöne Geste, aber es wollte kaum jemand da hin. Es wurde ja auch verlangt, dass die Einwanderer Bauern werden"*. Auch dieses Zitat zeigt übrigens, dass damals die drohende Gefahr selbst von den Betroffenen nicht

*ein bisschen Freundschaft und Treue, ein wenig Hilfsbereitschaft wiegen ganze Berge von Gold auf. (...). Der Schweiz gebührt retrospektiv eine Anerkennung ihres Mutes, ihres Widerstandswillens, ihrer Leistung und umsichtigen Politik, die ihr ermöglichte, in einem Meer von Barbarei als eine isolierte Insel der Freiheit, Menschlichkeit, demokratischer Ordnung und Menschenrechte zu bestehen*⁴⁶.

Besonders wertvoll war, dass sich schweizerisch-jüdische Persönlichkeiten wie Michael Kohn⁴⁷, Rolf Bloch⁴⁸ und François Loeb⁴⁹ in vorbildlicher Weise vermittelnd einsetzten. Dass sie bereit waren, im Interesse der Schweiz auf Distanz zu den ausländischen Angriffen zu gehen, zeigt sich unter anderem am verächtlichen Kommentar des Sekretärs des jüdischen Weltkongresses, Israel Singer: *„Jüdische Persönlichkeiten in der Schweiz äussern zum Teil massive Vorwürfe an den jüdischen Weltkongress. Sie verhalten sich feige. Sie tun dies, weil es zu ihrem geschäftlichen Vorteil ist, oder weil sie denken, dass sie von ihrer Regierung gemocht werden, wenn sie sich feige verhalten. Dies sind die Leute, mit welchen wir (der jüdische Weltkongress) Schwierigkeiten haben*⁵⁰.

Auffallend ist auch, wie zurückhaltend sich das offizielle Israel verhielt und verhält⁵¹. In der ersten Februarwoche 1997, als die Schweiz schon längst im Kreuzfeuer stand, erklärte Ministerpräsident Benjamin Netanyahu am Wirtschaftsforum in Davos vor laufenden Kameras, er habe zur Zeit zu den Angriffen gegenüber der Schweiz nichts zu sagen, er müsse sich mit diesem Dossier noch näher beschäftigen. Noch im Mai 1998, anlässlich des Besuchs von Bundesrat Flavio Cotti in Israel, war die Zurückhaltung von Ministerpräsident Netanyahu offensichtlich.

in vollem Ausmasse erkannt wurde (vgl. Kapitel 7c). Anders wäre nicht zu erklären, dass *"kaum jemand da hin wollte"*.

⁴⁶ Als Inserat veröffentlichter Leserbrief mit dem Titel *Eines gläubigen Juden unwürdig* von Dr. med. M. Vetstein; in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 17. Mai 1998.

⁴⁷ Michael Kohn ist der Schweizer Öffentlichkeit als "Energiepapst" bekannt, weil er während Jahren in der Energiepolitik unseres Landes eine wichtige Rolle spielte. Er ist ehemaliger Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes und heute Vizepräsident des europäisch-jüdischen Kongresses.

⁴⁸ Rolf Bloch ist Inhaber einer Schokoladenfabrik und gleichzeitig der gegenwärtige Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes.

⁴⁹ François Loeb ist Warenhausbesitzer in Bern und gleichzeitig Berner Nationalrat für die freisinnige Partei FDP.

⁵⁰ *Jüdische Rundschau* vom 5. Februar 1998.

⁵¹ Aggressive Töne kamen aus Israel vor allem von Avraham Burg, dem Präsidenten der *Jewish Agency*, dem weltweiten Koordinationsorgan der zionistischen Bewegung. Diese ist jedoch keineswegs mit dem Staat Israel gleichzusetzen.

Die Zurückhaltung des offiziellen Israel ist verständlich, denn es ist klar, dass die Angriffe des jüdischen Weltkongresses nicht mit den Staatsinteressen Israels übereinstimmen. Israel weiss, was es riskiert, wenn generell die Forderung gestellt wird, dass Vermögenswerte ersetzt werden müssen, die in den letzten 60 Jahren durch kriegerische Handlungen und zwangsweise Enteignungen abhanden gekommen sind. Schon 1988 war Israel im Detail mit der Forderung konfrontiert worden, den ehemaligen Besitz der Palästinenser auf Franken und Rappen zurückzuerstatten⁵². Der gestellte Anspruch belief sich auf nicht weniger als 147 Milliarden Dollar, wovon 92 Milliarden Dollar Grundbesitz ausmachte. Es kann auch kaum erstaunen, dass sich die Schweizerische Organisation *Pro Palästina* als Antwort auf die jüngsten jüdischen Forderungen mit „*Vorschlägen zu Gunsten der unterdrückten Palästinenser*“ an den Schweizer Bundesrat und das Parlament wandte⁵³.

Es kommt dazu, dass auch Israel (wie alle anderen Staaten auch) seine eigenen nachrichtenlosen Vermögen nicht aufgearbeitet hat und nun plötzlich mit diesem Problem konfrontiert wurde. In Israel sind diese Vermögen möglicherweise weit zahlreicher als in der Schweiz⁵⁴. Vor allem geht es dabei um Grundstücke von verschwundenen Weltkriegsopfern, die vom Staat Israel dem Staatsvermögen einverleibt wurden⁵⁵.

Zusammenfassend gesagt ist sich Israel bewusst, dass es im Glashaus sitzt und nicht mit Steinen werfen sollte. Die israelische Führung weiss, dass sie vor allem bei ihrer Siedlungspolitik Mittel einsetzt, die betreffend Unrecht in keinem Verhältnis zu dem stehen, was der Schweiz heute vorgeworfen wird.

Allerdings ist der israelischen Regierung eine wichtige indirekte Verantwortlichkeit für die Angriffe gegen die Schweiz anzulasten,

⁵² Vgl. *Die Rechte der Palästinenser und ihre Verluste 1948*, ein umfangreiches Werk, verfasst von Sami Hidawi 1988 mit Unterstützung des jordanischen Kronprinzen Hassan; vgl. Zeitung *Der Bund* vom 7. Februar 1997.

⁵³ Rundschreiben vom 17. Juli 1997 der Organisation *Pro Palästina Schweiz* (mit Sitz in Aarau) an die schweizerischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie an den Bundesrat.

⁵⁴ Am 10. September 1997 veröffentlichte nach der Schweiz auch Israel eine Liste mit rund 10'000 Namen von Eigentümern nachrichtenloser Vermögen.

⁵⁵ Israel verwaltet die Grundstücke wie sein eigenes Eigentum. Sie gingen in die Verwaltung eines öffentlichen Treuhänders über, der sie sogar verkaufen kann. Melden sich die Erben doch noch, können sie zwar die Grundstücke und allenfalls

indem sie der Jüdischen Rückerstattungs-Weltorganisation (faktisch also deren Präsidenten Edgar Bronfman) den Auftrag erteilt hat, für die Wiederbeschaffung verlorener jüdischer Gelder besorgt zu sein (vgl. Kapitel 11e). Dieser Auftrag wurde nie zurückgezogen. Mit anderen Worten liess Israel Edgar Bronfman gewähren, wenn er nicht gar zu seinen Attacken animiert wurde. Zu Recht schrieb *Der Blick*, nachdem der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu im August 1998 Edgar Bronfman brieflich für sein Vorgehen gratuliert hatte: "*Vornedurch macht er (Netanyahu) der Schweiz schöne Worte für die Aufarbeitung der Geschichte. Hintenherum schreibt er D'Amato und Bronfman überschwängliche Dankesbriefe.*"⁵⁶

b) Die zentrale Rolle von Edgar Bronfman

Die Angriffe sind mit Sicherheit auch nicht von „den Amerikanern“ lanciert worden, sondern vielmehr durch eine erstaunlich kleine Gruppe von Leuten an der Spitze des jüdischen Weltkongresses. Dies unter Führung dessen Präsidenten Edgar Bronfman, dem enorme Geldmittel zur Verfügung stehen. Um zu verstehen, weshalb sich die Angriffe derart ausweiten konnten, ist es unerlässlich, die Geldorientiertheit des amerikanischen, politischen Systems sowie das System der US-Sammelklagen kurz zu streifen.

b1) Die personellen Verbindungen

Es wurde bereits angetönt, dass die Angriffe fast ausschliesslich vom jüdischen Weltkongress ausgingen (Kapitel 2). Edgar Bronfman hatte in dieser Organisation die Macht übernommen, nachdem er zusammen mit seinen Geschwistern Charles und Phyllis kurzerhand deren Schulden bezahlt hatte. Leute wie Israel Singer (Sekretär), Elan Steinberg (Direktor) und Greville Janner (Vizepräsident) gehören zu seiner Mannschaft. Für seinen Feldzug gegen die Schweiz zog er Senator D'Amato bei. Besonders belastend für die Schweiz ist der Umstand, dass sich zahlreiche Medien für die Kampagne einspannen

die Verkaufserlöse zurückfordern. Allerdings ist dies die Ausnahme, denn nach Erben wird nicht gesucht; vgl. *Der Bund* vom 7. Februar 1997.

⁵⁶ Vgl. Artikel *Netanyahu: Doppelspiel mit Schweiz und D'Amato*; in: *Blick* vom 12. September 1998.

liessen, in den USA vor allem die jüdisch beherrschte New York Times, die mehr als 30 weitere amerikanische Zeitungen, eine Anzahl Magazine sowie verschiedene Radio- und TV-Stationen kontrolliert⁵⁷. Die persönlichen Verbindungen reichen bis in die englischen Medien: Journalist Tom Bower, der in der englischen Zeitung *Sunday Times* seine für die Schweiz vernichtenden Artikel *Blutgold* publizierte, räumte offen ein, der juristische Berater von D'Amato, Gregg Rickman, sei ihm eine "unentbehrliche Hilfe" für seine Arbeit gewesen⁵⁸. Die *Neue Zürcher Zeitung* schrieb, dass "Mike Kinsella, der Leiter des Mitarbeiterstabes von Senator D'Amato, den Anstoss zu Tom Bower's Buch gegeben hat"⁵⁹.

Wie eng die personellen Verbindungen tatsächlich sind, lassen die Ausführungen von Tom Bower erahnen. Er berichtet, der Direktor des jüdischen Weltkongresses, Elan Steinberg, habe das Team von Senator D'Amato laufend mit Neuigkeiten über die "Verbrechen der Schweiz" versorgt nach dem Grundsatz, "durch immer neue, peinliche Enthüllungen Angst zu erzeugen und bedenkenlos Anschuldigungen in die Welt zu setzen, die schikanieren und für Unruhe sorgen"⁶⁰. Gleichzeitig wurde der Vizepräsident des jüdischen Weltkongresses in England eingeschaltet, der englische Parlamentsabgeordnete Greville Janner. Dieser bezeichnete die Schweiz als "Höhle voller Nazibeute"⁶¹, warf ihr in Sachen Raubkunst⁶² (von den Nazis gestohlene Kunstgegenstände) einen angeblichen "15-Milliarden-Pfund-Skandal" vor und vor allem weitete er die Vorwürfe auf das Thema Raubgold aus⁶³. Janners Vorstoss im Parlament führte zur Unterhausdebatte und zum kapital falschen Bericht des Aussenministers Malcom Rifkind vom 10. September 1996. In diesem Rifkind-Bericht beging Rifkind respektive seine Mitarbeiter den ebenso stümperhaften wie gravierenden Fehler, Dollar und Franken

⁵⁷ Der News-Service der *New York Times* bedient zudem Hunderte von anderen amerikanischen Publikationen.

⁵⁸ Tom Bower publizierte *Blutgold* auch in Buchform; *Blood Money*, 1997.

⁵⁹ *Neue Zürcher Zeitung* vom 21. April 1997.

⁶⁰ Tom Bower, *Das Gold der Juden. Die Schweiz und die verschwundenen Nazimilliarden*, 1997.

⁶¹ Vgl. Mathias Küng, *Aargauer Zeitung* vom 14. Juni 1997.

⁶² Mit seiner parlamentarischer Anfrage vom 10. September 1996 brachte Janner das Thema Raubgold auf den Tisch.

⁶³ *Für 15 Milliarden Pfund soll angeblich Nazi-Beutekunst in der Schweiz zurückbehalten worden sein*. Diese Zahl würde z.B. bedeuten, dass in der Schweiz 15'000 Kunstgegenstände im Wert von je einer Million Pfund „veruntreut“ worden wären. Das sind völlig groteske Grössenordnungen.

zu verwechseln. Aufgrund dieser 4,5-fachen Uebertreibung resultierten völlig unhaltbare Vorwürfe gegen die Schweiz⁶⁴.

Von Tom Bower geht die Spur sogar in die Schweiz: Bower erhielt sein Material unter anderem vom Schweizer Historiker Mario König geliefert⁶⁵. Zudem bedankte er sich in seinem Buch bei Irene Loebell, Mitarbeiterin des Schweizer Fernsehens, und bei deren Ehemann, Nationalrat Paul Rechsteiner (SP, St. Gallen)⁶⁶, der im Januar 1997 den Rücktritt von Bundesrat Delamuraz forderte⁶⁷ und der als Rechtsanwalt für einen ehemaligen Flüchtling Klage gegen die Schweiz einreichte und dabei unserem Land Gehilfenschaft zum Völkermord vorwarf.⁶⁸

b2) Fast unlimitierte finanzielle Mittel

Edgar Bronfman gilt als einer der reichsten Männer der Welt. Das amerikanische Magazin *Forbes* schätzte sein Privatvermögen auf 2,9 Milliarden Dollar. Zudem hat er das 40-Milliarden-Familienunternehmen *Seagram-Corporation* im Rücken⁶⁹, einer der weltgrössten Hersteller und Vertreiber von Spirituosen⁷⁰.

Die finanzielle Macht des Familienunternehmens Bronfman wird unter anderem durch die jüngsten Käufe des Hollywood-Filmkonzerns MCA/Universal für 5,7 Milliarden Dollar und des Musikunternehmens

⁶⁴ Dass die Vorwürfe falsch waren, nützte der Schweiz nicht viel. Der Staub, der durch die falsche Veröffentlichung aufgewirbelt worden war, liess sich nicht so einfach korrigieren. Der Verantwortlichen korrigierten den begangenen Fehler kaum. Die FAZ xxx schrieb dazu am 18. September 1996: "Aber wozu eine gute Story kaputtmachen, nur wegen ein paar hundert Millionen?" fragte die "Financial Times".

⁶⁵ Tom Bower bedankte sich in seinem Buch beim Historiker Mario König mit den Worten: „*Er verbrachte zehn Wochen in den nationalen Archiven und förderte nicht nur erstaunliches, neues Material zu Tage, sondern lieferte auch bemerkenswerte (Originalton "incisive") Interpretationen.*“

⁶⁶ Tom Bower richtete in seinem Buch seinen „*Dank an den Journalismus von Irene Loebell vom Schweizer Fernsehen (...) Unter vielen anderen, die mir wertvolle Hilfe gaben, sind (...) Paul Rechsteiner*“

⁶⁷ Paul Rechsteiner forderte den Rücktritt in der SF-DRS *Arena-Sendung* vom 17. Januar 1997. Grund war die angeblich unakzeptable Entgleisung von Bundesrat Delamuraz im Interview von vom 31. Dezember 1996 (vgl. *Chronologie*, Ziffer 12).

⁶⁸ Rechtsschriften auf Internet <http://www.woz.ch>.

⁶⁹ Im Juni 1994 trat Edgar Bronfman die Führung des Konzerns Seagram Co. Ltd. an seinen 41-jährigen Sohn Edgar Bronfman Junior ab.

⁷⁰ Zu den bekanntesten Produkten des Unternehmens gehören der Whiskey *Chivas-Regal*, der Cognac *Martell*, der französische Champagner *Mumm* und bis vor kurzem die Fruchtsaftmarke *Tropicana*.

Polygram für 10,6 Milliarden Dollar dokumentiert⁷¹. Dass sich der Konzern mit Vorliebe bei Medien einkauft, zeigt das kürzliche Engagement beim weltgrössten Medienunternehmen *Time/Warner*, von welchem 14,9 Prozent der Aktien übernommen wurden. Mit seinen finanziellen Mitteln und seinen Verlags-, Netzwerk- und Film-Anteilen kann Edgar Bronfman in den amerikanischen Medien publizieren lassen, was er will und was ihm nützt.

b3) Die politische Einflussnahme ...

Besonders lässt aufhorchen, wie sich der Bronfman-Konzern politisch engagiert. Schon früh trat Edgar Bronfman im Ostblock auf, so dass er im Oktober 1988 von Erich Honecker den DDR-Orden „Stern der Völkerfreundschaft in Gold“ überreicht erhielt. Offenbar störte ihn weniger, solange er dort seine Geschäfte machen konnte, dass die kommunistische DDR trotz der Rolle Deutschlands im Zweiten Weltkrieg natürlich nie Entschädigungen an jüdische Weltkriegsopfer bezahlte.

Vor allem in den USA setzt Bronfman sein Geld politisch ein. In den Jahren 1995 und 1996 war sein Konzern der grösste Sponsor der demokratischen Partei und gleichzeitig der fünftgrösste Sponsor der republikanischen Partei⁷², er finanzierte also gleich beide massgebenden Parteien der USA. Das ist um so bemerkenswerter, wenn man die Missstände des geldorientierten, politischen Wahlsystems der USA bedenkt. Bei den Parlamentswahlen 1996 wurde nach Schätzungen des bekannten ehemaliger Radio-DRS-Journalisten und heutigen Washingtonkorrespondenten Richard Anderegg mehr als eine Milliarde Dollar umgesetzt. Er schreibt zu diesem Thema: *„Die Finanzierung der Kampagnen ist nachgerade ein Alptraum aller amerikanischen Politiker geworden. Wo sie eine Hoffnung sehen, von irgendwem Geld zu erhalten, sind sie zu allen möglichen Diensten bereit. Das Zusammengehen Bronfmans mit Senator D’Amato zeigt das sehr schön. xxx⁷³“*.

⁷¹ 1995 kaufte das Unternehmen 80 Prozent des Konzerns MCA/Universal (inklusive der berühmten Universal-Studios) vom japanischen Elektrokonzern Matsushita. 1998 folgte der Kauf des Musik- und Filmriesen Polygram vom holländischen Elektronikonzern Philips, womit Seagram zum weltweit grössten Musikkonzern aufrückte.

⁷² Vgl. die Zusammenstellung im welschen Magazin *L’Hebdo* vom 24. April 1997.

⁷³ Die Wahl von Mitgliedern des Repräsentantenhauses und eines Teils des Senats.

Die Wahlspendenaffären, in die sogar Präsident Bill Clinton höchstpersönlich und vor allem auch Vizepräsident Al Gore verwickelt waren, zeigen, dass solche Zahlungen bis in die höchste Regierungsebene hinauf ein Problem darstellen, das in der amerikanischen Öffentlichkeit auf zunehmendes Misstrauen stösst⁷⁴. Alfonse D'Amato spielt bei der Eintreibung von Wahlspenden eine zentrale Rolle, er *"gilt als einer der besten Geldaufreisser der Republikaner überhaupt"*⁷⁵. Er stand schon an vorderster Wahlkampf-Front für einen republikanischen Präsidentschaftskandidaten⁷⁶ und spielt eine wichtige Rolle bei den Kampagnen des Gouverneurs von New York, George Pataki⁷⁷. Auch für sich selbst ist er ausserordentlich "erfolgreich". Allein für die kommende eigene Wiederwahl in den Senat liegen in seiner *"Wahlkampfkasse bisher gut 17 Millionen Dollar, mehr, als jeder andere Senatskandidat fünf Monate vor den Wahlen auf dem Bankkonto hat"*⁷⁸.

Es erstaunt nicht, dass der einflussreiche Milliardär Bronfman beim Finanzierungszirkus der amerikanischen Wahlen eine ganz wesentliche Rolle spielt. Erstaunlich ist höchstens, wie offen er dies in der Öffentlichkeit zugibt, wie er unumwunden mitteilt, Senator Alfonse D'Amato für seine Ziele beigezogen zu haben⁷⁹. Es ist zuzugeben, dass er dabei eine sehr geschickte Wahl traf: D'Amato nimmt nicht nur viel Geld entgegen, er ist zugleich Vorsitzender des Bankenausschusses des amerikanischen Senats. Bronfman konnte also damit rechnen, via Senator D'Amato optimal Druck auf die Schweizer Banken mit Filialen in den USA ausüben zu können.

⁷⁴ Im Zentrum stand vor allem John Huang, welcher 3,4 Millionen Dollar für die demokratische Partei organisierte. Davon mussten 1,6 Millionen wieder retourniert werden, weil sie gesetzeswidrig gesammelt worden waren. Der Verdacht kam auf, Huang habe seinem ehemaligen Arbeitgeber, einem indonesischen Finanzimperium, als Gegenleistung für Spenden geheime Regierungsdokumente übergeben. Vizepräsident Al Gore wurde vorgeworfen, bei seinen Sammelaktionen Gesetzesvorschriften verletzt zu haben, welche nach dem Watergate-Skandal erlassen worden waren.

⁷⁵ Richard Andereg, in Washington wohnhafter Journalist, in seiner Ansprache in Aarau am 14. Mai 1998.

⁷⁶ Alfonse D'Amato war Vorsitzender des *Steering Committee (Steuerungskomitee)* für den 1996-er Präsidentschaftswahlkampf von Bob Dole.

⁷⁷ Es ist bezeichnend, dass sich George Pataki bei den Boykottbestrebungen in New York als einer der wenigen schwergewichtigen Politiker dafür einsetzte, dass Boykotte nicht nur angedroht, sondern auch durchgesetzt werden.

⁷⁸ Bericht von Zeev Barth; in: *Jüdische Rundschau* vom 11. Juni 1998.

⁷⁹ SF-DRS-Sendung *10 vor 10* vom 12. März 1997.

b4) Die Verbindung zur Regierung der USA

Die amerikanische Regierung liess unter der Leitung von Unterstaatssekretär Stuart Eizenstat eine Untersuchung durchführen, deren erster Teil am 7. Mai 1997 als *Eizenstat-I-Bericht* vorgelegt wurde. Dabei stellt sich die Frage, weshalb ausgerechnet im Fall der kleinen Schweiz⁸⁰ und ausgerechnet bei einem mehr als 50-jährigen Problem eine Untersuchung von völlig ungewöhnlichem Umfang durchgeführt wurde⁸¹.

Stuart Eizenstat ist Unterstaatssekretär in der Regierung Clinton⁸². Er spielte bereits unter Präsident Jimmy Carter eine wichtige Rolle. Später wurde er Direktor der Jerusalem-Stiftung, Vorstandsmitglied der Israel Discount Bank, Vorstandsmitglied des *Amerikanisch-Jüdischen Komitees* und des *United Jewish Appeal*. Wieso schrieb er zum Eizenstat-I-Bericht ein persönliches Vorwort mit wilden Vorwürfen an die Adresse der Schweiz, die er nicht begründete und die wenig mit dem eigentlichen Bericht zu tun haben? Was bewog ihn, Leute wie Bronfman, Singer, Steinberg und D'Amato ausdrücklich lobend zu erwähnen⁸³? Die Schweizer Bevölkerung konnte sich in den letzten zwei Jahren ein Bild davon machen, wie sich Senator D'Amato aufführt. Es wirkt befremdend, wenn dessen Engagement in einer offiziellen Stellungnahme der amerikanischen Regierung als mustergültig hervorgehoben wird.

Ein weiterer Aspekt muss zu denken geben. Senator D'Amato spielte im amerikanischen Kongress bei den Untersuchungen im sogenannten *Whitewater-Skandal* eine Schlüsselrolle. Dabei ging es um den Vorwurf gegen Präsident Clinton und dessen Ehefrau, in ihrem Heimatstaat Arkansas illegale Vermögensaktivitäten im

⁸⁰ Die Untersuchung hat zwar nicht nur die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg als Gegenstand. Auffallend ist jedoch, dass sich der Bericht hauptsächlich mit der Rolle unseres Landes beschäftigte.

⁸¹ Stuart Eizenstat selbst schreibt im Vorwort: „Dies stellt das grösste je dagewesene Unterfangen dieser Art dar“.

⁸² Im Sommer 1993 wurde Stuart Eizenstat von Präsident Clinton zunächst zum Botschafter bei der EU ernannt. Im April 1996 wurde er auf den Posten des Unterstaatssekretärs für internationalen Handel berufen, 1997 zum Unterstaatssekretär im Aussenministerium für Angelegenheiten der Wirtschaft, der Unternehmen und der Landwirtschaft ernannt.

⁸³ Wörtlich führte Stuart Eizenstat aus: „Die ausserordentliche Führungskraft und Vision einiger weniger Leute hat dieses Thema auf die internationale Tagesordnung gesetzt“. Dann erwähnte er die „Führungsqualität und Weitsicht von einigen Wenigen“, und nannte dabei ausdrücklich die „Leiter des jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, Israel Singer und Elan Steinberg“ und lobte „insbesondere“ den New Yorker Senator Alfonse D'Amato.

Zusammenhang mit Immobilienspekulationen betrieben zu haben. Die EIR-Nachrichtenagentur in Wiesbaden führte aus, via Staatssekretär Eizenstat sei Alfonse D'Amato Unterstützung in seinen Bemühungen betreffend der nachrichtenlosen Vermögen angeboten worden, falls er seine Angriffe gegen den Präsidenten einstellen werde. Die EIR-Nachrichtenagentur fasst das Ergebnis folgendermassen zusammen: *„Im Laufe des Jahres 1996 erlebten erstaunte politische Beobachter, wie D'Amato sich Schritt für Schritt von der Whitewater-Affäre zurückzog. Anfang 1997 erklärte er schliesslich, dass die amerikanische Oeffentlichkeit von der Whitewater-Affäre, die sich „einfach zu lange hinzieht“, nun „die Nase voll“ habe und davon „nichts mehr hören“ wolle.“*⁸⁴ Die Untersuchungen, die bereits rund 40 Millionen Dollar gekostet haben sollen, wurden eingestellt.

Es macht stutzig, wie sich Edgar Bronfman rühmt, ausgezeichnete Beziehungen zur amerikanischen Regierung und Zugang zum Präsidenten und dessen Ehefrau zu haben: *„Der Präsident war phantastisch, er verstand sehr schnell, worum es ging“*⁸⁵? Trifft zu, was Journalist Peter Schibli aus Washington schreibt: *„Von Interessenorganisationen (Jüdischer Weltkongress, Simon Wiesenthal-Center, Senator D'Amato) unter Druck gesetzt, gab Präsident Clinton bei Staatssekretär Stuart Eizenstat die Ausarbeitung einer historischen Studie in Auftrag“*⁸⁶? Sind gar die folgenden Bedenken eines schweizerischen Leserbriefschreibers berechtigt: *„Müsste man sich keine Gedanken machen, was es bedeutet, wenn sich die Regierung der einzigen Grossmacht dieser Welt von privaten Kreisen ins Schlepptau nehmen und instrumentalisieren lässt“*⁸⁷?

Selbst der Präsident ist von Geldgebern abhängig. Schon nur für seine Wiederwahl 1996 soll Bill Clinton gemäss Pressemitteilungen rund 70 Millionen Dollar aufgewendet haben. Seine Anwälte sollen ihn seit seinem Amtsantritt mehr als 5 Millionen Dollar gekostet haben. Dass er dies mit dem bekannt tiefen Einkommen, das ein amerikanischer Präsident bezieht, nicht selbst bezahlen kann, versteht sich von selbst. An seine Anwaltskosten hat ihm offenbar

⁸⁴ EIR-Nachrichtenagentur GmbH, Postfach 2308, Wiesbaden, Studie *Wer steckt hinter der "Schweizer Nazigold-Affäre"*; Oktober 1997.

⁸⁵ SF-DRS-Sendung *10 vor 10* vom 12. März 1997.

⁸⁶ Peter Schibli; in *Aargauer Zeitung* vom 15. November 1997.

⁸⁷ Undatierter Leserbrief von Dr. Herbert von Arx xxx.

kürzlich Filmregisseur Steven Spielberg 125'000 Dollar gespendet, derselbe Spielberg, der Christoph Meili demonstrativ in Hollywood empfangen hat. Von der Verbindung Bronfmans zu Hollywood via die Filmgesellschaft MCA/Universal war bereits die Rede. Wie stark der Präsident in seiner jetzigen Situation von jüdischen Kreisen unter Druck setzbar ist respektive unter Druck gesetzt wird⁸⁸, ist schwer zu beurteilen.

Inwiefern Edgar Bronfman in der Lage ist, via Alfonse D'Amato, via Stuart Eizenstat oder direkt auf die amerikanische Regierung Einfluss zu nehmen, wird für einen Aussenstehenden nie zuverlässig zu beantworten sein. Erstaunlich ist aber, wie wenig die personellen Zusammenhänge und finanziellen Einflussnahmen kritisch unter die Lupe genommen werden. Erstaunlicherweise nahmen Kreise in der Schweiz, welche sonst finanziellen Machtkomplexen skeptisch gegenüber stehen, die von Bronfman erhobenen Anschuldigungen von Anfang an kritiklos auf und machten sich zu seinem schweizerischen Sprachrohr.

c) Die Trittbrettfahrer

Es mag eingewendet werden, die Aktivitäten in den USA bis hin zu den jüngsten Boykottbestrebungen würden zeigen, dass offensichtlich nicht nur der Präsident des jüdischen Weltkongresses hinter den Angriffen steht. Das ist richtig, ändert aber nichts daran, dass er die Angriffe in Gang gebracht und sich dazu das amerikanische System zu Nutzen gemacht hat.

Zu einem geringen Teil waren weitere jüdische Organisationen an den Angriffen beteiligt. Zum Beispiel solidarisierte sich der Präsident der Jewish-Agency in Jerusalem, Avraham Burg, von allem Anfang an mit der Spitze des Weltkongresses. Zudem ist zu bedenken, dass es in den USA hunderte von jüdischen Organisationen gibt, unter denen auch Konkurrenzsituationen bestehen. Nicht überall wurde gern gesehen, dass der jüdische Weltkongress durch die Kampagne gegen die Schweiz seinen Bekanntheitsgrad stark stärken konnte. Vor allem der Vorsteher der Organisation *Simon Wiesenthal-Center* in

⁸⁸ Auch Monica Lewinski stammt aus kalifornischen jüdischen Kreisen.

Los Angeles, Rabbi Marvin, entwickelte den Ehrgeiz, sein Westküsten-Institut ebenfalls in die Schlagzeilen zu heben. Im internen Konkurrenzkampf gegen den jüdischen Weltkongress wollte er diesem durch möglichst spektakuläre Vorwürfe die Führung in der Kampagne gegen die Schweiz streitig machen (vgl. Chronologie, Ziffer 25 und 38).

c1) Politikerinnen und Politiker

Die Ausweitung der Angriffe ist jedoch vor allem auf die enorme Geldorientiertheit des amerikanischen Systems zurückzuführen. Allein die Aussicht, dass aus der Schweiz Milliarden fließen könnten, hat Politiker und Rechtsanwälte magisch angezogen. Daraus hat sich eine Eigendynamik entwickelt.

Wie Amerika-Kenner Richard Anderegg dargelegt hat, sind amerikanische Politikerinnen und Politiker permanent auf der Suche, wie sie ihre enormen Wahlkampfkosten decken könnten (vgl. Kapitel 4a). Es ist verständlich, dass sich viele von der Hoffnung leiten liessen, ihre Finanzierungsprobleme liessen sich lösen, wenn sie beim Eintreiben von Milliardenzahlungen aus der Schweiz behilflich sind. Die jüdische Bevölkerung in den USA zeichnet sich durch überdurchschnittliches politisches Engagement⁸⁹ und durch eine überdurchschnittliche Spendenfreudigkeit aus. Wer sich also in Orten wie New York für jüdische Interessen einsetzt, kann seine Wahlchancen durchaus erhöhen und Spenden einbringen. Viele springen deshalb auf den Zug auf, der vom Präsidenten des jüdischen Weltkongresses in Gang gesetzt wurde.

c2) Rechtsanwälte und „Sammelklagen“

Noch weniger kann erstaunen, dass sich Rechtsanwälte veranlasst sahen, "Sammelklagen" ("*class-actions-suits*" *Class-action-Klagen* oder *Class-Actions*, wie sie in den hiesigen Medien genannt werden)

⁸⁹ So gilt in den USA die Faustregel, dass der jüdischen Bevölkerung bei Urnengängen doppeltes Gewicht zukommt. So sind zum Beispiel bei einem 10%-igen jüdischen Bevölkerungsanteil regelmässig rund 20 Prozent der abgegebenen Stimmen jüdisch, weil jüdische Wähler politisch interessiert sind und somit überdurchschnittlich häufig an die Urne gehen.

einzureichen⁹⁰. In den USA ist es üblich, dass sich Anwälte einen fixen Prozentsatz (oft 30%⁹¹) des Prozessgewinns als Honorar versprechen lassen. In der Schweiz ist dies verboten, weil dies tendenziell dazu führt, dass die Anwälte aus eigenen Interessen prozessieren und den Streit noch anheizen. In einem Land, in dem selbst das Ergebnis von Mordprozessen weitgehend von den Medien beeinflusst wird⁹², und in welchem für absolute Bagatellen widersinnig hohe Entschädigungen zugesprochen werden⁹³, schienen möglichst spektakuläre Prozesse gegen Schweizer Banken erfolgversprechend, sofern es gelingen würde, die Öffentlichkeit zu mobilisieren.

Diese Sammelklagen laufen meist nach demselben Muster ab: Es wird ein derartiger, öffentlicher Druck aufgebaut, dass es für Betroffene schliesslich unabhängig von der Rechtslage billiger ist, mit "freiwilligen" Vergleichszahlungen die negative Publizität zu vermeiden. Michael Hausfeld, einer der Rechtsanwälte, welcher an vorderster Front gegen die Schweizer Banken vorging, zwang 1996 die Firma *Texaco* wegen angeblicher Rassendiskriminierung zur Bezahlung von 200 Millionen Dollar. Er erreichte dieses Ergebnis mit einer Allianz von 180 regionalen Bürgerrechtsgruppen, die für ihn

⁹⁰ Das sind Klagen, die im Namen aller Betroffenen gegen einen Verantwortlichen eingereicht werden, im vorliegenden Fall also im Namen all derer, die (behauptetermassen) durch die Schweizer Banken geschädigt wurden, gegen die drei Schweizer Grossbanken als Beklagte.

⁹¹ Die beiden Anwaltsbüros Karas & Associates in Toronto und Leigh Davison in Baltimore suchten anfangs 1997 per Internet klagewillige Holocaust-Ueberlebende. Sie planten ebenfalls eine Sammelklage gegen die Schweizer Grossbanken. Gegen eine Beteiligung von 31,3 Prozent am erstrittenen Erlös stellten sie ihre Dienste zur Verfügung.

⁹² Der in den USA extrem bekannte ehemalige Football-Spieler O.J. Simpson wurde zwar zivilrechtlich schuldig gesprochen, seine geschiedene xxx Frau getötet zu haben (d.h. er wurde zu Schadenersatz in Millionenhöhe an die Familie der Frau verpflichtet), strafrechtlich gesehen wurde er jedoch trotz erdrückenden Indizien in einem von den Medien angeheizten Umfeld freigesprochen. Erstaunen erweckte in Europa auch der Fall des englischen Au-Pair-Mädchens Louise Woodward im Herbst 1997, dem in den USA die Tötung eines Kindes vorgeworfen worden war. Die junge Frau wurde vorerst zu lebenslanger Haft verurteilt. Nachdem es deswegen in England zu Protestdemonstrationen mit viel Publizität gekommen war, wurde das Urteil abgeändert, so dass die Frau auf freien Fuss gestellt wurde und nach England zurückkehren konnte.

⁹³ Zu den "erstaunlichsten" Beispielen gehören Fälle wie die folgenden: In Texas sprach ein Geschworenengericht 1996 zulasten der Mitchell Energy & Development Corp. acht Familien und ihren Anwälten 104 Millionen Dollar Strafgeld zu, weil das Trinkwasser wegen Erdgasquellen einen "unangenehmen Geschmack" erhalten habe (eine Schädlichkeit des Trinkwassers wurde verneint, vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 22. Februar 1997). In Illinois bezahlte 1998 der Autohersteller Mitsubishi 51 Millionen Franken wegen dem Vorwurf sexueller Belästigung gegenüber 300 weiblichen Fabrikangestellten. Fast ebenso bemerkenswert ist der berühmte erstinstanzliche Entscheid, mit dem die Firma BMW zur Zahlung von 2 Millionen Dollar verpflichtet wurde, weil an einem fabrikneuen Auto die Karosserie nach einer Beschädigung übermalt worden war. Dass dieses Urteil von einer höheren Instanz reduziert wurde, zeigt, dass vor allem Geschworenengerichte, die auf emotionelle Beeinflussungen besonders ansprechen, äusserst hohe Summen zusprechen.

medienwirksam ins Feld zogen. Unter diesem Druck brach der Widerstand von Texaco zusammen, rechtliche Lage hin oder her⁹⁴.

Dass Sammelklagen oft wenig mit Gerechtigkeit, aber um so mehr mit Politik, Geldmacherei und Beeinflussung der öffentlichen Meinung zu tun haben, zeigt das momentane Kräfteressen mit der Tabakindustrie. Erstens ist beängstigend, welche gigantische Lobbytätigkeit die Tabak-Industrie in Washington betreibt und welche immense Gelder an Politiker fließen, wie Pressemitteilungen erahnen lassen: *"8 Millionen US-Dollar zur Beeinflussung von Abgeordneten im Weissen Haus machten die US-Tabakfirmen im ersten Halbjahr 1997 locker. Allein Philip Morris hat ihr Lobby-Team in Washington von dreissig auf fünfzig Leute aufgestockt und 5,9 Millionen Dollar im Kampf gegen die Antiraucher ausgegeben"*⁹⁵. Andererseits spricht für sich, wenn gemäss neuesten Schätzungen die Sammelklagen gegen die Tabakindustrie in den nächsten *"25 Jahren rund 1'000 Anwälte zu (Dollar-) Millionären machen würde. 30 bis 40 erhielten mindestens 100 Millionen Dollar, zehn bekämen gar mehr als eine Milliarde Dollar. (...) Zu den potentiell grössten Absahmern unter den Tabak-Sammelklägern zählt Richard Scruggs; es steht ihm bereits jetzt ein Anteil aus einer Honorarsumme von mehr als 4,5 Milliarden Dollar zu"*⁹⁶.

Man stelle sich vor, eine einzige Grossfirma hätte in Bern 50 Leute beschäftigt, um die eidgenössischen Parlamentsmitglieder zu bearbeiten, gleichzeitig würde sie gegen 10 Millionen Franken pro Halbjahr *"für die Beeinflussung von Abgeordneten locker machen"*. Man stelle sich vor, für Schweizer Rechtsanwälte wären die erwähnten Verdienstaussichten auch in der Schweiz gegeben. Würden sich unter solchen Umständen nicht Politiker und Rechtsanwälte finden lassen, die sich unter Berufung auf Moral und Gerechtigkeit plötzlich für x-beliebige Ziele einsetzen würden, unabhängig davon, ob sie sich mit diesen überhaupt identifizieren können?

⁹⁴ Cash vom 22. November 1996.

⁹⁵ Facts Nr. 38/1997.

⁹⁶ Artikel *Machtfilz verhilft Anwälten zu Milliardenereinkommen* von Martin Suter in *Sonntags Zeitung* vom 14. Juni 1998. Die Schätzungen der Einkommen beruhen auf Berechnungen des Rechtsprofessors Lester Brickman, Ethikspezialist von der Cardozo Law School in New York.

In Anbetracht dieser Eigenheiten des amerikanischen System heisst ein Engagement gegen die Schweiz noch lange nicht, dass die Kritiker ehrlich der Meinung sind, die Schweiz habe sich im Zweiten Weltkrieg unkorrekt verhalten, auch wenn sie von Moral und Ehrlichkeit sprechen. Es ist typisch, dass gerade die führenden Protagonisten der Boykottbewegung gegen die Schweiz auf bevorstehende Wahlen angewiesen sind, von der Ost- bis an die Westküste, vom New Yorker Finanzvorsteher Alan Hevesi bis zum obersten kalifornischen Finanzbeamten Matt Fong (vgl. Chronologie, Ziffer 21, 26, 32 und 40). Dieser möchte im kommenden November kalifornischer Senator werden, ein Versuch, der seinen Vorgänger rund 27 Millionen Dollar gekostet hat⁹⁷. Gerade das Beispiel von Senator D'Amato zeigt, dass man sich, je nachdem wie der Wind bläst (oder woher das Geld kommt?), opportunistisch für oder gegen jüdische Interessen einsetzen kann⁹⁸.

d) Mithilfe aus der Schweiz?

Es bleibt die Frage, ob Leute aus der Schweiz an den Angriffen beteiligt waren, eventuell von allem Anfang an. Es muss doch zumindest hellhörig machen, wenn ein Mann wie Nationalrat Mühlemann (FDP, Thurgau), der als Aussenpolitik-Spezialist des Parlaments gilt, folgenden Kommentar abgibt: *"Die Schweiz löste die Holocaust-Diskussion selber los, als 1995 die Rechtskommission des Nationalrats in unbedachter Weise das Thema "Nachrichtenlose Vermögen" behandelte"*⁹⁹.

Könnte sein, dass die Aktivitäten und Vorstösse von Parlamentarierinnen und Parlamentariern, welche von der Schweiz eine Aufarbeitung der Geschichte und Entschädigungszahlungen forderten, mit Vertretern der Gegenseite abgesprochen waren, vielleicht sogar von allem Anfang an? Sind gar die Exponenten des

⁹⁷ Vor 4 Jahren gab Michael Huffington rund 27 Millionen Dollar seines eigenen Vermögens aus, um der Senatorin Dianne Feinstein ihren Sitz streitig zu machen. Er wurde nicht gewählt.

⁹⁸ Mitte der 80-er Jahre forderte D'Amato in einem Brief an den damaligen Aussenminister George Shultz, den estnischen SS-Kommandanten Karl Linnas, der sich illegal in den USA befand, nicht an die Sowjetunion auszuliefern. Diesem wurde die Ermordung von 12'000 estnischen Juden vorgeworfen. Linnas wurde trotz der Intervention D'Amatos ausgeliefert (Quelle Internet, Zusammenfassung S. Achermann, Bremgarten-CH, 29. Dezember 1996).

⁹⁹ *Coop-Zeitung* Nr. 34 vom 19. August 1998.

jüdischen Weltkongresses von Personen aus der Schweiz animiert worden, ihre Angriffe zu starten? Wurden die massgebenden Leute in den USA aus der Schweiz mit Informationen und belastendem Material beliefert, um damit die Schweiz besser angreifen zu können?

Solange keine Beweise vorliegen, wäre es unzulässig, Vorwürfe dieser Art zu erheben. Dass Gespräche stattfanden und Gedanken ausgetauscht wurden, auch anlässlich zahlreicher persönlicher Besuche, ist klar. Was anlässlich von Gesprächen besprochen wurde, wird nie beweisbar sein.

Wie undurchsichtig die Situation sein kann, zeigt sich an folgendem Beispiel: Als der Historiker Alan Schom im Namen des Simon Wiesenthal-Centers die Schweiz schwer beschuldigte (vgl. Chronologie, Ziffer 28), bedankte er sich im Vorwort seiner Studie beim Schweizer Professor Jacques Picard für dessen Mitarbeit. Dies war insofern besonders brisant, als Picard Mitglied der vom Bundesrat eingesetzten Kommission Bergier (Chronologie, Ziffer 9) ist. Picard dementierte sofort und teilte mit, er sei von Schom zwar kontaktiert worden, habe diesen jedoch einfach an die existierenden Archive weiter verwiesen.

Es ist dem Autor Alan Schom durchaus zuzutrauen, dass er sich nur deshalb auf Jacques Picard berief, um seiner Schrift einen wissenschaftlichen Anstrich zu geben. Unter den gegebenen Umständen wäre es unzulässig, Jacques Piccard Vorwürfe zu machen. In diesem Sinne ist auch die erwähnte Bemerkung von Tom Bower betreffend der Fernsehmitarbeiterin Irene Loebell zu relativieren (Kapitel 4 b1). Auch bei Bower ist möglich, dass dieser sich bei ihr vor allem deshalb bedankte, um den Eindruck zu erwecken, sein Buch sei breit abgestützt, ohne dass eine eigentliche Zusammenarbeit mit Frau Loebell existiert hatte¹⁰⁰.

¹⁰⁰ Nach der Veröffentlichung der Weltwoche vom 10. April 1997, Tom Bower habe sich bei Irene Loebell bedankt, teilte diese in einem Leserbrief mit, Bower habe sich lediglich auf ihre journalistischen Arbeiten gestützt.

5. Wo liegen die Beweggründe?

Eigentlich würde man denken, dass niemand ein Interesse daran haben kann, eine Entwicklung einzuleiten, die voraussehbar zu einem Wiederaufleben von antisemitischen Gefühlen führt. Um so mehr erstaunt, dass Edgar Bronfman und seine Leute ihre Pauschalangriffe ausgelöst haben. Wo liegt ihr wirkliches Ziel?

Geltungssucht?

Liegen die Beweggründe einfach im Bedürfnis, im Rampenlicht zu stehen, koste es was es wolle? Sind Quelle und Antrieb der Angriffe gegen die Schweiz Profilerungssucht, die rücksichtslos verfolgt wird, auch wenn damit Antisemitismus erzeugt wird? Jedenfalls wäre dieses Ziel erreicht: Der jüdische Weltkongress und sein Präsident haben einen Bekanntheitsgrad erreicht, der seinesgleichen sucht.

Machthunger?

Handelt es sich um eine Machtdemonstration, um einen internen Konkurrenzkampf zwischen jüdischen Organisationen? Wird Einfluss demonstriert, wenn man ein Land wie die Schweiz dazu bringen kann, zu Kreuze zu kriechen und Zahlungen zu leisten? Will man der Welt zeigen, was der Präsident der *Jewish Agency*¹⁰¹, folgendermassen ausdrückt: „*Jüdische Power, die gibt es. Menschen in der ganzen Welt sagen sich, mit diesen Juden ist nicht zu spassen. (...) Wir können weltweit mitmischen, wir sind gut, wir sind besser, als unsere Vorfahren je gedacht hätten*“¹⁰²? Geht es um den Einfluss in der Politik, wie dies Israel Singer ausdrückt: "*Der Jude von heute ist brandneu – er glaubt daran, dass ihm Gott die Macht gegeben hat und dass diese Macht genutzt und eingesetzt werden muss (...) Es wird keine Veränderungen geben, wenn wir die Geschichte nicht in unsere eigenen Hände nehmen*“¹⁰³.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der Kommentar des bekannten Historikers und Lehrstuhlinhabers an der New York

¹⁰¹ Die *Jewish Agency* ist weltweites Koordinationsorgan der zionistischen Bewegung mit Sitz in Israel.

¹⁰² Avraham Burg; in: *Tages-Anzeiger Magazin* Nr. 44/97.

¹⁰³ *The Jewish Press*, New York; 20. Februar 1998.

University, Arthur Hertzberg: *"Es geht um Würde. Es geht darum, ein für allemal die uralte Vorstellung zu brechen, man könne Juden ungestraft berauben, weil diese nie die Macht haben würden, sich zu wehren und zurückzuschlagen. So dachten etwa die Schweizer Grossbanken"*¹⁰⁴. Dieses Zitat zeigt übrigens, wie mit Begriffen Schindluderei betrieben werden kann. Hertzberg gibt offen zu, dass er mit "Würde" die Machtdemonstration meint. Viel klarer könnte man den Begriff Würde wohl kaum verdrehen.

Geht es ums Geld?

Oder geht es darum, von der Schweiz möglichst viel Geld erhältlich zu machen, wie viele vermuten, von Nationalrat Christoph Blocher¹⁰⁵ bis zur ehemaligen amerikanischen Botschafterin in der Schweiz, Faith Whittlesey¹⁰⁶? Auffallend ist jedenfalls, wie sich in den letzten zwei Jahren die Dinge immer dann entspannten, sobald aus der Schweiz finanzielle Zugeständnisse gemeldet werden: Als die Grossbanken am 6. Februar 1997 die Zahlung von 100 Millionen Franken ankündigten, liess Kalman Sultanik, einer der Vizepräsidenten des jüdischen Weltkongresses, schlagartig verlauten, man sei nun *"von der Konfrontation zur Kooperation"* gekommen¹⁰⁷. Monatelange Konfrontation lässt sich also offenbar bereits durch die Ankündigung der Zahlung von 100 Millionen Franken in Kooperation umwandeln.

Allerdings kann wohl ausgeschlossen werden, dass es einem Mann wie Edgar Bronfman, der Milliarden einsetzen kann, um sich Medien zu kaufen und Politiker für sich arbeiten zu lassen, um vergleichsweise vernachlässigbare Beträge wie 270 Millionen oder auch 1,5 Milliarden Dollar geht¹⁰⁸. Weshalb sollte er einen derartigen Wirbel aufziehen, um solche Beträge zusammenzutragen, wenn sein Unternehmen mehr als 10 Milliarden Dollar aufbringen kann, um einen Musikkonzern zu kaufen (vgl. Kapitel 4b)? Denkbar ist

¹⁰⁴ *Jüdische Rundschau* vom 20. August 1998.

¹⁰⁵ Vgl. Christoph Blocher, *Die Schweiz und der Zweite Weltkrieg; eine Klarstellung*, 1. März 1997: *„Die jüdischen Organisationen, die Geld fordern, sagen, es gehe ihnen letztlich nicht ums Geld. Aber genau darum geht es“*.

¹⁰⁶ *Facts* 44/1997: Stellungnahme von Faith Ryan Whittlesey betreffend den Boykottmassnahmen diverser amerikanischer Staatsstellen: *„Diese Sanktionen scheinen mir nicht viel mehr zu sein als der Versuch, Geld von den Schweizer Banken einzutreiben“*.

¹⁰⁷ Zeitung *Der Bund* vom 7. Februar 1997.

allerdings, dass von Anfang an die Rechnung so gemacht wurde, dass - falls die Schweiz in die Knie geht - die Angriffe erfolgreich auf die Nachbarstaaten ausgeweitet werden können (vgl. Kapitel xxx)..

Angriff auf den Bankenplatz Schweiz?

Handelt es sich - falls Geld die Triebfeder ist - um einen gezielten Angriff gegen den Bankplatz Schweiz, wie dies zahlreiche Leute vermuten, von Bundesrat Delamuraz: „*Es gibt (...) Kreise, welchen es um nichts anderes geht als um die Zerstörung des Finanzplatzes Schweiz*“¹⁰⁹, bis hin zum bekannten Umweltaktivisten Franz Weber: *"Die Schweiz muss diesen Gegner endlich so sehen, wie er ist: brutal, rücksichtslos, erpresserisch. Ein Gigant, der schamlos jedes Mittel anwendet, um zu seinem Ziel zu kommen. Das offenkundige Ziel der USA, sagen wir es ohne Umschweife, ist die Vernichtung des Finanzplatzes Schweiz zugunsten des Finanzplatzes Amerika"*¹¹⁰?

Wählt der Präsident des jüdischen Weltkongresses gezielt den Vorsitzenden des Bankenausschusses des Senats (Senator D'Amato) als Partner aus, um die vor allem im Bereich der Vermögensverwaltung erstaunlich dominante Position der Schweizer Banken zu erschüttern? Wenn man sieht, um was für gigantische Summen es beim *private banking* (also der Vermögensverwaltung) geht, ist diese Vermutung nicht von der Hand zu weisen¹¹¹. Geht es letztlich um das schweizerische Bankgeheimnis? Ist dieses nicht mehr akzeptabel in einer Welt, in welcher Privatsphäre und Vermögensschutz eine immer kleinere Rolle spielen und in welchem dem *"grossen Bruder"*¹¹² vollumfänglich Einsicht gewährt werden muss? Für diese Variante spricht nicht zuletzt, dass Greg Rickman, der Chef des zehnköpfigen Nazigold-Ermittlerstabs, den sich Senator Alfonse D'Amato leistet, gegenüber der Londoner *Times* erklärte, sein Ziel sei, das Schweizer Bankgeheimnis zu brechen: „*Wenn das*

¹⁰⁸ 1,5 Milliarden Dollar sind der Betrag, der in den Gesprächen um die "Globallösung" im Sommer 1998 von der jüdischen Seite gefordert wurde.

¹⁰⁹ Bundesrat Delamuraz; in: *24heures* vom 31. Dezember 1996.

¹¹⁰ *Journal Franz Weber*, Ausgabe Nr. 40/97, Montreux.

¹¹¹ Die Schweizer Banken haben sich eine erstaunlich mächtige Stellung im Private Banking geschaffen. Die neue Union Bank of Switzerland allein soll in diesem Bereich nicht weniger als 850 Milliarden Franken verwalten. *Aargauer Zeitung* vom 24. Januar 1998.

¹¹² Im Roman "1984" hat George Orwell ein Horrorszenario einer Gesellschaft aufgezeichnet, in welcher alles und jedermann überwacht wird. Er hat dabei den Ausdruck des alles überwachenden "grossen Bruders" geprägt.

passiert, wird die Schweizer Währung absacken, weil die Leute ihr Geld abziehen werden¹¹³.

Bewusste Anheizung des Antisemitismus?

Oder ist gar die Vermutung der US-amerikanischen, jüdisch-orthodoxen Gruppe *Neturei Karta* richtig? *Neturei Karta* spricht betreffend der Aktionen gegen die Schweiz von "unverschamtem" Vorgehen einiger "arroganter, selbsternannter jüdischer Führer". Bei deren Attacken gehe es um das „bewusste Beleben der Antipathie gegen die Juden“, ja sogar darum, „den Antisemitismus in der ganzen Welt zu fördern“¹¹⁴. Dies nach dem uralten Grundsatz, dass Bedrohung von aussen die Einigkeit im Innern fördert. Waren Bronfman und seine Gesinnungsgenossen besorgt, dass das Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Juden in aller Welt abnimmt und dass die Begeisterung für finanzielle Hilfe für die jüdische Sache am Verebben ist, seit Israel begonnen hat, Friedensverträge mit den arabischen Nachbarn zu schliessen¹¹⁵?

Werden mit einem Aufwärmen der Holocaust-Verbrechen die Gemüter angeheizt und damit an das jüdische Identitätsgefühl appelliert¹¹⁶? Wird tatsächlich bewusst Antisemitismus provoziert, um damit die jüdische Gemeinschaft zusammenzuschweissen? Dass dies gar eine jüdische Organisation wie *Neturei Karta* behauptet, muss aufhorchen lassen. Jedenfalls weisen Aessungen von Edgar Bronfman wie „*Meine erste Priorität ist eine Wiedergeburt des jüdischen Geistes, damit wir unsere Tradition verstehen*“¹¹⁷ in diese Richtung; ebenso seine Aussage, die Assimilation (also die Anpassung der jüdischen Bevölkerung an andere Bevölkerungsgruppen) sei "der Feind Nummer eins" der in alle Welt zerstreuten Juden¹¹⁸. Geht es ihm also darum, die nicht-orthodoxe jüdische Gemeinschaft der USA zur Militanz zu erwecken?

¹¹³ *Londoner Times* (13. Januar 1997).

¹¹⁴ Vgl. die diesbezüglichen ausführlichen Darlegungen in der *Neuen Zürcher Zeitung*, 5./6. Juli 1997.

¹¹⁵ Vgl. die Zeitung *Wall Street Journal*, die bereits am 14. Sept. 1994 in einem Artikel mit dem Titel *Friedensburde* auf diese Art und Weise argumentierte, also vor Beginn der *Krise Schweiz – Zweiter Weltkrieg*.

¹¹⁶ Artikel von Elliott Abrams *Can Jews Survive? When American Jews abandon religion in favour of culture, they disappear*, in: *National Review*, 19. Mai 1997. 85 Prozent der amerikanischen Juden geben trotz abnehmender Begeisterung für die jüdische Sache an, der Holocaust trage dazu bei, dass sie sich jüdisch fühlen.

¹¹⁷ *Weltwoche* vom 11. Dezember 1997.

¹¹⁸ Edgar Bronfman, Autobiographie *The making of a Jew*, 1996.

Dass beim Präsidenten des jüdischen Weltkongresses die beiden Ziele, Antisemitismus zu wecken und Geld aufzutreiben, wohl nahtlos ineinander übergehen, zeigt folgende Aussage: *„Wir haben uns damit abzufinden: Als Juden werden wir von unseren Feinden regelrecht ausgegrenzt. Und es ist Tatsache: In vielen Teilen der Welt ist die persönliche Sicherheit für Juden nicht gewährleistet. Der Antisemitismus wuchert in verschiedenen Regionen der Welt empor. Seit der Jüdische Weltkongress seine Nachforschungen gegen die Schweizer Banken begann, ist der Antisemitismus in der Schweiz im Vormarsch. (...) Eines ist klar. Das Ueberleben, die Sicherheit der Juden ist untrennbar davon abhängig, ob es den Juden gelingt, eine gemeinsame Verteidigung zu schmieden und zu organisieren. Mit einer Spende an die einzige Organisation, die Zukunft, Kultur und Sicherheit der jüdischen Welt gewährleistet, demonstrieren sie Bereitschaft zur Verteidigung von Juden, die verfolgt werden, weil sie Juden sind.“*¹¹⁹ Ist es nicht ein kleiner Schritt vom Gedanken, dass beim Aufkommen von Antisemitismus mehr Spenden beim jüdischen Weltkongress eingehen werden, bis zur bewussten Anheizung des Antisemitismus, um Spenden zu erhalten und aus dem Antisemitismus Kapital schlagen zu können?

Für die gezielte Anheizung von Antisemitismus spricht auch die offensichtliche Gleichgültigkeit, mit der Avraham Burg auf dessen Wiederbelegung reagiert: *„Wenn in der Schweiz Antisemitismus erweckt wird, ist das nicht das Problem der jüdischen Gemeinschaft. Das ist das Problem der Schweizer Regierung und Gesellschaft, es ist das Problem Europas, der Antisemiten, der Humanisten, des Parlaments und des Rechtsstaats“*¹²⁰. Im Klartext heisst dies, dass Avraham Burg die Haltung vertritt, dass jüdische Organisationen Oel ins Feuer giessen können, so viel sie wollen. Um die Folgen sollen sich andere kümmern.

¹¹⁹ Undatierter „Dankesbrief“ an Geldspender zugunsten des jüdischen Weltkongresses vom November / Dezember 1997, unterzeichnet durch Edgar Bronfman.

¹²⁰ Jüdische Rundschau vom 11. Juni 1998.

6. Absurde Dimensionen der Forderungen

Die wahren Beweggründe für die Angriffe gegen die Schweiz werden immer zu einem Teil spekulativ bleiben. Klar ist hingegen, dass die gestellten Forderungen von allem Anfang an jede Verhältnismässigkeit mit Füssen traten.

Vor allem in den USA wurde von Anfang an von 7 Milliarden Dollar gesprochen, die sich angeblich auf den Schweizer Banken befinden sollen¹²¹, eine Zahl, die übrigens aufgrund eines Missverständnisses in die Welt gesetzt worden war¹²². Reihenweise wurde gar von wesentlich höheren Beträgen gesprochen. Schon in der ersten Sammelklage wurden wie erwähnt 20 Milliarden Dollar eingeklagt, also rund 29 Milliarden Franken. Nachdem die Schweiz anfangs März 1997 ihre *7-Milliarden-Stiftung* angekündigt hatte, wurde dies in den Blättern des Medien-Konzerns Hearst als *"sehr gutes Geschäft für die Schweiz"* bezeichnet, weil nur ein *"relativ geringfügiger Teil"* des angeblichen Profits zurückgegeben werde, weil die *"wirkliche Schuld"* der Schweiz auf 60 Milliarden Dollar zu veranschlagen sei. Edgar Bronfman hatte im Januar 1997 sogar die Summe von 100 Milliarden Dollar erwähnt¹²³.

a) Trotz Inflation groteske Grössenordnungen

1945 betrug das Total der Bilanzsummen der damals existierenden 467 Banken in der Schweiz nur rund 21,5 Milliarden Franken, also (nach damaligem Wechselkurs) weniger als 5 Milliarden Dollar. Wenn Rechtsanwalt Fagan seine Klage mit 20 Milliarden Dollar beziffert hat (Chronologie, Ziffer 11), so war dies also schon nur in einer einzelnen Klage viermal mehr als die gesamte damalige Banken-Bilanzsumme. Dies zeigt, wie grotesk die geforderten

¹²¹ Drei von zahllosen Beispielen: *Indianapolis Star* vom 13. Oktober 1996, *Chicago Tribune* vom 1. Januar 1997 und *International Herald Tribune* vom 28. Januar 1997.

¹²² Die Zahl von 7 Milliarden stützte sich ursprünglich auf einen Artikel in der israelischen Zeitung *Globes* vom 28. April 1995. Der Journalist, Itamar Levin, der sie genannt hatte, gab freimütig zu, dass er einem Irrtum unterlegen war. Er war der deutschen Sprache nicht mächtig und hatte sich auf eine Notiz berufen, die auf Deutsch geschrieben war. Das von ihm gefundene Dokument hatte überhaupt nichts mit jüdischen Guthaben zu tun (vgl. das Buch *Die Schweiz am Pranger* der Autoren Sebastian Speich, Fred David, Shraga Elam und Anton Ladner, 1997).

¹²³ *Aargauer Zeitung* vom 22. Januar 1997. Edgar Bronfman hatte gegenüber der *Handelszeitung* gesagt, dass die behaupteten 100 Milliarden zwar nicht vom jüdischen Weltkongress geschätzt worden seien, sondern von Kreisen, „die es wissen sollten“.

Phantasiebeträge sind, selbst wenn man die Inflation seit 1945 in Rechnung stellt.

Der schweizerische Landesindex der Konsumentenpreise stieg zwischen 1945 und 1997 um 450 Prozent. Wer ein Sparheft zu üblichem Zins angelegt hatte, steigerte im selben Zeitraum sein Guthaben um 540 Prozent (Nicht alle Bankguthaben sind verzinslich, wie dies Sparhefte sind). Wer Gold hielt, erzielte eine schwächere Rendite, da das Gold seit 1945 nur um insgesamt 314 Prozent stieg. Wesentlich unübersichtlicher wird die Situation, sobald Fremdwährungen mitberücksichtigt werden. In Deutschland stieg die Preisentwicklung seit Einführung der D-Mark 1948 bis heute um 376 Prozent. Wer sein Geld in US-Dollars angelegt hatte, musste ab 1973 den Wertzerfall des Dollars um rund zwei Drittel hinnehmen.

Welcher Wert einem Guthaben von 1945 heute zugemessen werden soll, ist somit diskutabel. Die eben aufgeführten Zahlen zeigen, dass eine immer wieder behauptete Verzehnfachung der Werte (dass also zum Beispiel 100 damalige Millionen heute eine Milliarde Wert sein sollen) weit übertrieben ist. So kompliziert es aber auch sein mag, eine "gerechte" Teuerung festzulegen, so ist doch eines klar: Heutige Forderungen in x-facher Milliardenhöhe sind mehr als übertrieben.

b) Die tausendfache Uebertreibung

Noch viel störender werden die Dimensionen, wenn die Forderungen nicht mit Bilanzsummen, sondern mit tatsächlich auf den Banken liegenden Geldern jüdischer Holocaustopfer verglichen werden.

Die jetzige Suche nach nachrichtenlosen Konten wird mit enormem Aufwand und unter neutraler Kontrolle betrieben. Trotzdem wurde nur sehr wenig Geld gefunden, das von Holocaustopfern stammen kann.

Per Oktober 1997 wurden insgesamt 80'466'361 "nachrichtenlose" Franken registriert, 67'535'985 Franken davon von ausländischen Kontoinhabern¹²⁴. Seither wurden keine Statistiken mehr

¹²⁴ Zusätzlich wurden nicht weniger als 63'621 nachrichtenlose Konten mit je einem Saldo von unter 100 Franken gefunden (zum Beispiel vergessene „Göttibatzen“). Auf diesen 63'621 Konten lagen durchschnittlich nur 18 Franken. Der tiefe Durchschnittswert ist vor allem darauf zurückzuführen, dass zahlreiche Bankkonten bis auf wenige Franken oder Rappen geleert wurden, die Kunden ihr Konto aber nicht gänzlich auflösen wollten.

veröffentlicht, doch ist in Insiderkreisen zu hören, dass sich diese Summen noch um rund einen Viertel erhöhen dürfte. Ausländischen Guthaben könnten also auf gegen 80 Millionen zu stehen kommen. Bei einem Grossteil davon, vielleicht bei rund 80 Prozent¹²⁵, kann zum vornherein ausgeschlossen werden, dass es sich um Konten jüdischer Weltkriegsopfer handelt. Von den verbleibenden "möglichen" 20 Prozent wird sich wiederum nur ein Teil als Vermögen jüdischer Opfer herausstellen¹²⁶. Die Namen der Kontoinhaber allein können oft keine Klarheit bringen¹²⁷. Es ist also durchaus möglich, dass schlussendlich nur rund 10 Millionen Franken jüdischen Weltkriegsopfern zugeordnet werden können. Von dieser Zahl war bereits im Communiqué des schweizerischen Bankenombudsmanns im Mai 1997 gesprochen wurde¹²⁸.

10 Millionen Franken wären ziemlich genau ein Tausendstel der immer wieder genannten 7 Milliarden Dollar, die von Schweizer Banken "gestohlen" worden sein sollen (7 Milliarden Dollar gleich heute rund 10 Milliarden Franken). Aber selbst wenn sich schliesslich 30 Millionen Franken finden lassen, so ist das immer noch tausend mal weniger als die von Rechtsanwalt Fagan eingereichte Sammelklage in der Höhe von 20 Milliarden Dollar (also rund 29 Milliarden Franken). Ganz zu schweigen von den noch höheren Phantasiebeträge, die genannt wurden. Es kann unter diesen Umständen mit gutem Gewissen gesagt werden, dass die gegenüber den Schweizer Banken erhobenen Forderungen von allem Anfang an tausendfach übertrieben waren (vgl. Tabelle 1).

¹²⁵ Die Informationspolitik der Banken ist unverständlich zurückhaltend. Aus Insiderkreisen ist zu hören, dass in rund 80 Prozent der Fälle ausgeschlossen werden kann, dass es sich um Konten jüdischer Naziopfer handelt. Interessanterweise gibt es erstaunlich viele "Franzosen, die während des Kriegs zur Sicherheit ein Konto in der Schweiz eröffneten und es dann vergassen" (vgl. *Jüdische Rundschau* vom 16. Juli 1998). Auch in Frankreich bestand ein Devisen-Exportverbot, trotzdem versuchten die Franzosen angesichts der Kriegsgefahr, ihr Geld im Ausland in Sicherheit zu bringen.

¹²⁶ Charakteristisch ist in diesem Zusammenhang folgendes Beispiel. Die Suche der Banken förderten auch ein Konto der Mutter der jetzigen amerikanischen Botschafterin in der Schweiz, Madelaine Kunin, zu Tage, die in ihrer Jugend als Tochter einer jüdischen Familie in der Schweiz gelegt hatte. Obwohl es sich beim gefundenen Konto somit um ein "jüdisches Konto" handelt, kann es nicht als "Kriegsopfer-Konto" gelten. Botschafterin Kunin sagt heute: "Meine Mutter war keine Ueberlebende des Holocausts. Das gefundene Konto stammt aus der Zeit, als sie noch in der Schweiz lebte". In: *Jüdische Rundschau* vom 27. August 1998.

¹²⁷ Ein typische Beispiel ist der Name "Blum", der sowohl deutschen wie jüdischen Ursprung haben kann. Existiert ein Konto auf diesen Namen, bei dem sich seit 1945 niemand mehr gemeldet hat, wird nie zuverlässig geklärt werden können, ob es sich beim Kontoinhaber um ein jüdisches Naziopfer handelt.

¹²⁸ Diese Angabe bezog sich auf bereits gefundene Konten. Wie zuverlässig die Angabe war und ob und wieviel zusätzliche jüdische Konten seither noch gefunden wurden, ist nicht bekannt.

Tabelle 1
**Grössenordnungen der nachrichtenlosen Vermögen
in Schweizerfranken**

In der **Suchaktion 1962** gefunden 9.47 Millionen
(davon wurde rund ein Teil den Banken zurückgegeben, da es sich nicht um Guthaben jüdischer Weltkriegsopfer handeln konnte, oder weil die Berechtigten im Ostblock wohnten. Vom Rest wurde ein Drittel gemeinnützigen Organisationen überreicht, weil die Berechtigten nicht gefunden werden konnten)

Behauptungen

Forderungen ab 1995 mit der immer wiederkehrenden Behauptung, auf Schweizer Banken lägen 7 Milliarden Dollar (rund 10 Milliarden Franken) 10'000 Millionen

Forderung schon nur in der ersten Sammelklage (20 Milliarden Dollar) 29'000 Millionen

Verschiedentlich wurden noch höhere Summen genannt; bis zu 100'000 Millionen

Gefundene Summen

Gefundene nachrichtenlose Vermögen vor Beginn der Holocaust-Krise, (entspricht der Summe, die Edgar Bronfman 1995 angeboten wurde) 38.0 Millionen

Bis zur Veröffentlichung der Banklisten (Juli und Okt. 1997) gefunden 79.04 Millionen

davon inländische Guthaben (also Schweizer Kontoinhaber) 11.67 Millionen

davon ausländische Guthaben 67.37 Millionen

Seither (also zwischen Okt. 1997 und Juli 1998) sind vielleicht noch 20 % mehr gefunden worden, bei 67,37 Millionen wären die rund 13 Millionen Schätzung der ausländischen nachrichtenlosen Vermögen per August 1998 80 Millionen

Von diesen 80 Millionen kann beim überwiegenden Teil (nach internen Schätzungen rund 80 %, bei denen es sich um Geld z.B. von französischen Adelligen handelt) ausgeschlossen werden, dass es sich um Gelder jüdischer Personen handelt. Die restlichen 20 % entsprechen 16 Millionen

Von diesen 16 Millionen gehören wiederum nur ein Teil Weltkriegsopfern. (hierher gehört die Problematik, dass man z.B. aufgrund des Namen Blum nicht eruieren kann, ob der Kontoinhaber jüdischen Glaubens war, andererseits sind nicht alle jüdischen Konten solche von Opfer des Krieges). Es verbleiben 10 Millionen
Um allen Eventualitäten Rechnung zu tragen, sei diese Zahl verdreifacht bis 30 Millionen

Bisherige Auslagen

Bisheriger Aufwand der Banken (zur Mehrheit Suchaufwand) 1'000 Millionen

Fazit:

Gefordert wurden zwischen 10'000 Millionen (7 Milliarden Dollar) und 29'000 Millionen (20 Milliarden Dollar) Franken oder gar mehr.

An nachrichtenlosen Vermögen von jüdischen Weltkriegsopfern werden sich schliesslich vielleicht 10 bis 30 Millionen Franken finden lassen, also 1'000 mal weniger. Davon ist erst noch ein Teil auf die Wertsteigerung von Wertpapieren in den letzten Jahren zurückzuführen.

Schon nur der den Banken verursachte Aufwand von über 1'000 Millionen Franken könnte bis zu 100 mal höher sein als die gefundenen Summen von jüdischen Weltkriegsopfern.

c) Mehr bezahlen als die Deutschen?

Wie unverhältnismässig die erhobenen Forderungen von allem Anfang an waren, zeigt sich vielleicht am besten, wenn man sie mit den Zahlungen Deutschlands vergleicht: Sie waren pro Kopf höher, als Deutschland insgesamt als Kriegswiedergutmachung bezahlt hat..

Deutschland hat bis Ende 1996 100,02 Milliarden Mark an Kriegsentschädigungen bezahlt, rund weitere 24 Milliarden Mark sollen noch folgen¹²⁹. Diese Summen scheinen auf den ersten Blick hoch. Wie klein sie jedoch im Grunde genommen sind, wird ersichtlich, wenn sie in Relation zur Bevölkerung gesetzt werden: Unser Land zählt rund zwölf mal weniger Einwohner als Deutschland. 124 Milliarden Mark in Deutschland würden deshalb ziemlich genau 10 Milliarden DM in der Schweiz entsprechen, also rund 8 bis 9 Milliarden Schweizerfranken. Die bis Ende 1996 bezahlten 100 Milliarden DM entsprechen in Relation zur Schweizer Bevölkerung rund 7 Milliarden Schweizerfranken.

Wenn die Schweiz 7 Milliarden Franken für eine Solidaritätsstiftung aufwendet, entspräche dies also ziemlich genau den bisher bezahlten 100 Milliarden Mark Deutschlands. Oder anders ausgedrückt: Deutschland hat bisher für den Krieg in Relation zur Bevölkerung nur etwa so viel bezahlt, wie die Schweiz in jüngster Vergangenheit Jahr für Jahr für die eigenen Arbeitslosen oder für bedürftige Ausländer ausgegeben hat¹³⁰. Illustrativ ist auch der Vergleich, der kürzlich von einem deutschen Fernsehprecher gezogen wurde: Für die

¹²⁹ Von diesen 100,02 Milliarden wurde der Löwenanteil (76,99 Milliarden) gestützt auf das *Bundesentschädigungsgesetz* 1956 geleistet. Weitere Zahlungen erfolgten gestützt auf das *Bundesrückerstattungsgesetz*, auf den *Israelvertrag* (3,45 Milliarden) und aufgrund zahlreicher "kleineren" Vereinbarungen. Bei den noch zu zahlenden 24 Milliarden Mark (ab Januar 1997) handelt es sich um eine Schätzung. Möglich ist insbesondere, dass aufgrund eines jüngsten Musterprozesses, in dem in Bonn einer vormaligen polnischen Zwangsarbeiterin 15'000 Mark entgangener Lohn vom deutschen Staat zugesprochen wurde, weitere Zahlungspflichten ausgelöst werden können. Zu vermuten ist auch, dass deutsche Banken nach den Zahlungen der Schweizer Banken nun ebenfalls noch zusätzliche Leistungen erbringen werden (vgl. Kapitel 12c).

¹³⁰ Die Zahlungen der schweizerischen Arbeitslosenkasse betrug 1997 annähernd 8 Milliarden Franken. Dazu kommen weitere Leistungen, z.B. der Gemeinden für Langzeitarbeitslose oder der Invalidenversicherung an faktisch Arbeitslose. Auch zugunsten von Ausländern gibt die Schweiz jährlich gegen 10 Milliarden Franken aus (vgl. Kapitel 12f).

Unterstützung der ehemaligen DDR gebe Deutschland Jahr für Jahr mehr Geld aus, als es insgesamt für den Krieg bezahlt hat¹³¹.

Zu berücksichtigen ist, dass Deutschland zu keinen „Reparationszahlungen“ (Zahlungen an die überfallenen Länder, um verursachte Schäden zu „reparieren“) verpflichtet wurde¹³². Es leistete lediglich Entschädigungen an individuelle Kriegsoffer¹³³. Auf Reparationszahlungen verzichteten die westlichen Siegermächte aus zwei Gründen: Erstens wegen den schlechten Erfahrungen, die man Ende des Ersten Weltkriegs gemacht hatte, als die Zahlungspflichten Deutschlands aus dem Versailler-Vertrag ein zentrales Argument für die nationalsozialistische Propaganda war, die zu Hitlers Machtergreifung und zum Zweiten Weltkrieg führte. Zweitens wünschte man sich nach dem Zweiten Weltkrieg im Kampf gegen den drohenden Kommunismus ein starkes Westdeutschland, das man nicht durch Auflagen belasten wollte.

Diverse zusätzliche Aspekte lassen die Zahlungen Deutschlands als tief erscheinen¹³⁴. Rund 20 Prozent der Beträge stellen Renten an die

¹³¹ Kommentar zur ARD-Tagesschau vom 25. August 1998. Darin wurde darauf hingewiesen, dass für die neuen Bundesländer jährlich mehr als 100 Milliarden DM aufgewendet werden, wogegen Deutschland bisher nur rund 100 Milliarden DM für den Krieg bezahlt habe.

¹³² Eine kleine Ausnahme stellen die mit *Projektförderung* bezeichneten Zahlungen von rund 150 Millionen Mark an andere Staaten dar. Zu berücksichtigen ist zudem, dass das in Deutschland gefundene Gold von den Alliierten beschlagnahmt und an geschädigte Staaten verteilt wurde, und dass Auslandguthaben von Deutschen nach dem Krieg beschlagnahmt wurden (aufgrund des Washingtoner-Abkommens und dem *Deutsch-Schweizerischen Abkommen* von 1951/52 flossen 121,5 Millionen Franken auch aus der Schweiz an die Alliierten). Nicht zu vergessen ist zudem, dass die Sowjetunion in der Nachkriegszeit die DDR ausbeutete, was in einem gewissen Sinne ebenfalls als kriegsbedingte Zahlungen Deutschlands betrachtet werden könnte. Schon nur für das zweite Halbjahr 1945 registrierten die sowjetischen Armeetagebücher den Wegtransport von 400'000 Waggonladungen der Deutschen Reichsbahn mit Lebensmitteln, 450'000 Radios, 60'000 Klavieren, rund einer Million „kapitalistischer“ Möbelstücke (auch die Waggons wurden nie an Deutschland zurückgegeben). Die DDR wurde also richtiggehend ausgeplündert, abgesehen von der Tatsache, dass ostdeutsche Gebiete wie Ostpreussen, Pommern und Schlesien an Polen und Russland angegliedert wurden. Plünderungen, Beschlagnahmungen und Annexionen sind jedoch keine Reparationszahlungen.

¹³³ Ein kleiner Teil dieser *Entschädigungen an individuelle Kriegsoffer* wurde allerdings als Zahlungen an die betreffende Regierung zur Weiterleitung an individuelle Opfer geleistet. Mit 16 Staaten wurden solche „Wiedergutmachungs-Globalverträge“ in der Höhe von total rund 2,5 Milliarden Mark vereinbart. Auch dabei handelte es sich aber nicht um Entschädigungen an die Länder selbst.

¹³⁴ Wie bescheiden die Leistungen Deutschlands im Grunde genommen waren, zeigt sich auch darin, dass die Zahlungen an Opfer eine wirtschaftliche Notlage des Empfängers voraussetzen. Demgegenüber waren zum Beispiel die Renten für Mitglieder der Waffen-SS und ihre Hinterbliebenen einkommensunabhängig und unverjährbar, selbst im Ausland. So kamen noch nach 1990 Mitglieder der Waffen-SS aus Lettland zu Renten, während unzählige Opfer leer ausgingen. Auch die Witwen von Nazi-Größen (wie des berüchtigten Volksgerichtshof-Vertreters Freisler oder des NS-Führers Heydrich in Prag) erhielten jahrzehntelang Pensionen ausbezahlt, ohne dass daran in Bonn jemand gerüttelt hätte. Vgl.

eigene Bevölkerung dar. Ungefähr 80 Prozent gingen an jüdische Empfänger im In- und Ausland. Das bedeutet gleichzeitig, dass nicht-jüdische Geschädigte ausserhalb Deutschlands praktisch nichts erhielten. Die Ukraine, die besonders unter die Räder geriet, erhielt von Deutschland 1993 nur gerade 400 Millionen Mark. Bei geschätzten 650'000 noch lebenden ukrainischen Weltkriegsopfern entsprach dies bescheidenen 615 Mark pro Person¹³⁵. An Jugoslawien floss 1961 eine Zahlung von 8 Millionen, 1969 an die Tschechoslowakei 7,5 Millionen, 1971 an Ungarn 6,25 Millionen Mark (6,25 Millionen wären pro Kopf auf die Schweiz umgerechnet nur rund eine halbe Million Franken!) und 1972 an Polen 140 Millionen Mark. Bei diesen vier Zahlungen ist nicht einmal sicher, ob sie von den betreffenden Staaten wirklich an die Berechtigten weitergeleitet wurden.

Diese Darlegungen sollen in keiner Weise heissen, Deutschland sei heute noch zur Kasse zu beten; im Gegenteil (vgl. Kapitel 11 c). Sie sollen nur aufzeigen, dass sich die Kritiker nicht einmal scheuten, von der Schweiz von Anfang an relativ gesehen mehr zu verlangen als von Deutschland. Erstaunlich ist, dass unsere Medien diese Missverhältnisse nicht aufgriffen und in der Öffentlichkeit verständlich aufzeigten.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass bei Zahlenvergleichen eigentlich die Inflationsproblematik mitzuberücksichtigen wäre. "Nominal" 7 Milliarden vor 30 oder 40 Jahren waren kaufkraftmässig ("real") mehr wert als 7 Milliarden heute.¹³⁶ Aber selbst bei "realer" Betrachtungsweise, also in Berücksichtigung der Inflation, kommt man zum Schluss, dass zum Beispiel die Sammelklage in der Höhe von 20 Milliarden Dollar im Verhältnis zur Bevölkerung höher war als alle bisherigen Kriegs-Entschädigungszahlungen Deutschlands.

Aufsatz *Bei der Aufarbeitung (der DDR) Doppelmoral noch und noch* von Dr. Friedrich-Wilhelm Schlomann; in: *Abendland* Nr. 3, 1997.

¹³⁵ *Neue Zürcher Zeitung* vom 18. Januar 1997.

¹³⁶ Auf die Inflationsproblematik wurde soeben hingewiesen (vgl. Kapitel 6a). [Da Deutschland Zahlungen über Jahrzehnte hinweg erbracht hat](#), vor allem auch schon während der 50er-Jahre, sind die realen Leistungen auf den heutigen Zeitpunkt bezogen höher als 100 Milliarden Mark.

7. Argumente zugunsten der Schweiz

Die Angriffe gegen die Schweiz waren nicht nur generell völlig unverhältnismässig, sondern sie können auch in jedem einzelnen Sachbereich widerlegt werden.

Was heute gelegentlich "Holocaust-Krise" genannt wird, begann mit dem Vorwurf, auf den Schweizer Banken lägen noch heute Milliarden von Franken, die jüdischen Naziopfern gehört hätten. Schon bald erkannten die Kreise, die hinter den Angriffen stehen, wie unhaltbar ihre Behauptungen waren und wie kläglich und schäbig es in Anbetracht der ungesühnten Greuelthaten des Zweiten Weltkriegs wirkte, nur vom Geld ihrer Klienten und Mitgliederkreise zu reden. Also wurde gegen Ende 1996 die Strategie gewechselt: Altbekannte Themen wie das *Raubgold*¹³⁷ und die *Flüchtlingspolitik*¹³⁸ wurden neu thematisiert. Dazu kamen neue Anschuldigungen, von der *Kriegsverlängerung* durch die Schweiz bis hin zum Vorwurf von *sklavenähnlicher Internierung der jüdischen Flüchtlinge in Arbeitslagern*.

a) Nachrichtenlose Vermögen

Unter *nachrichtenlosen Vermögen* sind im vorliegenden Zusammenhang Gelder auf Bankkonten zu verstehen, die vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs eröffnet wurden und seither vom Berechtigten nie mehr beansprucht wurden.

¹³⁷ Aus den Parlamentsprotokolle 1946 betreffend der Diskussionen um das Washingtoner-Abkommen ist ersichtlich, dass schon damals alle relevanten Tatsachen bekannt waren. Zudem wurde die Raubgoldproblematik in Büchern gründlich aufgearbeitet. Vgl. Robert Vogler, *Der Goldverkehr der Schweiz. Nationalbank mit der Deutschen Reichsbank 1939-1945*. Besondere Verbreitung fand *Die Schweiz im Krieg, 1933-1945* von Werner Rings, 1985. Sein Werk wurde in 80'000 Exemplaren gedruckt, eine für die Schweiz extrem hohe Auflage. Es gelangte sogar über das Schul- und Volkskino in die Schulzimmer.

¹³⁸ Professor Carl Ludwig legte 1955 (1957 im Parlament behandelt und veröffentlicht) den vom Bundesrat in Auftrag gegebenen 376-seitigen Bericht *Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart* (den "*Ludwig-Bericht*") vor, welcher die damals verfolgte Politik schonungslos offen legte und dramatische Einzelbeispiele schilderte. 1970 wurde der 1962 vom Bundesrat veranlasste Bericht von Professor Edgar Bonjour vorgelegt, die *Geschichte der Schweizer Neutralität im Zweiten Weltkrieg* (der "*Bonjour-Bericht*"), eine umfassende Darstellung der Aussenpolitik (Neutralitätspolitik). Breitere Kreise der Öffentlichkeit nahmen die Flüchtlingspolitik vor allem über das Buch von A. Häsler *Das Boot ist voll* (1967) zur Kenntnis, welches später verfilmt wurde.

Zwei Vorbemerkungen drängen sich auf. Die erste betrifft das Verhältnis zwischen den Schweizer Banken und der offiziellen Schweiz. Verschiedentlich wird die Meinung laut, es sei nicht Aufgabe der offiziellen Schweiz, für die Banken die Kohlen aus dem Feuer zu holen. Diese sollen die Suppe, welche sie unserem Land eingebracht haben, selbst auslöffeln. Diese Argumentation lässt ausser acht, dass aus der ausländischen Optik unser Land und die Banken nicht trennbar sind. Was von Banken zu vertreten ist, von ihnen gesagt oder von ihnen bezahlt wird, wird undifferenziert unserem Land als Ganzes zugeschrieben. In geradezu klassischer Weise wurde dies sichtbar beim Kommentar Israel Singers, nachdem sich die Banken am 12. August 1998 zu einer Zahlung von 1,8 Milliarden Franken verpflichtet hatten. Er bezeichnete diesen Schritt als "historischen nationalen Kniefall der Schweiz". Die Zahlungsbereitschaft wurde automatisch nicht nur als Schuldanerkennung der Banken, sondern der ganzen Schweiz verstanden (vgl. Kapitel 12 c). Bei dieser Sachlage sitzen unsere politischen Behörden gezwungenermassen zumindest teilweise im selben Boot wie die Banken¹³⁹.

Zweitens ist vorweg festzuhalten, dass es nicht darum gehen kann, sich kritiklos schützend vor die Banken zu stellen. Es kann und soll nicht bestritten werden, dass von Banken bis in jüngster Zeit auch Fehler begangen wurden, wodurch unserem Land beträchtlicher Schaden zugefügt wurde. Auf die Nöte der Holocaustopfer und deren Erben wurde zu wenig sensibel eingegangen. Dazu kamen Fehlleistungen wie im *Fall Meili* (Chronologie, Ziffer 13), welcher der Schweiz wohl mehr geschadet hat als alle anderen Angriffe der letzten zwei Jahre¹⁴⁰. Aber auch wenn die Vorwürfe gegen unser Land durch Fehlverhalten von einzelnen Bankenvertretern mitausgelöst worden sind, so erstaunt doch, wie es den Kritikern mit

¹³⁹ Abgesehen davon ist das Verhalten der Banken selbstverständlich von den politischen Rahmenbedingungen abhängig, welche ihnen gesetzt werden. So gesehen ist die Politik (zumindest mit-) verantwortlich für das Verhalten der Banken. Ob und wie gründlich die Banken in den 60er-Jahren nach nachrichtenlosen Konten suchten, war ein politischer Entscheid: Ebenso ist natürlich die Ausgestaltung des Bankgeheimnisses politisch determiniert.

¹⁴⁰ Der Fall ist deshalb besonders schädlich, weil er sich eignete, einer breiten Öffentlichkeit präsentiert zu werden, die sich sonst nicht um Politik kümmert. So erhielt Meili zum Beispiel einen publikumswirksamen Auftritt in der populären Fernseh-Talkshow von Oprah Winfrey (Name der Talkshow-Gastgeberin), die angeblich in den USA jeweils von 14 Millionen Zuschauern verfolgt wird und in 132 Ländern empfangen werden kann (vgl. *Sonntags Zeitung* vom 2. August 1998). Es ist auch zu befürchten, dass sich die Filmindustrie des Themas annehmen wird. Meili wurde unter anderem vom bekannten Regisseur Steven Spielberg zu einem Besuch empfangen.

ihrer Propaganda gelungen ist, die Schweizer Banken in einem derart schlechten Licht erscheinen zu lassen.

a1) Kaum in erster Linie auf den Schweizer Banken

Vorerst ist zu bedenken, dass das Geld damals wohl kaum in erster Linie in die Schweiz in Sicherheit gebracht wurde.

Lange vor dem Krieg wusste man, dass unser Land im Kriegsfall als unmittelbarer Nachbar von Deutschland besonders gefährdet sein würde. Laut der Federal Reserve Bank hatten die USA von 1935 bis 1940 insgesamt 7,6 Milliarden an europäischen Fluchtgeldern aufgenommen¹⁴¹, ein immenser Betrag im Vergleich zu den Summen, die in der Schweiz lagen (die gesamte Bilanzsumme aller Banken in der Schweiz betrug wie gesagt nur rund 5 Milliarden). Spätestens mit dem Anschluss Oesterreichs an das Deutsche Reich im März 1938 war wohl jedermann klar, was der Schweiz drohte. Nach Kriegsbeginn setzte eine eigentliche Kapitalflucht nach Uebersee ein. Allein im Jahr 1940 wurden 21 Milliarden Franken von Europa in die USA transferiert¹⁴². Solche Zahlen lassen erahnen, dass andernorts wesentlich mehr nachrichtenlose Vermögen liegen müssen als in der Schweiz..

Sind Kommentare wie der folgenden nicht einleuchtend: *"Mein Vater wurde Buchhalter einer jüdischen Firma in Zürich, die mit Diamanten und Juwelen handelte und eine Filiale in München betrieb. In den Jahren 1933 bis 1939 pendelte er zwischen München und Zürich hin und her, schmuggelte Steine und Papiere und sorgte für ihren Transfer in die USA. (...) Nachdem 1939 Oesterreich ins Reich "heimgeholt" worden war, war jedermann klar, was der Schweiz in Zukunft blühen würde. (...) Wer sein Geld in die Schweiz transferierte und es da liegen liess, war entweder ein Dummkopf, oder die Möglichkeit zum Weitertransfer war ihm genommen worden (Verhaftung, Tod). Es ist schon ironisch, dass die amerikanischen*

¹⁴¹ Marco Durrer, *Die schweizerisch-amerikanischen Finanzbeziehungen im Zweiten Weltkrieg. Von der Blockierung der schweizerischen Guthaben in den USA über die "Safehaven"-Politik zum Washingtoner Abkommen*, 1984.

¹⁴² Vgl. Jahresbericht von 1940 der Bank für Internationalen Zahlungsverkehr (BIZ), Basel 1941.

Banken all diese Konten, die ohne Meldung blieben, einsteckten und nun schreien, wir hätten das Geld."¹⁴³

Aber auch in den Fällen, in denen Geld tatsächlich in der Schweiz verloren ging, sind eventuell nicht die Banken schuld. Es war lebensgefährlich, Gelder aus dem Dritten Reich ins Ausland zu transferieren. Ab 1. Dezember 1936 stand auf Kapitalflucht die Todesstrafe¹⁴⁴. Dementsprechend war es naheliegend, Strohmänner, Agenten und Freunde einzuspannen, um das Geld zu retten. Möglich ist unter diesen Umständen, dass jüdische Opfer durch ihre „Freunde“ betrogen wurden, dass die „treue Hand“ eines Treuhänders untreu wurde, dass Geld absprachewidrig gar nie auf einer Bank eingezahlt wurde? Sicher kam auch vor, dass diejenigen, denen das Geld anvertraut worden war, die Gunst der Stunde nutzten, als sie hörten, dass die Eigentümer den Tod gefunden hatten. Sodann gibt es wahrscheinlich zahlreiche Fälle, bei denen die Beauftragten die Opfer oder deren Nachkommen nach dem Krieg beim besten Willen nicht mehr finden konnten, obwohl sie ehrlich nach ihnen suchten. Wie sollen all diese Fälle noch rekonstruiert und aufgedeckt werden? Wie lassen sich unter diesen Umständen pauschale Vorwürfe gegenüber den Schweizer Banken aufrecht erhalten?

Gerade in Fällen, in welchen nur vorübergehend ein Konto auf einer Schweizer Bank existiert hatte, ist denkbar, dass Eltern ihren Kindern oder Verwandten von Guthaben in der Schweiz erzählt hatten oder dass Nachkommen später Belege fanden von Konten, die längst nicht mehr existierten. Pauschale Kritik an der Schweiz, das Geld müsse noch hier liegen, ist unter solchen Umständen verfehlt.

a2) Die Schweiz schützte und suchte, die Alliierten enteigneten

Dass ausgerechnet die Schweizer Banken ins Schussfeld der Kritik gerieten, ist um so erstaunlicher, als ihre Kunden wesentlich besser geschützt sind als anderswo.

¹⁴³ Kommentar von Reto Kind, Unterentfelden, im Entwurf für die September-Ausgabe des *Report Identität Schweiz*, einer monatlich erscheinenden Publikation.

¹⁴⁴ Art. 1 des Reichsgesetzes vom 1. Dezember 1936 hielt fest: *"Ein deutscher Staatsangehöriger, der (...) Vermögen nach dem Ausland verschiebt, oder im Ausland stehen lässt, (...) wird mit dem Tode bestraft. Sein Vermögen wird konfisziert."*

In der Schweiz kann jedermann am Bankschalter jederzeit über sein Guthaben inklusive Zins und Zinseszins verfügen, auch wenn das Konto seit Jahrzehnten nie mehr berührt worden ist. Er muss sich nur ausweisen können. Andernorts hingegen werden Bankguthaben nach relativ kurzer Zeit durch den Staat eingezogen¹⁴⁵. So gilt zum Beispiel ausgerechnet in New York die Regelung, dass nachrichtenlose Vermögen bereits nach 5 Jahren an den Staat fallen¹⁴⁶. Erstaunlich ist, dass diese Geldströme nicht schon längst systematisch untersucht werden¹⁴⁷. Die Zeitschrift *Facts* meldete, seit 1953 habe *"allein der Staat New York nicht weniger als 3,6 Milliarden Dollar an nachrichtenlosen Guthaben entgegengenommen"*. Sollte dies stimmen, so wären die in der Schweiz gefundenen Beträge im Vergleich dazu völlig unbedeutend.

Vor allem auch unmittelbar nach dem Krieg bot die Schweiz den Bankkunden und somit auch jüdischen Opfern viel mehr Schutz als anderswo. Die Siegermächte beschlossen damals, die deutschen Vermögen im Ausland unter ihre Kontrolle zu bringen und sie für Reparationszahlungen zu verwenden. Blockiert wurden damit automatisch auch Gelder von lebenden und toten jüdischen Opfern, die ihr Geld ausserhalb Deutschlands in Sicherheit hatten bringen wollen, was Unterstaatssekretär Eizenstat auch offen zugab¹⁴⁸. Diese Summen könnten ohne weiteres weit höher sein als die nachrichtenlosen Vermögen in der Schweiz. Auch England - woher ebenfalls massive Kritik kommt - hat jüdisches Vermögen aus Deutschland einkassiert, um die von den Nazis beschlagnahmten britischen Guthaben zu kompensieren. Bewusst wurde später die

¹⁴⁵ Vgl. auch das genannte Beispiel der Grundstücke in Israel in Kapitel 4a.

¹⁴⁶ Zwar haftet der Staat, wenn sich später der rechtmässige Eigentümer noch meldet. Das würde dem Betroffenen jedoch meist nur dann etwas nützen, wenn nach ihm gesucht und eine Aktenaufbewahrungspflicht existieren würde. Massgebend sind im Staat New York *McKinney's State Statutes*, (Chapter 697, Article III, par. 300 ff.). Faktisch übertragen die Banken die Verantwortlichkeit der nachrichtenlosen Konten auf die staatliche Behörde, diese macht aber keinerlei Nachforschungen.

¹⁴⁷ Man würde denken, dass es statistisch sehr einfach wäre, nachzuprüfen, wie viel Geld jährlich auf diese Weise in den USA an den Staat fiel. Trotzdem wurden bisher keine Informationen zugänglich gemacht. Am 1. Februar 1998 kündigte Unterstaatssekretär Eizenstat nun endlich Untersuchungen über den Verbleib von Vermögenswerten aus der Holocaust-Zeit in den USA an. Mit Senatsbeschluss vom 1. April 1998 wurde die Formierung eine 21-köpfigen Arbeitsgruppe an die Hand genommen (US Holocaust Assets Commission Act of 1998).

¹⁴⁸ Unterstaatssekretär Eizenstat sagte am 25. Juni 1997 vor einer Kommission des US-Repräsentantenhauses: *"Es war unvermeidlich, dass ein Teil des gewichtigen Betrags von beschlagnahmten Deutschen Vermögen Holocaust-Opfern gehört haben"*.

Rückgabe an die berechtigten jüdischen Erben verweigert¹⁴⁹. Weder die Schweiz noch die Schweizer Banken hätten es sich erlaubt, eine solche Politik zu verfolgen.

Entsprechend ihrer Strategie verlangten die Alliierten am 30. Oktober 1945 auch von der Schweiz eine Beschlagnahmung sämtlicher deutscher Guthaben in unserem Land. Die Schweiz aber setzte sich zugunsten der individuell Berechtigten zur Wehr und schützte deren Rechte¹⁵⁰. Wie kann unter diesen Umständen ausgerechnet ein amerikanischer Staatssekretär Vorwürfe erheben?

a3) Böswilliger Vorwurf des "Diebstahls"

Erstaunlich ist, wie verbreitet die Meinung ist, die Schweizer Banken hätten Gelder „gestohlen“, „veruntreut“ oder "ihre Kunden betrogen"¹⁵¹. Den Kritikern ist gelungen, den Anschein zu erwecken, die Banken hätten Bankkonten verschwiegen, um Gelder selbst einkassieren zu können. Das ist eine nicht belegte Unterstellung, wobei selbstverständlich nie ausgeschlossen werden kann, dass vereinzelt Veruntreuungen vorgekommen sind¹⁵².

¹⁴⁹ Bekannt ist der Fall Gabor Bedo, eines ungarischen Juden. Er versucht vergeblich, die von seinem Vater in England deponierten Kunstgegenstände und Konten zurückzuerhalten. Die Kunstgegenstände wurden 1955 auf einer Auktion für 4'500 Pfund verkauft. Die Erbberechtigung von Gabor Bedo wird nicht angezweifelt, trotzdem verweigerte England bisher die Rückgabe respektive die Entschädigung.

¹⁵⁰ Der damalige Unterhändler der Schweiz, Minister Walter Stucki, sagte zu Recht: *„Für die Uebereignung deutscher Vermögenswerte an die USA fehlt die rechtliche Grundlage, denn der amerikanische Befehl, deutsches Eigentum auszuliefern, kann ein unabhängiges Land wie die Schweiz nicht binden.“* Die Schweiz verpflichtete sich schliesslich dennoch, 50 Prozent der deutschen Guthaben in der Schweiz den Alliierten abzuliefern.

¹⁵¹ Wobei es so oder so nicht zulässig ist, verallgemeinernd von „den Banken“ zu sprechen. Denn selbst wenn Leute „betrogen“ wurden, so waren die Täter immer einzelne Kriminelle, zum Beispiel Bankangestellte. Eine Verallgemeinerung oder Kollektivschuld ist auch hier fehl am Platz.

¹⁵² Das vereinzelt Veruntreuungen vorgekommen sind, ist sogar anzunehmen. Aufgrund der statistischen Wahrscheinlichkeit ist davon auszugehen, dass es auch unter Bankangestellten Kriminelle gibt. Auch hat das Parlament kein Einsichtsrecht in die Suche der Banken unter der Aufsicht der Volcker-Kommission. Weder die Bankenkommission, noch der Ombudsmann, noch die Volcker-Kommission haben eine Auskunftspflicht. Es ist unter diesen Umständen nicht auszuschliessen, dass in Insiderkreisen bereits Fälle bekannt geworden sind, bei denen verwerflich oder gar kriminell gehandelt worden ist, ohne dass dies dem Autor bekannt ist. Das können aber nur Einzelfälle sein, die an den grundsätzlichen Erkenntnissen nichts ändern würden.

Es spricht für sich, dass selbst der Generalsekretär des jüdischen Weltkongresses im Februar 1996 kein Beispiel nennen konnte, bei dem eine Bank die Existenz eines Kontos bestritten hätte, sich aber nachträglich herausstellte, dass die Bank gelogen hätte¹⁵². Zumindest im damaligen Zeitpunkt basierten also entsprechende Anschuldigungen nur auf Vermutungen. Selbst im "Fall Sapir" (Chronologie, Ziffer 37), in welchem die Credit Suisse freiwillig eine Zahlung leistete, konnte der Bank in keiner Art und Weise Veruntreuung oder Betrug vorgeworfen werden, auch

Typisch für die nachrichtenlosen Vermögen ist jedoch nicht das unrechtmässige Einkassieren von fremden Vermögen¹⁵³ durch die Banken, sondern ein anderer Sachverhalt: Auf Bankkonten haben sich Vermögenswerte aufgehäuft, weil sich die Berechtigten einfach nie mehr gemeldet haben. Sie mögen tot sein und keine Erben hinterlassen haben. Oder deren Erben mögen ohne Erfolg gesucht haben, zum Beispiel weil die Konten unter fremdem Namen existierten.

Vorwürfe bezüglich nachrichtloser Konten beinhalten also in aller Regel "nur", die Banken hätten nicht mit genügendem Ernst und Aufwand nach den Berechtigten gesucht. Unterlassene Nachforschungen und kaltherzige Abfertigungen sind bedauerlich genug. Aber sie sind betreffend Verwerflichkeit nicht annähernd mit Diebstahl, Veruntreuung und Betrug vergleichbar. Und schon gar nicht mit den Kriegsverbrechen, denen das angebliche Fehlverhalten heute faktisch gleichgestellt wird.

Es ist in diesem Zusammenhang erstaunlich, wie selbst in der Schweizer Öffentlichkeit oft gedacht wird, die erhobenen Forderungen seien legitim, weil von der Schweiz *"nur das zurückgefordert wird, was unrechtmässig in der Schweiz zurückbehalten worden ist"*¹⁵⁴. Diese Auffassung ist nicht korrekt. Unrechtmässiges Zurückhalten von Geldern durch die Banken ist eben gerade nicht nachgewiesen. Vielmehr haben die Banken die Gelder (rechtlich gesehen korrekt) einfach weiterhin auf den Konten belassen, wo sie noch heute ruhen.

wenn dieser Fall weltweit als Musterbeispiel des angeblich verwerflichen Verhaltens einer Bank vermarktet worden ist.

¹⁵³ Die beiden Historiker Peter Hug und Marc Perrenoud haben im Rahmen ihrer Studie *In der Schweiz liegende Vermögenswerte von Nazi-Opfern und Entschädigungsabkommen mit Oststaaten* (publiziert am 19. Dezember 1996) einen Fall gefunden, bei welchem eine Bank nachrichtenloses Vermögen nach einer gewissen Dauer dem eigenen Vermögen einverleibte. Aber selbst bei diesem Fall der Amtersparniskasse Obersimmenthal ist keine Irreführung oder Schädigung eines Bankkunden dokumentiert. Im Fall des Kontos von Otto Trachsel, einem nach Ostdeutschland ausgewanderten Schweizer, dessen Konto (3430 Franken) nach 30 Jahren Nachrichtenlosigkeit 1943 dem Bankvermögen einverleibt wurde, wurde das Guthaben zurückbezahlt, nachdem dessen Sohn 1953 zufällig das Sparbüchlein gefunden hatte.

¹⁵⁴ Stellvertretend für diese Auffassung ist hier die Meinung des Filmmachers und mehrfachen Oskarpreisträgers Arthur Cohn zitiert; in: *jüdische Rundschau* vom 28. Mai 1998.

Wenn also der jüdische Weltkongress eine Milliardensumme von den Banken forderte, so ging es somit - abgesehen von der massiven betragsmässigen Uebertreibung - grundsätzlich nicht um "rechtmässige" Ansprüche. Abgesehen davon kann im Ernst wohl niemand behaupten, dass eine religiöse Organisation rechtlich gesehen einen Anspruch auf Gelder hat, von denen der ehemalige Eigentümer nicht mehr gefunden werden kann. Ebenso fragwürdig ist es, wenn Tausende von schwer zu definierenden "Holocaust-Opfern"¹⁵⁵ geltend machen, sie hätten einen "rechtmässigen" Anspruch gegenüber der Schweiz, obwohl ihre Familien mit der Schweiz nie etwas zu tun hatten. Schon an dieser Stelle sei erwähnt, dass auch beim Thema Raubgold das (internationale) Recht auf der Seite der Schweiz steht (vgl. Kapitel 7b, 4. Punkt). Auch diesbezüglich stimmt der Satz nicht, es gehe darum, "zurückzufordern, was von der Schweiz unrechtmässig zurückbehalten worden ist".

a4) Auszahlung ohne Belege?

Keine Bank der Welt kann und wird eine Auszahlung machen, falls eine unbekannte Person am Bankschalter eine Auszahlung fordert, obwohl sie weder den Namen der Bank, noch eine Kontonummer, noch die Ortschaft, wo die Einzahlung erfolgte, kennt.

heute wird so getan, als wäre es ein Verbrechen gewesen, wenn Banken nach einem Totenschein fragten, also nach einer Bestätigung, dass der Kontoinhaber auch wirklich verstorben war. Dabei wird den Schweizer Banken eine Art von zynischem Bürokratismus unterstellt, sie hätten von den Nachkommen der Holocaust-Opfer einen Totenschein verlangt, wohl wissend, dass die Naziverbrecher keinen solchen ausstellten. Dazu ist zu sagen, dass in Deutschland 1951 ein besonderes Gesetz geschaffen wurde mit Sondervorschriften für Verschollenenfälle infolge des Krieges. Wer Angehörige im Konzentrationslager verloren hatte, konnte dies in einem erleichterten Verfahren feststellen lassen. Viele Erben waren

¹⁵⁵ " Holocaust-Opfer" ist hier in Anführungszeichen gesetzt, weil im Rahmen einer gerichtlichen Klage natürlich definiert werden müsste, was ein Holocaust-Opfer ist. Sind es nur Personen, die in einem Konzentrationslager eingesperrt waren, sind es solche, die nahe Angehörige verloren, oder genügt es bereits, zur jüdischen Religionsgemeinschaft zu gehören, die damals verfolgt wurde?

wohl in erster Linie selbst daran interessiert, gründlich und amtlich nachforschen zu lassen, ob ihre Eltern und Verwandten auch wirklich tot sind, bevor sie an mögliche Bankkonten in der Schweiz dachten. Ein gründliches Abklären und ein Ausstellen von Totenscheinen war somit vielleicht gar nicht so abwegig.

Zudem ist an die grossen Probleme zu denken, die für die wirklich Berechtigten bei falschen Auszahlungen entstehen. Hatten die Banken nicht Grund, gerade in der Nachkriegszeit besonders sorgfältig zu sein? Ist nicht naheliegend und sogar verständlich, dass oft ins Blaue hinaus behauptet wurde, es lägen noch Gelder von vermissten Verwandten auf Schweizer Bankkonten? Musste nicht gerade in den Nachkriegswirren besonders damit gerechnet werden, dass Betrüger falsche Behauptungen oder falsche Dokumente präsentierten?

a5) Falsche Kronzeugen?

Der jüdische Weltkongress und die Sammelklagenanwälte hatten von Anfang an der Weltöffentlichkeit vor allem die beiden Fälle Greta Beer¹⁵⁶ und Gizella Weisshaus präsentiert. Publikumswirksam wurden die beiden älteren Damen als „Kronzeuginnen“ für das angeblich katastrophale Verhalten der Schweizer Banken dargestellt. Im Namen von Gizella Weisshaus reichte Rechtsanwalt Edward Fagan seine erwähnte 20-Milliarden-Dollar-Klage ein.

Im Falle Greta Beer fand ein durch einen Journalisten verfasstes Protokoll einer Pressekonferenz vom 23. Oktober 1996 den Weg in die Rechtskommission des Nationalrats. Gemäss diesem Dokument erklärte Edgar Bronfman vor Publikum und unter allgemeinem Gelächter, das gesuchte Konto sei durch einen Onkel von Greta Beer saldiert und das Geld längst abgehoben worden¹⁵⁷.

¹⁵⁶ Bei Frau Greta Beer handelt es sich eigentlich nicht um ein Opfer nationalsozialistischer Verfolgung. Ihr ehemals wohlhabender Vater starb nicht durch die Judenverfolgung, sondern an Krankheit in einem Spital.

¹⁵⁷ Im Protokoll ist im Wortlaut festgehalten: „*Frau Beer sagte, (...) dass sie von ihrem Vater wisse, dass dieser Geld in die Schweiz geschafft hatte. (...) Hans Bär (der Schweizer Bankier Hans J. Bär, Ehrenpräsident der Julius Bär Holding) machte ein Angebot. Er werde auf eigene Kosten Frau Beer in die Schweiz nehmen und die Wahrheit herausfinden. (...) Sie fanden heraus, dass es ihr Onkel war, der das Geld genommen hatte, der Bruder ihres Vaters*“. Dann folgt gemäss Protokoll unter den Anwesenden allgemeines Gelächter.

Kaum weniger erstaunlich ist ein Bericht aus der *Weltwoche* betreffend Gizella Weissshaus: „Zu behaupten, dass Gizella Weissshaus sich an Details (...) erinnert, wäre - gelinde gesagt - übertrieben. Sie weiss weder die Stadt noch den Namen der Bank: weder eine Kontonummer noch, ob vielleicht ein Mittelsmann das Geld (...) deponierte. (...). Nach fast zwanzig Jahren (..kommt sie..) in die Schweiz. In Zürich lebt zu dieser Zeit noch Fischl Halpert, ein in Geldangelegenheiten erfahrener Verwandter ihrer Mutter. Er soll ihr bei der Suche nach dem Geld des Vaters helfen. Halpert bringt sie mit Leuten zusammen, die etwas von Schweizer Banken und ihren Regeln verstehen. Und von ihnen erfährt Gizella Weissshaus, dass sie auf der Grundlage ihrer Informationen keine Chance hat, an das väterliche Erbe heranzukommen. Enttäuscht kehrt sie nach New York zurück, ohne auch nur einen Fuss in eine Schweizer Bank gesetzt zu haben. Noch zweimal in den nächsten acht Jahren kehrt Gizella Weissshaus in die Schweiz zurück, (...) zu Freunden ins Tessin. Zweimal wird ihr die Aussichtslosigkeit ihres Ansinnens erklärt. Zweimal reist sie ab, ohne auch nur mit einem Bankangestellten gesprochen zu haben.“¹⁵⁸

Es muss bereits zu denken geben, wenn ausgerechnet in den publizitätsträchtigsten Fällen das fragliche Konto eventuell längst durch einen Verwandten aufgelöst und das Geld bezogen wurde oder wenn gar nie mit einer Bank oder einem Bankangestellten Kontakt aufgenommen wurde. Noch weit alarmierender ist jedoch die Erfahrung, welche die Winterthur-Versicherung im Zusammenhang mit der gegen sie eingereichten Sammelklage machen musste.

Sammelklagen werden im Namen eines Hauptklägers eingereicht, auch wenn sich nachher eine Vielzahl von Klägern anschliessen können. Im Prozess "Rosenberg gegen Winterthur-Versicherung" tritt der Hauptkläger Rosenberg, ein ehemals belgischer Jude, der heute in den USA lebt, als Erstkläger auf. Er machte geltend, seinen Eltern seien Versicherungsgelder vorenthalten worden. Obwohl die Aktenaufbewahrungsfrist längst abgelaufen war, hatte die Winterthur-Versicherung noch das Glück, das Dossier Rosenberg zu finden. Die dabei gewonnen Erkenntnisse sind erstaunlich. Zwei Policen hatten

existiert, eine lautete auf den Vater Rosenberg senior, eine auf die Mutter. Als die Eltern ihre Ehe durch Scheidung auflösten, übertrug der Vater seine Police auf die Mutter. Die Winterthur-Versicherung zahlte später ordnungsgemäss in beiden Policen Frau Rosenberg das ihr zustehende Geld aus. Mit anderen Worten hatten die Sammelkläger die Unverfrorenheit, ausgerechnet einen Mann an die Spitze ihrer Klage zu stellen, der unehrlich zu Geld kommen wollte. Offensichtlich wurde damit spekuliert, dass es der Versicherung nach so vielen Jahren nicht mehr gelingen werde, ihre Auszahlungen zu belegen.

a6) Die Verfehlungen der Banken sind relativ gering

Bei der Würdigung des Verschuldens der Banken ist zu berücksichtigen, dass die Suche objektiv gesehen schwieriger ist, als ein Aussenstehender im Computerzeitalter vermuten mag. Dies vor allem deshalb, weil damals wie erwähnt Decknamen und Erkennungswörter verwendet oder Bankkonten auf den Namen von Freunden Treuhändern oder Anwälten eröffnet wurden¹⁵⁹.

Die Suche ist schwieriger als man denkt

Die Frist für die Aufbewahrung von Akten ist wie überall auf der Welt auch in der Schweiz beschränkt. Da in der Schweiz dafür 10 Jahre gelten, ist bei Konten, die vor mehr als 10 Jahren wieder aufgehoben worden sind, oft überhaupt nichts mehr zu finden. Erschwerend fällt ins Gewicht, dass in Banken häufig zentrale Register fehlten, weil - nicht zuletzt als Geheimnisschutz für die Kunden - die Karteien nicht zentral, sondern in einzelnen Filialen separat verwaltet wurden. Die Datenaufarbeitung bedingt entsprechend komplizierte Handarbeit.

Das Verständnis der Schweizer Medien für die Situation der Banken verbesserte sich etwas, nachdem die Crédit Suisse Gelegenheit gegeben hatte, das Lagerhaus zu besichtigen, in das die aus allen Filialen zusammengetragenen jahrzehntealten Akten auf 11'000 Metern Gestellfläche zum Sortieren ausgelegt waren. Wer dies sah, konnte erahnen, welche Arbeit die Suche verursacht.

¹⁵⁸ Artikel *Der heilige Zorn der alten Dame schreckt die Gnomen*; in: *Weltwoche* vom 31. Oktober 1996.

Ein besonderes Problem wurde durch Bankfusionen¹⁶⁰ und Einführung der elektronischen Datenverarbeitung (EDV) geschaffen. Es bestand keine Veranlassung, dabei die Eröffnungsdaten von Konten auf die neue Bank zu transferieren. Oft wurde einfach das Datum der Bankübernahme oder der EDV-Einführung festgehalten, womit nicht mehr ersichtlich war, wann das Konto ursprünglich eröffnet worden war. Eigentliche Detektivarbeit ist notwendig, um herauszufinden, ob solche Konten vor 1945 eröffnet worden seien.

Die verschiedenen Zahlen sind weitgehend erklärbar

Gerade der letzterwähnte Punkt ist mitverantwortlich dafür, dass die Banken mit erhöhtem Suchaufwand immer wieder Konten finden konnten und somit die Zahlen der gefundenen Summen anpassten¹⁶¹. Generell ist der Vorwurf zu relativieren, die Banken hätten immer wieder neue und widersprüchliche Zahlen präsentiert.

In der Suchaktion ab 1962 förderten die Banken 9,47 Millionen Franken zu Tage (Chronologie, Ziffer 2), nachdem sie gemäss Bundesbeschluss lediglich nach Vermögen von „rassistisch, religiös oder politisch verfolgten Naziopfern jüdischer Herkunft“ zu suchen hatten. 1995 wurde demgegenüber die Suche viel breiter angelegt. Es wurde allgemein nach Konten geforscht, auf welchen seit 1945 keine Bewegungen mehr stattgefunden hatten. Gefunden wurden diesmal 38,7 Millionen Franken (Chronologie, Ziffer 4).

Richtig ist, dass später auch diese 38,7 Millionen nach oben korrigiert werden mussten. Neben dem gesteigerten Suchaufwand war auch von Bedeutung, dass der Kontostand von nachrichtenlosen Vermögen variiert, wenn das Vermögen in Wertpapieren angelegt ist. Die Schweizerische Bankgesellschaft meldete einen Fall, bei dem ein nachrichtenloses Konto bei der Suchaktion 1962 zwar zugeordnet werden konnte, aus Sicherheitsgründen war aber der im Ostblock

¹⁵⁹ Bis anfangs der 80er-Jahre war die Eröffnung von Konten in der Schweiz ohne ein Identitätspapier und ohne Angabe des richtigen Namens problemlos möglich.

¹⁶⁰ So übernahm z.B. allein der *Schweizerische Bankverein* in den letzten Jahren mehr als 40 Bankinstitute, darunter zahlreiche Regionalbanken. Die Zahl seiner Archive belief sich auf mehr als 1'500.

¹⁶¹ In der Suche ab 1962 waren 9,47 Millionen Franken gefunden worden. 1995 war von 38 Millionen Franken die Rede (im Februar 1996 38,7 Millionen veröffentlicht). Diese Summe wurde in der Folge weiter erhöht. Gemäss der letzten veröffentlichten Statistik sind per Oktober 1997 67,5 Millionen Franken aktuell, die ausländischen Kontoinhabern gehören (vgl. Kapitel 6b).

Berechtigte nicht benachrichtigt worden. Der ihm zustehende Betrag war 1997 mehr als acht Mal so hoch wie 1964, weil er bei Eröffnung des Kontos die Instruktion erteilt hatte, das Geld in erstklassigen Wertpapieren anzulegen.

Gewweigert, das Problem anzupacken?

Weit verbreitet ist schliesslich die Meinung, die Banken hätten die Krise weitgehend selbst verursacht, weil sie sich seit Jahren gewweigert hätten, das Problem der nachrichtenlosen Vermögen anzupacken (übrigens gleich lang wie alle anderen auch, inklusive amerikanische, britische und jüdische Banken).

Auch dieser Vorwurf ist nur bedingt richtig. In erster Linie ist daran zu denken, dass in der Schweiz im Gegensatz zu allen anderen Ländern in den 60er-Jahren bereits eine Suchaktion durchgeführt hatte, wenn auch rückblickend gesehen zu wenig gründlich. Zweitens war noch im Mai 1995 (Feier 50 Jahre Kriegsende) weit und breit keine Spur von Kritik betreffend der Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg sichtbar¹⁶². Nachrichtenlose Vermögen war offenbar kein Thema, auch bei jüdische Beteiligten herrschte gelegentlich *"totale Interessenlosigkeit"*¹⁶³. Zu einem gewissen Grad ist unter diesen Umständen verständlich, dass die Banken dachten, mit der Suchaktion 1962 sei das Problem aus der Welt geschafft. Wer hätte denken können, dass wegen Bankkonten nach mehr als 50 Jahren ein derartiger Wirbel verursacht wird, wenn man sieht, wie gleichgültig sich die Welt gegenüber Greuelthaten der Gegenwart verhält?

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der erweckte Eindruck von Unehrlichkeit der Banken falsch ist. Aussagekräftig ist der Kommentar eines damals direkt beteiligten Amerikaners: *"Die Schweizer als eigentliche Kollaborateure der Nazis zu diffamieren, ist falsch. Ich habe zwei Jahre meines Lebens damit verbracht, Fälle von*

¹⁶² Der Bundesrat besuchte damals auch jüdische Feierlichkeiten. Nirgends wurde er zum Thema der nachrichtenlosen Vermögen angesprochen.

¹⁶³ Interessant ist die Stellungnahme eines ehemaligen Sachbearbeiters einer Zürcher Bank namens Karl Engler, der die Erben eines verstorbenen jüdischen Apothekeninhabers aus Wien ausfindig machen wollte. Im November 1976 begab er sich nach Wien zur israelischen Cultusgemeinde. Dort stiess er auf *„totale Interessenlosigkeit und Schnellabfertigung“*. Niemand war an einer Suche interessiert, so dass er unverrichteter Dinge wieder heimkehrte. xxx

*Kriegsverbrechen seitens deutscher Banker zu verfolgen. Dabei ergaben sich keinerlei Verbindungen zu Schweizer Banken."*¹⁶⁴

a7) Vor Beginn der Hetzkampagne 38 Millionen angeboten

Wie unverstündlich die Angriffe war, ist nicht zuletzt aus einem Kommentar von Edgar Bronfman ersichtlich: *"Alles begann am 12. September 1995. Wir trafen in Bern Vertreter der Schweizerischen Bankiervereinigung. Sie machten uns ein Angebot. Sie sagten, sie hätten 774 Konten gefunden und offerierten uns 38 Millionen Schweizer Franken . Ungefähr so: Vor vielen Jahren hatten wir ein Problem, jetzt bezahlen wir eine gewisse Summe, und die Sache ist erledigt. (...) Das ist passiert und jetzt will ich Wiedergutmachung."*

¹⁶⁵. Das bedeutet im Klartext, dass der Präsident des jüdischen Weltkongresses selbst zugibt, dass er (unter Wahrung der Ansprüche der Bankkunden¹⁶⁶) vor Beginn seiner Hetzkampagne mehr Geld angeboten erhalten hatte, als sich aller Voraussicht nach an Vermögen von jüdischen Kriegsoffern finden lassen wird. Er muss sich die Frage gefallen lassen, weshalb er das Angebot nicht akzeptierte. Suchte er von allem Anfang an Streit und Publizität und war gar nicht an einer gütlichen Einigung interessiert?

¹⁶⁴ *Herald Tribune* vom 23. Juli 1997. Äusserung von Walter J. Rockler, welcher als der für deutsche Bankiers zuständige US-Ankläger am Nürnberger Kriegsverbrecherprozess teilnahm.

¹⁶⁵ *Bilanz* Juli 1998.

¹⁶⁶ Selbstverständlich ist, dass Ansprüche von Kontoinhabern durch eine solche Vereinbarung nicht tangiert worden wären. Hätten sich doch noch berechnete Kontoinhaber gemeldet, hätte eine doppelte Zahlungspflicht der Banken resultiert.

b) Das Raubgold

Wer von „Raubgold“ redet, denkt in erster Linie an das Gold, das Nazideutschland den Nationalbanken der überfallenen Staaten geraubt hat ("monetäres Gold"). Miteinbezogen werden kann auch das Gold, das die SS den Privaten abnahm ("nichtmonetäres Gold"), unter anderem auch das Zahn-, Opfer- oder Totengold (vgl. nachfolgend Kapitel b3). Bei diesem ist allerdings die Menge unklar¹⁶⁷. Sicher ist nur, dass es sich dabei im Vergleich zum gesamten Raubgold mit rund 0,5 Prozent um eine fast vernachlässigbar kleine Menge handelt¹⁶⁸.

Während des Krieges kaufte die Schweiz vom Dritten Reich Gold respektive nahm Gold als Zahlungsmittel entgegen¹⁶⁹. Nach dem Krieg wurde für die Weltöffentlichkeit ersichtlich, dass ein Teil davon Raubgold gewesen war, in überwiegender Menge von Belgien und Holland. Heute wird der Schweiz vorgeworfen, die damaligen Verantwortlichen hätten die Herkunft des Goldes schon während des Krieges wissen müssen oder gar gewusst. Es bestehe deshalb noch heute eine Rückzahlungspflicht.

Dieselben Diskussionen wurden bereits unmittelbar nach dem Krieg geführt, nicht zuletzt deshalb, weil die Alliierten die neutralen Staaten in der zweiten Kriegshälfte ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht hatten (erstmalig offiziell am 5. Januar 1943), das Gold

¹⁶⁷ Selbst die jüngsten Untersuchungen ergaben verschiedene Zahlen. Der Eizenstat-Bericht spricht von 4,6 Millionen Dollar, die Bergier-Kommission von 2,9 Millionen. Weitere Untersuchungen existieren (Fischler 3 Millionen; Zablodoff 4 Millionen). Die Autoren des Eizenstat-Berichts griffen auf die Zusammenstellung des damaligen Reichsbankbeamten Albert Thoms zurück, die vom Wiener Herzog in den fünfziger Jahren kopiert wurden. Der Bergier-Bericht basiert auf Dokumenten der amerikanischen Militärregierung, die auf verschollenen Originalunterlagen beruhen.

¹⁶⁸ Die Gesamtsumme des Raubgolds beträgt rund 565 Millionen Dollar. Davon sind (gemäss Bergier-Kommission) 2,9 Millionen Dollar "Totengold". Es kann zwischen "Gold anderer Zentralbanken" (483 Millionen Dollar) und "Gold Privater" (82 Millionen Dollar) unterschieden werden. Beim "Gold Privater" handelt es sich weit überwiegend um Gold, das in den überfallenen Ländern der Bevölkerung abgenommen wurde, teilweise stellten die deutschen "Devisenschutzkommandos", dafür sogar Quittungen aus. Nur ein kleiner Teil von diesem "Gold Privater" stammt von Konzentrationslageropfer, eben die erwähnten 2,9 Millionen Dollar.

¹⁶⁹ Nazi-Deutschland hatte aus der Schweiz einen Milliardenkredit herausgequetscht, die sogenannte Clearing-Milliarde, um damit unter anderem Kriegsmaterial in der Schweiz zu kaufen. Als der Bundesrat sich gegen weitere Kredite sperrte, fand Nazi-Deutschland ein anderes Mittel, um zu den begehrten Schweizerfranken zu kommen. Es begann, die Schweizer Nationalbank mit Gold zu beliefern. Insgesamt floss von der Reichsbank für 1,716 Milliarden Franken Gold in die Schweiz, davon 1,25 Milliarden an unsere Nationalbank und 0,428 Milliarden zur direkten Weiterleitung an andere Nationalbanken und an die Bank für

Hitlerdeutschlands sei teilweise gestohlen. Die Schweiz erklärte sich deshalb im Rahmen des Washingtoner-Abkommens 1946 bereit, den Alliierten 250 Millionen Franken in Gold an ihre "Tripartite-Kommission" zurückzubezahlen¹⁷⁰, die zur Aufgabe hatte, die von Deutschland geraubten Vermögenswerte zu sammeln und an die Kriegsgeschädigten zu verteilen. Wer heute verlangt, die Schweiz müsse aufgrund der Raubgold-Problematik Geld bezahlen, fordert also, dass das Washingtoner-Abkommen neu aufgerollt werde.

b1) Die Schweiz bezahlt, Deutschland nicht?

Im Zuge der jüngsten Diskussionen wurde allgemein bekannt, dass bisher gar nicht alles Gold, das damals von den Alliierten gesammelt werden konnte, verteilt wurde. 5,6 Tonnen liegen noch bei der *Federal Reserve Bank* in New York und bei der *Bank of England* in London. Vorerst war vom seinerzeitigen stellvertretenden Chef der US-Delegation gesagt worden, es sei "*selbstverständlich alles verteilt*" worden¹⁷¹. Zudem ist festzustellen, dass ein Teil des damals gefundenen und gesammelten Goldes an Italien und Österreich ausgehändigt wurde. Österreich zum Beispiel erhielt 34 Tonnen. Es ist also festzuhalten, dass ein Teil des Goldes in den USA und England verblieb, ein Teil wurde an die damaligen Waffenbrüder des Dritten Reichs verteilt. Schon das lässt es als eigenartig erscheinen, dass heute die Schweiz (nach 1946 ein zweites Mal) zur Kasse gebeten wird.

Völlig unverständlich ist jedoch, dass von der Schweiz Zahlungen gefordert werden, wo nicht einmal Deutschland zur Kasse gebeten

internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Von den 1,25 Milliarden in Gold wurden 0,8 Milliarden weiterverkauft, vor allem an Portugal, Spanien und Rumänien.

¹⁷⁰ Formal bezahlte die Schweiz diese 250 Millionen (1947) als Wiederaufbauhilfe, faktisch handelte es sich um eine Rückgabe von Raubgold, um den Diskussionen um eine allfällige Rückzahlungspflicht ein Ende zu setzen. Zudem verpflichtete sich die Schweiz in diesem Abkommen, die nach Kriegsende in der Schweiz liegenden deutschen Vermögenswerte zu liquidieren und die Hälfte des Erlöses den Alliierten auszuhändigen. Da diese Bestimmung nie durchgeführt werden konnte, einigten sich die Schweiz und die Alliierten 1952 diesbezüglich auf eine Pauschalzahlung in der Höhe von 121,5 Millionen Franken.

¹⁷¹ Der seinerzeitige stellvertretende Chef der US-Delegation von 1946 hatte gegenüber dem TV-DRS Korrespondenten Hanspeter Stalder versichert, das Gold sei damals „*selbstverständlich alles verteilt*“ worden. US-Task-Force Mitglied James Deslar erklärte dann (ebenfalls gegenüber Hanspeter Stalder), man habe dieses Gold „*für Eventualitäten und Verwaltungskosten zurückbehalten*“. Staatssekretär Stuart Eizenstat beschwichtigte im Vorwort des *ersten Eizenstat-Berichts*, es handle sich um lediglich 70 Millionen Dollar.

wurde. Es wurde bereits hervorgehoben, dass aufgrund der weltpolitischen Interessen in der Nachkriegszeit auf Reparationszahlungen Deutschlands verzichtet wurde. Das bedeutet, dass auch die beiden Länder Belgien und Holland, deren Gold schliesslich den Weg in die Schweiz fand, von Deutschland nach dem Krieg keine Zahlungen erhielten.

Wer Bilder des zerbombten Rotterdam gesehen hat, kann sich eine Vorstellung davon machen, was hinter dem harmlos tönenden Ausdruck „Raubgold aus Holland und Belgien“ steht. Gemäss den Moralvorstellungen der heutigen Kritiker muss aber offenbar nicht derjenige Gold zurückgeben, der es mit Zerstörungen und Mord und Totschlag geraubt hat. Vielmehr soll derjenige bezahlen, der damals durch eine hoffnungslose Zwangslage (und paradoxerweise durch das Verhalten der Alliierten¹⁷²) zum Handel mit Nazideutschland gezwungen war. Diese Umkehrung der Wertvorstellungen ist grotesk.

b2) Das Washingtoner-Abkommen

Im Detail gibt es eine ganze Reihe von Gründen, die zeigen, dass es nicht in Frage kommen kann, die 1946 getroffene Regelung neu zur Diskussion zu stellen und heute noch einmal Zahlungen zu leisten.

Vom Feind eingekesselt

Unser Land war zwischen Juni 1940 und September 1944 von den Achsenmächten eingekesselt. Ohne Import der lebenswichtigen Güter wie Kohle, Metalle, Treibstoffe, Saatgut, Düngemittel und Lebensmittel wäre es eine Frage von Monaten gewesen, bis die Schweiz nicht mehr lebensfähig gewesen und Hitler in die Hände gefallen wäre¹⁷³. Schon nur eine Kohlensperre hätte der Schweiz selbstverständlich den Todesstoss versetzt.

¹⁷² Noch vor dem Krieg wollte der Bundesrat die Ausfuhr von Waffen und Munition generell verbieten. Ausgerechnet Frankreich und England stimmten ihn aber um, weil sie aus der Schweiz Kriegsmaterial beziehen wollten. Und damit blieb, Ironie der Geschichte, auch der Waffenexport nach Deutschland möglich. Zudem wurde die Schweizer Zwangslage durch die Gold-Blockade in den USA mitverursacht (vgl. die folgende Seite).

¹⁷³ Ein „währungstechnisches“ Element kam dazu: Wenn es den Verantwortlichen nicht gelungen wäre, im Inland stabile Währungsverhältnisse zu schaffen, hätten die zwangsläufig entstehenden sozialen Spannungen mit Sicherheit den Wehrwillen untergraben.

Heute ist wohl kaum mehr vorstellbar, was es bedeutet, wenn das eigene Land von einem Tag auf den andern von Lebensmitteln und Rohstoffen abgeschnitten werden kann. War eine verantwortungsbewusste Regierung nicht verpflichtet, unbedingt dafür zu sorgen, dass im Kampf um das Ueberleben das damals einzig sichere Zahlungsmittel - nämlich Gold - in möglichst grosser Menge vorhanden war? Was haben sich denn die heutigen Kritiker gedacht? Sie können ja nicht im Ernst geglaubt haben, die Schweiz habe die lebensnotwendigen Güter von den Achsenmächten erhalten, „nur“ weil unsere Väter an der Grenze standen¹⁷⁴. Sie können auch nicht geglaubt haben, die Deutschen hätten uns ohne Gegenleistung ausgerechnet diejenigen Dinge geliefert, die sie für Rüstungsindustrie und Kriegsführung selbst dringend benötigten. Dass unsere Behörden - inklusive die Spitze der Nationalbank - gezwungen waren, Kompromisse einzugehen, die ohne politische Zwangslage nie gemacht worden wären, ist selbstverständlich¹⁷⁵.

Finanzielle Zwangslage ausgerechnet durch die USA mitverursacht

Zu berücksichtigen ist, dass die damalige Zwangslage der Schweiz ausgerechnet durch die USA mitverursacht worden war. Angesichts der damaligen Bedrohung waren grosse Geldmittel von der Schweiz in die USA transferiert worden. Am 14. Juni 1941 wurde das in den USA gelegene schweizerische Vermögen in der Grössenordnung von 6,3 Milliarden Franken von der amerikanischen Regierung handstreichartig „als Vermögensschutz“ blockiert¹⁷⁶. Wie gross diese Summe war, lässt sich daran messen, dass 6,3 Milliarden Franken weit mehr waren, als Nazideutschland in allen Ländern zusammen an Raubgold gestohlen hatte (rund 565 Millionen Dollar). Der blockierte Betrag war fast das Dreifache der noch vorhandenen schweizerischen Reserven. Zur Zeit der grössten deutschen

¹⁷⁴ Es kann denn auch kaum erstaunen, wenn Emil Puhl, der damalige Chef der Reichsbank während des Krieges sagte. „Dass die Schweiz keine Tauschrestriktionen einführt, ist auch aus politischer Sicht wichtig, denn es trägt bei, die Schweiz frei zu lassen“ (Bericht des Oekonomen Jacobsson, damaliger Mitarbeiter der Bank für internationalen Zahlungsausgleich) xxx.

¹⁷⁵ Vorerst quetschte Deutschland aus der Schweiz einen Milliardenkredit heraus, die sogenannte Clearingmilliarde, um damit in der Schweiz unter anderem Kriegsmaterial zu kaufen. Als sich der Bundesrat gegen weitere Kredite sperrte, änderte Nazi-Deutschland die Strategie: Es lieferte Gold, um die begehrten Schweizerfranken zu erhalten.

¹⁷⁶ Gestützt auf den "Trading with the Enemy Act" für der Präsident der Vereinigten Staaten am 14. Juni 1941 die Guthaben der kontinentaleuropäischen Staaten und ihrer Staatsangehörigen ein. Die Guthaben konnten erst in den Jahren 1947/48 nach einem langwierigen Zertifizierungsverfahren wieder frei gemacht werden. Rund 10 Prozent, also rund 400 Millionen Franken, konnten nicht mehr als schweizerisch zertifiziert werden und wurden von den USA beschlagnahmt.

Bedrohung besass die Schweiz Goldbestände von nicht einmal mehr 150 Millionen Dollar¹⁷⁷.

Die Blockierung der schweizerischen Vermögen in den USA entsprang der an und für sich verständlichen Absicht, zu verhindern, dass bei einer Eroberung der Schweiz das Gold in die Hände der Deutschen falle. Für die umzingelte Schweiz war diese Blockierung jedoch ein schwerer Schlag, indem sie in eine noch erpressbarere Situation geriet und noch extremer auf Gedeih und Verderben von der Gunst Nazideutschlands abhing. Es blieb gar nichts anderes übrig, als Gold von den Deutschen entgegenzunehmen¹⁷⁸. Der Lausanner Universitätsprofessor Jean-Christian Lambelet meinte dazu pointiert, *"die Amerikaner haben die Nationalbank in die Arme der Reichsbank getrieben"*¹⁷⁹. Der Schweiz nützte es auch nichts, von den Alliierten massiv Gold zu kaufen, solange blockiertes Gold nicht in die Schweiz transferiert werden konnte¹⁸⁰.

Wenn heute ausgerechnet der amerikanische Staatssekretär Eizenstat das Argument auftischt, nach Stalingrad (1943) habe für die Schweiz keine Gefahr mehr bestanden, folglich hätte sie den Handel mit Deutschland einstellen müssen, so muss er sich in aller Schärfe die Frage stellen lassen, weshalb denn nicht ab 1943 die in den USA blockierten schweizerischen Vermögenswerte freigegeben worden sind.

Geschichtliche Argumente zugunsten der Schweiz

Wie gesagt stammt das weitaus meiste Raubgold aus Belgien (226 Millionen Dollar) und aus Holland (137 Millionen Dollar).

¹⁷⁷ Das war im Sommer 1940; vgl. Werner Rings, *Raubgold aus Deutschland*, 1985.

¹⁷⁸ Nur am Rande sei erwähnt, dass sogar eine gesetzliche Pflicht bestand, irgendwo Gold zu kaufen, da für die Schweizerische Nationalbank eine Mindestdeckung von 40% vorgeschrieben war. Diese juristische Argumentation ist jedoch von weit untergeordneter Bedeutung.

¹⁷⁹ *Neue Zürcher Zeitung* vom 31. Juli 1998.

¹⁸⁰ Unser Land kaufte während des Krieges von den Alliierten Gold im Wert von 1,8 Milliarden Franken, mehr als von den Achsenmächten. Von diesen bezog die Schweiz Gold im Wert von 1,5 Milliarden Franken, davon 1,2 Milliarden von Deutschland.

Belgien hatte damals im November 1939 sein Gold Frankreich anvertraut¹⁸¹. Durch Frankreich wurde es in Afrika "in Sicherheit" gebracht. Nachdem Frankreich sich gegenüber Deutschland verpflichtet hatte, die Besetzungskosten zu tragen und die Ausgaben für französische Kriegsgefangene zu tragen, bezahlte es mit dem belgischen Gold. Dieses wurde von den Franzosen aus Dakkar (Senegal) nach Berlin transportiert. Dabei wählte Frankreich sogar den komplizierten Landweg, teilweise auf Kamelrücken, um zu verhindern, dass das Gold bei einem Seetransport eventuell den Alliierten in die Hände fallen könnte. Dieser Sachverhalt war bereits 1943 allgemein bekannt, auch der Schweizerischen Nationalbank. Das belgische "Raubgold" fand also via absichtliche Zahlung Frankreichs den Weg nach Berlin, nicht via einen deutschen Raub in Belgien. Schon nur aus diesem Grund ist unzulässig, heute einfach von Hehlerei der Schweiz zu sprechen. Es kommt dazu, dass Belgien das Gold nach dem Krieg in vollem Umfang von Frankreich zurückerstattet erhielt und somit in dieser Beziehung gar nicht geschädigt blieb. Frankreich erhielt zwei Drittel davon von den Alliierten aus dem rekonstruierten Gold zurückerstattet, im übrigen verzichtete Frankreich gegenüber den Deutschen wie gesagt auf irgend welche Rückerstattungen.

Anders liegen die Dinge im Fall von Holland. Aber auch hier ist bemerkenswert, dass der alteingesessene (seit 1931) Präsident der Niederländischen Bank (Hollands Zentralbank), Leonardus Trip, nach der Besetzung Deutschlands im Amt blieb und das holländische Gold gegen Reichsmark freiwillig nach Berlin verkaufte. Nach seiner Entlassung 1941 blieb Trip im Verwaltungsrat der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel. Dort hätte er Gelegenheit gehabt, die Schweizer zu warnen oder zu protestieren, Holland sei Gold gestohlen worden. Er hat es offensichtlich nie getan. Nach dem Krieg wurde Trip von der holländischen Regierung zusammen mit dem alten Zentralbankdirektorium in allen Ehren wieder in seinem Amt eingesetzt. Holland hat sich bei dieser Sachlage 1945/46 vor dem Washingtoner-Abkommen denn auch gar nicht mit Ansprüchen gemeldet. Auch wenn später in dieser Frage noch zweimal Kontakt mit den Schweizern aufgenommen wurde, verzichtete Holland in der Folge auf eine weitere Verfolgung allfälliger

¹⁸¹ Vgl. zum Ablauf Protokoll der belgischen Parlamentsverhandlung (Kamer von

Ansprüche, wohl wissend, dass eine genauere Prüfung der Ansprüche wohl nur wieder Diskussionen betreffend einer unangemessenen Kooperation mit Nazideutschland ausgelöst hätten¹⁸².

Juristische Argumente kommen dazu

Bereits der eben angetönte geschichtliche Ablauf zeigt, dass die Schweiz das Gold im Sinne des internationalen Rechts legal erworben hat. Zudem gibt es weitere juristische Argumente, welche die Haltung der Schweiz während des Krieges und insbesondere in den Nachkriegsverhandlungen als gerechtfertigt erscheinen lassen¹⁸³. Da das vorliegende Buch keine juristische Abhandlung sein soll, sei nur ein Punkt kurz angesprochen: Nach dem damaligen Völkerrecht/Kriegsrecht (der Haager Landkriegsordnung, § 52) war einer Siegermacht erlaubt, über das Eigentum eines besiegten Staates zu verfügen. Juristisch betrachtet bedeutete dies, dass das holländische Nationalbankgold nach den damaligen Vorstellungen so oder so legal in deutsches Eigentum übergegangen war. Folglich war auch die Uebernahme des Goldes durch die Schweiz im damaligen Rechtsverständnis selbst dann legal, wenn die Nationalbankspitze dessen Herkunft gekannt haben sollte.

Diese Argumentation wird zwar heute mit Hinweis auf eine angeblich allgemeingültige Moral beiseite gewischt. Wer das tut, darf jedoch nicht vergessen, wie gefährlich es ist, den Weg des Rechts zu verlassen. Damit wird immer auch der Willkür Tür und Tor geöffnet. Gerade für den Kleinstaat Schweiz bestand damals nur mit pedantischem Einhalten der internationalen Regeln überhaupt eine Chance, auf einigermaßen verlässliche Art den lebensnotwendigen

Volkstervertegenwoordigers) vom 9. Dezember 1996.

¹⁸² Problematisch für Holland ist vor allem die Tatsache, dass 35 der insgesamt 145 Tonnen Gold, welche an Nazideutschland übergeben/bezahlt wurde, aus der eigenen Bevölkerung herausgepresst worden war. Der Präsident der Niederländischen Bank, Leonardus Trip, hatte eine "Goldandienungspflicht" eingeführt, wonach Private ihren Goldbesitz zwangsweise gegen Papiergeld abtreten mussten, das sich in der Folge schnell entwertete. Dieses Vorgehen kam einer Ausplünderung der eigenen Volkswirtschaft zugunsten Nazideutschlands durch die Nationalbank gleich. Vgl. Artikel des Historikers Gian Trepp; in Weltwoche vom 11. September 1997.

¹⁸³ Man denke auch an folgenden Punkt, der zeigt, wie komplex die offenen Fragen damals waren: Das Gold, welches die deutschen Devisenschutzkommandos bei Privaten erbeuteten, wurde oft nicht via Enteignung in deutsches Eigentum umgewandelt. Es wurde vielmehr den Eigentümern (oft zwangsweise) abgekauft, sogar zu Preisen, die zum Beispiel in Frankreich um ungefähr 15 Prozent über den Marktpreisen lagen. Das Problem lag „nur“ darin, dass in einer Währung bezahlt wurde, für die es immer weniger zu erwerben gab.

Handel mit den feindlichen Achsenmächten aufrecht erhalten zu können. Das mag in der heutigen Zeit, in der das Recht oft nicht mehr viel gilt, nur noch schwer zu verstehen sein. Damals hingegen war das Einhalten des Rechts überlebensnotwendig.

Grossmachtpolitik gab den Ausschlag

Die Vereinbarungen und Entscheidungen von 1946 waren ein bewusster Teil der damaligen Grossmachtpolitik. Um so weniger Grund gibt es, darauf zurückzukommen.

Die Interessenlage der Grossmächte prägte die damalige Geschichte, auch in der Zeit nach dem Krieg. Wie bereits erwähnt wurde nicht einmal Deutschland zu Reparationszahlungen verpflichtet. Im Falle von Portugal genügte es bereits, dass man der amerikanischen Luftwaffe Landrechte auf den Azoren sichern wollte, um gegenüber diesem Land "Rücksicht" walten zu lassen und auf die Rückerstattung des portugiesischen Raubgolds weitgehend zu verzichten¹⁸⁴. Wieso hätte bei diesen weltweiten strategischen Überlegungen nach 1945 ausgerechnet unser Land noch mehr als die 250 Millionen Franken bezahlen müssen?

Die USA wussten besser Bescheid als die Schweiz

Von entscheidender Bedeutung ist schliesslich, dass das Washingtoner-Abkommen in Kenntnis der wesentlichen Tatsachen ausgehandelt wurde und dass es ausgerechnet deshalb abgeschlossen wurde, um spätere Diskussionen ein für allemal aus der Welt zu schaffen. Die Schweiz konnten die Alliierten damals nicht hintergehen, wie dies heute verschiedentlich behauptet wird. Diese wussten nämlich damals viel besser über die Hintergründe des Raubgolds Bescheid als die Schweiz.

Am 7. April 1945 fanden Truppen des US-Generals Patton in einem Salzbergwerk in Thüringen das Gold der Deutschen Reichsbank, dazu einen grossen Teil des "privaten Zahn-, Toten- oder

¹⁸⁴ Portugal musste nur 5 Millionen Dollar bezahlen, obwohl es grosse Goldmengen entgegengenommen hatte. Wo der Grund lag, fasste Staatssekretär Stuart Eizenstat in seinem Vorwort zum *Ersten Eizenstat Bericht* folgendermassen zusammen: „Im Falle Portugals gab man sich mit einer symbolischen Zahlung zufrieden, um Zugang zu der wichtigen Luftwaffenbasis auf den Azoren zu erhalten.“

Opfergoldes“ im Originalzustand¹⁸⁵. Dabei fiel ihnen auch die Buchhaltung der Reichsbank in die Hände. Hauptbücher, Kontrollbücher und Goldbücher waren zusammen mit dem Gold aus Berlin in das aufgefundene Versteck in Thüringen evakuiert worden. Zusammen mit Ueberläufern wie dem Reichsbank-Chefkassier Albert Thoms wurde der Reichsbank-Goldverkehr analysiert. Bis zum Jahresende wussten die rund 150 Mitarbeiter der amerikanischen US Finance Division über die Goldtransaktionen im Detail Bescheid¹⁸⁶. Die gewonnenen Erkenntnisse wurden in den Washingtoner Verhandlungen den Schweizern vollständig vorenthalten.

Dazu kam, dass der amerikanische Geheimdienst OSS, der Vorgänger des CIA, die geheimen diplomatischen Depeschen der Schweiz dechiffrierte und somit auch über die Anweisungen aus Bern an die schweizerische Verhandlungsdelegation in Washington offenbar im Detail informiert war. Es soll sogar ein alliierter Spion in der Nähe von Bundesrat Max Petitpierre tätig gewesen sein¹⁸⁷. Den Amerikanern war so insbesondere bekannt, inwiefern einzelne Schweizer wie Nationalbankpräsident Alfred Hirs Kenntnis über die Herkunft des Goldes aus anderen Staaten hatten¹⁸⁸.

Wer würde das Gold erhalten?

Selbst wenn der Vorwurf berechtigt wäre, die Schweiz habe zu lange Gold von Deutschland entgegengenommen, ist an zwei Punkte zu denken, die in der heutigen Diskussion kaum je erwähnt werden:

Erstens war während des Krieges unbekannt, was nach einer Niederlage Deutschlands mit gefundenem Gold geschehen werde. So lange zum Beispiel zu befürchten war, dass Stalin einen Teil davon erhalten werde, war es ratsam, deutsches Gold unabhängig von seiner Herkunft auf jeden Fall entgegenzunehmen. Stalin war einer

¹⁸⁵. In einem Kalibergwerk im thüringischen Merkers fanden die alliierten Truppen 250 Tonnen Gold, 400 Tonnen Kunstschätze und Koffer voll Schmuck, Goldfüllungen von Zähnen, Brillengläsern sowie Rahmen aus Gold und Silber. Allein das Gold hatte einen Wert von 238,5 Millionen Dollar, also nach damaligem Wechselkurs rund einer Milliarde Franken. General Patton liess sofort ein Inventar aufnehmen. Das Material wurde ins alliierte Hauptquartier in Frankfurt transportiert.

¹⁸⁶ Vgl. die Ausführungen des Historikers Gian Trepp in: *Weltwoche* vom 11. Dezember 1997.

¹⁸⁷ Vgl. *Blick* vom 12. Mai 1997 und S. 73 des Eisenstat-I-Berichts.

¹⁸⁸ Bei der moralischen Würdigung ist übrigens nicht zu vergessen, dass es sich bei der Nationalbank nicht um eine Geschäftsbank, sondern um eine Notenbank handelt. Die Direktoren der Nationalbank zogen als fixbesoldete Angestellte keinen persönlichen Nutzen aus ihren Dispositionen. Gewinn machte die

der grössten Mörder der Geschichte, auch wenn er mithalf, die noch traurigere Figur Hitler zu besiegen. Als dann 1946 klar wurde, dass Russland nichts von dem Gold erhalten werde¹⁸⁹, gab es zweitens selbst bei den Nachkriegsverhandlungen noch Grund, das Gold im Zweifelsfall zu behalten. Wie die spätere Verteilung zeigt (vgl. Kapitel 7 b1), war zu befürchten, dass Gold auch in Länder fliessen würde, die mit Hitlerdeutschland kollaboriert hatten. Um so mehr war verständlich, wenn sich die Schweiz gegen die Ablieferung von zu viel Gold wehrte und bevorzugte, nach dem Krieg in grosszügigen Aktionen der kriegsgeschädigten Bevölkerung im Ausland zu helfen (vgl. Kapitel 12e).

Eigentlich nicht nur 250 Millionen, sondern 650 Millionen bezahlt

Als wichtiges Argument kommt dazu, dass die Schweiz nach 1945 in einem gewissen Sinn nicht nur 250 Millionen Franken bezahlt hat, sondern sogar deren 650 Millionen. Die in den USA blockierten schweizerischen Vermögenswerte konnten nur wieder herausgelöst ("zertifiziert") werden, wenn der Nachweis gelang, dass Schweizer Gläubiger dahinter standen. Andernfalls wurde es dem "Feindgut" zugeschlagen. Dann galt mit anderen Worten die Vermutung, dass hinter dem Schweizer Gläubiger (zum Beispiel einer Schweizer Bank) ein "Feind" (zum Beispiel ein deutscher Kontoinhaber) stand. 400 Millionen Franken konnten nicht zertifiziert werden, die damit definitiv in den USA blieben. Im Ergebnis bedeutet dies, dass den USA respektive den Alliierten insgesamt 650 Millionen aus der Schweiz zufließen, die zum Verteilen zur Verfügung standen.

Klares Fazit

Selbst wenn einige Schweizer - zum Beispiel die damalige Spitze der Nationalbank - die Herkunft des Goldes erahnten oder sogar kannten¹⁹⁰, so ist in Anbetracht der aufgeführten Argumente dieses "Verschulden" mit den im Rahmen des Washingtoner-Abkommens

Nationalbank nur in geringem Ausmass, wenn sie für fremde Nationalbanken tätig war.

¹⁸⁹ Russland wurde stattdessen faktisch grünes Licht gegeben, die Ostzone auszuplündern und Gebiete zu annektieren.

¹⁹⁰ Das Dreierdirektorium der Nationalbank (die Generaldirektoren Ernst Weber, Paul Rosy, Fritz Schnorf (bis 1942) und Alfred Hirs musste ab 1942 zumindest ahnen, dass das Gold nicht aus deutschen Vorkriegsbeständen stammen konnte. Am 5. Januar 1943 richteten die Alliierten eine erste Warnung an die neutralen Staaten, das von Deutschland angebotene Gold sei wahrscheinlich gestohlen. Im Februar

bezahlten 250 Millionen Franken, die damals vollen 8 Prozent des schweizerischen Staatsbudgets entsprachen¹⁹¹, längst abgegolten. Es besteht also kein Grund, irgend etwas "nachzuverhandeln". Sogar der damalige amerikanische Chefunterhändler Seymore Rubin attestiert der Schweiz eine faire Verhandlungsweise. Besonders interessant ist, dass auch er eine gewisses Mass an Fragwürdigkeit der damaligen Forderungen zugibt, weil die Alliierten damals "*Recht anwendeten, das wir angesichts der Einmaligkeit der Lage damals laufend formulierten*"¹⁹².

Die Amerikaner sassen nach dem Krieg in jeder Beziehung am längeren Hebel. Das wussten auch die Schweizer, wie aus dem Kommentar des Zeitzeugen und späteren Bundesrats Hans Schaffner hervorgeht: "*Das Abkommen musste durch die Schweiz damals unter sehr ungünstigen Bedingungen ausgehandelt werden. Mehr als 6 Milliarden schweizerischer Goldguthaben waren in den USA blockiert. Zeitweise drohte die Gefahr, die USA könnten die Blockade in eine endgültige Beschlagnahmung umwandeln.*"¹⁹³ Da die Amerikaner damals umfassend Bescheid wussten und ihr Wissen den Schweizern vorenthielten, hätten - wenn schon - die Schweizer heute Veranlassung, sich zu beklagen, sie hätten ihre Unterschrift in Unkenntnis der wahren Umstände unter das Washingtoner-Abkommen setzen müssen.

b3) Das „Zahn-, Opfer- oder Totengold“

Nach dem Krieg musste die schockierte Weltöffentlichkeit zur Kenntnis nehmen, auf welche Art die Konzentrationslagerinsassen umgebracht und wie ihnen die Wertsachen geraubt worden waren. Besondere Emotionen weckte die Tatsache, dass den in den Gaskammern ermordeten auch noch pietätlos das Gold aus den Zähnen gebrochen wurde. Das den Opfern abgenommene Gold wird heute Zahn-, Opfer- oder Totengold genannt.

1944 folgte eine entsprechende Warnung an die Schweiz. Vgl. u.a. Michel Fior, *Das Gold der Reichsbank. Was wusste die Schweizerische Nationalbank?*, 1997.

¹⁹¹ Der Betrag war zudem fünfzehnmal grösser als der Nationalbank-Gewinn aus den Geschäften mit Nazideutschland.

¹⁹² Aussage von Seymour Rubin im Hearing des Repräsentantenhauses im Juni 1997.

¹⁹³ Interview mit Altbundesrat Hans Schaffner, *Schweizerzeit*, 14. November 1997.

Das Thema „Raubgold“ ist vor allem in den USA zum zentralen Angriffspunkt gegen die Schweiz hochgespielt worden, weil Leute wie Edgar Bronfman wider besseren Wissens¹⁹⁴ die beiden Themen "Raubgold von Zentralbanken" einerseits und "Zahn-, Opfer- oder Totengold" andererseits bewusst vermischen. Bronfman sprach davon, dass unser Land *"heimlich Goldbarren annahm, welche aus Eheringen und Zahnfüllungen der Opfer von Todeslagern gegossen wurden"*¹⁹⁵. Die zitierten Leserbriefe (vgl. Kapitel 2) zeigen, dass zumindest ein Teil der amerikanischen Öffentlichkeit aufgrund solcher Äusserungen davon ausgeht, die Schweiz habe bewusst tonnenweise Zahngold entgegengenommen.

Diese Vorwürfe sind deshalb besonders verwerflich, weil es überhaupt keine Indizien gibt, der Schweiz sei bekannt gewesen, dass solches Gold in unser Land floss. Sogar Staatssekretär Eizenstat attestierte unserem Land in seinem anklägerischen Vorwort zum Eizenstat-I-Bericht, nichts deute darauf hin, dass die Schweiz diesbezüglich Bescheid wusste. Das gleiche stellte die Bergier-Kommission fest, die in ihrem Bericht vom Mai 1998 zu Tage förderte, dass 119,5 Kilogramm Totengold im damaligen Wert von 581'899 Franken unerkannt in die Schweiz gelangten. Vorwürfe gegenüber der Schweiz sind unter diesen Umständen ungerechtfertigt, um so weniger, als die Schweiz im Gegensatz zu den Alliierten mit diesem Gold ausdrücklich nichts zu tun haben wollte (vgl. Kapitel 11c).

b4) Weshalb jüdische Organisationen?

Abgesehen von allen bisherigen Überlegungen stellt sich zusätzlich die Frage der Legitimation einer jüdischen Organisation, sich in die Diskussionen betreffend Raubgold einzuschalten.

Das Washingtoner-Abkommen wurde zwischen der Schweiz und den Alliierten geschlossen. Diese verteilten das gefundene und von der

¹⁹⁴ Sogar im anklagenden Vorwort des *Eizenstat-Berichts-I* ist von Staatssekretär Eizenstat ausdrücklich vermerkt, nichts spreche dafür, dass die eventuelle Existenz von Totengold in den Goldbarren den Schweizern bekannt war.

¹⁹⁵ Man beachte, wie subtil Edgar Bronfman im Spenden-Bettelbrief des jüdischen Weltkongresses Ende 1997 formuliert: *„Im übrigen wollen wir Klarheit darüber, weshalb die Schweiz heimlich Milliarden von Gold annahm, darunter auch Goldbarren, welche aus Eheringen und Zahnfüllungen der Opfer von Todeslagern gegossen wurden“*.

Schweiz bezahlte Gold. Wer das Gefühl hat, er sei beim Verteilen des Goldes durch die Alliierten (respektive deren Tripartite-Kommission) zu kurz gekommen, z.B. weil das Gold an Italien und Oesterreich verteilt wurde, soll sich an die damaligen Alliierten halten. Wenn man sich den geschichtlichen Ablauf vor Augen hält (vgl. Artikel 7 b2), wäre vielleicht noch denkbar, dass sich Länder wie Holland, die nicht alles Gold zurückerhalten haben, direkt an die Schweiz halten¹⁹⁶. Aber was eine Organisation wie der jüdische Weltkongress bei der Frage von bestohlenen Nationalbanken mitzureden hat, bleibt schleierhaft. Nichtsdestotrotz traten Edgar Bronfman und seine Leute in den letzten zwei Jahren so auf, als hätte damals die Schweiz dem jüdischen Weltkongress Gold gestohlen, das nun zurückgegeben werden müsse.

Höchstens im Bereich des Totengoldes wäre ein Auftreten einer jüdischen Organisation verständlich. Dabei ist aber an zwei Dinge zu denken: Erstens geht es beim Totengold um Summen, die im Vergleich zum gesamten Raubgold praktisch vernachlässigbar sind. 119 kg Gold, die in die Schweiz geflossene Menge, sind heute rund 1,7 Millionen Franken wert, eine geradezu lächerlich kleine Summe verglichen mit den Forderungen, die von Bronfman und Konsorten gegenüber unserem Land immer wieder gestellt wurden. Zweitens stammte das Gold der Getöteten nicht nur von Juden. Schon nur deshalb wäre es nicht korrekt, gefundenes Totengold einfach einer jüdischen Organisation zukommen zu lassen.

Zusammenfassend kann mit den Worten des jüdischen Journalisten und Schriftstellers Tom Segev kurz und bündig gesagt werden: "Das meiste von den Nazis auf Schweizer Banken deponierte Gold gehörte nicht den Juden, sondern den von den Deutschen besetzten Ländern"¹⁹⁷.

¹⁹⁶ Vgl. Artikel *Niederländische Ansprüche auf Nazigold* in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 7. Februar 1997. Naheliegender wäre allerdings selbstverständlich, dass sich solche Länder - wenn schon - an Deutschland halten würden.

¹⁹⁷ Tom Segev in der israelischen Tageszeitung *Haaretz* vom 21. August 1998.

c) Die Flüchtlingspolitik

Wenn es einen Bereich gibt, in dem der Schweiz rückblickend tragische Fehleinschätzungen unterlaufen sind, so ist es die damalige Flüchtlingspolitik. In diesem Bereich ging es nicht um Geld, sondern um Menschenleben.

Zwar wurden rund 300'000 Flüchtlinge aufgenommen und gerettet. Rund 30'000 wurden jedoch nach heutigen Darstellungen¹⁹⁸ an der Grenze zurückgewiesen, davon wahrscheinlich rund 18'000 Juden. Heute ist bekannt, dass ein Teil dieser zurückgewiesenen Menschen in Vernichtungslager gebracht wurde und dort umkam.

Aber auch im Bereich dieser Flüchtlingspolitik gibt es entlastende Argumente zugunsten der Schweiz, die als Antwort auf die Angriffe ins Feld geführt werden müssen, in erster Linie selbstverständlich das Argument, dass die Schweiz massiv half, während die meisten Staaten keine oder praktisch keine Flüchtlinge aufnahmen.

c1) Selbstbezeichnungen der eigenen Behörden

Anlässlich seiner Rede vom 8. Mai 1995 zum 50-jährigen Kriegsende entschuldigte sich der damalige Bundespräsident Kaspar Villiger für das Verhalten der Schweiz im Zweiten Weltkrieg.

Worte des Bedauerns waren in Ordnung, wenn damit gemeint war: „Wir entschuldigen uns. Wenn die ganzen Umstände bekannt gewesen wären, hätte die Schweiz natürlich anders gehandelt“. Die sogenannten „Entschuldigungen“ aber, wie sie in den letzten Jahren von schweizerischen Persönlichkeiten im In- und Ausland vorgebracht wurden, gingen weit über das hinaus. Sie waren oft eigentliche Selbstbezeichnungen.

¹⁹⁸ Die Zahl von 30'000 wurde 1997 vom Direktor des Schweizerischen Bundesarchivs, Professor Dr. Christoph Graf, genannt. Bis anhin war von rund 10'000 die Rede gewesen, da im *Ludwig-Bericht* die Zahl von 9'751 zurückgewiesenen Flüchtlingen die Rede ist. Diese Zahl beinhaltet jedoch nur die namentlich registrierten Rückweisungen. Die Statistiken sind unvollständig, die Anzahl der jüdischen Zurückgewiesenen ist nicht zuletzt deshalb unklar, weil die Polizeiabteilung die Grenzorgane erst am 29. Dezember 1942 anwies, bei Rückweisungen auch die Konfession zu registrieren. Der demnächst zu erwartende Flüchtlingsbericht der Bergier-Kommission wird vielleicht vermehrte Klarheit bringen.

Es ist bedauerlich, dass sogar höchste eigene Behörden sich diesem Verhalten anschlossen. In seiner Rede vom 5. März 1997 erklärte Bundespräsident Arnold Koller im Nationalrat, in einem Zeitpunkt, als die Weltöffentlichkeit wegen der Nazigoldaffäre ihre Augen auf die Schweiz gerichtet hatte: *"Wir kommen nicht umhin festzuhalten, dass Menschen, die in äusserster Notlage an unseren Grenzen standen, kleinmütig in den sicheren Tod geschickt wurden"*¹⁹⁹. Noch klarer hatte sich Bundesrätin Ruth Dreifuss bereits zwei Jahre zuvor ausgedrückt: *„Der damalige Bundesrat wusste, dass die Juden ausgerottet wurden"*²⁰⁰. Im Mai 1997 erklärte sie in einer Rede in Basel: *"Bundespräsident Kaspar Villiger hat zugegeben, dass unser Land von den Nazis verlangt hatte, die Reisepässe der Juden zu kennzeichnen, womit es die schreckliche Logik des gelben Sterns (also des Judensterns) verfolgte. Die Schweiz hat deshalb zahlreiche jüdische Flüchtlinge zurückgewiesen und sie der Vernichtung überlassen."*²⁰¹ In der Tat hatte der damalige Bundespräsident Kaspar Villiger anlässlich seiner Rede vom 7. Mai 1995 gesagt: *"Mit der Einführung des Judenstempels kam Deutschland einem Anliegen der Schweiz entgegen"*.

Besonders verheerend war, dass Aeusserungen dieser Art auch in den USA durch den offiziellen Schweizer Botschafters verbreitet wurden (vgl. Kapitel 11 b und c). Sie sind sachlich nicht haltbar, sie kommen einer Zumutung gegenüber den damaligen Verantwortlichen gleich und sie fügen unserem Land enormen Schaden zu.

c2) Der Judenstempel – von Deutschland vorgeschlagen

Seit mehr als vier Jahrzehnten wird der Schweiz immer wieder vorgehalten, sie sei verantwortlich dafür, dass Nazideutschland die Pässe der deutschen Juden mit einem J-Stempel markiert hatten, die Schweiz habe also zur Ausgrenzung, zur möglichen Identifizierung und damit zur Vernichtung der Juden einen wichtigen Beitrag geleistet. Charakteristischerweise waren es nicht die Deutschen,

¹⁹⁹ Wortlaut von Bundespräsident Koller in der Rede vom 5. März 1997.

²⁰⁰ Originaltext: *„Le Conseil Fédéral savait que les juifs étaient exterminés“*, in: *Le Nouveau Quotidien* 9. Mai 1995.

²⁰¹ Rede von Bundesrätin Ruth Dreifuss vor dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund in Basel. 7. Mai 1997.

welche die Einführung des J-Stempels der Schweiz anlasteten, auch wenn sie ein offensichtliches Interesse daran gehabt hätten, ihre Rassendiskriminierungen auf andere abzuwälzen. Vielmehr handelt es sich auch hier um eine schweizerische Selbstbezeichnung, die allerdings 45 Jahre zurückliegt. Die Vorwürfe tauchten erst in einem Artikel des *Schweizerischen Beobachters* vom 31. März 1954 auf, wo unter dem Titel *"Eine unglaubliche Affäre"* im Sperrdruck der Satz stand: *"Dem Schweizer Rothmund (dem damaligen Direktor der eidgenössischen Polizeiabteilung) kommt das schreckliche Verdienst zu, den Nationalsozialisten den Weg zur amtlichen Kennzeichnung der Juden gebahnt zu haben"*.

Selbstbezeichnungen haben eine grosse Wirkung, weil sie von niemandem mehr in Frage gestellt werden. So gehen seit vier Jahrzehnten breite Kreise in aller Selbstverständlichkeit davon aus, dass der J-Stempel von Heinrich Rothmund respektive der Schweiz erfunden worden sei. Im Zuge der jüngsten Angriffe gegen die Schweiz wurde dieser alte Vorwurf denn auch von zahlreichen Kritikern wieder aufgewärmt, im In- und Ausland, von Unterstaatssekretär Stuart Eizenstat (die Schweiz habe *"die Nazis von der Notwendigkeit des J-Stempels in jüdischen Pässen überzeugt"*²⁰²) bis hin zu Adolf Muschg (*"Herr Heinrich Rothmund, des Justiz- und Polizeidepartements ehrbarer Schreibtischtäter in den Diensten Bundesrats von Steigers, war bekanntlich der Erfinder des J-Stempels"*²⁰³).

Der damalige Beobachterartikel hatte schon 1954 grossen Staub aufgewirbelt. Im Parlament reichte Nationalrat Hans Oprecht eine Interpellation ein. Die Beantwortung durch Bundesrat Markus lautete im Ergebnis, *"dass die besondere Kennzeichnung der Judenpässe durch das nationalsozialistische Deutsche Reich nicht auf eine Anregung des Chefs der eidgenössischen Polizeiabteilung, Dr. Rothmund, sondern auf einen deutschen (...) Vorschlag zurückzuführen"* sei²⁰⁴. Aufgrund des erhobenen Vorwurfs wurde zudem Professor Carl Ludwig beauftragt, einen Bericht über die Flüchtlingspolitik zu verfassen. Entsprechend gründlich untersuchte

²⁰² Vgl. Vorwort des *Eizenstat-I-Berichts*.

²⁰³ Adolf Muschg in seinem Buch *O mein Heimatland*, 1998, Abschnitt 56 (aus Vorabdruck in der Weltwoche).

²⁰⁴ Carl Ludwig *Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart*, 1955, xxx.

dieser die Problematik des J-Stempel und kam zum Resultat, der Vorschlag sei in der Tat vom deutschen Auswärtigen Amt in Berlin der schweizerischen Gesandtschaft vorgeschlagen worden. Rothmund habe den Vorschlag sogar abgelehnt²⁰⁵. Letzteres stimmt überein mit der Erkenntnis, zu welcher 1994 der Historiker Jacques Picard, heutiges Mitglied der Bergier-Kommision, gelangte: *"Rothmund sperrte sich daher entschieden gegen die besondere Kennzeichnung (der Reisepässe deutscher Juden mit dem J-Stempel)"*²⁰⁶.

Sogar der damalige Verfasser des Beobachterartikels, der heute in Basel lebende Peter Rippmann, räumte im Sommer 1998 ein, es sei *"tatsächlich eine Beobachter-Panne einzugestehen: Die Rollen des deutschen Gesandten Köcher und Rothmunds sind fatalerweise vertauscht worden"*²⁰⁷. Der Vorschlag wurde also nicht vom Schweizer Rothmund dem deutschen Gesandten unterbreitet, sondern umgekehrt. In der Tat war dieser irrtümliche Rollentausch für die Schweiz fatal. Der daraus entstandene Mythos schadete der Schweiz enorm, weltweit und heute noch. Wohl aufgrund des Eingeständnisses Rippmanns sah sich im September 1998 endlich auch der *Beobachter* selbst veranlasst, seinen Vorwurf mit einem an Klarheit nicht zu überbietenden Satz: zu korrigieren: *"Damit ist klar; beim Judenstempel handelt es sich um einen deutschen Vorstoss"*²⁰⁸.

c3 Ankläger statt Verteidiger

Richard Anderegg, der in Washington lebende Schweizer Journalist, zitierte einen amerikanischen Berufskollegen, der über die schweizerische Verteidigungsstrategie gegen die US-Angriffe kopfschüttelnd gesagt habe: *"Die Leute, die als Verteidigungsanwälte für die Schweiz auftreten sollten, amtieren stattdessen als Ankläger"*²⁰⁹. Gerade die Vorwürfe im Zusammenhang mit dem J-Stempel belegen, dass diese Aussage etwas Wahres an sich hat.

²⁰⁵ Carl Ludwig *Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart*, 1955, Seiten 97 bis 130.

²⁰⁶ Jacques Picard; *Die Schweiz und die Juden*, Seite 160.

²⁰⁷ Schreiben des damaligen Autors des Artikels, Dr. Peter Rippmann, an Herrn Dr. Max Knecht, Bern sowie an den Verfasser dieses Buches vom 2. Juli 1998.

²⁰⁸ *Beobachter* Nr. 18/98 vom 4. September 1998.

Nach dem Anschluss Oesterreichs an das Deutsche Reich im März 1938 setzte in Oesterreich eine Judenverfolgung ein, die alles Bisherige in den Schatten stellte. Immer mehr Flüchtlinge erschienen an der Schweizer Grenze. Nazideutschland verfolgte damals noch *"die perfide Taktik, die Juden auszuplündern und sie mittellos aus dem Land zu jagen"*.²¹⁰ Im Juli 1938 ergab die Flüchtlingskonferenz von Evian(vgl. Kapitel 7 c6), dass kaum ein anderes Land bereit war, Flüchtlinge aufzunehmen. Also war klar, dass alle Flüchtlinge, die aus Deutschland (respektive Oesterreich) über die Grenze kamen, langfristig in unserem Land bleiben würden.

Unter diesen Umständen war selbstverständlich, dass die Schweiz Massnahmen zu ergreifen suchte, diese Einreise in den Griff zu bekommen. Wollte sie vermeiden, hoffnungslos von Flüchtlingen überschwemmt zu werden, musste sie unterscheiden können, wer die Schweiz nur als Tourist besuchen wollte und wer einreisen wollte, um als Flüchtling hier zu bleiben. Die Schweiz forderte deshalb von der deutschen Regierung die Einführung der Visumpflicht, mindestens für alle "Emigranten", also für die "Auswanderer". Unter den Ausdruck "Emigranten" fielen neben den Juden auch andere Gruppierungen wie Regimegegner, Sozialisten, Gewerkschafter, Kommunisten, Zigeuner, Freimaurer und Homosexuelle, also alle Gruppen, die in der Ideologie der Nazis als Gegner oder als "Untermenschen" galten und die nicht mehr nach Deutschland zurückkehren konnten oder wollten.

Nachdem die deutsch-schweizerischen Verhandlungen kein Ergebnis gebracht hatten, kündigte die Schweiz am 30. August 1938 vorsorglich das Visumsabkommen mit Deutschland, was bedeutete, dass künftig alle Deutschen ein Visum für die Schweiz benötigen würden. Am 2. September kam es zum Gespräch, bei dem der *Schweizerische Beobachter* irrtümlich die Rollen vertauschte: Der deutsche Gesandte in der Schweiz, Minister Köchler, schlug gegenüber dem Schweizer Polizeidirektor Rothmund vor, Deutschland könnte die Pässe seiner jüdischen Emigranten mit einem J kennzeichnen, womit sich eine generelle Visumpflicht erübrige.

²⁰⁹ Ansprache von Richard Andereg, Journalist in Washington, gehalten in Aarau vom 14. Mai 1998. Das Originalzitat lautet: *"Your lawyer works for the DA"*, was so viel bedeutet wie *"Euer Anwalt arbeitet ja für die Anklagebehörde"*.

²¹⁰ Formulierung in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 15. März 1986.

Die Schweiz hat unbestrittenerweise einen grossen Fehler begangen, diesen deutschen Vorschlag zu akzeptieren, statt auf einer Visumpflicht für alle Deutschen zu beharren. Man mag unserem Land auch vorwerfen, seine legitime Forderung, alle Auswanderer (von der Schweiz aus gesehen die Einwanderer) identifizieren zu können, sei faktisch einer Forderung nach Identifizierbarkeit und Kennzeichnung der Juden hinausgelaufen, weil damals der weitaus grösste Teil der Menschen, die aus Deutschland auswandern wollten, jüdisch waren. Man könnte schliesslich sogar sagen, dass das Anliegen der Schweiz, Emigranten erkennen zu können, die Diskussionen ausgelöst haben, die zum Vorschlag und zur Einführung des J-Stempels durch die Deutschen führten. Aber wie kann eine Schweizer Magistratsperson, welche die Interessen der Schweiz zu wahren hätte, in einem Zeitpunkt, in dem unser Land angegriffen wird, bei der gegebenen Faktenlage allen Ernstes öffentlich erklären, mit der angeblichen Forderung der Kennzeichnung der Reisepässe der Juden habe *"unser Land die schreckliche Logik des gelben Sterns verfolgt"* (vgl. oben Kapitel 7 c1)? Wie kann ein Schweizer Botschafter in den USA in Anbetracht der Seiten 97 bis 130 des Ludwig-Berichts betreffend Heinrich Rothmund sagen, *"Zudem war es ein hoher Schweizer Beamter, der den Deutschen vorschlug, den schrecklichen Judenstempel in die Reisepässe jüdischer Bürger zu stempeln"* (vgl. Kapitel 11c).

Solche Sätze sind in der Tat falsche Anklagen gegen unser Land von Leuten, deren Aufgabe es wäre, als Verteidiger unseres Landes aufzutreten. Wer der Schweiz wohl gesinnt ist, äussert sich anders. Wer sich für unser Land einsetzen will, wird in Diskussionen um den J-Stempel insbesondere darauf hinweisen, dass eine Forderung nach Identifizierbarkeit der deutschen Auswanderer damals verständlich, ja zur Vermeidung einer unkontrollierbaren Masseneinwanderung sogar unerlässlich war. Er wird unterstreichen wollen, dass der deutschen Einführung dieses Stempels in einem Zeitpunkt zugestimmt wurde, als (im Herbst 1938) noch lange keine systematischen Judenvernichtungen eingesetzt hatten und selbst bestinformierte Leute keine Ahnung haben konnten, in welche schreckliche Richtung sich die Judenverfolgung im Dritten Reich entwickeln werde. Zugunsten der Schweiz könnte gar ins Feld geführt werden, dass sich der J-Stempel in Einzelfällen paradoxerweise und erfreulicherweise

lebensrettend auswirkte, indem deren Inhaber von Schweizer Grenzbeamten verschiedentlich privilegiert behandelt wurden²¹¹.

Wer der Schweiz wohl gesinnt ist, wird ferner darauf hinweisen wollen, dass der Fehler der Schweiz, die deutsche Einführung des J-Stempels zu akzeptieren, dumm und zum Glück praktisch bedeutungslos war. Am 17. August 1938, also noch kurz vor Einführung des J-Stempels, hatte Deutschland nämlich im Zuge seiner Rassengesetze verfügt, dass alle jüdischen Personen als zweiten Vornamen Sara oder Israel annehmen mussten. Somit konnte schon bald jedermann bereits anhand der im Pass eingetragenen Vornamen ohnehin feststellen, dass der Passinhaber nach der nationalsozialistischen Gesetzgebung als Jude galt.

Vor allem aber sollte jeder, der wirklich die Interessen der Schweiz vertreten will, die Tatsache hervorheben, dass die Schweiz trotz zeitweiliger Schliessung der Grenze zahlreiche jüdische Flüchtlinge aufnahm, wogegen praktisch die ganze Welt ihre Tore für Inhaber der Reisepässe mit J-Stempeln verschloss.

c4) In den sicheren Tod geschickt? – eine ungeheure Unterstellung

Heute weiss die Welt, dass während des Zweiten Weltkriegs Millionen von Menschen, darunter rund 6 Millionen Juden, abseits der Kriegsschauplätze auf abscheuliche Weise zu Tode gequält, vergast, exekutiert wurden. Heute wissen wir, dass einige der

²¹¹ In einem Brief an Nationalrat François Loeb schrieb ein Zeitzeuge: *"Ich weiss von einem Zöllner, der den "J" immer oder meistens übersehen hat. (...) Die meisten tauchten unter. Diese sind nirgends registriert. Es war nicht schwer, jemanden schwarz über die Grenze zu bringen"*; in: Pressedienst der FDP Schweiz vom 5. Februar 1998. Vgl. auch den Leserbrief von Max Schlegel, Wädenswil, der damals miterlebte, wie sein für den Zoll verantwortlicher Vater sechs Personen illegal einreisen liess, weil er den J-Stempel erkannte: *"Mein Vater war ganz aufgeregt. Er sagte, ich solle mit diesen Leuten (...) verschwinden und in Schleithelm Bilette über Winterthur nach Zug kaufen. (...). Er musste noch den Tagesbericht erstellen. Diese sechs jüdischen Flüchtlinge waren längst unterwegs Richtung Innerschweiz. Er hat sich dann zu folgendem Text durchgerungen: Sechs Flüchtlinge abgeschoben."*; in: *Leuchtturm in der Wüste*, Leserbriefsammlung von Paul Rothenhäusler, 1997. Vgl. schliesslich den Leserbrief von Rudolf Fischer, Flawil: *"Wer sich an der Grenze mit dem Judenstempel eindeutig jüdischen Glaubens ausweisen konnte, hatte zumindest grössere Chancen, die Grenze überschreiten zu können. Ich kann mich an diesbezügliche Diskussionen unter den Soldaten gut erinnern. Der heute so stark kritisierte Judenstempel hatte offenbar nicht durchwegs nachteilige Folgen."*; in: *Volksfreund* vom 24. Mai 1997.

Konzentrationslager als Vernichtungslager²¹² mit systematischen Tötungsmaschinerien aufgebaut worden waren.

Wenn nun vom Bundesrat gesagt wird, die Schweiz habe Flüchtlinge "kleinmütig in den sicheren Tod geschickt" (vgl. Kapitel 7 c1), so wird dies von der Weltöffentlichkeit mit ihrem heutigen Sachwissen zwangsläufig so verstanden, dass die Schweiz hilfeschuchende Flüchtlinge bewusst sadistischen Henkern in den Vernichtungslagern ausgeliefert habe. Eine solche Unterstellung gegenüber den damaligen Verantwortlichen ist nicht akzeptabel. Wahrscheinlicher ist, dass die Verantwortlichen damals meinten, die Zurückgewiesenen würden schlimmstenfalls in Ghettos oder Arbeitslager landen, wo sie zwar zu sklavenartiger Arbeit gezwungen, nicht aber getötet würden. Zumindest hofften doch die Verantwortlichen, dass sich für die Abgewiesenen doch noch irgendwo eine Türe öffnen werde. Es ist ja auch bewiesen, dass zahlreiche von der Schweiz Abgewiesene überlebt haben, weil sie in die Fänge der Verfolger gerieten oder die Gefangenschaft überlebten. Von einem "sicheren Tod" zu reden, ist somit ohnehin falsch und unzulässig.

Ein wichtiger Punkt liegt in der Unterscheidung zwischen "Konzentrationslager" und "Vernichtungslager": Allgemein war bekannt, dass es in Deutschland Konzentrationslager gab. Grosse Verbreitung hatte 1935 in der Schweiz das Buch *"Die Moorsoldaten"* gefunden, ein Bericht des in Deutschland Inhaftierten Wolfgang Langhoff, dem es gelungen war, in die Schweiz zu fliehen. Man las von der unmenschlichen Behandlung der dortigen Gefangenen, von erbarmungslosen Prügeleien für kleine Verstösse, von der praktisch nicht existenten ärztlichen Fürsorge und einer entsprechend hohen Sterbensrate durch Erschöpfung, Unterernährung und Seuchen. Aber das war trotz aller Brutalität etwas ganz anderes als die organisierte Ausrottung von Menschen in Vernichtungslagern. Wenn gesagt wird, die Schweizer hätten "von den Lagern gewusst", so ist das richtig, wenn man Konzentrationslager im vor dem Krieg bekannten Sinne meint. Es ist aber falsch, wenn man die Vernichtungslager meint. All meine persönlichen Erfahrungen sprechen dafür, dass in unserem

²¹² Vernichtungslager waren von vornherein für die Massentötung bestimmt. Aus Geheimhaltungsgründen wurden sie im besetzten Polen eingerichtet (Chelmno, Belzec, Sobibor, Treblinka, Auschwitz-Birkenau, Lublin-Majdanek).

Land die systematische Verfolgung und Ausrottung der Juden in Vernichtungslagern damals nicht bekannt war²¹³.

- Ich denke an ein Fernsehinterview mit einem welschen Grenzbeamten, der händeringend beteuerte, er hätte nie und nimmer Flüchtlinge zurückgewiesen, wenn er nur im Entferntesten geahnt hätte, dass diese Menschen via französische Kollaborateure in Auschwitz landen würden, wo sie ein schreckliches Vernichtungsschicksal erwartete; oder ich denke an die Aussagen von Soldaten bis hin zu hohen Offizieren, die damals an der Grenze standen und noch heute beteuern, keine Ahnung von Vernichtungslagern gehabt zu haben²¹⁴.

- Ich denke an Gespräche mit älteren jüdischen Personen, die damals in der Schweiz wohnten, und vor dem 8. Mai 1945 (Kriegsende) nicht wussten, dass die Juden in Deutschland systematisch vernichtet wurden, nicht einmal durch Nachrichten ihrer Familienmitglieder in Deutschland, die ebenfalls den Tod fanden²¹⁵.

- Ich denke an ein Fernsehinterview mit dem bekannten jüdisch-deutschen Fernsehquizmaster Hans Rosenthal²¹⁶, woraus hervorging, dass tatsächlich zumindest teilweise nicht einmal die Juden in Deutschland die Tragödie erkannten. Rosenthal schilderte in beeindruckender Art und Weise, wie er zwar miterlebte, dass seine Schulkollegen und später seine Arbeitskollegen deportiert wurden, dass er aber bis zum Kriegsende nicht ahnte, dass diese getötet worden waren. Ueberall wurde von "umsiedeln" statt umbringen gesprochen.

²¹³ Es mag sein, dass es in der Schweiz Personen oder einzelne Stellen gab, welche relativ gut informiert waren. Es ist aber unzulässig, daraus zu schliessen, z.B. ein Bundesrat oder ein Grenzoffizier hätten dasselbe Wissen gehabt.

²¹⁴ Vgl. die Stellungnahme von Hermann Fuhrer, Präsident des Verbandes der Schweizer Armee-Veteranen, in *Thurgauer Zeitung* vom 9. April 1997.

²¹⁵ Ich denke unter anderem an mein Gespräch mit Josef Wyler, Wettingen (vgl. „Badener Tagblatt“ vom 8. Mai 1995). Josef Wyler's Mutter war durch Heirat in die Schweiz gezogen. Ihre Verwandten lebten bei München und wurden während des Krieges ermordet. Noch 1942 erhielten die Wylers in der Schweiz eine Postkarte aus München mit beruhigendem Inhalt. Erst nach dem Krieg realisierte Josef Wyler, dass die Juden in Deutschland systematisch verfolgt und umgebracht worden waren.

²¹⁶ Bekannt aus der jahrelangen deutschen Fernsehshow *Dalli Dalli*.

- Ich denke an den Kommentar eines damals 16Jährigen, der seine Eltern am 26. Juni 1942 auf dem Sammelplatz im Ghetto zum letzten Mal gesehen hatte und offen eingestand, "ich hatte damals keine Ahnung, was auf uns zukommen würde"²¹⁷. Seine Eltern verschwanden für immer, sie wurden an einem unbekanntem Ort umgebracht.
- Ich denke an meine Gespräche mit alt Botschafter Max König, der ab 1. Mai 1939 als junger Mitarbeiter in Berlin in der Schweizer Gesandtschaft tätig war und bis wenige Wochen vor der Kapitulation am 8. Mai 1945 dort ausharrte. Er schilderte in überzeugender Weise, wie ausländische Botschafter und Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes von den Deutschen sogar nach Auschwitz geführt wurden und in der Überzeugung heimkehrten, ein „normales“ Arbeitslager gesehen zu haben. Somit hätten sogar Botschaftsangestellte in Berlin die Gerüchte von Vernichtungslagern für erfunden gehalten.
- Ich denke an die Tatsache, dass selbst die renommierten und glaubwürdigen Geschichtswissenschaftler Edgar Bonjour und Jean-Rodolphe von Salis erklärten, dass sie erst anfangs 1945 vom Holocaust erfuhren. Zusammen mit seinen Kollegen hatte Bonjour entsprechende frühere Meldungen „für die Lüge eines irren Fanatikers“ gehalten²¹⁸.
- Ich denke an die Worte des berühmtesten Holocaustforschers, Raul Hilberg²¹⁹, der am 12. Mai 1997

²¹⁷ Bericht des in Israel lebenden Michael Gilead, der 1962 bekannt wurde, weil er beauftragt war, die Asche des hingerichteten Adolf Eichmann ins Meer zu streuen.

²¹⁸ Edgar Bonjour in einem Brief vom 20. September 1988: „*Etwa im Februar 1945 fand ich in meinem Briefkasten den schlechten Durchschlag eines schwer lesbaren und nicht frankierten maschinengeschriebenen Briefes mit der Mitteilung, es existieren in Deutschland Gaskammern zur Vernichtung von missliebigen Personen. Ich besprach das mit meinen Kollegen. Wir hielten diese Meldungen übereinstimmend für die Lüge eines irren Fanatikers. Erst nach Schluss des Krieges erfuhr ich die schreckliche Wahrheit.*“ Jean-Rodolphe von Salis sagte auf Schloss Brunegg gemäss Protokoll vom 5. Juli 1988: „*Die Öffentlichkeit hat vom Holocaust, der Massentötung von Juden in Gaskammern, bis zum April 1945 nichts erfahren. Erst im April 1945, mit der Besetzung der Konzentrationslager durch die vormarschierenden Alliierten, wurden die furchtbaren Verbrechen der Öffentlichkeit langsam bekannt.*“

²¹⁹ Raul Hilberg (71) stammt aus einer jüdischen Wiener Kaufmannsfamilie und wanderte mit seinen Eltern 1939 über Kuba in die USA aus. Seine Glaubwürdigkeit ist nicht anzuzweifeln. Er gehörte 1945 zu den US-Soldaten, die das Konzentrationslager Dachau erreichten. Er erlebte mit, wie völlig unvorbereitet die Amerikaner reagierten, obwohl ihnen oft unterschoben wird, sie seien schon längst über die Greuelthaten der Deutschen informiert gewesen. Hilberg

anlässlich seines Besuchs in der Schweiz im überfüllten Auditorium der ETH Zürich in beeindruckender Art und Weise darauf hinwies, wie problematisch es ist, zwischen Gehörhaben, Glauben und Wissen zu unterscheiden.

Ist nicht gerade der letztgenannte Punkt entscheidend? Wird der Unterschied zwischen „davon-gehört-haben“ und „tatsächlich-wissen“ nicht gerade am besten durch das Verhalten der deutschen Juden aufgezeigt? Der Schriftsteller Golo Mann hielt fest, dass sie die Gefahr in tragischer Fehleinschätzung der Lage zu wenig ernst nahmen, weil sie *„gute Patrioten waren, die das ihnen drohende Unheil nicht glauben konnten“*²²⁰. Klar ist, dass Horrormeldungen auch in die Schweiz drangen. Aber ist nicht verständlich, dass auch in der Schweiz solche Schreckensmeldungen ganz einfach nicht geglaubt wurden, weil sie das für einen humanen Menschen Glaubhafte überstiegen und es unglaublich schien, dass Deutschland als "Land der Dichter und Denker" zu einer solchen Vernichtungsaktion fähig war.

Nicht zu vergessen ist, dass die gezielte Verbreitung von Falschmeldungen schon seit immer zur Kriegsführung gehörte. Sogar heute ist es trotz hervorragender Kommunikationsmittel manchmal schwierig, zwischen Kriegspropaganda und Wahrheit zu unterscheiden. So erfuhr zum Beispiel die Welt während des jüngsten Jugoslawienkriegs, es gebe dort Konzentrationslager wie im Zweiten Weltkrieg. Später wurde dargelegt, dass das allgemein bekannte Bild von abgemagerten Insassen eines jugoslawischen Konzentrationslagers eine Fälschung war²²¹. In der kürzlichen Somaliakrise machte weltweit der Vorwurf die Runde, italienische Angehörige der Uno-Friedenstruppen hätten unbewaffnete Zivilisten ermordet. Der Kronzeuge, ein italienischer Soldat, gab später zu, er

veröffentlichte 1961 in den USA das Standardwerk *Die Vernichtung der europäischen Juden*. Heute lehrt er Politologie an der Universität von Vermont.

²²⁰ Zitat der Aussage von Golo Mann im Artikel *Die Mitverantwortung der USA am Holocaust*; in: *Schweizer Zeit* vom 30. Mai 1997. Die Feststellung von Golo Mann entspricht meinen persönlichen Erfahrungen: Die später umgebrachten beiden Schwestern und der Bruder von Josef Wyler's Mutter (vgl. Fussnote 215) hatten noch 1938 abgelehnt, in die Schweiz zu kommen, weil sie sich in Deutschland nicht als gefährdet betrachteten.

²²¹ Weltwoche vom 9. Januar 1997. *Bilder, sagt man, lügen nicht – oder vielleicht doch, Das Symbolbild des Bosnienkriegs, die Aufnahme eines abgemagerten Gefangenen hinter Stacheldraht, war eine Täuschung*. Vom freien Journalist und Mitarbeiter des *London International Research Exchange* Thomas Deichmann wurde mit überzeugenden Argumenten dargelegt, dass es sich dabei um eine Fälschung handeln müsse.

habe falsch ausgesagt, um Geld dafür zu bekommen²²². Vor mehr als 50 Jahren war das Erkennen der Wahrheit ungleich schwieriger. Es ist heute schwer vorstellbar, was es bedeutete, dass es mit Deutschland keinen freien Telefonkontakt, keinen regulären Postdienst, keine normalen Reisemöglichkeiten und strikte Zeitungs- und Radiozensur gab.

c5) Nicht einmal jüdische Kreise kannten die Wahrheit

Es wird immer wieder behauptet, die Alliierten hätten gewusst, was sich in Auschwitz abspielte. Trotzdem hätten sie es unterlassen, die Zufahrts-Eisenbahnlinien zu bombardieren. Dazu ist vorerst zu unterstreichen, dass - selbst wenn die Alliierten wirklich Bescheid gewusst hätten - dies noch lange nicht heissen würde, dass auch die Schweizer informiert waren. Die Alliierten hätten ja wohl kaum die Schweiz informiert und wären gleichzeitig untätig geblieben.

Vieles spricht aber dafür, dass wohl auch die Alliierten nicht Bescheid wussten. Richtig ist zwar rückblickend, dass zahlreiche Meldungen über die Massenvernichtungen des Hitlerregimes ins Ausland drangen. Berühmt geworden sind die verzweifelten Meldungen von Jan Karski, von den beiden Auschwitz-Flüchtlingen Walter Rosenberg (alias Rudolf Vrba) und Alfred Wetzler, sowie von Eduard Schulte²²³. Aber ist es wirklich erstaunlich, dass Karski in England von höchster Stelle zu hören bekam, es sei aus dem ersten Weltkrieg bekannt, dass bewusst falsche Tatsachen als Kriegspropaganda verbreitet worden waren? Kann es erstaunen, dass US-Präsident Roosevelt nicht reagierte, obwohl er persönlich von Karski informiert worden war

²²² *Aargauer Zeitung* vom 27. Juni 1997. Bei den angeblich von Italienern ermordeten Somaliern auf den entsprechenden Fotos handelte es sich um die Toten einer Minenexplosion.

²²³ Als Kurier der polnischen Untergrundbewegung hatte Jan Karski 1942/43 den britischen und amerikanischen Regierungsstellen Meldungen über Stalins und Hitlers Verbrechen überbracht. Unter anderem hatte er sich Zugang in das Konzentrationslager Lublin verschaffen können. Ebenfalls ins Jahr 1942 fielen die Meldungen des Unternehmers Eduard Schulte, Generaldirektor einer Bergwerksgesellschaft in Breslau, dessen Mitteilung via verschiedene Personen an den jungen Anwalt Gerhart Riegner, Vertreter und späterer Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses in Genf ging. Weitere beeindruckende - rückblickend leider zutreffende - Meldungen kamen von den beiden slowakischen Häftlingen Walter Rosenberg und Alfred Wetzler, die am 7. Mai 1944 aus Auschwitz-Birkenau hatten flüchten können. Deren Warnungen wurden von den ungarischen Judenräten zu wenig weiterverfolgt. Erst anderthalb Monate später (bereits waren innert 6 Wochen 437'000 Menschen aus Ungarn vergast worden) erhielt Gerhard Riegner in Genf den Bericht der Auschwitz-Flüchtlinge.

und obwohl höchste Berater von Roosevelt jüdisch waren? Ist nicht irgendwie verständlich, dass Karski auch in Washington wörtlich zu hören bekam: „*Ich bin unfähig zu glauben, was Sie mir erzählen*“²²⁴.

Am aussagekräftigsten ist wohl der Umstand, dass offensichtlich auch jüdische Kreise ausserhalb Nazideutschlands die nach aussen dringenden Meldungen nicht glauben konnten. Sie waren ohne Zweifel am besten informiert, denn die in ärgster Bedrängnis stehenden Juden informierten natürlich in erster Linie ihre Glaubensgenossen im Ausland.

Charakteristisch ist bereits, dass sich schweizerische jüdische Organisationen damals mit der Flüchtlingspolitik unseres Landes identifizieren konnten. Nachdem die Flüchtlingskonferenz in Evian (vgl. Kapitel 7 c6) jede Hoffnung auf eine geregelte Weiterwanderung von Flüchtlingen zerstört hatte, billigte der „Verband Schweizerischer Jüdischer Flüchtlingshilfen“ die Politik unseres Landes noch im März 1944 ausdrücklich²²⁵. Die „schweizerischen jüdischen Fürsorgen“ forderten im August 1938 ihre Schwesterorganisation in Wien in einem Telegramm auf, „unter allen Umständen jeden Versuch illegalen Grenzübertrittes“ zu verhindern. Deren Präsident einigte sich mit dem damaligen Chef der eidgenössischen Polizeiabteilung, Heinrich Rothmund, am 18. August 1938, dass es wegen der jüdischen Emigranten „keine andere Möglichkeit als Sperrung der Einreise“ gebe.²²⁶ Saly Mayer, als damaliger Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes höchster Vertreter der Juden in der Schweiz, hatte sogar von einer „*untragbaren Emigrantenwelle*“ gesprochen²²⁷.

²²⁴ Vgl. *NZZ-Format* auf SF 2 vom 9. November 1997: Die wortgetreue Aussage „*Ich bin unfähig zu glauben, was Sie mir erzählen*“, stammt nicht vom Präsidenten persönlich, sondern vom hohen Beamten F. Frankfurter.

²²⁵ Aus dem *Rechenschaftsbericht des Verbandes Schweizerischer Jüdischer Flüchtlingshilfen über die Betreuung der jüdischen Flüchtlinge ab 1933*, verfasst im März 1944: „*Wir verschliessen unsere Augen nicht vor den (...) Schwierigkeiten und Sorgen unserer Behörden. An ihrem guten Willen und ihrer Bereitschaft, nach Kräften zu helfen, besteht kein Zweifel, und wir dürfen zusammenfassend dankbar anerkennen, dass wir bei unseren Behörden in den meisten Fragen ein offenes Ohr und weitgehendes Verständnis für unsere Anliegen gefunden haben und dass wir, wenn wir diese zehn Jahre überblicken, allen Grund haben, dieses Positive stark zu unterstreichen*“.

²²⁶ Bericht des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements an den Bundesrat, 18. August 1938.

²²⁷ Leserbrief von Herman Landau, 1944-1951 Direktor des *Hilfsvereins für Jüdische Flüchtlinge im Ausland*, in: *Tages-Anzeiger Magazin* Nr. 48/1984, zitiert von Christoph Blocher, *Die Schweiz und der Eisenstat-Bericht*, 21. Juni 1997 (vgl. die dortigen weiteren Ausführungen).

Ein noch deutlicheres Indiz, dass die Juden ebenso wenig wie die Schweizer Bescheid wussten, sind die Reaktionen von jüdischen Persönlichkeiten auf internationaler Ebene. Selbst in Palästina wurde Flüchtlingen die Einreise verweigert. Schlagzeilen machte der Untergang des zurückgewiesenen Flüchtlingschiffs Struma in der Nähe von Istanbul mit über 750 Passagieren. Der israelische Journalist Tom Segev sah sich in diesem Zusammenhang zu folgendem Kommentar veranlasst: *„Wie vor dem Krieg beharrte die Jewish-Agency-Führung auf ihrem Recht, die Einwanderer nach den Bedürfnissen des Landes auszuwählen. Bei der illegalen Immigration (nach Palästina) hatte die Führung keine Kontrolle mehr darüber, wer ins Land kam. Das beklagte auch (der spätere israelische Ministerpräsident) Mosche Sharett²²⁸ in seinem Tagebuch. (...) Selbst auf dem Höhepunkt der Vernichtung der Juden beanstandete er noch, dass (die zuständigen Leute in Palästina) nicht genug darauf achteten, wünschenswertes Menschenmaterial ins Land zu bringen. Kurz nach Kriegsbeginn formulierte er (also Mosche Sharett) völlig unberührt von den Ereignissen sein Einwanderungsprinzip: Bringt die Guten und lasst den Pöbel da.“²²⁹* Man stelle sich einmal die heutige Kritik vor, wenn ein Schweizer Politiker damals von "wünschenswertem Menschenmaterial" und von "Pöbel" gesprochen hätte.

Verschiedentlich wird sogar geltend gemacht, damals hätten jüdische Persönlichkeiten bis hin zu Ben Gurion (erster Ministerpräsident Israels) lieber darauf verzichtet, die jüdischen Flüchtlinge zu retten, als die Schaffung des Staates Israel zu gefährden²³⁰. Dies aufgrund der Ueberlegung, dass das Flüchtlingselend entsprechend grossen Druck für die Schaffung des Staates Israel erzeugte. Selbst nach Schilderung von jüdischen Kreisen herrschte damals ein heftiger, innerjüdischer Streit zwischen den "Nicht-Zionisten" und den

²²⁸ Moshe Sharett (eigentlicher Name Schertok), der spätere Aussenminister und Ministerpräsident, war damals Mitglied des Exekutivkomitees der Jewish-Agency.

²²⁹ Zitat aus dem Buch *Die siebte Million; Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung*, 1995, des israelischen Historikers und Journalisten Tom Segev. Segev zitiert an dieser Stelle (S. 120) als Quelle Mosche Sharett's *Politisches Tagebuch*, Band 5, 1940.

²³⁰ Gemäss der Sendung *Doppelpunkt* am Schweizer Radio DRS vom 11. Januar 1998 (Autoren Hanspeter Gschwend und Shagra Elam) hatte David Ben Gurion anlässlich einer Rede vor der zionistischen Exekutive im Dezember 1938 gesagt: *„Wenn wir eine Trennung des Flüchtlings- vom Palästina-Problem zulassen, riskieren wir die Existenz des Zionismus“*. Diese Bemerkung brachte seinen Biographen Shabtai Teveth gemäss *Doppelpunkt* dazu, Ben Gurions Haltung folgendermassen zu rechtfertigen: *„Bei Ben Gurion entwickelte sich die*

"Zionisten, die *"die Auswanderung nach Palästina forcierten und fürchteten, unter Alternativprojekten könnte ihr Ziel leiden"*²³¹. Chaim Weizmann, der spätere erste Staatspräsident Israels, sagte gar ausdrücklich: *"Eher will ich den Untergang der deutschen Juden sehen, als den Untergang des Landes Israel für die Juden"*²³². Wenn jüdische Führer tatsächlich eine solche Haltung eingenommen haben, so ohne Zweifel nur deshalb, weil auch sie - und das ist im vorliegenden Zusammenhang der entscheidende Punkt - in keiner Art und Weise realisierten, was sich in Deutschland wirklich abspielte. Oder wie sonst sind erschütternde Hilferufe wie derjenige des verzweifelten Rabbiners Weissmandel an seine Glaubensgenossen im Ausland zu verstehen: *„Brüder, seid ihr verrückt geworden? Wisst ihr denn nicht, in welcher Hölle wir leben? Für wen haltet Ihr das Geld zurück? (...) alle unsere Bitten wirken nicht (...) Ihr schleudert uns einige Groschen und einige Rückfragen entgegen"*²³³. Weissmandel hatte um Geld gebeten, damit Juden ausreisen konnten. Niemand half, als sich die Möglichkeit abzuzeichnen schien, Juden gegen Geld ausreisen zu lassen, auch nicht die jüdischen Kreise im Westen²³⁴. Nach dem Krieg gab es denn auch eine "grosse, immer noch

Auffassung, dass die Not der Juden eine Quelle der Macht sei. Man müsse die jüdische Katastrophe ausnützen, um einen Vorteil für den Zionismus zu erzielen".

²³¹ Das Zitat stammt aus *Inside* 26/98, einem Magazin, welches der Zeitschrift *Jüdische Rundschau* beigelegt wird. Im Artikel der Journalistin Gisela Blau über die Flüchtlingskonferenz in Evian ist festgehalten: *"Nicht weniger als 39 jüdische Vertreter von Organisationen waren anwesend (...). Leider konnten sie sich nicht auf eine gemeinsame Strategie einigen. Am meisten stritten sich, wie es zu jener Zeit üblich war, die Zionisten und die Nicht-Zionisten. Die Zionisten forcierten von jeher die Auswanderung nach Palästina und fürchteten, unter Alternativprojekten könnte ihr Ziel leiden."*

²³² Gemäss dem Buch von Josef Burg *Schuld und Schicksal, Europas Juden zwischen Henkern und Heuchlern* sprach der langjährige politische Ratgeber des britischen Generals Allenby, Colonel Meinertzhagen, bei Hitler vor. In Anwesenheit von Rippentrop und Hess sei ihm das Angebot unterbreitet worden, jüdische Einwohner gegen Geld auswandern zu lassen. Als dieses Angebot Chaim Weizmann unterbreitet wurde, soll er mit dem zitierten Satz reagiert haben. Weizmann hatte 1919 die sogenannte Balfour-Erklärung erwirkt, wonach Grossbritannien den Juden das Recht auf die Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina zusagte. Er war Präsident des jüdischen Weltkongresses, ab 1929 Präsident der Jewish Agency und später erster Staatspräsident Israels.

²³³ Der Brief stammt vom Rabbiner Weissmandel (gerichtet an Nathan Schalb, Delegierter der *jüdischen Gemeinde Palästinas* in Europa), nachdem ihm die SS (angeblich) angeboten hatte, eine Million Juden aus Ungarn auswandern zu lassen, falls materielle Gegenleistungen an das Deutsche Reich erfolgen würden.

²³⁴ Wie ernst gemeint solche Angebote „Waren gegen Blut“, von denen immer wieder die Rede war, gewesen sind, ist schwer zu beurteilen (vgl. Hanspeter Gschwend und Shraga Elam, *Staatsraison und Moral*, Beitrag in der Sendung *Doppelpunkt* auf Radio DRS vom 11. Januar 1998). Vgl. auch Hans Habe mit seinem Buch *die Mission*, 1965, über die Evian-Konferenz. Am Rande der Flüchtlingskonferenz hatte Hjalmar Schacht, der Reichsbankminister Deutschlands, ein Angebot gemacht, wonach nach einem komplizierten Finanzierungssystem die Juden Deutschlands hätten auswandern können, was auf eine angebliche "Verkaufsofferte für Juden, 250 Dollar pro Kopf" hinauslief. Auf das Angebot wurde nicht eingetreten, unter anderem deshalb, weil mit einem Freikauf dem Dritten Reich ausländische Währungsreserven verschafft worden wären (vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 6. Juli 1998; Artikel *Ein Plan von Hjalmar Schacht*).

wachsende Zahl von Büchern und Artikeln mit bitteren Anklagen gegen die damalige jüdische Führung"²³⁵.

Will man im Ernst behaupten, ausgerechnet Schweizer Beamte und Grenzsoldaten hätten Bescheid wissen müssen, wenn offenbar nicht einmal höchste jüdische Persönlichkeiten die vermeintlichen Gerüchte glauben konnten?

c6) Viel mehr Flüchtlinge aufgenommen als die anderen

1938 riefen die USA die Flüchtlingskonferenz im französischen Evian am Genfersee zusammen, an welcher vom 6. bis zum 15. Juli angesichts der zunehmenden deutschen Repressionen die Aufnahme von Flüchtlingen international diskutiert wurde. Keiner der 31 anwesenden Staaten erklärte sich bereit, die Grenzen für Flüchtlinge zu öffnen, selbst Länder nicht, die keine Kriegsgefahr kannten und sich in einer viel günstigeren geographischen und politischen Lage als die Schweiz befanden²³⁶. Diverse Länder leisteten nicht einmal der Einladung Folge, zum Beispiel mit der Begründung, innerhalb ihrer Grenzen lebten bereits zahlreiche Flüchtlinge²³⁷.

Der Vertreter Australiens begründete seine Ablehnung mit dem Argument; sein Land habe bisher keine Rassenprobleme gekannt und denke nicht daran, solche zu importieren. Einige lateinamerikanische Staaten wie Paraguay wünschten nur die Einwanderung von Landwirten, was einer verkappten Ablehnung von Juden gleichkam. Der bolivianische Gesandte informierte über ein Abkommen seines Landes mit dem Deutschen Reich von 1937, wonach man die Einwanderung von 3000 Deutschen gestattet hatte, „*sofern diese Arier sind*“. Die Argentinier erinnerten daran, dass schon 270'000 Juden in ihrem Lande lebten. Auch die USA vertraten lange Zeit eine sehr restriktive Haltung²³⁸. Traurige Berühmtheit erlangte der Vorfall,

²³⁵ Vgl. das Buch von Yehuda Bauer, *Freikauf von Juden? Verhandlungen zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und jüdischen Repräsentanten von 1933 bis 1945*, Uebersetzung von Klaus Binder und Jeremy Gaines im jüdischen Verlag Frankfurt am Main; Seite 405.

²³⁶ Artikel *Die Welt und die verfolgten Juden* von Eduard Stäubli; in: *Aargauer Zeitung* vom 21. März 1997.

²³⁷ Länder wie Südafrika und Island, wo vielleicht genügend Raum für Flüchtlinge bestanden hätte, fehlten.

²³⁸ Zwischen 1940 und Sommer 1942 konnten nur 38 Flüchtlinge aus der Schweiz in die USA überführt werden, obwohl via Vichy-Frankreich in diesem Zeitraum noch

bei dem im Mai 1939 das Schiff „St. Louis“ mit vorwiegend jüdischen Flüchtlingen an Bord von der Küstenwache in Florida am Anlegen gehindert und nach Europa zurückgeschickt wurde, wo viele von ihnen später von den Nazis umgebracht wurden²³⁹. Paradoxe Weise führte die Konferenz von Evian vielerorts zu einer verschärften Ablehnung von Flüchtlingen, weil die Staaten teilweise erst in Evian erkannten, was auf sie zukommen könnte.

Der Zeitgeist von damals ist kaum mehr nachvollziehbar. Vielleicht war nicht nur Antisemitismus im Spiel, wie die Rückweisung von Flüchtlingsbooten selbst vor Palästina zeigt. Im Falle der USA spielte ohne Zweifel auch eine übertriebene Angst vor dem Bolschewismus eine Rolle. Der amerikanische Justizminister A. Mitchell Palmer verbreitete in einer paranoiden Haltung, vergleichbar mit der Kommunistenjagd in den USA in den 50er-Jahren, die Meldung, dass von 31 Sowjetführern mit Ausnahme von Lenin alle Juden waren, die russische Namen angenommen hatten (Trotzki hiess ehemals Bronstein, Chernoff hiess Von Gutmann, Zinovieff hiess Apfelbaum etc.). *„Trotzki wurde mehr als irgendein anderer Mensch zum Symbol der Gewalt und der dämonischen Macht des Bolschewismus und dessen Entschlossenheit, die Welt in Flammen zu setzen“*²⁴⁰. In den USA wurde die Angst geweckt, dass mit der Aufnahme von jüdischen Intellektuellen aus dem Osten revolutionäres Gedankengut importiert werde.

Unser Land nahm damals trotz seiner strategisch hoffnungslosen Lage pro Kopf von allen Staaten am meisten Flüchtlinge auf, mindestens 230'000²⁴¹. Edgar Bonjour schrieb zu diesem Thema: *„Während der Kriegszeit lebten für kürzere oder längere Dauer auf dem schützenden Schweizer Boden 395'381 Flüchtlinge. Dazu kamen noch die zahlreichen Emigranten, welche die Grenze schwarz passierten, sich bei der Polizei nicht meldeten und von Privaten*

Fluchtwege bestanden hätten; vgl. Christoph Blocher *Die Schweiz und der Eizenstat-Bericht* vom 21. Juni 1997.

²³⁹ Arthur Hertzberg, *Shalom Amerika, Die Geschichte der Juden in der Neuen Welt*, 1996.

²⁴⁰ Paul Johnson; *A History of the Jews*, 1987.

²⁴¹ Diese immer wieder genannte Zahl stammt aus dem *Ludwig-Bericht*, in dem eine Gesamtzahl von 295'785 Flüchtlingen statuiert ist. Davon sind 59'785 *„betreute ausländische Kinder, die (...) zu einem mehrmonatigen Erholungsaufenthalt (...) zu uns gekommen waren“*, die nicht Flüchtlinge im engeren Sinne waren; zudem sind rund 5'000 der genannten 295'000 erst nach dem Krieg eingereist. Wie die Zahl von 395'381 im *Bonjour-Bericht* zustande kam (vgl. der folgende Satz im

beherbergt wurden, worunter mehr als die Hälfte Juden waren²⁴²; erst gegen Ende des Krieges gerieten sie gegen die Nichtjuden in Minderheit.²⁴³ Zu berücksichtigen ist zudem, was Professor Ernst Leisi schreibt: "Wer 1933 bis 1939 flüchtete, kam herein, und das waren Zehntausende – die in den Statistiken nicht als Flüchtlinge figurieren"²⁴⁴. Rückblickend trifft zwar zu, dass die Schweiz noch mehr für Flüchtlinge hätte tun können. Aber wieviel Menschen die Schweiz auch aufgenommen hätte, irgendwo wäre bei den Millionen von Verfolgten der Punkt gekommen, bei welchem die Aufnahme hätte eingeschränkt werden müssen. Die grundsätzliche Tragik einer Rückweisung an der Grenze war wohl so oder so unvermeidbar, denn jede ungehinderte Aufnahme hätte eine Sogwirkung zur Folge gehabt, deren Ausmass die Schweiz nie hätte bewältigen können.

Unter Berücksichtigung aller Fakten ist auch bei der Flüchtlingspolitik nicht zu verstehen, weshalb ausgerechnet gegen unser Land Kritik erhoben wird. Soll die Schweiz, die trotz akuter Gefahr, selbst in den Strudel des Krieges zu geraten, als wahrer Helfer auf die Anklagebank gesetzt werden, weil sie angeblich nicht genug geholfen hat? Diejenigen hingegen, die ohne Zwangslage Hilfe verweigert haben, spielen sich als Ankläger auf? Sogar die noch einigermaßen "grosszügigen" USA nahmen während der Kriegszeit mit 21'000 jüdischen Flüchtlingen weniger auf als die Schweiz mit 22'000²⁴⁵. Das bedeutet, dass die Schweiz in Relation zur Bevölkerung rund 40 mal mehr jüdische Flüchtlinge als die USA aufnahm (dazu kommen die unregistrierten, untergetauchten Flüchtlinge). Hätten die USA pro Kopf gleich viele Flüchtlinge wie unser Land einreisen lassen, wären dies gegen 10 Millionen Menschen gewesen.²⁴⁶

Text), ist unklar. Es wird interessant sein, zu sehen, was die Kommission Bergier zum Thema Flüchtlingspolitik publiziert.

²⁴² Auch der heutige israelische Botschafter in der Schweiz, Erwin (später Yitzhak) Mayer, wurde 1943 als jüdisches Flüchtlingskind in der Schweiz aufgenommen. Er kam mit seiner Mutter schwarz über die Grenze und fand in Eglisau Aufnahme. 1946 wanderte er nach Israel aus.

²⁴³ Edgar Bonjour, *Geschichte der schweizerischen Neutralität im zweiten Weltkrieg*, Bd. VI, S. 42 f.

²⁴⁴ Ernst Leisi, *Freispruch für die Schweiz*, 1997. Die Gesamtzahl der Flüchtlinge, die vor Kriegsbeginn in die Schweiz ein- und von da weiterreisten, ist nicht bekannt, da bis 1938 keine Visumpflicht für die Einreise in die Schweiz bestand. 10'000 davon konnten die Schweiz nicht mehr verlassen und blieben zumeist bis Kriegsende in der Schweiz.

²⁴⁵ Die Zahl von 21'000 stammt von David Wyman, *The Abandonment of the Jews, America and the Holocaust, 1941-1945*, 1984 und bezieht sich auf die Aufnahmezahlen zwischen Dezember 1941 und Mai 1945, also ab Eintritt der USA in den Krieg. Die Schweiz trug 29'000 jüdische Flüchtlinge durch den Krieg, wovon 7'000 schon vor Kriegsausbruch eingewandert waren.

²⁴⁶ Die Schweiz zählte damals rund 4,2 Millionen Einwohner, die USA rund 135 Millionen.

d) Kriegsverlängerung durch die Schweiz?

Die Behauptung, die Schweiz habe den Krieg verlängert, gewann schlagartig an Gewicht, als der amerikanische Unterstaatssekretär Stuart Eizenstat sie im Vorwort des *Eizenstat-I-Berichts* in die Welt setzte²⁴⁷. Er machte geltend, nach der Niederlage der deutschen Wehrmacht in Stalingrad hätte die Schweiz wissen müssen, dass der Krieg für die Deutschen verloren sei, folglich hätte sie den Handel mit Nazideutschland ab Frühjahr 1943 abbrechen sollen.

Elementare geschichtliche Kenntnisse ausser Acht gelassen

Erstens lässt diese Aussage von Eizenstat "*elementare Kenntnisse der historischen Zusammenhänge vermissen*", wie dies alt Bundesrat Hans Schaffner ausdrückte, der aufgrund seiner damaligen Tätigkeit hervorragendes Sachwissen aufweist²⁴⁸. Wer meint, nach dem Fall von Stalingrad habe für die Schweiz keine Kriegsgefahr mehr bestanden, hat sich kaum mit der Geschichte des Zweiten Weltkriegs beschäftigt. Die Deutschen waren noch lange nach Stalingrad zu äusserst wirkungsvollen militärischen Aktionen fähig. Mit dem unberechenbaren Psychopathen Hitler an der Spitze war alles möglich, auch ein Angriff entgegen jeglicher strategischer Vernunft. Vor allem mit dem Vorrücken der Alliierten in Nordafrika und Italien war die Schweiz ab März 1943 wieder akut gefährdet, als es für die Deutschen darum ging, eine neue Abwehrfront gegen Süden aufzubauen und den Nachschub für ihre Truppen sicherzustellen. Die Ungarn, welche 1944 glaubten, nun sei der Zeitpunkt gekommen, die Fronten zu wechseln und sich von Deutschland loszusagen, mussten für diese falsche Einschätzung bitterböses bezahlen: Hunderttausende wurden verschleppt, in Konzentrationslager gesteckt und ermordet. Noch im Dezember 1944 hatten die Deutschen die Kraft für die Ardennenoffensive.

Ebenso könnte das Gegenteil erzählt werden

Zweitens könnte ebenso gut argumentiert werden, die Schweiz habe den Krieg nicht verlängert, sondern verkürzt. Dafür könnten sogar

²⁴⁷ Im Vorwort des nach ihm benannten *Eizenstat-I-Berichts*.

²⁴⁸ Interview vom 14. November 1997 mit Alt Bundesrat Hans Schaffner, *Schweizerische Selbstbehauptung während des zweiten Weltkriegs*, in: Schweizerzeit-Schriftenreihe Nr. 29, 1998. Der spätere Bundesrat Hans Schaffner war während des Krieges Leiter der Zentralstelle für Kriegswirtschaft, 1946 verfasste er eine Dokumentation zur Aussenhandelspolitik. Er nannte die Schlussfolgerung von Eizenstat "hanebüchen".

ökonomische „Beweise“ aufgeführt werden. Der Warenimport der Schweiz war grösser als der Export, womit deutsche Produktionsmittel gebunden wurden, die sonst für die Kriegsmaschinerie hätten verwendet werden können²⁴⁹. Angesichts der relativ geringen Menge von Gütern und Dienstleistungen, die Nazideutschland von der Schweiz bezogen hat, kann eine kriegsverlängernde Rolle ohnehin nicht begründet werden, denn von der Schweiz stammten weniger als 0,3 Prozent der Mittel, welche für die deutsche Rüstung benötigt wurden.²⁵⁰ Auch der Tatsache, dass die alliierten Geheimdienste von schweizerischem Gebiet aus operieren konnten, könnte kriegsverkürzende, ja sogar kriegsentscheidende Wirkung zugeschrieben werden²⁵¹. Vor allem Russland erhielt so wichtige Hilfe, um die Wehrmacht besiegen zu können. Erwähnenswert sind schliesslich die Leistungen von einzelnen Schweizer Persönlichkeiten in den letzten Kriegstagen, welche sich kriegsverkürzend ausgewirkt haben. Allein durch den Schweizer Major Max Waibel, der für die oberitalienischen Grossstädte den vorzeitigen Abzug der Deutschen ohne jede Zerstörung erreichte (Hitler hatte die Zerstörung befohlen), wurde „nach dem Urteil alliierter Sachverständiger der Krieg in Europa um sechs bis acht Wochen abgekürzt“²⁵².

Die Strategie der Grossmächte war entscheidend

Massgebend für die Dauer des Kriegs waren die Dispositionen der Grossmächte, nicht der Handel Nazideutschlands mit der Schweiz

²⁴⁹ Die Schweiz hat während des Krieges wesentlich mehr Waren aus Deutschland importiert (im Wert von 3,33 Milliarden Franken) als exportiert (2,60 Milliarden); (vgl. *historische Statistik der Schweiz*, Zürich 1996, S. 672 ff). Sie war also betreffend der realen Lieferungen der nehmende Teil, nicht der gebende.

²⁵⁰ Die gesamten Kriegskosten Deutschlands werden auf 1'200 Milliarden Franken geschätzt, Deutschland hat von der Schweiz Rüstungsgüter im weiteren Sinne für 1,35 Milliarden Franken gekauft. Von der Schweiz stammten somit höchstens 0,3 Prozent der Mittel, welche für die deutsche Kriegsmaschinerie benötigt wurden. Legt man diese Prozentzahl auf Tage um, könnte man - auch wenn eine solche "mathematische" Berechnung kaum seriös ist - in Anbetracht der 5 ½-jährigen Kriegsdauer allenfalls sagen, die Schweiz habe den Krieg um maximal 5 Tage verlängert (Vgl. Christoph Blocher *Die Schweiz und der Eisenstat-Bericht* vom 21. Juni 1997 mit den dortigen Verweisen).

²⁵¹ Mitte der 60er-Jahre sorgten die beiden Franzosen Accoce und Quet für Aufsehen, welche diese These in einem Buch vertraten mit dem für sich selbst sprechenden Titel *Der Krieg wurde in der Schweiz gewonnen*. Vor allem der Emigrant Rudolf Roessler hatte aus Luzern mit seiner Nachrichtentätigkeit das national-sozialistische Deutschland bekämpft. Intensive Nachrichtenströme liefen aus Deutschland über Luzern zu den Alliierten und insbesondere in die Sowjetunion (der deutsche Titel des Buchs von Accoce/Quet lautet *Moskau wusste alles*).

²⁵² Vgl. Edgar Bonjour, *Geschichte der Schweizer Neutralität im Zweiten Weltkrieg*. Es gab weitere kriegsverkürzende Aktionen von Schweizer Persönlichkeiten. So kam zum Beispiel der Vermittlung des Schweizer Gesandten in Vichy-Frankreich, Walter Stucki, bei der kampflosen Uebergabe Vichys an die Alliierten wichtige Bedeutung zu.

und Goldtransfers in die Schweiz. Entscheidend war zum Beispiel das Datum der Invasion, massgebend waren aber auch Fehlentscheide der Alliierten²⁵³. Grossbritannien, Frankreich und die USA als Schutzmächte des Versaillervertrags nahmen die Vertragsbrüche der Deutschen hin und griffen nicht ein, als Hitler das Rheinland besetzte oder die Tschechoslowakei überfiel. Russland half Deutschland, sich aufzurüsten und so den Versailler-Vertrag zu umgehen. Stalin vereinbarte mit Hitler die Aufteilung Polens, belieferte selbst nach Beginn des Krieges Deutschland in krasser Fehleinschätzung der Lage mit kriegswichtigen Gütern und hielt Deutschland den Rücken für dessen Operationen im Westen frei. Die USA blieben lange neutral, trieben ohne Zwangslage Handel mit Deutschland und traten erst nach Pearl Harbour infolge der Kriegserklärung Deutschlands vom 11. Dezember 1941 in Europa in den Krieg ein. Dazu kamen strategische Fehlentscheide der Alliierten, die den Krieg verlängerten, sowohl in Italien²⁵⁴, wie auch in Deutschland²⁵⁵.

Entscheidend war das Warum der Kooperation

Man könnte die Absurdität auch auf die Spitze treiben und mit böswilligem Zynismus Nationen wie den Polen vorwerfen, sie hätten den Krieg verlängert, weil sie als Zwangsarbeiter die Produktion in Deutschland aufrecht erhielten und sich als Soldaten zwangsrekrutieren liessen²⁵⁶. Dieses (nicht ernst gemeinte) Beispiel soll nur zeigen, dass - als vierter und wichtigster Punkt - natürlich entscheidend ist, wo die Gründe lagen, weshalb jemand mit Nazideutschland „kooperierte“. Polen hatte selbstverständlich keine Wahl. Aber auch die Schweiz befand sich in einer hoffnungslosen Zwangslage. Es braucht nicht viel Mut, einem eingekesselten Kleinstaat, der für sein Ueberleben eine Gratwanderung zwischen Konzessionen und Widerstand machen musste, mit dem heutigen Wissen, wie der Krieg schliesslich ausging, Vorwürfe zu machen.

²⁵³ Wer wollte im Ernst den Alliierten Vorwürfe machen, nachdem sie unter grössten Opfern Nazideutschland in die Knie gezwungen haben? Die Beispiele sind an dieser Stelle nur aufgeführt, um zu zeigen, dass das Verhalten der Schweiz für die Dauer des Krieges keine nennenswerte Bedeutung hatte.

²⁵⁴ Als Mussolini im Juli 1943 gestürzt wurde, bot die alliiertenfreundliche Nachfolgeregierung Badoglio Hand, Italien von den Alliierten kampflos besetzen zu lassen. Weil die Alliierten auf einer "bedingungslosen Kapitulation" beharrten, ging wertvolle Zeit verloren. Diese nutzte Hitler und rückte in Oberitalien ein.

²⁵⁵ So z.B. rückblickend der Entscheid des übergeordneten alliierten Kommandos, die rasch nach Osten vorstossende dritte US-Armee unter General Patton am weiteren Vorrücken zu hindern.

²⁵⁶ Als die Alliierten bei der Invasion die Normandie stürmten, trafen sie unter anderem auch auf polnische Soldaten, welche zum Dienst in deutschen Truppenverbänden gezwungen worden waren.

Ein "schludriger" Bericht

Es ist klar, dass die Behauptung der Kriegsverlängerung letztlich weder belegbar noch widerlegbar ist. Um so bösartiger ist es, wenn Stuart Eizenstat an dieser Behauptung festhält, genau wissend, dass sich die Schweiz zwar gegen falsche Tatsachendarstellungen zur Wehr setzen kann, nicht aber gegen eine Stimmungsmache, gegen die man sich mit sachlichen Argumenten gar nicht verteidigen kann.

Bemerkenswert ist übrigens, wie der *Eizenstat-I-Bericht* von unvoreingenommenen Zeugen beurteilt wird. So bezeichnete die ehemalige US-Botschafterin in der Schweiz, Frau Faith Whittlesey, das von Staatssekretär Eizenstat geschriebene Vorwort als *„auführerisch, irreführend und verantwortungslos. (...) Ich zucke richtig zusammen, wenn Sie vom Bericht einer „hohen amerikanischen Regierungsstelle“ sprechen. Es ist mir peinlich, dass meine Regierung einen so schludrigen Bericht herausgibt“*²⁵⁷. Negativ ist auch die Einschätzung des deutschen Historikers Hersch Fischler: *„Ich bin kein Anti-Amerikaner, aber auf Grund der verfügbaren Quellen wird deutlich, dass der Eizenstat-Bericht seine Leser irreführt. Er enthält eindeutig propagandistische Elemente gegen die Schweiz und für Amerika“*²⁵⁸.

Dem kann nur beigepflichtet werden. In seinem Vorwort behauptete Eizenstat nicht nur, unser Land habe eine Verlängerung des Krieges zu verantworten. Vielmehr zog er in haltloser Weise Motive der Schweiz und angebliche Tatsachen an den Haaren herbei, von der Behauptung, unser Land sei „auch aus Gewinnsucht“ neutral geblieben, bis hin zur völlig haltlosen Darstellung, Deutschland habe "wegen der Bombardements einen Teil der Waffenfabriken in die Sicherheit des schweizerischen Territoriums verlegt"²⁵⁹.

e) Sklavenhaltung in Schweizer Zwangsarbeitslagern

²⁵⁷ *Facts* Nr. 44, Jahrgang 1997.

²⁵⁸ *Facts* Nr. 25, Jahrgang 1997. Die „Schludrigkeit“ betrifft das Vorwort, welches kaum auf den Hauptbericht Bezug nimmt. Es erstaunt denn auch nicht, dass sich sogar der Verfasser des eigentlichen Berichts, Prof Dr. William Slany, Historiker des US-Aussenministeriums vom Vorwort distanzierte, indem er am 20. Juni 1997 an einem Informationsseminar in Bern zwar diplomatisch, in der Sache aber unmissverständlich erklärte: *„das ist sein (...) Vorwort und mein Bericht“*.

²⁵⁹ Vorwort des *Eizenstat-I-Berichts*, Seite 23.

Als weiterer Höhepunkt der Vorwürfe gegen unser Land ging in der ersten Januarwoche 1998 die Meldung durch die internationalen Medien, in der Schweiz seien Flüchtlinge in "Sklaven- und Zwangsarbeitslagern" gehalten worden. In einer orchestrierten Propagandaaktion warf das *Simon Wiesenthal-Center* in Los Angeles in Zusammenarbeit mit dem New-Yorker Sammelklagen-Anwalt Edward Fagan und dem britischen Privat-Fernsehsender Channel 4 der Schweiz vor, Tausende jüdischer Flüchtlinge seien wie Verbrecher behandelt und wie Sklaven zu Zwangsarbeit hinter Stacheldraht verpflichtet worden. Der Autor dieser Wiesenthal Studie, Alain Schom, behauptete, dieses Verhalten der Schweizer sei auf „ihren virulenten Antisemitismus“ zurückzuführen und führte aus: „Die Schweizer waren sadistisch. Sie wollten die Juden absichtlich verletzen“.xxx

Richtig ist, dass in der Schweiz Arbeitslager existierten²⁶⁰. Zutreffend ist auch, dass der Bundesrat den Entscheid traf, Flüchtlinge seien zur Arbeitsleistung beizuziehen²⁶¹. Ein Grossteil unserer männlichen Bevölkerung war damals zum Dienst in der Armee eingezogen²⁶². Die Frauen waren wohl oder übel gezwungen, die Arbeit zu Hause und auf dem Feld zu erledigen, unabhängig davon, ob die Arbeit körperlich hart war oder nicht. Seit dem 2. September 1939 unterstand jeder Schweizer und jede Schweizerin im Alter von 16 bis 60 Jahren der Arbeitsdienstpflicht. Was hätten denn die Flüchtlinge in den Lagern tun sollen? Zuschauen, wie die Schweizer Bevölkerung auf den Feldern arbeitete?

Am 19. Januar 1998 trat ein damaliger Flüchtling in einer Diskussionssendung des Schweizer Fernsehens auf. Er schilderte, wie er - nachdem er sich schwimmend mit letzter Kraft in die

²⁶⁰ Am Ende des Krieges gab es in der Schweiz 104 Arbeitslager und Heime. Richtig ist, dass sogar ein „Konzentrationslager“ existierte; allerdings nicht für jüdische Flüchtlinge: In Büren an der Aare war ein Lager mit 117 Baracken für 6'000 Mann errichtet worden. Da eine „Konzentration“ von polnischen Flüchtlingen an einem zentralen Ort vorgenommen wurde, wurde der damals übliche Ausdruck Konzentrationslager verwendet.

²⁶¹ Das war unter den damaligen Umständen aufgrund derselben Pflicht für Schweizer wohl eine Selbstverständlichkeit. Problematischer waren die Fälle, bei denen Ausländer interniert und zur Arbeit angehalten wurden, welche schon seit längerer Zeit in der Schweiz gewohnt hatten. Aber auch hier ist zu berücksichtigen,

²⁶² Auf dem Höhepunkt der Mobilmachung hatte die Schweiz bis zu 850'000 Mann unter Waffen oder in den militärischen Hilfsdiensten, was bei einer damaligen Bevölkerung von rund 4,2 Millionen bedeutete, dass beinahe jeder Fünfte (Kinder und Senioren mitgezählt) zeitweise im Aktivdienst war.

Schweiz hatte retten können - aufgegriffen wurde und wie er hätte über die Grenze ausgeschafft werden sollen. Die Behörden liessen sich durch sein verzweifelt Drängen umstimmen, so dass er in der Schweiz bleiben durfte. Er kam in das bernische Arbeitslager Witzwil. In der Diskussion beklagte er sich, wie unangemessen er behandelt worden sei. Er habe Kartoffelsäcke auflesen müssen und sei dabei zusammengebrochen. Die Absurdität der Angriffe gegen die Schweiz wird geradezu symbolisch dokumentiert, wenn wir bereits so weit sind, dass sich ein Mann, welcher der Flüchtlingspolitik der Schweiz sein Leben zu verdanken hat, bemüssigt fühlt, am Fernsehen zu lamentieren, er habe in Kriegszeiten Kartoffelsäcke tragen müssen²⁶³.

Die richtige Antwort auf die Angriffe des Simon-Wiesenthal Centers gab in einem amerikanischen Leserbrief der damals in der Schweiz internierte jüdische Flüchtling Peter Munk: *„Die Anschuldigung (gegen die Schweiz) ist monströs. (...) Die Schweizer Arbeitslager waren gleichbedeutend mit dem Himmel auf Erden für die Juden in Europa. Ich traf dort hunderte von jüdischen Flüchtlingen aus ganz Europa, die ihr Leben der extremen Grosszügigkeit der Schweizer verdankten. (...) Wenn die Amerikaner dieselbe Grosszügigkeit gezeigt hätten, wären im Holocaust nicht 6 Millionen jüdische Opfer zugrunde gegangen. (...) Bevor wir mit dieser Orgie von Anschuldigungen gegen dieses kleine Land (die Schweiz) fortfahren, sollten wir uns an seine Taten erinnern. Die Tatsache, dass die Schweiz angesichts der damaligen ungeheuren Gefahr diese Haltung zeigte, scheint heute in diesem antischweizerischen Wahnsinn vergessen zu sein.“*²⁶⁴

²⁶³ Gemäss Aargauer Zeitung vom 27. Januar 1998 *„litten vor allem Künstler und Intellektuelle unter der ungewohnten Arbeit“*.

²⁶⁴ *International Harold Tribune* 16. Januar 1998. Der letzte Satz ist frei übersetzt, deshalb an dieser Stelle das Originalzitat: *„The fact that Switzerland displayed valor in the face of immense danger to its national survival seems lost today in the anti-Swiss craze“*.

Zweiter Teil

Destruktive Kritik aus dem Inland

8: Angriffe aus dem eigenen Lager

Trotz aller entlastenden Argumente zugunsten der Schweiz stimmten inländische Kreise derart zahlreich in das Konzert der ausländischen Kritik mit ein, dass sich die *Aargauer Zeitung* zu folgendem Kommentar veranlasst sah: „*Unser Land braucht Herrn D’Amatos Anklagen gar nicht mehr. Wir sind in der Lage, uns vollauf mit uns selbst zu beschäftigen, uns gegenseitig Fallstricke zu legen und das Land in seine grösste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg zu stürzen*“²⁶⁵. Auch aus Bankenkreisen kam die Klage: „*Das Schädliche an der heutigen Diskussion ist, dass wir die Schlagzeilen selbst verursachen*“²⁶⁶.

Bis nach Israel wurde mit Kopfschütteln konstatiert, welch Bild des Jammers die Verteidigung der Schweiz bot: „*Die Schweizer haben sich so verhalten, dass man sich fragen muss: Sind das die Leute, die weltberühmte Präzisionsuhren herstellen?*“²⁶⁷.

a) Breite Front gegen das eigene Land

In der Tat war kaum zu glauben, in welchem Ausmass sich Schweizer Persönlichkeiten für die ausländischen Angriffe einspannen liessen. An Boshaftigkeit übertrafen die Attacken aus dem eigenen Lager teilweise gar diejenigen aus dem Ausland.

Jedermann, der Zeitung liest, Radio hört und Fernsehen schaut, kennt die zahlreichen Attacken aus den Medien. Jedermann kennt die Angriffe von Politikern wie Nationalrat Jean Ziegler²⁶⁸. Auf Zitate von Politikern und Medienvertretern wird deshalb an dieser Stelle weitgehend verzichtet. Immerhin sei auf die erstaunliche Tatsache hingewiesen, dass sich ausgerechnet Leute mit den Forderungen aus dem Umkreis Edgar Bronfmans identifizierten, die normalerweise Macht und Geld kritisch gegenüberstehen. Diesbezüglich war auch

²⁶⁵ Redaktor Mathias Küng in: *Aargauer Zeitung* vom 28. Januar 1997.

²⁶⁶ Bankier Hans J. Bär, Ehrenpräsident der Julius Bär Holding, an einer Podiumsdiskussion des *Arbeitskreises Kapital und Wirtschaft*.

²⁶⁷ Kommentar der Zeitschrift *Jerusalem Post* vom 19. Januar 1997: „*The Swiss have made moves that seem so inept, you have to wonder (...)*“

²⁶⁸ Die Angriffe von Nationalrat Ziegler sind deshalb besonders schädlich, weil er im Ausland grosses Ansehen genießt und sich sein Buch „*Die Schweiz, das Gold und die Toten*“ vor allem im Ausland erfolgreich verkauft hat.

die Haltung einiger Medien eigenartig. Zwar mockierte sich zum Beispiel die Zeitschrift *Facts*, als die Schweizer Banken am 12. August 1998 schliesslich gegenüber dem übermächtigen Gegner in die Knie gingen und sich bereit erklärten, 1,8 Milliarden Franken zu bezahlen (Chronologie, Ziffer 45) *"der Zwerg macht, was der Riese will. (...) Die Schweizer Banken kuschen und zahlen, Uncle Sam brauchte kaum mit den Muskeln zu spielen"*²⁶⁹. Vorher hatte dieselbe Zeitschrift jedoch mit ihrer Berichterstattung Wasser auf die Mühlen des mächtigen und finanzkräftigen "Riesen" geleitet, bis der "Zwerg" schliesslich bezahlte.

In manchen Medien war es schwierig, zugunsten der Schweiz zu Wort zu kommen. Es spricht Bände, dass der oben zitierte Leserbrief eines jüdischen Arztes (vgl. Kapitel 4b), bei welchem sich dieser bei der Schweiz für deren Verhalten während des Zweiten Weltkriegs bedanken wollte, nicht einmal von der *Neuen Zürcher Zeitung* entgegengenommen wurde²⁷⁰. Dasselbe Schicksal erlitt sogar ein von alt Bundesrat Hans Schaffner geschriebener Artikel.

Die Angriffe gegen das eigene Land erfolgten aber beileibe nicht nur aus Kreisen von Politikern und Medienvertretern. Sie kamen von Künstlern (Gottfried Honegger: *„Diese Hypokrisie (d.h. Heuchelei), dieses sklerotische Land (d.h. geistesschwache Schweiz); wir waren eine Fötzelgesellschaft, wir waren Feiglinge"*²⁷¹). Sie kamen von Schriftstellern (Thomas Hürlimann: *„Unsere Armee verteidigte keine Grenze, sondern einen randvoll gefüllten Tresor"*²⁷²). Sie kamen von Universitätsprofessoren (Peter von Matt, Literaturprofessor der Universität Zürich, der von unserem *„Land mit seinem Gehalt an Bosheit, Schlechtigkeit und Lumpereien"* sprach und der gleich noch die angebliche historische Erklärung für diese Bosheit lieferte: *„Die Verklärung der brutalen Schlachten der alten Eidgenossen in der patriotischen Literatur hat die Schweizer zur Gewalttätigkeit*

²⁶⁹ *Facts* Nr. 34 / 1998.

²⁷⁰ Der Arzt gab denselben Artikel in der Folge als Inserat auf. Selbst im Inserateteil wurde der Text von der Neuen Zürcher Zeitung erst nach einer Diskussion in der Redaktorenkonferenz akzeptiert.

²⁷¹ *Sonntags Zeitung* vom 3. August 1997.

²⁷² In Weimar (also ausgerechnet in Deutschland) am 3. Juni 1997.

erzogen²⁷³). Selbst Wirtschaftskreise trugen ihren Teil bei, in dem sie ausgerechnet die heftigsten Kritiker unterstützten²⁷⁴.

Zahllose weitere, selbstanklägerische Aussagen von Schweizer Persönlichkeiten könnten zitiert werden. Aussagekräftiger sind jedoch die folgenden Beispiele, denn die selbstzerstörerische Haltung im eigenen Land lässt sich wohl am besten durch die Tatsache aufzeigen, dass sogar in staatlichen und halbstaatlichen Bereichen Angriffe gegen die Schweiz zum guten Ton zu gehören scheinen.

b) Das Schweizer Fernsehen

Selbstverständlich darf das Schweizer Fernsehen kritische Beiträge verfassen. Das ist sogar eine Notwendigkeit, denn kritische (aber objektive) Medien sind für das Funktionieren unserer Demokratie lebensnotwendig. Trotz Informationsfreiheit ist aber das Schweizer Fernsehen gesetzlich zu *"sachgerechter Information"* verpflichtet, mit der *"im Ausland das Verständnis für die Anliegen der Schweiz gefördert"* werden muss; *"Die Programme sind so zu gestalten, dass sie den Interessen des Landes dienen"*²⁷⁵. Dafür erhält SF-DRS via Zwangsgebühren Einnahmen garantiert, mit dem Namen "Schweizer Fernsehen" profitieren die Fernsehmacher zudem von erhöhter internationaler Glaubwürdigkeit.

Jedermann, der in den letzten zwei Jahren die Nachrichtensendungen unseres Fernsehens zum Thema *Schweiz – Zweiter Weltkrieg* verfolgt hat, kann selbst beurteilen, ob sie "den Interessen unseres Landes dienen". Zahlreiche Sendungen waren ausserordentlich

²⁷³ *Weltwoche* vom 16. Mai 1996.

²⁷⁴ Die Winterthur-Versicherung leistete 50'000 Franken als Sponsor-Beitrag an die Internationale Konferenz des *Simon Wiesenthal-Zentrums* in Genf über die *Suche und Rückerstattung von Nazi-Raubgut* vom 23. bis 25. Juni 1997, zu der sogar vorerst Senator D'Amato als Sprecher erwartet worden war. Es erschien unter anderem der Sammelklage-Anwalt Michael Hausfeld, der eine scharfe Attacke gegen die Schweizer Banken ritt. Beim *Forum von Crans-Montana* handelt es sich sozusagen um ein *kleines Davoser Forum*, das von der Kantonsregierung in Sitten mit jährlich 200'000 Franken subventioniert wird. Unter seinem Patronat fand in der zweiten Februar-Woche 1998 in Monaco eine Tagung *Banking & Finance* statt. Die Einladung von zwei Vertretern des *Simon Wiesenthal-Centers* zeigt auch hier die Absicht, unser Land an den Pranger zu stellen (*Neue Zürcher Zeitung* vom 30. Januar 1998).

²⁷⁵ Vgl. Art. 2 und 26 des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG) sowie Art. 13 der Konzession für die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft.

selbstanklägerisch. Höhepunkt war in der Deutschschweiz²⁷⁶ der am 3. Juli 1997 ausgestrahlte Film *Nazigold und Judengeld*, der derart tendenziös verfasst war, dass er in der Öffentlichkeit einen Sturm der Entrüstung auslöste. Bundesrat Moritz Leuenberger hielt fest, der Film habe *„dem Ansehen der Schweiz unendlich geschadet“*²⁷⁷. Besonders verheerend war, dass dieser Film in der ganzen Welt als britisch-schweizerische Koproduktion gezeigt wurde, was ihn wegen der schweizerischen Mitwirkung besondere Glaubwürdigkeit gab²⁷⁸.

Das Schweizer Fernsehen distanzierte sich vom Film, nachdem das Ausmass der öffentlichen Kritik sichtbar geworden war²⁷⁹. Die folgende Aussage des englischen BBC-Filmautors Christopher Olgiati²⁸⁰ lässt allerdings vermuten, dass sich die Schweizer Verantwortlichen mit dem Film zumindest anfänglich identifizierten: *„Es ist doch zumindest seltsam, dass sich das Schweizer Fernsehen an den Recherchen beteiligt, das ganze Material der (britischen Fernsehgesellschaft) BBC liefert und sich dann nicht mehr darum kümmert, was aus dem Material gemacht wird. Wir hatten den Schneiderraum in London für die Schweizer schon gebucht und auch bezahlt (...), aber die Schweizer erschienen nicht. Während wir am Film arbeiteten, zog Otto C. Honegger, der jetzt sagt, er sei von mir und der BBC hintergangen worden, mindestens zweimal Tauchferien ein, statt sich um den Film zu kümmern. Das Erstaunlichste aber ist, dass die Thesen, die im Film aufgestellt werden und die Chefredaktor Peter Studer offenbar in den falschen Hals gerieten, von seinen eigenen Leuten stammen. Ich (...) habe von der Schweizer*

²⁷⁶ Auch das welsche Fernsehen schlug in dieselbe Kerbe: Der Ausstrahlung des Films *L'honneur perdu de la Suisse* wurde von der unabhängigen Beschwerdeinstanz UBI als schlimmer eingeschätzt als *Nazigold und Judengeld* in der Deutschschweiz. Im Gegensatz zu letzterem wurde *L'honneur perdu de la Suisse* von der UBI beanstandet.

²⁷⁷ Bundesrat Moritz Leuenberger bei der Beantwortung einer Interpellation von Ständerat Maximilian Reimann, Herbstsession 1997.

²⁷⁸ Die unabhängige Beschwerdeinstanz UBI beanstandete den Beitrag nicht. Der Film sei wohl programmrechtswidrig, die Konzession sei aber nicht verletzt worden, weil die Ausstrahlung aufgrund der vorher laut gewordenen Kritik im letzten Moment in eine breite Fernsehdiskussion eingebettet worden war. Der Entscheid wurde mit Verwaltungsgerichtsbeschwerde an das Bundesgericht gezogen, das Verfahren ist noch hängig. Eine strafrechtliche Untersuchung gegen Chefredaktor Peter Studer sowie die Beteiligten Thomas Buomberger und Otto Honegger wegen Verletzung des Rassismusklausels durch diesen Filmbericht wurde eingestellt mit der Begründung, *„das Schweizervolk“* sei *„keine schutzbedürftige Ethnie im Sinne des Strafgesetzbuches“*.

²⁷⁹ Der Film war in England bereits am 18. Juni 1997 gezeigt worden, worauf in der Schweiz sofort Kritik aufkam.

²⁸⁰ Die Redaktion DOK des Schweizer Fernsehens unter Otto C. Honegger hatte sich nach Vorgesprächen mit dem BBC-Filmer bündnerischer Abstammung, Christopher Olgiati, bereit erklärt, 10 % der Kosten des Films zu übernehmen. TV

*Geschichte wenig Ahnung. Ich habe mich also auf die Recherchen von Schweizer Historikern, unter anderem von Thomas Buomberger, gestützt*²⁸¹. Der Schweizer Historiker Peter Kamber, der den Autor und Regisseur Christopher Olgiati ebenfalls mit Material versehen hatte, identifizierte sich nach der Ausstrahlung des Films ausdrücklich mit diesem Film, der mit *"hervorragender Gestaltung, sehr bewegend und nicht polemisch"* gemacht worden sei. Demgegenüber entrüstete sich Gotthilf Hunziker, *"hervorragend gestaltet"* bedeute in diesem Falle nichts anderes als *"visuelle Hetze wie zu den Zeiten von Reichspropagandaminister Joseph Goebbels – nur technisch geschliffener als damals"*²⁸².

Dass ein Teil unserer Fernsehverantwortlichen gegenüber unserem nicht gerade wohlwollend eingestellt ist, zeigt sich vielleicht am besten aus Details wie den folgenden; die Beispiele könnten beliebig erweitert werden²⁸³?

- Die Filmserie *Die Schweiz im Schatten des Dritten Reiches*²⁸⁴ war vom Fernsehen mit folgenden Worten angekündigt worden: *„Der Mythos der neutralen Schweiz, die wehrhaft dem Naziterror standgehalten hat, ist heute endgültig entmystifiziert. War die Schweiz eine Kolonie des Dritten Reiches? Spricht aus solchen Worten nicht eine ähnliche Haltung, wie sie dem mitgestalteten BBC-Film zugrunde liegt?*
- In zwei Beiträgen des Schweizer Fernsehens²⁸⁵ wurde ein Bild gesendet, welches das damalige Singener Maggi-Werk zeigte, also eine Zweigstelle der Schweizer Firma in Deutschland. Die Fabrik war auf den ersten Blick dekoriert mit Hakenkreuzfahnen und einem Schriftband, auf dem zu lesen war: *„Der Führer macht*

DRS sollte dazu Quellenhinweise und Aussagen von Zeitzeugen beisteuern. Schnitt, Montage und Text der Koproduktion blieben der BBC vorbehalten.

²⁸¹ Dieselbe Meinung wurde vertreten in der *Sonntags Zeitung* im Anschluss an die Sendung vom 3. Juli 1997; dies in einem Artikel mit dem vielsagenden Titel *Die Thesen im Film sind von Studers* (Programmchef SF-DRS) *Leuten*.

²⁸² Der Historiker Peter Kamber äusserte sich so in der Diskussion am SF-DRS unmittelbar nach der Ausstrahlung des Films am 3. Juli 1997. Die Kritik dazu von Gotthilf Hunziker findet sich in der *Aargauer Zeitung* 8 Tage später.

²⁸³ Man darf nie verallgemeinern. Dass es auch gegenteilige Beispiele gibt, zeigt die *Rundschau* vom 4. November 1997, in der Fernsehmitarbeiter einen für die Schweiz entlastenden Beitrag verfassten (vgl. Fussnote 369).

²⁸⁴ Es handelte sich um 27 Beiträge zwischen 30. Juni 1997 und 21. August 1997, die teilweise auf der ersten Senderkette DRS und auf 3sat, teilweise allein im 3sat-Programm ausgestrahlt wurden.

²⁸⁵ In der *Rundschau* vom 23. April 1997 sowie erneut in der *Reportage Schweiz Spezial* vom 22. Juni 1997 auf dem Sender Schweiz 4.

Geschichte, wir folgen“. Nur wer gut aufpasste, konnte erkennen, dass das Schriftband am Gebäude des Singener Bahnhofs angebracht war, während sich das Maggi-Werk unmittelbar dahinter befand.

- Als die Bergier-Kommission am 1. Dezember 1997 ihren ersten Bericht über das Raubgold veröffentlichte, lautete der Grundtenor der Sendung *10 vor 10* von SF-DRS, die Schweizer Banken hätten dreimal mehr Gold von Deutschland entgegengenommen, als bisher bekannt gewesen war. Nur wer die Zusammenhänge kannte, realisierte, dass die Kommission (für die Schweiz erfreulicherweise) mit einer Ausnahme sämtliche Daten bestätigte, die seit Jahren bekannt waren. Neu war nur die Information, dass die Geschäftsbanken (im Gegensatz zur Nationalbank, welche als Notenbank den Geldverkehr unseres Landes regelt) nicht nur Gold im Wert von 20, sondern im Wert von 61 Millionen Franken aus Deutschland übernommen hatten. Wegen diesen 41 Millionen, die im Vergleich zur gesamten Raubgoldproblematik kein wesentliches Gewicht habe, wurde beim Fernsehzuschauer ein völlig falscher Eindruck erweckt.

Irritierend ist die landesfeindliche Einstellung von Mitarbeitern des Schweizer Fernsehens zumindest in Einzelfällen. Oder wie ist das folgende Bewerbungsschreiben des SRG-Mitarbeiters Georges Baumgartner zu verstehen, das den Weg in die Öffentlichkeit fand²⁸⁶: *„Ich weiss, dass es dieser Tage nicht gut ist, sich als Schweizer erkennen zu geben und ein Amt anzustreben. Aber ich habe die Farbe meines Passes nicht selber gewählt. (...) Heute erfahre ich nun, dass die Schweiz der Bankier des Holocaust war. Das hat man uns in der Schule nie gesagt. Denn unsere Lehrbücher wurden zensuriert.“* Es folgt seine Aussage, dass *„ich die Schweiz hasse, (...) bitte (...) vergeben Sie mir, Schweizer zu sein“*.

c) Die Stiftung Pro Helvetia

²⁸⁶ Entnommen aus einem Leserbrief von Annalies Studer-Stadelmann, Escholzmatt. Mit diesem Bewerbungsschreiben wollte Georges Baumgartner, Japan-Korrespondent des Radios und Fernsehens der französischen Schweiz sowie von Radio International, in Japan Präsident des Auslandkorrespondentenklubs werden.

Die Stiftung *Pro Helvetia* hat den gesetzlichen Auftrag, für „das Verständnis für das schweizerische Gedanken- und Kulturgut im Ausland“ besorgt zu sein²⁸⁷. Dafür erhält die Stiftung Steuergelder.

Im Sommer 1997 finanzierte Pro Helvetia in den USA die Präsentation einer Reihe von Schweizer Filmen, die unser Land in äusserst schlechtem Licht zeigen. Dementsprechend wurden sie im Begleittext von Pro Helvetia folgendermassen vorgestellt: „*Die Filme beleuchten die dunklen Ecken der Schweizer Geschichte und wirbeln Staub auf in den Korridoren der Macht*“²⁸⁸.

Man muss sich schon fragen, wie die Verantwortlichen von Pro Helvetia auf die Idee kommen konnten, ausgerechnet bei den Amerikanern mit ihrem oft fehlenden Geschichtsverständnis mit Filmen wie *Das Boot ist voll*, *Surava*, *Die Erschiessung des Landesverrätters Ernst S.*, *Es ist kalt in Brandenburg* eine positive Imagewerbung zugunsten der Schweiz erreichen zu wollen. Muss es nicht zu denken geben, dass der Historiker Mario König als eine der Begleitpersonen dieser USA-Aktion unterstützt wurde, derselbe Mario König, welcher den englischen Journalisten Tom Bower für dessen Artikelserie *Blutgeld* in der englischen Zeitung *Sunday Times* mit Material aus der Schweiz versorgte²⁸⁹?

Kann es sein, dass die Verantwortlichen der *Pro Helvetia* die Denkart der amerikanischen Öffentlichkeit so fundamental falsch einschätzten? Oder sind sogar Verantwortliche am Werk, welche die Situation sehr wohl realistisch einschätzten, aber gar nicht daran interessiert waren, ein positives Bild der Schweiz zu schaffen? Ist die Aussage der neuen Präsidentin des Stiftungsrats von Pro Helvetia, Yvette Jaggi, wegweisend, welche bereits am Tag ihrer Nomination sagte, Pro Helvetia dürfe sich „*keinesfalls dafür instrumentalisieren*“ lassen, „*das Image der Schweiz im Ausland zu verbessern*“²⁹⁰.

²⁸⁷ Gemäss dem entsprechenden Bundesgesetz vom 17. Dezember 1965.

²⁸⁸ Undatierter Text von Pro Helvetia *Why a film series about Switzerland between 1933 and 1945?*

²⁸⁹ Tom Bower, *Das Gold der Juden*, 1997. Von Bower's Zeitungsartikel stammt die in Kapitel 2 angesprochene Fotomontage eines Konzentrationslagereingangs vor schweizerischer Landschaft.

²⁹⁰ Zitiert in Zeitschrift *JES, Europäische Schüler und Studenteninitiative Schweiz*, Ausgabe März 1998.

d) Das Bundesamt für Kultur

Teil des Problems der ausländischen Attacken war, dass sie sich immer wieder auf Recherchen und Veröffentlichungen stützen konnten, die von Schweizern gemacht wurden. Stutzig muss deshalb machen, wenn das Bundesamt für Kultur den Historiker Thomas Buomberger beauftragte, einen Bericht über die Raubkunstproblematik zu verfassen. Weshalb wurde ausgerechnet ein Mann wie Thomas Buomberger ausgewählt, der sich einen Namen geschaffen hat, indem er bei der Entstehung des unseligen Films "Nazigold und Judengeld" eine wichtige Rolle gespielt hatte?

Parlament und Bundesrat haben die historische Untersuchung der Bergier-Kommission in die Wege geleitet und dafür insgesamt 22 Millionen Franken bewilligt. Der Bundesrat hat den Auftrag im Detail formuliert. Die Kommission hat auch den Bereich der geraubten Kunstgegenstände zu beurteilen. Was hat das Bundesamt bewogen, ausserhalb des für Bergier bewilligten 22 Millionen-Budgets eine zusätzliche Untersuchung zu finanzieren? Ging es bei der Wahl des Experten gar darum, im heiklen Bereich der Raubkunst²⁹¹ belastendes Material gegen die Schweiz zusammenzutragen? Wenn nein, wie ist sichergestellt, dass ein Historiker wie Buomberger seine mit Staatsbesoldung gewonnenen Erkenntnisse nicht persönlich zum Nachteil unseres Landes verwendet²⁹²?

e) Die Ausstellung im Bundeshaus

Die Einstellung, die weite Kreise unseres Landes und sogar Teile des Bundeshauses erfasst hat, lässt sich vielleicht am besten durch einen Anlass dokumentieren, der keinen direkten Zusammenhang mit der Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg aufweist: Am 8. Dezember 1996 - zu einem Zeitpunkt also, als die ausländische Kritik immer heftiger wurde - wurde mit dem Segen des Bundesrats²⁹³ im

²⁹¹ Das Thema Raubkunst könnte heikler sein als die nachrichtenlosen Vermögen, ist doch durchaus möglich, dass in Schweizer Museen etliche Kunstwerke von ursprünglich jüdischen Eigentümern liegen, die vor, während oder nach dem Krieg günstig gekauft werden konnten.

²⁹² Die Mitglieder der Bergier-Kommission sind im Gegensatz zu Buomberger an ein speziell definiertes Amtsgeheimnis gebunden.

²⁹³ Die Ausstellung wurde nicht vom Bundesrat, sondern durch die *Eidgenössische Kommission gegen Rassismus* organisiert. Die Kommission schrieb dazu am 4.

Bundeshaus eine Ausstellung der *Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus* durchgeführt, die unser Land und unsere Bevölkerung in massivster Art negativ darstellte. Es wurden Plakate ausgestellt, welche vielleicht die Grundhaltung, welche auch Teile des Bundeshauses ergriffen haben, besser als alles andere dokumentieren.

Bilder aus der ausländischen Presse mit der Schweizer Fahne als Hakenkreuz und persönlichen Diskreditierungen; vgl. folgende Seite

Die ausgestellten Plakate sollen sich für den Kampf gegen Rassismus in unserem Land eignen. Abgesehen von den Beleidigungen gegenüber den abgebildeten Sportlerinnen und Sportlern und abgesehen von der Tatsache, dass solche jämmerlichen Plakate eher Rassismus schüren als verhindern, ist vor allem bemerkenswert, dass im Bundeshaus eine zum Hakenkreuz entstellte Schweizer Fahne gezeigt wurde. Es springt ins Auge, wie dieses Sujet zum Verwechseln ähnlich war mit Publikationen, wie sie kurz später in den Medien in den USA und in England gegen die Schweiz erschienen. Ist nicht offensichtlich, dass im In- und Ausland dieselbe Geisteshaltung im Spiel war. Sowohl hier wie dort wurde symbolisch unser Land mit dem Dritten Reich gleichgestellt.

In welchem anderen Land wäre so etwas möglich? In welchem Regierungsgebäude der Welt könnte das eigene Staatswappen mit dem Segen der eigenen Landesregierung als Hakenkreuz dargestellt werden?

f) Nicht "der Bundesrat", sondern "die geistige Elite"

Das Gesagte bedeutet nicht, dass einfach "die Landesregierung" an der mangelhaften Verteidigung unseres Landes schuld wäre. Nicht

Dezember 1996: *"Die Preisverleihung fand am 4. Dezember im Bundeshaus statt. Frau Bundesrätin Ruth Dreifuss unterstreicht mit ihrer Anwesenheit die Bedeutung der Kampagne"*.

zuletzt die Tatsache, dass der Bundesrat zur Bewältigung der Krise in der Person von Botschafter Thomas Borer einen Mann zum Chef der Task-Force ernannt hat, der einen vergleichsweise harten Kurs einschlägt²⁹⁴, zeigt, dass der Bundesrat durchaus gewillt wäre, einen anderen Kurs einzuschlagen. Seine Politik wird jedoch stark vom Umfeld geprägt.

Vor dem Inhaltsverzeichnis dieses Buches wurde Winston Churchill zitiert: *„Die ärgsten Schwierigkeiten, unter denen wir leiden, kommen nicht von aussen. Sie kommen von innen. Sie kommen aus einer Stimmung ungerechtfertigter Selbsterniedrigung, in die uns ein einflussreicher Teil unserer Intellektuellen gestürzt hat. Wenn wir den Glauben an uns selbst verlieren, dann gehen wir tatsächlich unserem Ende entgegen“*. Wenn sogar Churchill dies sagte, dessen Land damals mit der enormen Gefahr Nazideutschlands konfrontiert war, so gelten seine Worte für die heutige Zeit um so mehr, speziell auch für die Schweiz.

Es sind nicht einfach "die Politiker", welche den Gang der Dinge bestimmen, weder zur Zeit Churchills, noch heute. Auch in der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs war entscheidend, wie sich die "einflussreiche Teil unserer Intellektuellen" verhielt, oder wie auch immer man die meinungsbildende Elite nennen will (vgl. Fussnote im Vorwort). Dies zeigt sich besonders deutlich bei der berühmt gewordenen, konsequenten Haltung der damaligen Chefredaktoren der drei massgebenden schweizerischen Zeitungen, welche auf glasklaren Oppositionskurs zu Nazideutschland gegangen waren²⁹⁵. Ohne Rückhalt bei der Mehrheit der massgebenden Persönlichkeiten

²⁹⁴ Botschafter Thomas Borer wurde an die Spitze der Task-Force (vgl. Schluss des Buches, *Chronologie der Ereignisse*, Ziffer 10) gestellt, der die Verhältnisse in den USA respektive die Denkart der Amerikaner gut kennt. Dass Borer eine relativ harte Linie vertritt, geht nicht zuletzt aus der Tatsache hervor, dass der Likud-Abgeordnete Avraham Hirschson (gleichzeitig Mitglied der Leitung des Holocaust-Fonds) in einem scharf formulierten Brief an Bundespräsident Flavio Cotti die Entlassung von Thomas Borer als schweizerischer Unterhändler in der Holocaustdebatte forderte und dass der Vorsitzende der Jewish Agency, Avraham Burg, gemäss einem in Jerusalem veröffentlichten Communiqué droht, wenn Borer noch einige Jahre im Amt bleibe, sei nichts mehr vom Schweizer Bankensystem übrig (vgl. Weltwoche vom 16. Juli 1998).

²⁹⁵ Berühmt waren vor allem die konsequente Haltung der drei Persönlichkeiten Willi Bretscher, Chefredaktor der *Neuen Zürcher Zeitung*, Albert Oeri, Chefredaktor der *Basler Nachrichten* sowie Ernst Schürch, Chefredaktor des *Bund*. Konsequent aber auch H. Odermatt von den *Neuen Zürcher Nachrichten* sowie die Verleger Pochon vom *Bund*, Fritz Hagemann von der *Nationalzeitung* und Karl Sartorius als Herausgeber der *Basler Nachrichten*.

hätte der Bundesrat oder der General alleine keine Politik betreiben können, die gegen Nazideutschland gerichtet war.

Das Interview von Bundesrat Delamuraz

Wie stark die Landesregierung auch heute vom Umfeld abhängt, zeigt sich exemplarisch am denkwürdigen Interview von Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz vom 31. Dezember 1996, in dem dieser von einer Erpressung gegen die Schweiz sprach. Zuzugeben ist, dass dieses Interview in einigen Punkten ungeschickt war. Vor allem hätte Delamuraz nicht pauschal von "*Kreisen in Washington*" sprechen dürfen, denn das wird von einem Amerikaner als Angriff auf seine Regierung verstanden. Vielmehr hätte er klar beim Namen nennen sollen, wen er mit seinen Vorwürfen meinte. Zudem hätte er den Zeitpunkt des Interviews besser wählen sollen²⁹⁶. Teil des Problems war sogar die Uebersetzung²⁹⁷. Aber unabhängig von den Mängeln dieses Interviews waren die einheimischen Reaktionen ein Musterbeispiel, wie "der einflussreiche Teil unserer Intellektuellen" mit einem Trommelfeuer von Kritik auf den Weg brachten, der genehm war.

Es ist bezeichnend, dass etwas mehr als ein Jahr später der Begriff "Erpressung", der noch im Januar 1997 eine Protestwelle verursacht hatte, in vieler Munde war, ohne die geringste Unruhe zu stiften. Wenn man bedenkt, welche Bedeutung das von Delamuraz gewählte Wort Erpressung auf französisch besitzt, so war dieser Ausdruck sachlich wohl schon damals vertretbar²⁹⁸. Der jüdische Weltkongress hatte gegenüber der Bundesverwaltung kurzfristig 250 Millionen Dollar gefordert, andernfalls müsse die Schweiz mit Konsequenzen rechnen. In der Folge wurde zwar bestritten, dass Zahlen genannt

²⁹⁶ Die im Interview gemachten Vorwürfe waren mit dem Bundesrat nicht abgesprochen. Die Aussagen wurden in einer Zeit gemacht, als der gesamte Bundesrat in den Ferien weilte und er somit nicht Stellung nehmen konnte.

²⁹⁷ Das französische Wort "chantage" kann wie das deutsche Wort "Erpressung" auch verwendet werden, wenn politisch Druck ausgeübt wird, um ein Ziel zu erreichen. Die englische Uebersetzung für Erpressung lautet "black mail". Dieser Begriff kann aber nur für die kriminelle Erpressung verwendet werden. Jemanden in den USA einen Erpresser zu nennen ist demzufolge ebenso beleidigend, wie wenn man ihn einen Dieb oder Betrüger nennen würde.

²⁹⁸ Der Aussenpolitik-Spezialist Nationalrat Ernst Mühlemann (FDP, Thurgau) bezeichnete später die Worte von Delamuraz als "*richtiges Wort zur richtigen Zeit*"; in: *Coopzeitung* Nr. 34 vom 19. August 1998.

wurden²⁹⁹, Avraham Burg gab aber freimütig zu, " *der jüdische Weltkongress hat die Idee eines von der Schweiz zu bildenden Fonds von 250 Millionen Dollar lanciert*"³⁰⁰.

Dass der jüdische Weltkongress die Banken bereits im Verlauf des Jahres 1996 mit Boykottandrohungen unter Druck gesetzt hatte, gab selbst die *Jerusalem Post* freimütig zu: „*Die erste Boykott-Drohung kam am 11. März 1996, als der Präsident des jüdischen Weltkongresses Edgar Bronfman der Agentur Reuters sagte, dass der jüdische Weltkongress die Forderung nach einem Boykott der Schweizer Banken in Erwägung ziehe. (...) Die zweite Drohung kam am 13. Dezember 1996, als der jüdische Weltkongress Reuters sagte, eine Entscheidung, ob ein internationaler Boykott verlangt werden soll, werde bis im Januar aufgeschoben*"³⁰¹. Kaum weniger deutlich ist die Aussage von Edgar Bronfman, die einem Eingeständnis gleichkommt, "erpresserisch" (im hiesigen Sprachgebrauch) vorgegangen zu sein: „*Zuerst haben wir viel Lärm gemacht, dann haben wir verhandelt und gesagt, wenn ihr macht, was wir verlangen, hören wir auf mit dem Lärm*"³⁰². Wie dieser "Lärm" beim Präsidenten des jüdischen Weltkongresses üblicherweise aussieht, wurde spätestens sichtbar, als er der Schweiz den "totalen Krieg" und die "Suspendierung von Geschäften mit den Schweizern" androhte, wenn unser Land weiterhin "störrisch" bleibe³⁰³.

Die Reaktionen auf das Interview von Bundesrat Delamuraz fiel in intellektuellen Kreisen³⁰⁴ ausserordentlich heftig aus. Eine Gruppe von annähernd 200 Persönlichkeiten aus der ganzen Schweiz verfasste respektive unterzeichnete ein "Manifest vom 21. Januar 1997", dessen Text als Anzeige in mehreren grossen Tageszeitungen

²⁹⁹ So zum Beispiel in der *Basler Zeitung* vom 11. Januar 1997, als Direktor Elan Steinberg sagte: "Ich stelle fest: Weder Herr Bronfman noch ein anderer Vertreter des jüdischen Weltkongresses hat jemals eine konkrete Summe genannt."

³⁰⁰ Jüdische Rundschau vom 9. Januar 1997.

³⁰¹ *Jerusalem Post* vom 19. Januar 1997.

³⁰² SF-DRS-Sendung 10 vor 10 vom 12. März 1997

³⁰³ Im *Jewish Bulletin of Northern California* erklärte Bronfman, er habe von den Banken drei Milliarden Dollar verlangt: „*Wenn die Schweizer weiterhin störrisch bleiben, werde ich alle amerikanischen Aktionäre aufrufen, ihre Geschäfte mit den Schweizern zu suspendieren. Wir kommen nun an einen Punkt, wo die Angelegenheit erledigt werden muss. Oder es kommt zum totalen Krieg. Ich kann nicht ewig auf meinem Daumen sitzen*“, vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 11. März 1998. Den Ausdruck "totaler Krieg" hatte Reichspropagandaminister Joseph Goebbels in seiner Brandrede im Berliner Sportpalast 1942 geprägt.

³⁰⁴ Die Bevölkerung reagierte in der grossen Mehrheit gegenteilig. Bundesrat Delamuraz erhielt massenhaft und fast ausschliesslich positive Reaktionen aus der Bevölkerung.

in der Schweiz erschien. Darin wurde der Bundesrat angegriffen und deklariert, dass durch das Interview und die zögernde Reaktion des Gesamtbundesrats *"die demokratische Würde unseres Landes aufs Spiel gesetzt, das kulturelle Selbstverständnis der Schweiz beschädigt wird. Solches Verhalten beleidigt alle demokratisch denkenden Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz."* Zu reden gab auch der "offene Brief von Professorinnen und Professoren der Universität Basel" mit 134 Unterschriften an den Gesamtbundesrat. Darin verlangten sie vom Bund konkrete finanzielle Leistungen, vor allem wegen der Raubgoldproblematik.

Nachdem sich der Berner Schriftsteller Hans Ulrich Schwaar in einem Zeitungsartikel zugunsten von Bundesrat Delamuraz eingesetzt hatte, wurde er gemäss Schilderung der *Neuer Zürcher Zeitung* *"nicht mehr zu Lesungen eingeladen und von seinen Kollegen ausgegrenzt"*³⁰⁵. Auffallend war, wie Politikerinnen und Politiker vermieden, Bundesrat Delamuraz Rückendeckung zu geben. Selbst solche, die heute schon längst in aller Öffentlichkeit davon reden, dass die Schweiz erpresst wird, beeilten sich, Delamuraz öffentlich zu kritisieren³⁰⁶. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei der Schweiz verabschiedete am 26. Januar 1997 gar eine Resolution, in welcher Bundesrat Delamuraz als untragbar bezeichnet und zum Rücktritt aufgefordert wurde.

Wirksame Warnschuss für die Politiker

Unter breitem Druck des "einflussreichen Teils der Intellektuellen" machte der Bundesrat innert weniger Wochen eine Kehrtwendung. Vergessen schien, dass noch kurz vor diesem Interview unterstrichen worden war, dass keine Zahlungen in Frage kämen, bevor der Untersuchungsbericht der Kommission Bergier vorliege (vgl. Kapitel 11 a). Nun befürwortete der Bundesrat, dass die Nationalbank 100 Millionen Franken in den Fonds einzahle.

Selbst höchste Politikerinnen und Politiker haben aus der Kritik an Bundesrat Delamuraz schnell gelernt, was ihnen blüht, wenn sie auf

³⁰⁵ *Neue Zürcher Zeitung* vom 7. Februar 1997.

³⁰⁶ Sogar Sigi Feigel, der das Interview von Bundesrat Delamuraz noch als kapitale Fehlleistung bezeichnet hatte, sprach im August 1998 nun plötzlich selbst von Erpressung; vgl. *Aargauer Zeitung* vom 15. August 1998.

die Angriffe mit einem "falschen" Wort reagieren. Auch der Rücktritt des Schweizerischen Botschafters in den USA, Carlo Jagmetti, führte ihnen drastisch mögliche Konsequenzen einer "falschen" Bemerkung vor Augen (Chronologie, Ziffer 14). Jagmetti hatte aus Washington in einem vertraulichen Papier³⁰⁷, von dem er annehmen durfte, dass es nie an die Öffentlichkeit gelangt, das Wort "Krieg" verwendet, welcher gegen die Schweiz geführt werde. Nachdem dieses Papier den Weg zur *Sonntags Zeitung* gefunden hatte, ging wegen dieses Wortes "Krieg" ein derartiger Wirbel los, dass sich Botschafter Jagmetti gezwungen sah, seinen Rücktritt einzureichen. Nur am Rande sei erwähnt, dass sich kaum jemand daran stiess, wenn derselbe Ausdruck von der Gegenseite verwendet wurde³⁰⁸. Es ist bemerkenswert, dass es sogar Leute gibt, die den Rücktritt von Jagmetti für angemessen hielten, die sich aber gleichzeitig mit Edgar Bronfman identifizieren, der unserem Land öffentlich den "totalen Krieg" androht (Chronologie, Ziff. 31).

Noch etwas anderes wurde den Politikerinnen und Politikern vor Augen geführt: Je unverfrorener jemand über die Schweiz herzieht, desto mehr steigt offenbar dessen Anerkennung bei einem "einflussreichen Teil unserer Intellektuellen". Adolf Muschg, der einen Bogen von Auschwitz zur Schweiz zog, der unser Land wie erwähnt als Mordhelfer und Zuhälter bezeichnete sowie die Schweizer beschuldigte, an der Tötung der Juden mitgewirkt und daran verdient zu haben, findet allseitig Anerkennung. In zahlreichen Medien erhielt er eine breite Plattform³⁰⁹, ebenso als Redner bei zahlreichen wichtigen Veranstaltungen. Als vollamtlicher Professor der ETH Zürich wurde er während längerer Zeit von seiner Lehrverpflichtung freigestellt³¹⁰, um sich dem neuen Collegium Helveticum³¹¹ widmen

³⁰⁷ Es handelte sich dabei um einen vertraulichen Bericht vom 19. Dezember 1996 zuhänden der Task Force Schweiz – Zweiter Weltkrieg.

³⁰⁸ Edgar Bronfman sprach nicht erst von „Krieg“, als er der Schweiz den "totalen Krieg" androhte. Er verwendete diesen Ausdruck zum Beispiel auch nach der Ankündigung der 7-Milliarden-Stiftung durch Bundesrat Koller: „*Die Schweizer haben kapituliert; die erste Schlacht ist gewonnen, aber der Krieg geht weiter*“; Interview im kanadischen Magazin *MacLean*, 9. Juni 1997.

³⁰⁹ Er erhielt die Möglichkeit, in wichtigen Zeitungen ganzseitige Artikel zu schreiben (so zum Beispiel im Tages-Anzeiger vom 24. Januar 1997), beim Fernsehen DRS erhielt er im Sendegefäss *Sternstunde Philosophie* die Möglichkeit eingeräumt, wichtige Gesprächspartner zu interviewen. Dies ist eine Plattform, die ausserordentlich grossen Einfluss ermöglicht.

³¹⁰ Dies führte zu Kritik. In einer parlamentarischen Anfrage kritisierte Nationalrat Hans Fehr (SVP, Zürich), Adolf Muschg habe gemäss Vorlesungsverzeichnis der ETH im Wintersemester 1995/1996 und im Sommersemester 1996 keine einzige Vorlesung oder Lehrveranstaltung abgehalten, weil er sich einem Projekt *Collegium Helveticum* gewidmet habe, obwohl "eine Mehrheit von 10 der 14 Professoren der Abteilung für Geistes- und Sozialwissenschaften der ETH ihre

zu können. Sogar bundesrätliche Anerkennung wurde ihm zu Teil, indem er in die "Arbeitsgruppe Stiftungsaktivitäten" gewählt wurde, welche ein Konzept erarbeiten soll, wohin die Gelder der geplanten 7-Milliarden-Stiftung zu fließen haben.

Für Politikerinnen und Politiker, die auf Wahlen angewiesen sind, ist die Lektion klar: Wenn selbst Persönlichkeiten in scheinbar unanfechtbaren Positionen wie ein Bundesrat oder ein Botschafter in den USA in grösste Schwierigkeiten kommen, wenn sie auch nur einen einzelnen Ausdruck oder eine interne Notiz falsch formulieren, dann ist es ratsam, gar nichts mehr zu sagen, um nicht abgeschossen zu werden. Wer hingegen die Schweiz kritisiert, gewinnt Achtung. Der "massgebende Teil der Intellektuellen", der die Politiker so steuert, hat entsprechende Mitverantwortung an der eingeschlagenen Politik.

Zustimmung versagten". Der Bundesrat antwortete, Muschg sei im Wintersemester 1996/97 für das Collegium Helveticum freigestellt worden, nachdem er bereits einen Teil des ihm regulär zustehenden "Sabbatical Leave" (Semester ohne Unterrichtsverpflichtung) dafür verwendet habe.

³¹¹ Das Collegium Helveticum soll eine "Schule der Interkulturalität" sein und "als wissenschaftliche Gast-Wirtschaft mit globalem Einzugsgebiet eine Schnittstelle für die Begegnung der Technik mit den Humanwissenschaften" darstellen.

9. Die nationale Selbstzerstörung

Dass ein Grossteil unserer "geistigen Elite" nicht mehr bereit ist, zu unserem Land zu stehen und für die Interessen unserer Bevölkerung zu kämpfen, ist offensichtlich. Warum das so ist, ist hingegen viel schwieriger zu beurteilen. Jede Antwort ist bis zu einem gewissen Grade spekulativ.

a) Unwissenheit oder gezielte Demontage des eigenen Landes?

Vorweg ist festzuhalten, dass kaum Unwissenheit zur zerstörerischen Kritik am eigenen Land geführt hat. Unwissenheit mag zwar bei Teilen der Bevölkerung im Spiel sein, wenn in den vergangenen zwei Jahren aufgrund der Propaganda gegen unser Land für die Angriffe und die Forderung teilweise Verständnis aufgebracht oder sogar in die Kritik miteingestimmt wurde. Das ist begreiflich, denn nicht jedermann hat Gelegenheit und Zeit, sich umfassend zu informieren.

Ganz anders liegen die Dinge jedoch bei den massgebenden Schriftstellern, Kulturschaffenden, Historikern, Soziologen, Universitätsprofessoren, Medienschaffenden, Wirtschaftsvertretern und Politikern, die als Ankläger gegen das eigene Land auftreten. Zwar mag es auch unter ihnen Mitläufer geben, die mit den Wölfen heulen und bedenkenlos fordern, die Schweiz müsse zu Kreuze kriechen und Zahlungen leisten, obwohl sie sich die Hintergründe nicht überlegt haben. Aber bei den entscheidenden Kritikern ist weder Inkompetenz noch Unwissenheit im Spiel. Sie stimmen wider besseren Wissens in die Angriffe gegen die Schweiz mit ein. Sie haben sich näher mit der Materie befasst und wissen sehr wohl, dass die Forderungen von Anfang an 1000-fach übertrieben waren und dass von der Schweiz in verschiedener Beziehung mehr verlangt wurde, als selbst Deutschland an Wiedergutmachung zu leisten hatte (vgl. Kapitel 6c und 7 b1). Wer in Anbetracht der Faktenlage hohe Zahlungen der Schweiz befürwortet, verkauft die Interessen unseres Landes und des steuerzahlenden Bürgers. Wer sich mit denjenigen ausländischen Kräften solidarisiert, welche die Schweiz Nazideutschland gleichstellen, der verrät das eigene Land oder lässt es im Stich.

b) Persönliche Motive?

Auch bei den inländischen Kritikern stellt sich die Frage, wo ihre Beweggründe liegen. Wie bei den ausländischen mag Geltungssucht der entscheidende Faktor sein, wobei die Zerstörung des eigenen Landes und der aufkommende Antisemitismus einfach in Kauf genommen werden. Im übrigen aber unterscheiden sich die Beweggründen der inländischen Kritiker wohl von denjenigen der ausländischen (vgl. Kapitel 3b). Bei den inländischen stellt sich vor allem die Frage, ob persönliche Motive oder ob eigentliche politische Ziele verfolgt werden. Bei den möglichen persönlichen Motiven kann wiederum beispielhaft bei Adolf Muschg angesetzt werden, denn ihm gegenüber ist diesbezüglich bereits öffentlich Kritik erhoben worden:

b1) Finanzielle Interessen?

Stimmt die Vermutung von Nationalrat Christoph Blocher, der Adolf Muschg vorwirft³¹², er habe *"den Holocaust als Geschäft entdeckt"*. Er attackiere unser Land in möglichst aufsehenerregenden Artikeln und Büchern, weil diese Attacken gegen die Schweiz leicht versilbert werden können? Winken auch für Zeitungen und Zeitschriften hohe Auflagen, wenn die Schweiz möglichst spektakulär angeschwärzt wird?

Der Versuch, mit einschlägigen Publikationen Aufsehen und Geld zu verdienen, scheint im Fall des Erfolgsautors Benjamin Wilkomirski sogar so weit zu gehen, dass er in betrügerischer Art und Weise eine für die Schweiz belastende Geschichte erfand³¹³. Dass zumindest in

³¹² Rede von Nationalrat Blocher vom 21. Juni 1997 *Die Schweiz und der Eisenstat-Bericht* im Kursaal Bern.

³¹³ Wilkomirski publizierte 1995 sein Buch "Bruchstücke", Erinnerungen an seine Kindheit im Vernichtungslager Auschwitz. Es wurde zum Grosserfolg, in Amerika wurde es mit dem National jüdischen Buchpreis ausgezeichnet. In mehr als ein Dutzend Sprachen wurde es übersetzt, drei Dokumentarfilme, ein Theaterstück, gelehrte Abhandlungen und unzählige Rezensionen folgten. Der jüdischer Schriftstellerkollege Daniel Ganzfried schöpfte Verdacht, die Geschichte von Wilkomirski sei frei erfunden. Er besuchte Wilkomirski und erfuhr trotz siebenstündigem Gespräch nichts Klareres als das: *"Ein Komplott aus antisemitischen schweizerischen Grenzbeamten, kaltherzigen Pflegeeltern und korrupten Behörden soll dem Kind durch eine gefälschte Identität seine jüdische Herkunft ausradiert haben"*. Ganzfried kommt nun zum Schluss: *"Unsere Recherche lässt keinen anderen Schluss mehr zu: Wilkomirski ist in der Schweiz"*

Einzelfällen tatsächlich Geld verdient werden kann, wird dadurch dokumentiert, dass der Journalist Tom Bower die Filmrechte seines Buches (vgl. Kapitel 2) offenbar *"für mehrere Millionen Dollar an den Filmgigant MGM"* verkaufen konnte³¹⁴. Am 22. Juli 1998 gab auch Nationalrat Jean Ziegler bekannt, er habe die Filmrechte an seinem Buch *Die Schweiz, das Gold und die Toten* nach Hollywood verkauft. Ein Preis wurde nicht genannt.

Oder ist das finanzielle Interesse indirekter Art? Adolf Muschg hat sich vom Bundesrat in das Gremium wählen lassen, welches Vorschläge ausarbeitet, wie die Milliarden, die über die Jahre hinweg aus der geplanten 7-Milliarden-Stiftung fliessen sollen, zu verteilen sind. Lag hier ein Beweggrund, die ausländischen Angriffe zu unterstützen? Wurde gehofft, dass sich die Schweiz zu hohen Zahlungen drängen lässt? War der Gedanke dominant, dass auf die Verteilung von Milliarden nach eigener Ideologie Einfluss genommen werden kann?

Jedenfalls lässt aufhorchen, was Adolf Muschg bereits heute über eine allfällige Ablehnung der Solidaritätsstiftung durch das Volk an der Urne schreibt: *"Nach einem Nein des Volkes wäre Scherbenhaufen ein zu neutral riechender Ausdruck für Verfassung und Ansehen der Republik (d.h. der Schweiz). Das geklemmte Gold würde wieder zu jenem Kot, in dem die Psychoanalyse seinen infantilen Rohstoff erkannt hat"*³¹⁵. Wer das liest, kann schon jetzt erahnen, welche demagogische Kommentare diejenigen, die sich vor dem Urnengang gegen die Solidaritätsstiftung aussprechen, von Leuten wie Muschg zu erwarten haben.

geboren, in bestem Zürcher Hause aufgewachsen. (...) Benjamin Wilkomirski alias Bruno Doessekker kennt Auschwitz nur als Tourist" Aargauer Zeitung vom 29. August 1998. Es wird interessant sein, die weitere Diskussion zu verfolgen. Sollten sich die Vorwürfe erhärten, handelt es sich um einen eklatanten Fall von Geschäfte-Machen mit dem Holocaust. Dass in krankhaften Einzelfällen Betrugereien dieser Art vorkommen können, bestätigt auch die Jüdische Rundschau, die im Zusammenhang mit diesem Fall Wilkomirski schrieb: *"Siedendheiss überfiel so manche Leute die Erinnerung an die junge Australierin, die vor wenigen Jahren rauschende Erfolge feierte und sogar den nationalen Buchpreis erhielt, nachdem sie die fürchterliche Holocaust-Vergangenheit ihrer Einwandererfamilie als Sachbuch veröffentlicht hatte. Nachdem trotz allem nach einiger Zeit Zweifel angemeldet wurden, gab sie schliesslich zu, die ganze Geschichte erfunden zu haben, weil sie sich von diesem Thema am meisten Publicity versprach"*; vgl. Jüdische Rundschau vom 3. September 1998.

³¹⁴ Sonntagsblick vom 26. Juli 1998.

³¹⁵ Adolf Muschg, *Wenn Auschwitz in der Schweiz liegt*, 1997.

b2) Abrechnung mit der Vatergeneration?

Oder stimmen - um bei Adolf Muschg zu bleiben - die Vermutungen von Richard Lienhard, der den Umstand ins Zentrum stellt, dass in Muschgs Elternhaus eine deutschfreundliche Stimmung geherrscht habe und er dies dem Vater, nicht verzeihen kann³¹⁶. Geht es um einen "Vater-Sohn-Komplex" und liegen die Motive im „individualpsychologischen“ Bereich? Wer Professor Muschg zuhört, wie er über seinen offenbar äusserst religiösen Vater spricht³¹⁷, kann sich sehr wohl vorstellen, dass es um eine Abrechnung mit dem Elternhaus gehen könnte.

Stimmen die Vermutungen von Ernst Leisi, der darauf hinweist, dass massgebende Schweizer Schriftsteller massive Probleme mit ihren Vätern hatten und damit die Tendenz haben, *"in ihren Werken Vaterfiguren vom leiblichen Vater bis zu General Guisan als Feinde und Faschisten darzustellen"*³¹⁸. Kann es die heute an den politischen Machthebeln sitzende Generation psychologisch nicht ertragen, dass sie zumindest seit Beginn der 90er Jahre eine erschreckend erfolglose Politik betreibt, wogegen die Elterngeneration eine erfolgreiche Schweiz aufgebaut hat? Aufhorchen lassen diesbezüglich herablassende Kommentare wie im offenen Brief des Chefredaktors des Brückenbauers, Rolf Ribl, an die Adresse der älteren Generation: *"Ob Ihr Frauen und Männer der Kriegsgeneration genügend eigenen moralischen Widerstand geleistet habt gegen Frontisten und Judenhasser, gegen einzelne Landesväter und Unternehmer, das müsst Ihr selber wissen. Warum aber, Ihr älteren Männer und Frauen, soll die Wahrheit über jene schwierige Zeit nicht neu erforscht werden? Warum soll sich unser Volk dieser Gewissensprüfung nicht unterziehen? Warum hängt ihr so verbissen an den alten Mythen, die unserer Jugend nichts mehr bedeuten und das Land nicht vorwärts führen?"*³¹⁹

³¹⁶ *Schweizerzeit* vom 8. August 1997.

³¹⁷ Zum Beispiel an seiner Rede in Emdingen vom 20. Mai 1998 an der Delegiertenversammlung des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes. Vgl. unter anderem den Bericht in der Weltwoche vom 21. Mai 1998 über die Familie Muschg, wo von der "fundamentalistischen Frömmigkeit des Vaters" die Rede ist.

³¹⁸ Prof. Dr. Ernst Leisi, Professor für englische Sprachwissenschaft an der Universität Zürich von 1956 – 1974; Schlusswort im Buch *Schweizerische Selbstbehauptung während des zweiten Weltkriegs*, 1998.

³¹⁹ Editorial des Chefredaktors; in: *Der Brückenbauer* vom 30. Juli 1997.

c) Abneigung und Gleichgültigkeit gegenüber der Schweiz?

Spielt ein „intellektueller Herdentrieb“ eine massgebende Rolle? Werden die Vorwürfe gegen die Schweiz einfach unterstützt, weil dies einem diffusen „intellektuellen Zeitgeist“ entspricht? Dass es unter massgebenden Intellektuellen schon fast zur Tradition gehört, nicht mehr zur Schweiz zu stehen, ist nichts Neues. Man denke an die Aussage von Schriftsteller Max Frisch, dass *„er mit diesem verluterten Staate (der Schweiz) nichts zu tun habe. Nur noch den Schweizer Pass habe er.“*³²⁰. Oder man denke an den berühmten Ausspruch von Schriftsteller Friedrich Dürrenmatt, die Schweiz sei *„ein Gefängnis“*, bis es ihr gelinge, *„seine Gefängniswärter abzuschaffen“*³²¹. Oder man denke an den schon mehr als 20 Jahre alten Satz von Schriftsteller Peter Bichsel: *„Ich erschrecke beim Gedanken, in zwanzig Jahren in einer Schweiz leben zu müssen, die aussieht wie diese“*³²². Klarer kann man wohl nicht ausdrücken, dass man sich nicht mehr mit dem eigenen Land in seiner heutigen Form identifizieren will.

Oder ist den massgebenden Persönlichkeiten die Schweiz einfach gleichgültig geworden? Ist es sogar höchsten Politikerinnen und Politikern egal, ob die Schweiz auch in Zukunft noch Bestand haben wird? Wie ist in diesem Zusammenhang die berühmte Aussage von Bundesrätin Ruth Dreifuss zu verstehen: *„Es ist eigentlich unwesentlich zu wissen, ob es die Schweiz noch geben wird oder nicht. Ich persönlich hoffe, dass über die Staaten hinweg ein neuer, eruopäischer Ueberbau entsteht. Ob die Schweiz innerhalb einer grösseren Einheit als Staat überlebt, ist mir selber nicht so wichtig“*³²³?

d) Abschaffung des Sonderfalls als politisches Ziel?

³²⁰ Hans Küng, *Die Schweiz ohne Orientierung*, 1992

³²¹ Auszug aus *Die Schweiz - ein Gefängnis*, Ansprache von Friedrich Dürrenmatt an den tschechischen Präsidenten Vaclav Havel: *„Wie es auch sei, das Gefängnis (die Schweiz) prosperiert, (...) Die Gefängnisleitung leistet sich die Utopie, die Strategie der Nibelungen gewähre (...) Sicherheit, statt zur Einsicht zu gelangen, das Gefängnis Schweiz könne sich die Kühnheit leisten, seine Wärter abzuschaffen (...), was freilich bedeuten würde, dass die Schweiz kein Gefängnis mehr wäre, sondern ein Teil Europas“.*

³²² Peter Bichsel, *Des Schweizers Schweiz*, 1967.

³²³ Im Buch *Abenteuer Schweiz* des Migros Genossenschaftsbundes, MGB 1991.

Persönlich glaube ich nicht an die Theorie, dass persönliche Ziele wie finanzieller Profit bei den Angriffen auf das eigene Land massgebend sind. Vielmehr bin ich überzeugt, dass die Vorwürfe an die Adresse des eigenen Landes unter Berufung auf mehr als 50jährige Vorkommnissen dazu dienen, heutige politische Ziele umzusetzen. Exemplarisch ist vielleicht, was die deutschen Wochenzeitung *Die Zeit* nach einem Interview mit Nationalrat Paul Rechsteiner (SP, St.Gallen) schrieb: *"Es geht dem jungen Sozialdemokraten nicht nur darum, auf verschollenen Konten noch Millionen zu finden. (...)* Rechsteiner sucht also keine goldenen Schätze, sondern eine neue Schweiz." Rechsteiner nenne die *"Raubgold- und Kontengeschichten"* eine *"Chance dafür, dass eine Minderheit etwas in Bewegung setzt. Der internationale Druck hilft uns."*³²⁴

Ich erinnere mich noch lebhaft an die Worte einer Kollegin, als vor mehr als zwei Jahren Senator D'Amato seine erste Breitseite gegen unser Land abfeuerte: *"Das tut unserem Land gut, endlich bringt uns jemand von aussen bei, dass wir keinen Sonderfall darstellen, dass die Schweiz selbst im Krieg nie ein Sonderfall gewesen ist."*

Selbstverständlich hat recht, wer mit der Verneinung des Sonderfalls aussagen will, die Schweizerinnen und Schweizer seien nicht besser und nicht schlechter als die Bürgerinnen und Bürger anderer Staaten. Wenn aber Politikerinnen und Politiker von einer Abschaffung des Sonderfalls reden, haben sie konkrete politische Ziele und meinen damit etwas anderes.

Bekanntlich ist unser Land nur in einer Beziehung ein klarer Sonderfall: Die Schweiz besitzt eine einzigartig ausgestaltete direkte Demokratie mit ihren Volksrechten, dem Initiativ- und dem Referendumsrecht. Charakteristisch und einzigartig ist bei dieser direkten Demokratie, dass der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben ist, selbst entgegen dem Willen der Politikerinnen und Politiker jedes beliebige Thema zur Abstimmung zu bringen. Damit hat das Volk überall und immer das letzte Wort, wenn es sich zu äussern wünscht.

Ich erlebe die Motivation, die direkte Demokratie im typisch schweizerischen Sinne abzuschaffen, als die zentralste, stärkste Kraft

³²⁴ In der deutschen Wochenzeitung *Die Zeit*, Januar 1997.

in Bern. Immer grösser werdenden Kreisen sind diese Volksrechte ein grosser Dorn im Auge. Entsprechend vehement ist das Bemühen, den Sonderfall der direkten Demokratie abzuschaffen. Dabei sind zwei Ueberlegungen dominant:

- Für die einen stehen wenigstens keine egoistische Beweggründe im Vordergrund: Sie meinen vielmehr, in unserer „schnellebigen Zeit“ sei das Volk nicht flexibel und schnell genug, um „richtige“ Entscheide zu treffen. Folglich wollen sie die Entscheidungskompetenzen in die Hand einer kleinen, flexibleren Elite legen. Diese Kreise machen allerdings eine fatale Fehlüberlegung. Jeder Blick ins Ausland zeigt, dass die Probleme mit Sicherheit nicht besser gelöst werden, wenn eine Elite allein entscheiden kann. Diese Kreise übersehen, wie stark unsere direkte Demokratie politisches Engagement, Eigenverantwortung, positive Arbeitseinstellung, Solidarität gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen und Landesteilen fördert. Sie unterschätzen, was für dramatische, negative Konsequenzen deren Abschaffung für unser Land hätte.
- Für die andern liegen die Beweggründe in egoistischen Machtinteressen. Für sie erscheint es attraktiv, die Rechte der Bevölkerung zurückzubinden, um in Zukunft in eigener Regie über die entscheidenden gesellschaftlichen Fragen in kleinem Kreis entscheiden zu können.

Es ist klar, dass diejenigen, die auf der Suche nach einer möglichst grossen Machtfülle, in der direkten Voksbeteiligung am politischen Prozess schon seit jeher ihren Hauptfeind sahen. Ebenso verständlich ist, dass bei der Verfolgung von grossen internationalen Zielen der Kleinstaat Schweiz mit seiner "unberechenbaren" direkten Demokratie als störender Fremdkörper empfunden wird³²⁵. So gesehen erhält die Problematik eine internationale Dimension. Wer die Unterschiede zwischen verschiedenen Staaten nicht mehr für tragbar hält,

³²⁵ In geradezu klassischer Weise schreibt die deutsche Zeitschrift *Die Zeit* zu diesem Thema: *"Die Schweiz ist kein unberechenbarer Verhandlungspartner. (...) Der Schweizer Finanzminister ist der einzige der Welt, der sich jede Steuererhöhung direkt vom Volk genehmigen lassen muss."* Dann macht die Zeitung unser 'System der direkten Demokratie lächerlich, indem sie schreibt: *"Generationen von Kabarettisten verdanken diesem Prinzip viele Pointen"*.

empfindet die direkte Demokratie der Schweiz als erratischen Block, der beseitigt werden muss. So kann nicht erstaunen, dass schon Friedrich Engels, zusammen mit Karl Marx 1848 der Verfasser des "kommunistischen Manifests", in seinen Bemühungen nach internationaler Gleichschaltung und Wohlstandsnivellierung die traditionelle Schweiz als Gegner betrachtete, der sich *"störrisch gegen die Zivilisation und den Fortschritt stemmt"* und dass er danach trachtete *"dass die europäische Demokratie endlich diesen urschweizerischen, reaktionären Ballast los wird."*³²⁶

Aber nicht nur diejenigen sind für eine Abschaffung der direkten Demokratie, welche die (Wohlstands-) Unterschiede zwischen den Staaten ausmerzen wollen, weil sie sich dadurch das Heil einer Welt ohne Spannungen und Krieg versprechen. Dieselbe Stossrichtung verfolgen diejenigen, welche multinationale Unternehmungen vertreten, die sich durch nationale Bindungen und Vorschriften immer mehr behindert fühlen. Es sind mit anderen Worten Leute von "links" bis "rechts", welche sich die Abschaffung des Sonderfalls direkte Demokratie zum Ziel gesetzt haben.

Charakteristisch ist, dass sich die Politikerinnen und Politiker betreffend der vorliegenden Problematik hüten, ihre wahren Ziele bekannt zu geben. Ob es darum geht, aus ideologischen Gründen den Wohlstand der Schweiz auf einen internationalen Durchschnitt hinunterzuwirtschaften, oder ob durch Ausschaltung der direkten politischen Volksbeteiligung erhöhte Gewinne erhofft werden: Wer abhängig davon ist, von der Bevölkerung gewählt zu werden, wird tunlichst vermeiden, je zuzugeben, dass es ihm um die Abschaffung der direkten Demokratie geht.

Typischerweise bringen praktisch nur Leute mit gesicherter Stelle, die nicht von Volkswahlen abhängig sind, den "Mut" auf, offen zum Ziel des Abbaus der direkten Demokratie zu stehen. So sind es typischerweise fest angestellte Universitätsprofessoren, welche ihre

³²⁶ Friedrich Engels, *Ueber die Schweiz*, Nachdruck seiner beiden Aufsätze *Der Schweizer Bürgerkrieg* und *Die politische Lage der schweizerischen Republik* im Arche-Verlag, 1970

Meinung publizieren, unsere Volksrechte seien heutzutage nicht mehr tragbar³²⁷.

e) Die konkreten Beispiele

Wer die folgenden Zitate³²⁸ liest, wird zugeben müssen, dass einiges dafür spricht, dass vielen einheimischen Kritikern die ausländischen Angriffe willkommen waren, um sie für ihr politisches Ziel instrumentalisieren zu können, den Sonderfall Schweiz endlich abschaffen zu können.

- Dass es tatsächlich Leute in unserem Land gibt, die sich über die Angriffe aus dem Ausland sogar freuen, zeigen Aussagen wie diejenige des Schweizer Philosophen Hans Saner. Als er gefragt wurde: *„Die Hauptaussage des Eizenstat-Berichts ist, die Schweiz war die Bank der Nazis; wie lebt es sich eigentlich für einen Philosophen in einem solchen Land?“*, antwortete er: *„Ich bin froh, dass das auf den Tisch kommt und dass man sich in der Schweiz damit auseinandersetzen muss. Und dass man die selbstgefällige Borniertheit aufgeben muss“*³²⁹.
- Dass die Angriffe aus den USA für die angeblich notwendige Abschaffung des Sonderfalls Schweiz tatsächlich willkommen sein können, wird immer wieder sichtbar. So auch wiederum bei Adolf Muschg: *“Seit (es) uns die andern (gemeint sind die Kritiker aus dem Ausland) überaus deutlich machen(....), kommen wir vielleicht selbst dahinter, dass wir kein Sonderfall sind - Gott sei Dank“*³³⁰. *Wir sind nicht anders als die anderen Europäer, Wir sind ein durchschnittliches und eben auch durchschnittlich schäbiges Volk“*³³¹
Ist tatsächlich der Gedanke massgebend, dass der Sonderfall Schweiz am besten dadurch zum Verschwinden gebracht werden

³²⁷ Beispielhaft vor allem die beiden Wirtschaftsprofessoren Walter Wittmann (Universität Freiburg) und Silvio Borner (Universität Basel) in *Führt die direkte Demokratie zur Handlungs- und Verhandlungsunfähigkeit der Schweiz?* im Sonderdruck *Diplomatische Negotiation* zum 60. Geburtstag für Staatssekretär Franz Blankart.

³²⁸ Äusserungen im Sinne solcher Zitate sind fast täglich in Zeitungen zu finden. Dass an dieser Stelle hauptsächlich aus September 1997 zitiert wird, ist nur darauf zurückzuführen, dass dieses Kapitel in jenem Zeitraum geschrieben wurde.

³²⁹ Interview von Dieter Stamm mit Hans Saner in: *Neue Mittelland Zeitung* vom 24. Mai 1997.

³³⁰ Beide Zitate stammen aus dem Artikel *Ewig stumm, ewig blind, ewig taub; jetzt erhält die Schweiz für ihre Selbstgefälligkeit und ihre selbstgewählte Isolation die Retourkutsche*; in: *Sonntags Zeitung* vom 12. Januar 1997.

³³¹ Deutsche Wochenblatt *Rheinischer Merkur* vom 7. August 1998.

kann, dass man der Bevölkerung einredet, unser Land sei nicht einmal im Zweiten Weltkrieg, als es inmitten von braunem Totalitarismus ein freiheitliches, demokratisches Land geblieben ist, besser gewesen als die andern? Klarer als die Schweizer Entwicklungshilfe-Organisationen kann man sich jedenfalls kaum ausdrücken: *"In der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte wurde klar, dass die Schweiz nie ein Sonderfall gewesen war"*³³².

- *„Das kleinräumige System der Schweiz mit Bund, Kantonen und Gemeinden ist überholt. (...) Der föderalistische Bundesstaat der Marke Schweiz, 1848 noch hochmodern und gertenschlank, ist 149 Jahre nach seiner Gründung am Ende. (Er) ist zur Sitzungs-, Diskussions- und Vernehmlassungs-Demokratie verkommen“*³³³. Zeigen solche Zeitungsartikel nicht, dass es tatsächlich um die Abschaffung der Demokratie schweizerischer Prägung geht. Sind Ueberlegungen dieser Art nicht gerade in Wirtschaftskreisen und bei Wirtschaftsprofessoren weit verbreitet? Stellen der schweizerische Föderalismus und die kleinräumigen Verhältnisse die eigentliche Zielscheibe dar?
- Ist wegweisend, was der ordentliche Professor für Schweizer Geschichte an der Universität Lausanne, Hans-Ulrich Jost, in einem Interview unter dem vielsagenden Titel *Die Schweiz muss sich auflösen* erklärte³³⁴: *„Hinter Neutralität, Unabhängigkeit und Bankgeheimnis verbergen sich handfeste handelspolitische Interessen (...) Die Aktivdienstgeneration wurde im Geist dieser falschen Werte erzogen, und es braucht Generationen, um einstudierte Vorstellungen abzubauen und neue Lernprozesse auszulösen“*. Wird da nicht offen zugegeben, dass Neutralität und Unabhängigkeit den Wohlstand fördern? Gleichzeitig wird aber die Meinung vertreten, dass die Verfolgung der eigenen Interessen ein "falscher Wert" sei. Handelspolitische Ziele und damit unser Wohlstand werden offenbar moralisch nicht mehr für vertretbar

³³² Schrift *"Entwicklungsland Schweiz 1798 – 1848 – 1998 – 2048"* der Entwicklungshilfe-Organisationen Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas und Caritas zur Feier "150 Jahre Bundesstaat". Zuerst ist darin vom *"Mythos vom Sonderfall Schweiz"* die Rede, dann folgt die zitierte Bemerkung.

³³³ Thomas Senn / Othmar von Matt, *Nächstes Jahrtausend statt letztes Jahrhundert*, in: *Sonntags Zeitung* vom 14. September 1997.

³³⁴ Interview mit Professor Hans-Ulrich Jost, in: *Tages-Anzeiger* vom 15. September 1997.

gehalten? Müssen deshalb die Banken angegriffen und die Unabhängigkeit der Schweiz in Frage gestellt werden?

- Wie erstaunt die in der Schweiz um sich greifende Haltung im Ausland zur Kenntnis genommen wird, lässt sich an Artikeln wie demjenigen in der Süddeutschen Zeitung dokumentieren, in dem unter anderem festgehalten ist: *"In der Zürcher Bahnhofshalle hängt ein Werbeplakat. (...) Und was kann man darin lesen. Die Schweiz sei ein Suchtpatient, dessen Rauschgift "Sonderfall" heisse. Die Schweiz drohe "unregierbar und unrettbar" zu werden, "ein heilloser Problemhaufen" seien Neutralität, direkte Demokratie und Föderalismus geworden.*³³⁵"
- *„Das Bild der Schweiz als Kleinstaat hat (...) ausgedient. Die wirtschaftlich starke Schweiz sollte vermehrt internationale Verantwortung wahrnehmen und zur Solidarität beitragen“*³³⁶. Ist dies die heute massgebende Denkweise? Ist der Kleinstaat Schweiz als Institution generell in Frage gestellt? Haben unsere einheimischen Kritiker eine Grossmachtspolitik im Auge, an der sich die Schweiz als Teil eines Machtblocks beteiligen sollte?
- Spielt somit vielleicht sogar die Frage *"EU-Beitritt ja oder nein"* bei der Unterstützung der ausländischen Kritik eine dominante Rolle? Muss der *Sonderfall direkte Demokratie Schweiz* mit Hilfe der Angriffe aus den USA bekämpft werden, damit endlich ein Beitritt zu Europa möglich wird? Ist die Aussage des Direktors des Schweizerischen Bundesarchivs, Christoph Graf, charakteristisch, der im Zusammenhang mit der Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg die EU-Frage miteinbringt: *„Es ist aber mittlerweile offenkundig geworden, dass der Sonderfallmythos heute zu einem Hindernis, nicht nur für die Wahrheitsfindung, sondern auch für die politische Standortbestimmung der Schweiz im Rahmen der europäischen Integration geworden ist“*³³⁷.

³³⁵ Süddeutsche Zeitung vom 2. Juli 1998.

³³⁶ Forderung der Schweizerischen Friedensstiftung an ihrer Jahrestagung 1997 in Stalden BE.

³³⁷ Aus dem Referat *Bemerkungen zur gegenwärtigen Vergangenheitsbewältigung* von Professor Dr. phil. Christoph Graf, Historiker, gehalten am *Informationstag Fluchtgelder, Raubgut und nachrichtenlose Vermögen* vom 25. Februar 1997.

Auch Journalisten äussern sich ähnlich: Nachdem eine Umfrage zu zeigen schien, dass in der Bevölkerung die Sympathien für einen EU-Beitritt steigen, schrieb die *Sonntags Zeitung*: „*Und sie (die Schweizer) wollen der EU beitreten - lieber heute als morgen (...). Wo ist er geblieben, der träge, engstirnige, nörgelnde und selbstgefällige Eidgenosse? Eigenbrötlerisch, isolationistisch, bis auf die Zähne verunsichert und verbohrt? (...) Wie ein Murmeltier, das aus dem Winterschlaf erwacht, schnuppert die Schweiz nach Jahren der Erstarrung mit Selbstzerfleischung plötzlich aufgeregt den Duft der weiten Welt und gibt Signale der Weltoffenheit von sich. (...) Für diesen erstaunlichen Wandel verantwortlich sind der gewaltige wirtschaftliche Umbruch und die Holocaust-Debatte. Darin sind sich die Experten einig. Die massive angelsächsische und jüdische Kritik am Verhalten der Schweiz im Zweiten Weltkrieg hat Spuren hinterlassen. (...) Für viele ist es geradezu eine Befreiung, dass die Schweiz nicht mehr länger das Musterland der Welt sein muss*“³³⁸. Kann aus dieser Argumentation nicht der Schluss gezogen werden, dass jemand, der einen EU-Beitritt der Schweiz bewirken will, nur energisch genug in die „Holocaust-Kritik“ gegen unser Land einstimmen muss, um sein Ziel zu erreichen?

- Bedeutet nicht auch das folgende Zitat im Klartext, dass die "Nazigold-Kritik" begrüsst wird, um die Schweiz europäisch werden zu lassen? Die aufsehenerregenden³³⁹ Aussagen des bekannten Schweizer OSZE-Diplomaten Tim Guldemann³⁴⁰ zeigten gleichzeitig, was für eine Grundeinstellung bisweilen sogar bei Leuten vorherrscht, welche in offizieller Mission für die Schweiz auftreten. Er bemängelte bei seinem Auftritt an der Kantonsschule Zürcher Unterland, "*die Schweizer sind wie Kartoffeln, die Augen gehen Ihnen erst auf, wenn sie im Dreck stecken*". Er plädierte dafür, dass die Schweiz ein ganz normales europäisches Land werden sollte. Ideologisches Umdenken tue Not, „*und dabei hilft uns die ganze Auseinandersetzung um das Nazigold*“³⁴¹.

³³⁸ Wiederum Othmar von Matt in der *Sonntags Zeitung* (vgl. Fussnote 333). xxx

³³⁹ In der Fragestunde des Nationalrats vom 8. Dezember 1997 protestierte Nationalrat Hans Fehr, (SVP Zürich) gegen diese Aussagen.

³⁴⁰ Botschafter Tim Guldemann wurde bekannt, als er eine anerkennungswerte Rolle im Tschetschenien-Konflikt spielte, indem er erfolgreich mithalf, zwischen den Kriegsparteien zu vermitteln.

³⁴¹ Zitat aus der *Bülacher Zeitung* betreffend dem Auftritt von Botschafter Guldemann vom 27. November 1997

- Selbstverständlich ist, dass bei weitem nicht alle EU-Befürworterinnen und -Befürworter negativ gegen die Schweiz eingestellt sind. Aber ist es nicht offensichtlich, dass mancherorts ein Beitritt zur EU mit derart blindem Eifer (und oft unter falschen Annahmen³⁴²) angestrebt wird, dass es zum dominanten Ziel wird, die Schweiz auf das Niveau der anderen europäischen Staaten hinunterzuwirtschaften, um sie „eurokompatibel“ und EU-beitrittsfähig zu machen?

- Jedenfalls ist auffallend, wie landauf landab, von links wie von rechts, die jetzige Kritik aus den USA mit der europäischen Integration verknüpft wird. Ich denke an die linksstehende Politikerin, die kurz und bündig sagt: *"Lasst uns Abschied nehmen von unserer Rolle des schwarzen Schafes, reihen wir uns wieder ein, integrieren wir uns in einem modernen Europa"*³⁴³. Ich denke an den rechtsstehenden Wirtschaftsvertreter, der im vorliegenden Zusammenhang die Frage aufwirft: *"Was wollen wir eigentlich mit diesem Land (der Schweiz), dem unfreisten Land Europas, wo ich als Unternehmer geplagt werde"*³⁴⁴. Und ich denke schliesslich an die Aussage der bezüglich politischer Meinungsbildung wohl einflussreichsten Frau in der Schweiz: *"Ein Land (die Schweiz), das sich in seiner Mehrheit 50 Jahre lang geweigert hat, Mitleid zu zeigen, ist beleidigt. Und sonst gar nichts. (...) Der Prozess zur Bewältigung der Geschichte der Schweiz wird am Unvermögen der Mehrheit der Schweizer Bevölkerung scheitern, das damalige Geschehen zu begreifen, sich in das Leid der Betroffenen zu versetzen, selber "betroffen" zu werden. Und daraus kann auch keine Solidarität mit anderen Menschen erwachsen. Nicht einmal ein Engagement für Europa in der EU"*³⁴⁵.

³⁴² Viele setzen den EU-Beitritt dem Vorteil des freien Handels gleich. Sie übersehen dabei, dass der Grundgedanke der EU nicht die Liberalisierung des Handels, sondern die Gleichschaltung der politischen Systeme zum Inhalt hat. Der freie Handel könnte natürlich auch ohne Beitritt zu supranationalen Gebilden eingeführt werden.

³⁴³ 1.-August-Ansprache (1998) der gegenwärtigen SP-Regierungsratskandidatin des Kantons Aargau, Ursula Padrutt

³⁴⁴ Aussage eines bekannten Schweizer Unternehmers an einem von Nationalrat Ernst Mühlemann (FDP/Thurgau) geleiteten Podiumsgespräch im Rahmen des Lillienberg-Forums in Ermatingen 1998. Auf die Nennung des Namens wird verzichtet, da den Podiums-Teilnehmern des Lillienberg-Forums jeweils zugesichert wird, dass keine Medienvertreter anwesend sind, welche die Voten veröffentlichen.

³⁴⁵ Aussage von Ellen Ringier, Ehefrau des Verlegers Michael Ringier, der mit seinem Ringier-Konzern unter anderem den *Blick*, den *Sonntagsblick* und die *Schweizer*

- Sind vor einigen Jahren Aussagen wie „700 Jahre sind genug“³⁴⁶ zu wenig ernst genommen worden? Trifft ein Leserbriefschreiber aus dem Aargau den Nagel auf den Kopf, wenn er ausführt: *„Ich schreibe hier als direkt Betroffener. Ich habe verschiedene Verwandte im Holocaust verloren (unter anderem die Grosseltern väterlicherseits) und hatte selbst das Glück, im Herbst 1943 die rettende Schweiz zu erreichen. (...) Ich bin über die Ereignisse der letzten Zeit empört. (...) Merken diese (Kritiker) eigentlich wirklich nicht, dass sie mit all diesen genüsslich und oft mit einem hämischen Lächeln breitgewalzten „Affären“ den Antisemitismus nicht etwa bekämpfen, sondern geradezu schüren? Denn je mehr versucht wird, die Schweiz unlauterer Machenschaften zu verdächtigen, desto stärker ist logischerweise die Reaktion darauf. Denn kein Land mit einer gewissen Meinungsfreiheit lässt sich einfach so verunglimpfen. Ich glaube vielmehr, dass bestimmte (Leute) ganz bewusst auf diese perfide Weise die Gemüter anheizen, damit sie nachher um so mehr Gelegenheit haben, dieses Land, das sie offenbar gar nicht als ihre Heimat ansehen, anzugreifen und auseinanderzubringen.“*³⁴⁷

Es ist schwer zu sagen, welche Motive entscheidend sind. Klar ist jedenfalls, dass die Opposition gegen das eigene Land fundamental und gefährlich ist. Die Kritiker haben erkannt, dass die Schweiz weitgehend von ihrem guten Ruf lebt³⁴⁸ und dass es deshalb besonders verheerend und wirksam ist, wenn eben dieser gute Ruf geschädigt wird. Sie sehen, dass die Schweiz ein Land ist, das weder durch vorgegebene geographische Grenzen, noch durch eine gemeinsame Sprache, noch durch eine gemeinsame Religion, noch durch einen gemeinsamen Volksstamm zusammengehalten wird, sondern "nur" durch seine gemeinsame Geschichte. Sagen sie sich deshalb gezielt, dass es - wenn man die Schweiz in ihrer heutigen Form mit ihrer direkten Demokratie

Illustrierte verlegt; vgl. das der Zeitung *Jüdische Rundschau* beigelegte Magazin *Inside* 26/98.

³⁴⁶ 1991 wurde im Hinblick auf die 700-Jahr-Feiern der Schweiz dieser Slogan von Kreisen kreiert, welche sich nicht mit der Schweiz identifizieren können.

³⁴⁷ *Zofinger Tagblatt* vom 7. Februar 1997.

³⁴⁸ Der Ruf unseres Landes (z.B. betreffend Zuverlässigkeit und moralischer Integrität) hat ohne Zweifel wesentliche Auswirkungen auch auf den wirtschaftlichen Erfolg, vom Bankengeschäft bis hin zum Tourismus.

nicht mehr will - die wirksamste Methode ist, das Selbstverständnis der eigenen Geschichte zu zerstören? Werden dabei bewusst auch absurdeste Vorwürfe aus dem Ausland übernommen?

Klar ist jedenfalls, dass es bei vielen Persönlichkeiten nicht um "kläglich missratenes Krisenmanagement"³⁴⁹ handelt, sondern um gezielte Attacken gegen das eigene Land zur Verfolgung der eigenen Ziele. Oder anders ausgedrückt: Nicht nur ausländische Kreise, sondern auch zahlreiche inländische Kritiker machen ein Geschäft mit der Vergangenheit (vgl. Kapitel 10 b), indem sie diese für ihre heutigen Zwecke instrumentalisieren.

Nachdem sich die Banken zur Zahlung von 1,8 Milliarden Franken verpflichtet hatten (vgl. Kapitel 12c), schrieb die israelische Zeitung Yediot Achronot³⁵⁰: *"Die Schweiz wird nie wieder jener korrekte und geordnete Staat sein, wie er sich während Generationen vor den Augen aller präsentiert hat"*³⁵¹. Diese Einschätzung ist wohl richtig, nach meiner Auffassung tragischerweise. Viele, die den "Sonderfall Schweiz" ein für allemal liquidieren wollen, werden diesen Kommentar aus Israel mit heimlicher oder gar unverhohlener Freude zur Kenntnis nehmen. Sie sind ihrem Ziel einen bedeutenden Schritt näher gekommen. Je grösser der Image-Schaden für die Schweiz ist, desto definitiver ist der Sonderfall kaputt gemacht.

³⁴⁹ Mathias Küng *Sind jetzt alle Fehler gemacht*, in: *Aargauer Zeitung* vom 4. Juli 1997.

³⁵⁰ *Jüdische Rundschau* vom 20. August 1998.

³⁵¹ xxx

Dritter Teil

**Was bleibt zu tun?
Die Konsequenzen
für die Zukunft**

10. Höchste Zeit, einen Schlusspunkt zu setzen

Die Bilanz der zweijährigen Auseinandersetzungen ist ohne Zweifel negativ. Selbst wer die "Aufarbeitung der Geschichte" und die Zahlung von fast 2 Milliarden Franken für positiv hält, muss diese Aspekte den wieder entstandenen Aversionen und dem offensichtlichen Abbau von Toleranz gegenüberstellen. Wie recht hatte doch jene Frau aus dem Publikum, welche dem Sekretär des jüdischen Weltkongresses bei dessen Auftritt am 13. Mai 1998 bei der israelischen Cultusgemeinde Zürich entgegenrief, er und seine Organisation hätten in der Schweiz zerstört, was in jahrzehntelanger Anstrengung an Toleranz gewachsen sei (*Chronologie*, Ziffer 35). Diese bedauerliche Entwicklung wird auch durch Geldzahlungen nicht aufgewogen.

a) Wer Frieden will, muss mit Vorwürfen aufhören können

Seitens des jüdischen Weltkongresses wurde immer wieder betont, die Schweiz sei sozusagen nur ein Testlauf³⁵². Nach und nach würden eine Reihe weiterer Staaten für ihr damaliges Fehlverhalten zur Kasse gebeten. Es bleibt zu wünschen, dass die Leute um den Präsidenten des jüdischen Weltkongresses zumindest die Weisheit haben, nicht auch noch andere Länder ins Fadenkreuz zu nehmen. Die in der Schweiz ausgelösten Emotionen sind noch relativ harmlos, weil sich unsere Bevölkerung vergleichsweise besonnen verhält. Es gibt Völker in Europa, die wesentlich emotioneller und aggressiver reagieren, wenn sie pauschal angegriffen werden. Ein Leserbriefschreiber warnt treffend: „*Wo liegt die Ursache für das Aufflammen des Antisemitismus? Die Antwort geben die Auftraggeber von Senator D'Amato am besten selber. Wen wundert es, wenn angesichts massivster Anschuldigungen gegen ein ganzes Volk Anerkennung in Ablehnung, Sympathie in Antipathie umschlägt? Muss sich ein düsteres Kapitel der Geschichte wirklich wiederholen?*“³⁵³

³⁵² So äusserte sich erneut Edgar Bronfman unmittelbar nach der Einigung zwischen den Schweizer Banken und den jüdischen Organisationen; vgl. *Aargauer Zeitung* vom 15. August 1998.

³⁵³ Leserbrief von Robert Koller aus Rüti/ZH, in: *Der Brückenbauer*, undatiert; zugesandt an den Autor am 20. August 1998 (Veröffentlichung im Februar oder März 1997).

Selbst moderate Schweizer Politiker befürchteten im Verlaufe der letzten zwei Jahre, dass *"judenfeindliche Geschichten schnell belebt sind"*, wenn die Angriffe im selben Stil weitergehen³⁵⁴. Dem ist leider beizupflichten, vor allem auch auf internationalem Gebiet. Während Jahrhunderten wurde den Juden zu Unrecht pauschal vorgehalten, für sie zähle nur das Geld. Und nun erhob ausgerechnet einer der reichsten Männer der Welt wie Edgar Bronfman finanzielle Ansprüche, nun machten Rechtsanwälte milliardenschwere Forderungen für sich und ihre jüdische Klientschaft geltend. Das ist ein betrübliches Spiel mit dem Feuer, das die unseligen alten Vorurteile wieder aufleben lassen kann. Es gehört zu den grossen Errungenschaften unserer Zeit, dass Religionsstreitigkeiten weitgehend eliminiert werden konnten. Es ist zu hoffen, dass Kämpfe wie diejenigen zwischen den Katholiken und Protestanten in Nordirland in der westlichen Welt am Aussterben sind. Es hätte gerade noch gefehlt, wenn wir zum Eintritt ins dritte Jahrtausend geistig ins Mittelalter mit religiösen Denkkategorien zurückfallen würden.

Diese Bedenken können nur zu einem Schluss führen. Es ist höchste Zeit, endlich mit Forderungen aufzuhören, die auf mehr als 50 Jahre alten Geschehnissen basieren. Das gilt nicht nur der Schweiz gegenüber, sondern auch gegenüber denjenigen Ländern, die damals wirklich Schuld auf sich geladen und die Greuel des Zweiten Weltkrieges zu verantworten haben. Gewisse Stellen in diesem Buch mögen den Eindruck erweckt haben, statt der Schweiz seien andere zur Rechenschaft zu ziehen. Dieser Eindruck wäre völlig falsch. Der Vergleich zu anderen Staaten wurde nur gezogen, um zu zeigen, wie ungerechtfertigt die Angriffe gegen die Schweiz sind.

Wer Frieden will, muss bereit sein, einmal einen Schlusstrich zu ziehen. Selbst im Fall von Deutschland geht es nicht an, den heutigen Generationen die Verfehlungen ihrer Vorfahren immer wieder anzulasten und ständig neue Wiedergutmachungen zu fordern. Ein Grossteil der Kriege entsteht gerade deshalb, weil unter dem Titel von angeblicher Gerechtigkeit alte Ansprüche geltend gemacht werden. Man muss zwar aus der Geschichte zu lernen versuchen, damit sich

³⁵⁴ Zitat des gemässigten und besonnenen Ständerats Andreas Iten in seinem Artikel *Wie Hassgefühle entstehen können* im Pressedienst der freisinnigen Partei vom 18. Juni 1998.

ein Alptraum wie der zweite Weltkrieg nicht wiederholt. Aber man muss auch vergeben können. Auf der Basis „*Gott, verzeih ihnen nie, denn sie wussten, was sie taten*“, ist es unmöglich, eine Welt in Frieden aufzubauen. Wo käme man mit diesem Prinzip in Israel hin, wo sich sowohl die Israeli wie auch die Palästinenser auf geschichtliche Ansprüche stützen?

b) Aufhören mit der Vergangenheit ein Geschäft zu machen

Zwar ist wichtig, die Erinnerung an die Judenverfolgung Nazideutschlands wachzuhalten, um späteren Generationen zu zeigen, was aus Rassenwahn selbst in vermeintlich zivilisierten Gesellschaften entstehen kann. Aber selbst ein Thema wie der Holocaust kann zum Geschäft verkommen. Dieser Meinung sind sogar einige jüdische Exponenten. Der ehemalige amerikanische Staatssekretär und gläubige Jude Elliot Abrams äussert scharfe Kritik am "Holocaust-Kult", wie er es nennt. Im Bewusstsein, dass unter den nordamerikanischen Juden der Glaube eine immer kleiner werdende Rolle spielt, werde der Holocaust als Glaubensersatz missbraucht. Nicht mehr der gemeinsame Glaube einige die Juden, sondern ihre gemeinsame Erinnerung an die schreckliche Vergangenheit. Diese werde deshalb gezielt immer wieder benutzt, um das Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Juden zu fördern.³⁵⁵

In einer ähnlichen Richtung äussert sich in der Schweiz Jehuda Elkana, Professor für Wissenschaftsphilosophie und Wissenschaftsforschung an der ETH Zürich: "(Der Holocaust wird) *meiner Meinung nach systematisch für momentane praktische politische Zwecke benutzt (...)* man sollte aufhören, den Holocaust *politisch zu manipulieren*"³⁵⁶. Dass im vorliegenden Fall der jüdische Weltkongress in der Tat den Holocaust für seine "momentanen politischen Zwecke benutzt" und damit ein Geschäft macht, kann ja wohl nicht im Ernst angezweifelt werden.

Paradoxerweise haben die Angriffe gegen die Schweiz auch in unserem Land Leute hervorgerufen, die versuchen, Profit aus der

³⁵⁵ Elliot Abrams, *Glaube oder Furcht* Vorabdruck seines Buches im Mai 1997 in der Zeitschrift *National Review*, zitiert in: *Schweizerzeit* vom 8. August 1997.

³⁵⁶ *Weltwoche* vom 3. August 1997.

"Holocaust-Krise" zu ziehen. Zu denken ist nicht nur an Historiker, Schriftsteller oder Politiker, die einen direkten finanziellen Profit erwirtschaften, indem sie ihre anklägerischen Publikationen gut vermarkten können. Sondern zu denken ist auch daran, dass aus den Vorwürfen wegen angeblichem Mitverschulden der Schweiz am Holocaust politischer Profit gezogen wird. Schon erwähnt wurde die Bemerkung von Nationalrat Paul Rechsteiner, der internationale Druck helfe, aus der heutigen Krise eine neue Schweiz zu formen (vgl. Kapitel 9 c4).

c) Gerechtigkeit?

Viele der heutigen Kritiker wollen von einer Einstellung der Forderungen nichts wissen. Es gehe darum, einen "Kreuzzug der Gerechtigkeit" zu führen, wie sich Unterstaatssekretär Stuart Eizenstat ausgedrückt hat.

Gerechtigkeit, weil die Welt den Waffen-SS-Offizier unbehelligt liess, der mit seiner Truppe mitten in der Nacht an der Wohnungstür erschien und die Familie von einem Moment auf den anderen für immer auseinanderriss, indem er den Vater vor den Augen seiner Kinder erschoss³⁵⁷ und Grosseltern, Mutter und Kinder deportierte³⁵⁸? Gerechtigkeit, weil die Welt den Bahnbeamten schonte, welcher die deportierten Grosseltern trotz ihrer verzweifelten Schreie tagelang zusammengepfercht im Bahnwaggon auf einem Abstellgleis eingeschlossen hielt, bis sie elend zu Grunde gingen? Gerechtigkeit, weil der Feldwebel nicht belangt wurde, der die Mutter jener Familie bei der Ankunft im Konzentrationslager vor die Entscheidung stellte, welches der Kinder sie behalten wolle und welches in die Gaskammer geschickt werden solle³⁵⁹? Gerechtigkeit, weil der Aufseher unbestraft blieb, der das überlebende Kind in der Munitionsfabrik mit Schlägen zur Arbeit antrieb, bis es vor Hunger und Erschöpfung

³⁵⁷ Vgl. die Darstellung im Hollywood-Film *Schindler's List*.

³⁵⁸ Mit solchen Räumungsaktionen liess bereits Hitler's Architekt Albert Speer (der spätere Rüstungsminister) Platz zum Bau des Regierungskomplexes in Berlin schaffen.

³⁵⁹ Vgl. dazu den Hollywood-Film *Sophie's choice* (d.h. Sophie's Wahl), in welchem diese Wahl, die Mütter an der Auschwitzer Rampe zu treffen hatten, zum Thema gemacht wurde.

zusammenbrach³⁶⁰? Gerechtigkeit, weil die KZ-Aerztin rehabilitiert wurde, welche die Mutter zu Tode quälte³⁶¹? Gerechtigkeit, weil nun mit Milliardenaufwand danach geforscht wird, ob diese Familie vielleicht noch ein paar Franken auf einem Bankkonto in der Schweiz deponiert hatte oder ob ihre wenigen Goldmünzen Jahre später den Weg in die Schweiz fanden? Gerechtigkeit, indem die Schweizer heute mit den Folterknechten des dritten Reichs gleichgestellt werden, weil ein Bankangestellter Jahrzehnte nach Kriegsende einen Verwandten der Getöteten am Bankschalter unhöflich behandelt hat?

Was ging damals im Kopf eines Gegners des Naziregimes vor, der eingepfercht in einem Güterwagen einem langsamen Tod entgegenging? War ihm überhaupt noch wichtig, was mit seinem Vermögen geschieht? Hat er Familienmitglieder gehabt und gewünscht, dass seine Bank sein Geld nicht einfach dem Erstbesten ausbezahlt, der am Bankschalter erscheint und behauptet, ein entfernter Verwandter zu sein? War er damit einverstanden, dass sein Geld an seine Religionsgemeinschaft fällt (also zum Beispiel an die katholische oder reformierte Kirche), die es nach Belieben verteilen kann? War ihm nicht gleichgültig, was mit den paar Gramm Gold geschehen werde, welche er noch auf sich trug? Hat er - wenn er überhaupt an sein Vermögen dachte - vielleicht sogar gehofft, es käme denjenigen zugute, welche Nazideutschland eines Tages in die Knie zwingen; vielleicht denjenigen, die bei der Invasion an der Normandieküste zum Sturm gegen Hitlerdeutschland ansetzten, den Soldaten³⁶², den Verstümmelten, sowie den Eltern, Witwen und verwaisten Kindern der alliierten Gefallenen?

Oder waren seine Gedanken vielleicht Tag und Nacht nur noch von der Hoffnung erfüllt, dass wenigstens die Peiniger eines Tages zur Rechenschaft gezogen werden. Was hätte er wohl gesagt, wenn er

³⁶⁰ Den Häftlingen wurde absichtlich nur so viel an Nahrung abgegeben, dass sie mit der Zeit zwangsläufig an Hunger und Erschöpfung sterben mussten.

³⁶¹ Vgl. Kapitel 1; Ernst Klee, *Ich nenne die Täter beim Namen*, in: *Aargauer Zeitung* vom 22. November 1997.

³⁶² Man stelle sich vor, was diese Soldaten für ein freies Europa auf sich nahmen, als sie an der Normandieküste (Nordfrankreich) zur Invasion ansetzten. Den vordersten Sturmtruppen war gesagt worden, dass sie mit 90 Prozent Verlusten zu rechnen hätten. Nun hörten sie - während sich ihre Schiffe der Küste näherten - wie die Maschinengewehrkugeln der deutschen Verteidigungstruppen von aussen an die Stahlrampen ihrer Boote prallten, welche am Vorderteil der Schiffe hochgezogen waren. Sie wussten, dass in wenigen Sekunden die schützenden Rampen gesenkt werden und dass es galt, im Kugelhagel ins Wasser zu springen und sich Meter um Meter über den verminten Strand vorzukämpfen. (Vgl.

gewusst hätte, dass sie frei ausgehen werden, vom SS-Offizier bis zum Bahnangestellten? Was würde er denken, wenn er die heutigen Sprüche von Gerechtigkeit mitanhören müsste, mit denen von der Schweiz nach mehr als 50 Jahren Milliarden gefordert werden?

In was für einer Welt leben wir eigentlich? Was hat das mit Moral und Gerechtigkeit zu tun, wenn man sich nach mehr als 50 Jahren mit dem Zweiten Weltkrieg beschäftigt, aber achselzuckend über die heutigen Greuelthaten hinweggeht? Wenn man die Vergangenheit kritisiert, aber die Massenmörder unbehelligt lässt, von Kambodscha über Jugoslawien bis nach Afrika? Wenn man Leute wie Karadzic und Mladic laufen lässt, obwohl bekannt ist, wo sie zu finden wären und was sie verbrochen haben? Was würden die Millionen zu Tode geschundenen Opfer sagen, die einsam und hilflos vor ihren Mördern stehen und standen. Sie müssten sich im Grabe umdrehen, von Auschwitz bis nach Srebrenica³⁶³.

Weshalb soll übrigens willkürlich derjenige entschädigt werden, der Gold besass, das ihm von den Nazis geraubt wurde? Sein Nachbar hingegen, der im Krieg "nur" sein Haus, all sein Hab und Gut und seine Angehörigen verlor, soll nichts erhalten? Weshalb sollen plötzlich ein paar Goldbarren einer Nationalbank wichtiger sein als die unzähligen Milliarden zerstörten Eigentums der Millionen von Kriegsoffer, ganz zu schweigen von den Menschenleben? Oder, wie sich ein (jüdischer) Leserbriefschreiber ausdrückt: *„Häuser, Wohnungen, Bildersammlungen, Mobiliar, Bibliotheken, (...) Synagogen, die im Feuer aufgingen, Hekatomben von Leichen, Tausende von mit Blut gefüllte Fässer und Tränenflüsse (...). Und jetzt kommt man und spricht nur von den jüdischen Guthaben in der Schweiz?“*³⁶⁴

Wahrscheinlich muss man Geldeintreiber für amerikanische Politikerinnen und Politiker sein oder als Rechtsanwalt ein

Cornelius Ryan, *Der längste Tag, Normandie 6. Juni 1944*, 1959; v.a. der Sturm auf den Strandabschnitt *Omaha* durch die 1. und 29. Division).

³⁶³ Srebrenica ist eine Stadt in Bosnien nahe Sarajewo. Im Jugoslawienkrieg wurde ein Teil der Bevölkerung Srebrenicas von serbischen Einheiten liquidiert. Wie es damals auch im Zweiten Weltkrieg vorkam, wurden die Einwohner aufgeteilt. Wer Glück hatte, überlebte, die anderen wurden in den nahen Wald geführt und dort erschossen. 8'000 Menschen sollen so am 11. Juli 1995 getötet worden sein.

³⁶⁴ *Zitat noch suchen. xxx*

milliardenschweres Honorar vor Augen haben³⁶⁵, um Goldbarren und Geld derart mit Moral und Gerechtigkeit zu verwechseln, wie dies in den letzten zwei Jahren an der Tagesordnung war. Wer beim Vorgehen gegen die Schweiz gar von einem "Kreuzzug der Gerechtigkeit" spricht, gehört nicht in eine verantwortungsvolle Stellung; nicht beim jüdischen Weltkongress, und schon gar nicht bei der Regierung eines Landes, das den Gang der Welt entscheidend mitbestimmt. An den entscheidenden Machthebeln der Welt dürften keine Leute sitzen, die den "Mut" haben, die damaligen Schweizer Verantwortlichen zu beschuldigen, die längst verstorbenen sind und sich nicht mehr verteidigen können, die es aber nicht wagen, den heutigen Massenmördern entgegenzutreten.

d. Lehren aus der Geschichte?

Oft wird argumentiert, die in Gang gesetzte Diskussion über die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg habe wenigstens den Vorteil, dass man aus der damaligen Geschichte die notwendigen Lehren ziehen könne.

Richtig ist, dass generell Lehren aus der Geschichte zu ziehen sind. Erfreulicherweise ist es nach den Erfahrungen vor 1945 bisher immerhin gelungen, einen dritten Weltkrieg zu verhindern. Aber was sollen denn die zusätzliche Lehren aus den Diskussionen seit 1996 sein? Dass man sich lieber mit der mehr als 50-jährigen Geschichte befassen soll, als heutige Massenmörder zur Rechenschaft zu ziehen? Dass man heute die Grenzen öffnen soll, weil damals die Grenzen zu rigoros geschlossen wurden³⁶⁶? Dass man die Schweiz

³⁶⁵ Es ändert nichts daran, dass bisher die Dinge so gelaufen sind, dass die Rechtsanwältinnen nicht profitieren konnten. Bei Klageeinreichung schien für sie ein Milliardenhonorar im Bereich des Möglichen zu liegen.

³⁶⁶ Im Flüchtlingsbereich zeigt sich, welche kontroverse Schlüsse aus der Geschichte gezogen werden können. Einerseits lässt sich argumentieren, Rückweisungen an der Grenze seien heute wie damals nicht vertretbar. So setzt zum Beispiel die Schweizerische Gesellschaft für die Europäische Menschenrechtskonvention in ihrer Zeitschrift *Mensch+Recht* "dass die Berner Bundesbehörden auch heute wieder mit einer ganz ähnlichen faschistoiden Einstellung wie damals Menschen nicht nur ins Elend, sondern oft auch in Folter und Tod zurücksenden wollen". Andererseits könnte sogar der Schluss gezogen werden, unsere heutige Flüchtlingspolitik sei eher zu grosszügig. Jedenfalls beherbergen wir einen aktiven algerischen Extremisten (Ahmed Zaoui) und weigern uns mit dem Hinweis auf die Menschenrechte, ihn einer Aburteilung zuzuführen. Aufgrund der heutigen Auslegung der europäischen Menschenrechtskonvention hätten wir uns damals geweigert, einen Kriegsverbrecher wie Adolf Eichmann - wäre er nach dem Krieg in die Schweiz geflohen - an Israel oder an den Nürnberger Prozess auszuliefern, weil dort die Todesstrafe drohte. Die geschichtliche Erfahrung zeigt, dass uns in

als selbständigen Staat abschaffen sollte, weil der zweite Weltkrieg gezeigt hat, welches Elend Nationalstaaten über die Welt bringen können? Dass heute wieder in religiösen Kategorien gedacht und nach religiöser Zugehörigkeit Geld verteilt werden soll?

Soll nach den heutigen Moralvorstellungen der kleine Splitter im Auge verurteilt, der Balken im Auge hingegen absichtlich übersehen werden? Soll in Zukunft auf Kleinstaaten wie der Schweiz herumgetreten werden, bei denen sich eine dünne Staubschicht gebildet hat, während mächtigere Länder unbehelligt bleiben, die eine dicke Dreckschicht zu verantworten haben? Oder soll in Zukunft einfach derjenige am meisten Geld erhalten, der am meisten Lärm machen kann, weil er genug Medien kontrolliert?

Das alles ist verfehlt. Wichtiger wäre demgegenüber vor allem die Lehre, die endlich und für alle Zeiten zu ziehen wäre: Verantwortung muss immer individuell sein, nie kollektiv. Nur so kann eine friedliche Welt entstehen. Aber wir sind weit davon entfernt, dieser Forderung nachzuleben. Die jetzige Kritik geht sogar in die gegenteilige Richtung. Es wird geltend gemacht, nicht nur Hitler, die SS und die Leiter der Vernichtungslager hätten die Verantwortung für die Massenvernichtung zu tragen; schuld an Auschwitz seien auch "die Schweizer" (vgl. Kapitel 3a)? Soll damit die Lehre sein, "weg von der individuellen Verantwortung, hin zu kollektiven Schuldzuweisungen"? Oder soll den Nachkriegsgenerationen gar der Mechanismus aufgezeigt werden, wie Antisemitismus erzeugt wird und schon damals entstand? Auf Lehren dieser Art hätte man wahrlich verzichten können.

Eines hat die Krise der letzten beiden Jahre allerdings gezeigt. Wer genügend internationale Medien kontrolliert, kann via "Aufarbeitung der Geschichte" durchaus historische Fakten auf den Kopf stellen, Täter- und Opferrolle vertauschen und historische Verantwortlichkeiten völlig verwischen. Auch das ist eine Erkenntnis, die zu denken geben muss.

11. Begangene Fehler

Die Schweiz verhielt sich in jüngster Vergangenheit derart passiv, dass sogar die *jüdische Rundschau* bemängelte, "die Landesregierung hat sich aus der Aussenpolitik abgemeldet"³⁶⁷. Das Aufzeigen des zu passiven und defensiven Verhaltens ist deshalb wichtig, weil daraus die Erkenntnis gezogen werden muss, dass nur ein resolutes Verhalten gegenüber anderen Regierungen einigermassen Schutz bieten kann vor zukünftigen Schwierigkeiten.

Wer die *Krise Schweiz – Zweiter Weltkrieg* seit 1996 betrachtet, muss zwangsläufig zum Schluss kommen, dass das Problem der Schweiz weniger im Verhalten von damals, sondern vielmehr im heutigen Fehlverhalten liegt.

Es war ein grundsätzlicher Fehler, in den USA die Haltung zu vertreten, unser Land habe "schwarze Flecken in unserem Geschichtsbild. Aber jedermann macht Fehler; beurteilt uns doch bitte nicht nach vergangenen Fehlern, sondern schaut, was wir jetzt alles tun"³⁶⁸. Eine solche Argumentation konnte nur so verstanden werden, dass die Schweiz eine derart dunkle Vergangenheit besitzt, dass sie gar nicht darüber reden will und dass sie sich schämen muss, daran gemessen zu werden. Diese Argumentation kommt einem Eingeständnis gleich, die Schweiz habe damals falsch gehandelt, sie werde nun aber in der Gegenwart dafür Busse tun.

Mag sein, dass diese Haltung von den teuren Beratern empfohlen worden ist, die von der Schweiz in den USA beigezogen wurden. Teilweise scheint es sich hier um zweifelhafte Beratungen gehandelt zu haben, hat doch das beigezogene Beraterbüro Ruder Finn gleichzeitig ausgerechnet auch für die Gegenseite gearbeitet³⁶⁹. Die Schweiz hätte die Zusammenarbeit mit diesem Büro so früh wie möglich unter Protest abbrechen müssen³⁷⁰.

³⁶⁷ Artikel *Die moralische Verantwortung* von Gabriela Winkler; in: *Jüdische Rundschau* vom 20. August 1998.

³⁶⁸ Ansprache von Bundesrat Flavio Cotti in den USA im *National Press Club* in Washington.

³⁶⁹ Das Büro besass gleichzeitig ein Mandat vom Präsidenten der Jewish Agency, Avraham Burg, der die Schweiz besonders aggressiv angreift. Eine derartige "Vertretung beider Seiten" widerspricht sämtlichen Grundsätzen, die für Anwälte und Berater gelten.

³⁷⁰ In seinem Buch "Leuchtturm in der Wüste" weist der Verleger und Autor Paul Rothenhäusler darauf hin, dass er bereits Monate, bevor die Schweiz die

a) Die Voraussetzungen zur erfolgreichen Abwehr wären ideal gewesen

Die Entwicklung der letzten zwei Jahre ist um so bedauerlicher, als unser Land ausgezeichnete Voraussetzungen gehabt hätte, um die Angriffe wirksam und kategorisch zurückzuweisen. Man hätte lediglich die geschichtlichen Fakten auf den Tisch legen müssen. Österreich hatte sich mit fliegenden (Hakenkreuz-) Fahnen dem Dritten Reich angeschlossen. Italien war der Waffenbruder von Deutschland, sein Sündenregister reicht vom Giftgaseinsatz gegen Abessinien (Äthiopien) bis zum Stahlpakt mit Hitlerdeutschland. Aber auch Staaten, die nicht mit Deutschland kooperierten, luden damals schwere Schuld auf sich. Spanien sandte unter dem Franco-Regime Kampftruppen zur Unterstützung der Deutschen an die Ostfront³⁷¹. Frankreich muss sich Massendeportationen Richtung Osten in die Konzentrationslager vorwerfen lassen³⁷², ebenso die Vichy-Kollaboration unter Marschall Pétain. Demgegenüber hat die Schweiz die Kraft aufgebracht, inmitten der totalitären Achsenmächte ein demokratisches, freiheitliches Land zu bleiben, das mehr Flüchtlinge aufgenommen hat, als selbst die damals unbedrängten Staaten.

Wie positiv die seinerzeitige Haltung unseres Landes war, geht nicht zuletzt aus Kommentaren von damaligen alliierten Führungspersonlichkeiten hervor, die im Vergleich zu den heutigen Kritikern und Junghistorikern die Umstände naturgemäss besser beurteilen konnten. Sie sahen, dass das Verhalten der Schweiz während des Krieges nicht nur rechtmässig und moralisch vertretbar, sondern vor allem überlebenswichtig war. Der damalige britische Gesandte in Bern schrieb: *„Wenn es uns (...) gelungen wäre, Schweizer Exporte nach Deutschland und deutsche Exporte nach Italien (über die Schweiz geleitet) zu unterbinden, dann hätten wir*

Zusammenarbeit beendete, den Bundesrat brieflich darauf hingewiesen hatte, dass bei Ruder Finn Vorsicht geboten ist. In der Sommersession 1998 verlangte Nationalrat Schlüter (SVP, Zürich), ein Nachtragskredit von rund Fr. 660'000.-- zugunsten der Beraterfirmen sei wegen der Problematik Ruder Finn abzulehnen. Sein Antrag wurde knapp abgelehnt, vor allem wohl deshalb, weil der Bundesrat erklärte, der via Nachtragskredit geforderte Betrag sei bereits ausbezahlt worden.

³⁷¹ Spanien sandte die sogenannte *Blaue Division* an die Ostfront.

³⁷² Von rund 300'000 Juden, welche vor dem Krieg in Frankreich gewohnt hatten, wurden rund 75'000 mit Hilfe der französischen Behörden deportiert. Fast 30'000

*nicht nur die Schweizer Wirtschaft zerschlagen, sondern auch den Deutschen die beiden wichtigsten Gründe dafür entzogen, eine freie Schweiz bestehen zu lassen. (...) Wir hatten grösstes Interesse daran, dass die Schweiz neutral und unversehrt bleibt*³⁷³.

Noch bemerkenswerter ist die viel zitierte Aussage von Winston Churchill: „Von allen Neutralen hat die Schweiz den grössten Anspruch auf Wertschätzung. Sie war die einzige internationale Kraft, welche die scheusslich getrennten Nationen mit uns verband. Was spielt es da für eine Rolle, ob die Schweiz in der Lage war, uns die Handelsvorteile zu geben, die wir wünschten, oder ob sie den Deutschen zu viele gab, um das eigene Leben zu bewahren? Sie war ein demokratischer Staat, der in seinen Bergen für Freiheit in Selbstverteidigung stand, und trotz ihrer ethnischen Zugehörigkeit hat die Schweiz gesinnungsmässig grösstenteils unsere Partei ergriffen“.³⁷⁴

Ausgerechnet britische Persönlichkeiten äusserten sich so. Engländer, die wussten, dass ihre Soldaten an der Front in die Mündungen von Waffen schauten, die vielleicht mit Lieferungen aus der Schweiz hergestellt worden waren.

b) Vor allem in den USA

Gerade in den USA wären die Voraussetzungen gut gewesen, sich erfolgreich zur Wehr zu setzen. Einerseits wegen dem offensichtlichen Wohlwollen, das von der amerikanischen Bevölkerung unserem Land seit jeher entgegengebracht wurde. Andererseits, weil die Amerikaner in der Regel sehr ähnliche moralische Wertvorstellungen wie die Schweizer haben, weil sie sachlichen Argumenten sehr zugänglich sind, und weil sie es schätzen, wenn sich ein zu Unrecht Angegriffener energisch zur Wehr setzt. Wer selbstbewusst für sein Land einsteht, erntet Respekt. Nationaler Kleinmut, ja geradezu Selbstverleugnung des eigenen

Unternehmen oder Geschäfte und ca. 12'000 Gebäude wurden beschlagnahmt (vgl. *Jüdische Rundschau* vom 24. Dezember 1997).

³⁷³ Sir David Kelly, der damalige britische Gesandte in Bern, in seinen Erinnerungen, 1952.

³⁷⁴ Winston Churchill am 3. Dezember 1946 xxx, übersetzt in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 18./19. Januar 1997.

Landes, wie sie bei uns zu finden sind, sind den Amerikanern jedoch fremd.

Man stelle sich einen Durchschnittsamerikaner vor, der von der Geschichte des zweiten Weltkriegs wenig Kenntnis hat; oder einen lokalen Richter, der einen weitreichenden Entscheid für oder gegen die Schweizer Banken zu fällen hat. Man stelle sich einen Politiker vor, der irgendwo in den USA über einen Boykott gegen die Schweizer Banken zu befinden hat; oder einen amerikanischen Verwaltungsbeamten, der darüber zu entscheiden hat, ob eine Fusion von Schweizer Banken bewilligt werden soll oder nicht. Man denke nicht zuletzt an die kalifornische Senatorin Barbara Boxer, die in ihren Hasstiraden gegen unser Land andauernd Schweiz und Schweden verwechselte und unter anderem meinte, die Schweiz habe während des Zweiten Weltkriegs über keine Armee verfügt.

Solch schlecht informierte Leute erlebten, wie die amerikanischen Medien ständig von 7 Milliarden gestohlenen Dollars schrieben, die angeblich auf Schweizer Banken ruhen. Dann plötzlich erschien im März 1997 in den amerikanischen Medien die Meldung, die Schweiz sei nun bereit, 7 Milliarden in eine Stiftung einzubezahlen, ohne dass erklärt wurde, weshalb, wofür und durch wen. Sie haben an den amerikanischen Bildschirmen gesehen, wie ein Schweizer Bundesrat erklärte, wie bedauerlich es sei, dass Totengold in die Schweiz geflossen sei. Sie haben gehört, wie Mitglieder unserer Regierung sagten, wir hätten die Flüchtlinge in den sicheren Tod geschickt, oder wir hätten von den Deutschen verlangt, die Reisepässen der deutschen Juden mit einem "J" zu kennzeichnen.

Die Amerikaner haben selbstbeschuldigende Stellungnahmen unserer Botschaft in Washington zur Kenntnis genommen, *"die Schweizer Banken haben Millionen, vielleicht Milliarden von Dollars in bar von Juden erhalten (...) und später "mauerten" die Banken oder stritten die Ansprüche der Opfer ab"*. Oder sie lasen gar, wie unser Botschafter sagte: *"Wir wiesen Tausende von Juden an der Grenze ab (...). Zudem war es ein hoher Schweizer Beamter, der den Deutschen vorschlug, den schrecklichen Judenstempel in die Reisepässe jüdischer Bürger zu stempeln. (...) Zu Beginn wussten die hohen Bankmanager sicher nicht, dass das von ihnen von der*

Reichsbank gekaufte Gold auch geschmolzenes Opfergold enthielt, aber in den späteren Kriegsjahren müssen sie das sicher gewusst haben."³⁷⁵.

Ist da noch erstaunlich, dass in den USA geglaubt wird, die erhobenen Vorwürfe entsprächen auf der ganzen Linie den Tatsachen?

c) "Totengold" als Paradebeispiel der verpassten Verteidigung

Der Bundesrat kann zwar sehr wohl für sich in Anspruch nehmen, er habe jeweils den Anschuldigungen widersprochen. Das allein genügt jedoch nicht. Zu einer wirksamen Verteidigung gehört auch, dass Protest gegenüber dem richtigen Gesprächspartner, in der richtigen Form und in der richtigen Lautstärke zum Ausdruck gebracht wird.

Gerade bei den Vorwürfen betreffend dem Totengold kann die zu defensive Haltung des Bundesrats exemplarisch dargelegt werden. Wie erwähnt beinhaltete das Vorwort des *Eizenstat-I-Berichts* schwere, unbewiesene Anschuldigungen (vgl. Kapitel 7 d2), unter anderem bezüglich dem Totengold³⁷⁶. Bemerkenswert war bereits, dass der Bundesrat in seiner offiziellen Stellungnahme verschiedene Vorwürfe (wie die angebliche Kriegsverlängerung durch die Schweiz) mit keinem Wort kommentierte³⁷⁷. Besonders negativ wirkte sich aber vor allem die schwache oder sogar zweideutige Reaktion betreffend dem Totengold aus. Der Bundesrat liess verlauten: *"Dagegen enthält der Bericht Belege, wonach die Nationalbank Goldbarren gekauft hat, welche sogenanntes Totengold enthalten. Meine Damen und Herren,*

³⁷⁵ Das erste Zitat stammt von Caroline Heimo, Sprecherin der Schweizer Botschaft, in: *Baltimore Jewish Times* vom 30. Januar 1998. Das zweite Zitat stammt von Botschafter Alfredo Defago selbst, in: *Chicago Tribune* vom 14. September 1997. Die *Chicago Tribune* kommentierte dieses Interview mit folgenden Worten: *"Das kleine demokratische Land Schweiz wurde vom Zweiten Weltkrieg verschont, wenigstens bis vor kurzem. (...) Es liegt nun an der jungen Schweizer Generation, die Scherben aufzuwischen ("to clean up the mess"). Der letzte Versuch der Schadensbegrenzung stammt von Botschafter Defago, der in den USA umherreist, während zu Hause seine Mitbürger gegen eine Identitätskrise von epischem Ausmass kämpfen"*.

³⁷⁶ Immerhin schrieb Eizenstat in seinem Vorwort, dass *„es keine Beweise dafür gibt, dass die Schweiz (...) wissentlich Totengold angenommen hat“*. Aber die Art und Weise, wie er darlegte, dass *„die Studie eindeutig beweist, dass mindestens ein kleiner Teil des Goldes, das in die Schweiz gelangte, (...) von einzelnen Zivilpersonen in den besetzten Ländern und von KZ-Opfern stammte“*, stellte einen klaren Vorwurf an die Adresse unseres Landes dar.

³⁷⁷ Vgl. *„Stellungnahme im Namen des Bundesrates zum ersten „Eizenstat-Bericht“ vom 7. Mai 1997“*.

*falls dies wirklich zutrifft, sind dies zutiefst schockierende Neuheiten.*³⁷⁸. Dementsprechend fiel die Berichterstattung in den amerikanischen Zeitungen aus: *„Flavio Cotti lobte die amerikanische Studie für ihre Integrität und die fairen Schlussfolgerungen, und er gab an, schockiert zu sein, weil Gold, das von Schmuck und Zahnfüllungen von Holocaust-Opfern stammte, den Weg in die Schweizer Banken gefunden habe*³⁷⁹. Wer das liest, meint ohne Zweifel, die Herkunft des Goldes sei den Schweizern bekannt gewesen. Der Bundesrat hätte den Bericht auf keinen Fall loben dürfen, sondern er hätte protestieren müssen, dass selbstverständlich das Totengold in keiner Weise einen Kritikpunkt darstellen kann, solange die Schweiz dessen Herkunft nicht gekannt hatte.

Nicht nur missverständlich, sondern geradezu unverzeihlich war schliesslich die eben zitierte Äusserung unseres Botschafters in den USA (vgl. Kapitel 11 b). Nicht einmal Edgar Bronfman hat es gewagt, direkt zu behaupten, die Schweiz habe wissentlich Totengold entgegengenommen. Vielmehr wählte er die Worte immer sorgfältig so, dass dieser Eindruck entstand, ohne dass er den Vorwurf explizit aussprach. Dass der Schweiz dieser Vorwurf ausgerechnet vom eigenen Botschafter gemacht wurde, ist nicht zu verstehen. Es sind solche Selbstbezeichnungen, die verheerende Breitenwirkungen erzielen, von der unbekanntenen englischen Fernsehzuschauerin³⁸⁰ bis hin zum bekannten amerikanischen Filmregisseur³⁸¹.

Beim Thema Zahngold zeigt sich auch, dass die Schweiz zumindest punktuell schon längst auf das Prinzip "Angriff ist die beste Verteidigung" hätte umschalten müssen. Es war ja von allem Anfang

³⁷⁸ Der Bundesrat hatte in seiner Stellungnahme vom 7. Mai 1997 zwar weiter unten angefügt, der Bericht habe bestätigt, dass die damaligen Verantwortlichen der Nationalbank nicht wussten, dass Totengold eingeschmolzen war. Es war jedoch absehbar, dass dieser Zusatz in den Kurzmeldungen in den US-Medien nicht zitiert werden würde.

³⁷⁹ Kommentar von William Drozdiak in *Washington Post* nach der Veröffentlichung des Eizenstat-Berichts vom 7. Mai.

³⁸⁰ Eine Britin entsetzte sich im Fernsehinterview: *"O Gott, wenn ich daran denke, dass Zahngold meiner Mutter zu Goldvreneli geprägt wurde"*. Solche Kommentare sind derart einprägsam, dass sie kaum mehr korrigiert werden können.

³⁸¹ Neben dem Regisseur Steven Spielberg beschäftigt sich insbesondere auch der US-Filmregisseur Brian De Palma mit dem Gedanken, einen Film über die Schweizer Banken zu drehen. Im Interview erklärte er: *"Ohne Frage wurden in Konzentrationslagern den Opfern Zähne und Ringe aus Gold abgenommen und zu Barren eingeschmolzen. Zweifellos haben die Schweizer solches Gold entgegengenommen und ebenso fraglos will niemand, dass dieses Gold je wieder auftaucht"*. Auf die Frage des Journalisten, ob er denn der Schweizerischen Nationalbank nicht traue, antwortete er: *"Absolut nicht. Sie machen wohl Scherze"*. In: *Sonntags Zeitung* vom 30. August 1998.

an klar, dass die Alliierten das von ihnen gefundene Totengold nicht weggeworfen hatten. Noch Ende 1946, also lange nach Kriegsende, lag es in der Reichsbank in Frankfurt, bewacht von der US-Airborne-Division 101. Dann wurde es von den Alliierten eingeschmolzen und weiter verwendet, so dass es heute in Goldbeständen über die ganze Welt verteilt sein dürfte. Aber nicht genug damit. Als die Amerikaner 1947 unsere Nationalbank anfragten, ob sie die Einschmelzung von Totengold übernehmen würde, lehnte das Direktorium mit der Begründung ab „die Schweiz möchte mit diesem Gold weder direkt noch indirekt etwas zu tun haben“³⁸².

Es ist unter diesen Umständen pure Heuchelei, wenn ausgerechnet ein amerikanischer Unterstaatssekretär im Namen seiner Regierung zum Thema macht, bedenklicherweise sei Totengold in die Schweiz geflossen. Die Schweiz hätte in aller Öffentlichkeit protestieren und sofort energisch die Gegenfrage aufwerfen müssen, was denn die Alliierten mit dem von ihnen gefundenen Totengold gemacht haben (vgl. Kapitel 7 b3).

„Gegenwürfe“ müssen und dürfen nicht polemisch sein. Ein mögliches Vorgehen zeigte ein Beitrag der *Rundschau* des Schweizer Fernsehens, in welchem dargelegt wurde, 1950 habe die New Yorker Filiale der US-Notenbank Goldbarren umgeschmolzen, wobei das Hakenkreuz durch den unverdächtigen US-Stempel ersetzt wurde³⁸³. Das ist ein Vorgehen, das an moralischer Verwerflichkeit weit über das hinausgeht, was der Schweiz vorgehalten werden kann.

d) Kontraproduktives Entgegenkommen des Bundesrates

³⁸² Protokoll Nationalbank vom 17. September 1947.

³⁸³ Bericht des Historikers Gian Trepp; in: *Rundschau* vom 5. November 1997. Dieses Beispiel zeigt, dass Historiker und Mitarbeiter von SF-DRS (Klaus Vieli und Hannes Britschgi) durchaus in der Lage und erfreulicherweise auch gewillt sind, Beiträge zu verfassen, welche die Schweiz entlasten. Der Sachverhalt wurde auch durch die *New York Times* vom 2. November 1997 dargestellt: Seit 1949 habe die *Chase National Bank of New York* (heute *Chase Manhattan*) und die *National City Bank* (heute *Citicorp*) Spanien Kredite in Höhe von insgesamt 60 Millionen Dollar gewährt. Um diese Kredite zu bezahlen, wurde Spanien erlaubt, Gold an die *Federal Reserve Bank* zu liefern. Ungefähr 12 Millionen Dollar war belgischer und niederländischer Herkunft. Einige Barren trugen gar noch das Hakenkreuz. Laut dem Eisenstat-II-Bericht wusste die *Federal Reserve Bank* schon damals, dass es sich um Raubgold handelte. Der Hauptteil dieses Goldes wurde von der US Assay Office in US-Barren umgeschmolzen.

Nicht nur bei der amerikanischen Öffentlichkeit wirkt es kontraproduktiv, unterwürfig zu agieren und Kniefälle zu machen³⁸⁴. Auch diejenigen, welche die Hetzkampagne gegen die Schweiz führen, legen Selbstbezeichnungen, Zahlungen und Entschuldigungen als Schwächezeichen aus und machen damit hemmungslos Propaganda in eigener Sache, wie die folgenden beiden Beispiele zeigen.

Es war ein Fehler, dass sich unser Bundesrat dazu bewegen liess, mit Edgar Bronfman sogar in dessen Privatbüro in New York zu verhandeln. Ein Pressezitat zeigt, wie dieser das gutgemeinte Entgegenkommen schamlos missbrauchte, um seine Machtstellung zu dokumentieren und unsere Landesregierung lächerlich zu machen. In herablassendem Stil liess er verlauten: „*Ich kann mich an den Besuch des schweizerischen Aussenministers erinnern. Der Mann war richtiggehend nervös: Offenbar hatte er Angst vor mir*“³⁸⁵. Die Deutschen haben in ähnlicher Lage anders reagiert. Senator D'Amato lässt sich bekanntlich auch für die Interessen der Scientologen einspannen³⁸⁶. Dabei ging er gegen die Deutsche Regierung nach dem selben Muster vor wie gegen die Schweiz³⁸⁷. Er verglich die Regierung Kohl mit dem Hitlerregime, wie er das Verhalten unseres Landes demjenigen des Naziregimes gleichsetzte. Die Regierung Deutschlands protestierte heftig und öffentlich, sie nahm weder mit D'Amato noch mit den Scientologen das Gespräch auf. Der deutsche Aussenminister Kinkel griff D'Amato vehement an und bezeichnete dessen Aeusserungen als unerträglich³⁸⁸.

Wie wenig es nützt, wenn Schweizer Politiker in bester Absicht vermeintlich versöhnliche Schritte unternehmen, zeigte sich auch beispielhaft in der vom Simon Wiesenthal-Center veröffentlichten zweiten Studie des Historikers Alan Schom (*Chronologie*, Ziffer 38), in

³⁸⁴ Allerdings ist von entscheidender Bedeutung, dass das Selbstvertrauen nicht in Arroganz mündet. Höfliche Zurückhaltung, ja selbst Entschuldigungen im richtigen Moment (z.B. betreffend Fehlern in der Flüchtlingspolitik oder betreffend der Affäre Meili) lassen sich sehr wohl mit Selbstvertrauen und Zivilcourage vereinbaren.

³⁸⁵ Wörtlich die amerikanische Ausdrucksweise: „*Offenbar glaubte er, ich habe Hörner*“, was sinngemäss bedeutet, er habe Angst. Das Zitat stammt aus dem Magazin *MacLean's* vom 9. Juni 1997.

³⁸⁶ Deutschland nahm im Kampf gegen Exzesse von Sekten die Scientologen ins Kreuzfeuer. Die Scientologen bezeichnen ihre Denkrichtung als Religion und werfen Deutschland vor, religiöse Minderheiten zu diskriminieren.

³⁸⁷ Auch im Falle der Scientologen hat sich eine offizielle Regierungsstelle (das US-State Department) dazu hinreissen lassen, bei der deutschen Regierung zu intervenieren.

³⁸⁸ Vgl. Tages-Anzeiger vom 28. Oktober 1997.

der die Schweiz als eigentliches Nazinest bezeichnet wurde. Bezugnehmend auf die Entschuldigung, die Bundesrat Kaspar Villiger betreffend der damaligen Schweizer Flüchtlingspolitik in seiner Rede vom 8. Mai 1995 ausgesprochen hatte, schrieb Schom: *"Die Rede von Präsident Villiger ist getränkt von Ironie und Unehrllichkeit. (...) Auch Villigers Familienstammbaum ist nicht frei von Flecken. Kaspar Villigers Vater und Onkel hatten illegal Zigarrenfirmen gekauft, die jüdischen Familien gestohlen worden waren. (...) Derselbe Villiger weigert sich immer noch, das geplünderte Eigentum den berechtigten Erben herauszugeben, oder sie für ihren Verlust zu entschädigen. Kaspar Villiger ist ein Paradebeispiel eines Schweizers. Verlogenheit und Gier bestimmen weiterhin die schweizerische Politik, ebenso die Verschleierung der historischen Wahrheit. In der Schweiz scheint zu oft Geld und Eigentum wichtiger als Humanität und internationale Integrität."*³⁸⁹

e) Härteres Auftreten gegenüber den Regierungen wäre nötig gewesen

Wichtig wäre vor allem ein unmissverständliches Auftreten der Schweiz auf Regierungsebene gewesen.

Es ist fraglich, ob sich der amerikanische Präsident Bill Clinton überhaupt bewusst ist, was durch die erhobene Kritik in der Schweiz ausgelöst wurde. Mit Sicherheit kennt er die geschichtliche Situation der Schweiz zu wenig und hat nicht realisiert, wie ungerechtfertigt und übertrieben die erhobenen Forderungen waren. Verständlich ist auch, dass für ihn die Schweiz ein vernachlässigbares Problem ist verglichen mit den inneramerikanischen Machtzentren von New York und Los Angeles. Aber die USA können kein Interesse daran haben, dass die Leistungen der Amerikaner im und nach dem Zweiten Weltkrieg in Vergessenheit geraten und Aversionen gegen die USA geweckt werden, nur weil ein Unterstaatssekretär zusammen mit der Spitze des jüdischen Weltkongresses sein Süppchen kocht. Genauso, wie Edgar Bronfman den jüdischen Weltkongress missbraucht, wenn er bewusst eine Entwicklung einleitet, die Antisemitismus erzeugt, so

³⁸⁹ xxx

missbraucht Unterstaatssekretär Eizenstat mit seinem Doppelspiel³⁹⁰ die Regierung der USA. Der Präsident der USA hätte von der Schweiz darüber aufgeklärt werden müssen, dass dadurch nicht nur ein völlig falsches Bild der Schweiz in den USA aufgebaut wurde, sondern dass umgekehrt auch die USA einen grossen Imageverlust in der Schweiz erlitten, was auch internationale Auswirkungen haben kann (vgl. Schluss des vorliegenden Kapitels).

Gegenüber Madelaine Albright und Hillary Clinton

Im November 1997 stattete die amerikanische Aussenministerin Madelaine Albright der Schweiz einen Besuch ab. Im Februar 1998 weilte die Präsidentengattin Hillary Clinton in unserem Land. Im Mai 1998 machte sogar der Präsident persönlich in Genf einen Zwischenhalt. Gleichzeitig wurde Bundesrat Cotti in Israel von Ministerpräsident Netanyahu empfangen. Bei allen vier Zusammentreffen fielen die offiziellen Stellungnahmen sowie die Medienberichte positiv aus. Immer wieder wurde Wert auf die Feststellung gelegt, dass keine Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungen bestehen.

Das war keineswegs genügend. Aussenministerin Albright ist die Vorgesetzte von Stuart Eizenstat. Von ihr hätte verlangt werden müssen, sich von dessen offensichtlich falschen Anschuldigungen ausdrücklich zu distanzieren. Sie hat im Gegenteil in Bern die Behauptung wiederholt, die Schweiz habe mitgeholfen, den Krieg zu verlängern³⁹¹. Auch die Präsidentengattin hätte mit dem Bewusstsein heimkehren müssen, dass sich die Schweiz nicht bieten lassen kann, wenn sich die amerikanische Regierung hinter einen Mann wie Edgar Bronfman stellt. Auch Hillary Clinton hätte mit dem bedenklichen Stimmungswechsel in der Schweiz gegenüber den USA konfrontiert werden müssen.

³⁹⁰ Je nach Bedarf wird die Schweiz gelobt (sobald sie sich "kooperativ" zeigt), oder scharf kritisiert. Ein Mann tritt versöhnlich auf (zum Beispiel Stuart Eizenstat), der andere attackiert gleichzeitig (z.B. Israel Singer). Es handelt sich dabei um eine sorgfältig koordinierte Taktik gemäss dem Prinzip "Zuckerbrot und Peitsche". Man kann diese Verhandlungstaktik in den USA geradezu als klassische Methode bezeichnen, die in breiten Kreisen als "Harvard-Konzept" bekannt geworden ist, nicht zuletzt durch das populäre Buch von Uri Fisher "*The Harvard-concept; getting to yes*".

Gegenüber dem Präsidenten Bill Clinton

Dass bei diesen Besuchen nicht das Optimum erreicht wurde, geht unter anderem aus den Zeitungsberichten nach dem Besuch Präsident Clintons hervor. Der Bundesrat wurde mit dem Kommentar zitiert, es gäbe *"keinen Schatten zwischen den USA und der Schweiz"*, was offensichtlich nicht zutraf. Präsident Clinton habe *"versichert, wie sehr er die Bemühungen der Schweiz bei der Aufarbeitung der Vergangenheit schätze und wie sehr er alle Boykottdrohungen ablehne"*, nachdem ihm zugesichert worden war, dass die Schweiz *"die eingeleiteten Massnahmen weiterführen werde und kein Cent von den in der Schweiz befindlichen Vermögenswerten von Holocaust-Opfern und deren Nachkommen im Land bleiben werde"*.

Bei dieser Formulierung springt geradezu ins Auge, dass auch der Präsident der USA davon ausging, die Schweiz werde früher oder später bezahlen. Genau dieser Punkt hätte aber bereinigt werden müssen. Die Schweiz hätte vom amerikanischen Präsident die unmissverständliche Erklärung verlangen müssen, dass er und sein Land weder von der Schweiz, noch von der Nationalbank, noch von den Schweizer Banken irgend welche zusätzliche Zahlungen erwarten, selbstverständlich mit Ausnahme der Fälle, bei denen noch Inhaber von Bankkonten gefunden werden können. Clinton hätte darauf aufmerksam gemacht werden müssen, wie unakzeptabel es ist, dass die USA einen Unterstaatssekretär in der Schweiz auftreten lassen, der in offizieller Funktion einen Mann wie Edgar Bronfman lobt, welcher der Schweiz den totalen Krieg androht. Auch vom Präsidenten hätte eine offizielle Distanzierung von seinem Staatssekretär gefordert werden müssen.

Dass sich Präsident Clinton gegen Boykotte aussprach, war kein Entgegenkommen, sondern eine Selbstverständlichkeit. Etwas anderes hätte sich der höchste Mann der USA, die als Hüter des freien Marktes gelten, gar nicht erlauben können. Seine Distanzierung von Boykotten genügte um so weniger, als er als Präsident auf

³⁹¹ In ihrer Ansprache in der Wandelhalle des Bundeshauses sagte Aussenministerin Madeleine Albright: *"Switzerland helped to sustain the german war effort (= die Schweiz half, die deutschen Kriegsbemühungen aufrechtzuerhalten)"*.

Boykotte gliedstaatlicher oder lokaler US-Behörden gar keinen entscheidenden Einfluss ausüben konnte.

Gegenüber Benjamin Netanyahu

Auch Israel gegenüber hätte ein anderer Ton angeschlagen werden müssen. Israel hat zwar die Schweiz nicht angegriffen. Es hat jedoch der Jüdischen Rückerstattungs-Weltorganisation den Auftrag erteilt, für die Wiederbeschaffung der im Krieg verlorenen jüdischen Vermögenswerte besorgt zu sein³⁹². Der Präsident dieser Organisation ist wiederum Edgar Bronfman. Leute wie er und Avraham Burg betonen immer wieder, vom später ermordeten Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin dieses Mandat erhalten zu haben³⁹³. Avraham Burg räumt offen ein, Rabin habe dieses Mandat aus taktischen Gründen an die jüdischen Organisationen abgetreten. Er habe gesagt: *"Macht es mit den internationalen jüdischen Organisationen, denn für die israelische Regierung liegt ein Interessenkonflikt bezüglich ihrer Beziehung zur Regierung der Schweiz vor"*. Wurde also dieser Weg bewusst gewählt, um gegen Schweiz vorgehen zu können, ohne dabei die freundschaftlichen Beziehungen der beiden Länder zu gefährden? Ultimativ hätte vom israelischen Ministerpräsidenten die Erklärung verlangt werden müssen, dass sich Israel klipp und klar von Scharfmachern distanziert und jegliche Zusammenarbeit mit einer Person abbricht, die unserem Land den "totalen Krieg" androht.

Die Schweiz ist keineswegs wehrlos

Es wird immer wieder gesagt, die kleine Schweiz habe gar keine Möglichkeit, sich wirkungsvoll zur Wehr zu setzen, schon gar nicht gegen die übermächtigen USA.

Wer das sagt, übersieht einen wesentlichen Punkt. Trotz den grossen negative Auswirkungen, welche die Kritik an der Schweiz in den letzten zwei Jahren gehabt hat, ist doch zu bedenken, dass es um ihr angebliches Fehlverhalten vor mehr als 50 Jahren geht. Bei den USA

³⁹² Der Auftrag wurde der Jüdischen Rückerstattungs-Weltorganisation (World Jewish Restitution Organisation; WJRO) erteilt. Sowohl der jüdische Weltkongress (Vorsitz Edgar Bronfman) wie auch die Jewish Agency (Vorsitz Avraham Burg) treten als Mitglieder der WJRO auf. Noch heute besteht dieses offizielle Mandat

³⁹³ *Jüdische Rundschau* vom 11. Juni 1998.

hingegen kann deren heutiges Verhalten zum Thema gemacht werden. Seit dem Fall der Berliner Mauer nehmen die USA vermehrt für sich in Anspruch, als moralisches Gewissen der Welt aufzutreten. Sie setzen ihren Führungsanspruch in der Welt und die damit verbundenen moralischen Werte teilweise mit Waffengewalt durch. Dabei sind sie in ganz entscheidendem Masse darauf angewiesen, dass die von ihnen vertretene Moral in der zivilisierten Welt Rückhalt findet. Gerade das heikle Engagement der USA im nahem Osten zeigt dieses Problem in aller Klarheit auf. Es führt in die Katastrophe, wenn die USA zusammen mit Israel eine Politik durchsetzen, wenn diese in Widerspruch zu den allgemein gängigen Moralvorstellungen geraten sollte.

Die USA müssen sie deshalb zweimal überlegen, ob sie in Kauf nehmen wollen, ausgerechnet von der Schweiz, die vielerorts einen guten Ruf besitzt, der egoistischen Machtpolitik bezichtigt zu werden. Wie würden Staaten in der dritten Welt reagieren, wenn die Schweiz unter lauten Protesten die bisher übernommene Schutzmacht konsularische Vertretung der USA in Staaten wie Iran und Kuba niederlegen würde mit der Begründung, das Vertrauen für eine Zusammenarbeit mit den USA sei nicht mehr gegeben? Wie würden sie reagieren, wenn sich die Schweiz vor der Weltöffentlichkeit darüber beklagt, zur Regierung der Vereinigten Staaten bestehe keine genügende Vertrauensbasis mehr, weil sich diese von einer kleinen, finanziell starken Gruppe für deren Zwecke missbrauchen lässt? Einen Vertrauensverlust in das amerikanische Rechtswesen und den Vorwurf von erpresserischen Massnahmen durch staatliche Behörden können sich USA langfristig nicht leisten, wenn sie weiterhin die Führungsrolle in der Welt spielen wollen.

Für die israelische Regierung Netanyahu wäre es in Anbetracht der Opposition, mit der sie sich ohnehin schon konfrontiert sieht, problematisch, zugeben zu müssen, dass sie mit einem Mann wie Edgar Bronfman zusammenarbeitet, welcher der Schweiz mit dem "totalen Krieg" droht. Solche Ausdrücke lösen auch in Israel Skepsis aus, zumindest im gemässigten Teil der Bevölkerung. Scharfe Kritik durch die offizielle Schweiz könnte somit durchaus Wirkung haben.

f) Auch die Banken verfolgten einen zu weichen Kurs

Aber nicht nur unsere Regierung hat einen zu wenig harten Kurs verfolgt. Beispiele wie die folgenden zeigen, dass sich auch Bankenkreise zu defensiv verhielten.

Klima der Zahlungsbereitschaft durch Bankier mitverursacht

Bis anfangs 1997 galt in der Schweiz das Motto "zuerst untersuchen, erst dann über Zahlungen reden". Zuerst sollten die Ergebnisse der Kommissionen Bergier und Volcker abgewartet werden. Am 22. Januar 1997 schlug jedoch der Präsident des Verwaltungsrats der Credit Suisse Group, Rainer Gut, unvermittelt Pauschalzahlungen vor. Aus der Reaktion der Presse geht hervor, dass er dies als "kühnen Vorstoss" vorschlug, ohne sich mit den Betroffenen abzusprechen³⁹⁴. Der mit dieser Ankündigung ausgelöste Zugzwang führte zur Gründung des Holocaust-Fonds, also zu den Zahlungen der Banken, der Wirtschaft und der Nationalbank.

Eben erst hatte der jüdischen Weltkongress konkrete erste Zahlung in der Höhe von 250 Millionen Dollar gefordert³⁹⁵. Offenbar handelte Rainer Gut in der Hoffnung, der Druck lasse nach, wenn die Schweiz dieser Forderung nachkomme. Wie die folgenden Monate zeigten, war eher das Gegenteil der Fall. Wie diese Zahlungen auf die Weltöffentlichkeit wirkten, wurde vom Leiter des *Simon Wiesenthal-Centers*, Marvin Hier, perfekt zusammengefasst: *"Die Schweiz hätte keinen Holocaust-Fonds eingerichtet und würde nicht die Schaffung einer Solidaritätsstiftung erwägen, wenn sie sich nicht schuldig fühlte. Kein Land würde solche Massnahmen ohne Grund ergreifen."*³⁹⁶.

Dass Zahlungen dieser Art einer kontraproduktiven

³⁹⁴ Vgl. Artikel *Kühner Vorstoss von Rainer E. Gut*, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 22. Januar 1997. Die *Neue Zürcher Zeitung* sprach vom "Husarenstreich Guts" und schrieb: "Selbstverständlich wäre es besser gewesen, er hätte seine Initiative in Absprache mit den andern potentiellen Geldgebern zu einem Paket schnüren können. (...) Nach der Auffassung Guts sind folgende Massnahmen nötig; es ist ein rein gemeinnütziger Fonds durch die drei Gruppen Banken/Versicherungen, Schweizerische Nationalbank und Eidgenossenschaft zu schaffen. Weitere Branchen müssten aber dazukommen. Jeder der drei "Erstzahler" müsste nach Guts Auffassung rund einen Drittel beisteuern. Bei den Banken seine dabei primär die Grossbanken in der Pflicht (...) Gut gibt zu verstehen, dass er noch vor Weihnachten mit einem Betrag von rund 100 Millionen Franken gerechnet habe. Angesichts der Ereignisse seit dem Jahreswechsel müsse es aber bedeutend mehr sein."

³⁹⁵ Dies wurde zwar von den Exponenten des jüdischen Weltkongresses bestritten, vgl. u.a. in der *Basler Zeitung* vom 11. Januar 1997 von Elan Steinberg, dem Direktor des Jüdischen Weltkongresses.

³⁹⁶ Rabbi Marvin Hier, Leiter des Simon Wiesenthal-Centers in Los Angeles, am 8. August 1997.

Schuldanererkennung gleichkamen und die Probleme nicht lösten, geht auch aus einem Interview mit Avraham Burg, dem Präsidenten der Jewish Agency, hervor, der - mehr als ein Jahr später auf eine weitere Zahlung der Grossbanken angesprochen - freimütig zugab: "(Eine Zahlung) *wird die Probleme nicht lösen, es wird sie nur verschärfen*³⁹⁷".

Die Zukunft wird weisen müssen, ob sich der Entscheid der Banken , dem Druck nachzugeben und Zahlungen zu leisten, positiv war. Oder hätte es sich ausgezahlt, der Weltöffentlichkeit zu demonstrieren, dass sich die Schweizer Banken von niemandem unter Druck setzen lassen, auch nicht von Leuten, die extrem viel Geld und Macht im Rücken haben und sogar die amerikanische Regierung für ihre Zwecke einspannen können. Auf jeden Fall jedoch war es ein Fehler, dass Bankenvertreter wie Rainer Gut bei ihrem teilweise verständlichen Bemühen, ihre Probleme durch faktische Schutzgeldzahlungen zu lösen, auch den Staat respektive die Nationalbank zu Zahlungen aufforderten. Glücklicherweise kamen der Bund und die Nationalbank dieser Aufforderung nach dem Frühling 1997 nicht mehr nach.

Missverständliche Entschuldigung

Ich weilte in den USA, als am 23. Juli 1997 die Schweizer Banken weltweit die erste Liste von nachrichtenlosen Konten veröffentlichten. Hauptsächliches Gesprächsthema nach der Fernsehberichterstattung war nicht die Veröffentlichung dieser Listen an sich. Hauptthema war vielmehr die anlässlich der Präsentation dieser Listen gemachte Aussage des Präsidenten der schweizerischen Bankiervereinigung, Georg Krayer, er habe *"kein Feigenblatt gefunden, das gross genug ist, um meine Scham zu bedecken"*. Einem amerikanischen Fernsehzuschauer, der eine solche Aussage gesehen hat, wird man nie mehr die Ueberzeugung nehmen können, das Verhalten der Schweizer Banken während des Zweiten Weltkriegs sei ein einziger Schandfleck gewesen“.

Es ist ein kleiner Trost, wenn die Aussage nicht so gemeint war, wie sie verstanden wurde oder werden wollte. Georg Krayer wollte gar

³⁹⁷ *Jüdischen Rundschau* vom 11. Juni 1998.

nicht sagen, die Banken hätten betreffend nachrichtenlosen Vermögen in der Vergangenheit Fehler gemacht, er wollte nur Mängel der Veröffentlichung im Juli 1997 kritisieren³⁹⁸. Seine Aussage vor den Medienvertretern war jedoch zumindest viel zu unvorsichtig. Es war absehbar, dass er missverstanden wird.

Zu defensive Veröffentlichung der Suchresultate

Die Banken informieren generell zu wenig offensiv. Es ist ihnen im Verlaufe der letzten zwei Jahre nicht einmal gelungen, der eigenen schweizerischen Oeffentlichkeit die entscheidenden Grössenordnungen ins Bewusstsein zu rufen. Nicht einmal in unserem Land hat die Bevölkerung realisiert, dass die erhobenen Vorwürfe betreffend nachrichtenlosen Konten von Anfang an 1000-fach übertrieben waren (Kapitel 6). Hätten die Banken beispielsweise plakativ und fortlaufend publiziert, mit welchem riesigem Aufwand die vergleichsweise winzigen nachrichtenlosen Vermögen jüdischer Kriegsoffer gefunden werden konnten, wäre der Oeffentlichkeit die Unverhältnismässigkeit der Forderungen drastisch vor Augen geführt worden.

Zu respektieren ist, wenn aus Rücksicht auf die Betroffenen keine Informationen über einzelne Konten und deren Inhaber gegeben werden³⁹⁹. Aber die Veröffentlichung der Tatsache, dass nur sehr wenige Konten jüdischer Kriegsoffer gefunden werden können, wäre im offensichtlichen Interesse der Schweiz gewesen. Es ist erstaunlich, dass sich selbst Paul Volcker als Vorsitzender der Volcker-Kommission beklagen musste: *„Wieviele der gefundenen Konti einem Holocaust-Opfer gehörten, weiss ich nicht. (...) Niemand will mir eine vernünftige Schätzung nennen“*. Bemerkenswert ist, dass sich auch die an den Sammelklagen beteiligten Anwälte weigerten, Paul Volcker die ihnen vorliegenden Informationen zur Verfügung zu stellen.

³⁹⁸ Brief an den Autor vom xxx. Georg Krauer wollte nur die mangelhafte Veröffentlichung dieser Listen vom 23. Juli 1997 in einigen Punkten kritisieren (es hatte sich herausgestellt, dass einige der gesuchten Kontoinhaber mit wenig Aufwand hätten gefunden werden können; zudem schien es sich bei einigen der veröffentlichten Namen eher um damalige Täter zu handeln, als um Naziopfer. Senator D'Amato bezeichnete es auch nach Veröffentlichung der zweiten Liste als *"Ungeheuerlichkeit, dass sich auf der Liste vor allem Namen nichtjüdischer Personen befinden"*. Es passt ihm offensichtlich einfach nicht, dass nur eine Minderheit der nachrichtenlosen Vermögen jüdisch sind.

³⁹⁹ Gemäss Presseberichten macht *„der Bankendachverband aus Rücksicht auf die Privatsphäre der Betroffenen keine Angaben zur Summe der ausbezahlten Beträge“* (Aargauer Zeitung vom 6. Dezember 1997).

Nicht einmal die krassesten Fälle werden aufgedeckt

Besonders stossend wirkt die Verschwiegenheit der Banken in den konkreten Einzelfällen, in denen sie in aller Öffentlichkeit massiv angegriffen worden waren (vgl. Kapitel 7 a6): Sollte beispielsweise stimmen, dass im Falle von *Greta Beer* das gesuchte Konto längst saldiert und das Geld von einem Onkel abgehoben worden ist, so grenzt es geradezu an Masochismus, wenn die betroffene Bank dies bisher nicht publizitätswirksam bekannt gegeben hat⁴⁰⁰. Noch erstaunlicher ist allerdings die zurückhaltende Informationspraxis in einem Fall, der eine Versicherung angeht: Die breite Öffentlichkeit ist nicht einmal über den "Fall Rosenberg" informiert worden, bei dem versucht wurde, die Winterthur-Versicherung zu hintergehen (ebenfalls Kapitel 7 a6).

Mag sein, dass das Stillschweigen der Banken und Versicherungen taktisch bedingt war, zum Beispiel wegen der Sammelklagen oder weil bei Vergleichsverhandlungen Stillschweigen vereinbart wurde. Zumindest aber stellt sich die Frage, weshalb diese Fälle nicht von den Schweizer Medien aufgegriffen wurden. Nicht einmal der Fall Rosenberg wurde publik gemacht.

Erstaunliches Verhalten im Fall Meili

Die Informationspolitik der Banken wirft nicht zuletzt im *Fall Christoph Meili*⁴⁰¹ Fragen auf. Von Anfang an war ersichtlich, wie gefährlich dieser Fall für die gesamte Schweiz werden könnte. In weiten Kreisen galt Meili als Held, in den USA und in Israel wurde er begeistert empfangen und geehrt. Als ihm von Bankier Robert Studer⁴⁰² in der Arena des Schweizer Fernsehens ohne Begründung unehrenhafte Beweggründe unterschoben wurden⁴⁰³, war definitiv das Bild des „David“ Meili geschaffen, der in heroischem Kampf gegen den

⁴⁰⁰ Auch die eidgenössische Bankenkommission stellt sich auf den Standpunkt, dass diese Information selbst nach den Aussagen von Edgar Bronfman noch immer dem Bankgeheimnis unterstehe (Brief an den Autor vom xxx).

⁴⁰¹ Vgl. Kapitel 7 a sowie Schluss des Buches, *Chronologie der Ereignisse*, Ziffer 13).

⁴⁰² Robert Studer, damaliger Präsident des Verwaltungsrats der Schweizerischen Bankgesellschaft.

⁴⁰³ Im Wortlaut sagte Robert Studer in der Arena vom 6. Februar 1997, das Verhalten von Christoph Meili „lässt mich vermuten, dass die Gründe, die Meili für sein Handeln angegeben hat, nicht die einzigen sind“. Diese im leeren Raum stehende

„Goliath“, die mächtige Grossbank, kämpfte. Dieses Bild liess sich vor allem in den USA äusserst medienwirksam vermarkten.

Nach mehr als einem Jahr fand in den Schweizer Medien plötzlich eine Kehrtwendung statt. Nun wurde plötzlich an Meilis Integrität gezweifelt und berichtet, Meili habe sich eigenartigerweise beim Auffinden der Akten in Räumlichkeiten aufgehalten, zu denen er als Wachmann gar keinen Zutritt gehabt hätte. Verdächtigerweise sei er bereits vorher mehrmals in diesen Räumlichkeiten gesehen worden. Nun wurde gemeldet, Christoph Meili sei bereits bei einem früheren Arbeitgeber wegen Problemen entlassen worden, zudem sei er im Zeitpunkt des Aktenfundes in gekündigter Stellung gewesen. Nun konnte man lesen, *„bankinterne Papiere weisen darauf hin, dass die bisherige Darstellung Meilis in wesentlichen Punkten nicht stimmt“*⁴⁰⁴. Was bewog die Bank, für sie entlastende Informationen länger als ein Jahr zurückzuhalten? Zumindest in der Schweizer Öffentlichkeit hätte vor allem die Tatsache, dass sich Meili offenbar aus irgendwelchen Gründen gezielt in den „Aktenvernichtungsraum“ begeben hatte, Misstrauen ausgelöst und die Angriffe teilweise entschärft.

Der Fall Meili zeigt, wie grosser Schaden allein durch (wirklich oder vermeintlich) arrogantes Auftreten verursacht werden kann⁴⁰⁵.

Allerdings ist der Vollständigkeit halber festzuhalten, dass die Untersuchungsbehörde an der Eskalation des Falles wesentliches Mitverschulden trägt. Wenn das Verfahren nicht derart unbegreiflich verschleppt worden wäre, hätte in den USA nicht so spektakulär zum Thema gemacht werden können, Meili werde in der Schweiz strafrechtlich verfolgt und müsse angeblich gar um sein Leben fürchten⁴⁰⁶.

Behauptung wurde in der Folge weder durch die Schweizerische Bankgesellschaft noch durch Direktor Studer in irgend einer Weise konkretisiert.

⁴⁰⁴ Zeitungsartikel *Interne Protokolle rücken die Tat Meilis in ein neues Licht*, in *Sonntags Zeitung* vom 18. Januar 1998.

⁴⁰⁵ Die Reaktionen von Bankdirektor Studer wurden nicht nur anlässlich der erwähnten Arena-Sendung als arrogant empfunden. Charakteristisch war auch die Reaktion der Öffentlichkeit, als Bankdirektor Studer die nachrichtenlosen Vermögen als *peanuts*, also als Kleinigkeiten bezeichnete. In der Sache hatte er sogar recht, so weit er damit sagen wollte, dass die gefundenen Summen betragsmässig vernachlässigbar seien. Die Art und Weise der Aussage erweckte jedoch einen äusserst schlechten Eindruck.

⁴⁰⁶ Wer erwartet hätte, dass dieser Fall von eminentem nationalem Interesse von der Untersuchungsbehörde speditiv bearbeitet werde, sah sich bitter getäuscht. Am 30. April 1997 reiste Christoph Meili in die USA ab. Erstaunt musste man erfahren, die Zeit seit dem Vorfall am 8. Januar 1997 habe angeblich nicht ausgereicht, um ihn ausreichend einzuvernehmen. Der Fall zog sich dahin, der zuständige Zürcher Bezirksanwalt Peter Cosenday war im Sommer ferienabwesend. Es dauerte mehr als 9 ½ Monate, bis der Fall am 1. Oktober 1997 ohne weitere Einvernahme Meilis

g) Das Geschirr ist schon zerschlagen

Die Nazigold-Krise hätte mit grosser Wahrscheinlichkeit zu Beginn durch eine selbstbewusste, ablehnende Haltung vermieden oder zumindest entscheidend entschärft werden können. Das zeigen die Beispiele von Spanien und Frankreich. Als sie von Senator D'Amato zu Hearings in die USA zitiert wurden, dachten sie nicht daran, in Washington zu erscheinen, *„weil dies die elementarsten Regeln der Beziehungen zwischen souveränen Staaten verletzt“*⁴⁰⁷. Spanien nahm den Standpunkt ein, dass es normal und notwendig gewesen sei, mit Deutschland Handel zu treiben, auch wenn das nach Spanien fliessende Gold gestohlen gewesen sein mag. In Frankreich wiesen sogar die französischen Juden die Angriffe ihrer Glaubensgenossen aus den USA kategorisch zurück.

Demgegenüber hat die Schweiz mit ihren Selbstbezeichnungen, ihren Zahlungen und Zahlungsankündigungen und durch den mangelnden Widerspruch gegen die Anschuldigungen weltweit und vor allem in den USA den Eindruck erweckt, sie habe tatsächlich durch Kooperation mit Nazideutschland schwere Schuld auf sich geladen. Dass eben doch in sehr breiten Kreisen die veröffentlichte antischweizerische Meinung zur öffentlichen geworden ist, zeigen Erfahrungen wie diejenigen der Schweizerin Franziska Rochat-Moser, die im November 1997 überraschend den Marathon von New-York gewonnen hatte. Als sie gefragt wurde: *„Haben Sie Ressentiments gegenüber der Schweiz gespürt?“*, antwortete sie: *„Ja, und zwar gewaltig. Damit habe ich nicht gerechnet. Es wurden mir sehr aggressive Fragen gestellt“*⁴⁰⁸. Dass die negative Haltung gegenüber unserem Land auch in nicht-politischen wichtigen Kreisen zu finden ist, zeigt die Antwort von Hollywood-Regisseur Roman Polanski, als er gefragt wurde, was er von den Problemen der Schweiz mit den

einfach eingestellt wurde, wie dies problemlos bereits im Februar 1997 möglich gewesen wäre. Der Schweiz wäre viel erspart geblieben, wenn die Untersuchung vor Ende April 1997 abgeschlossen worden wäre. Aber nicht einmal in einem Fall von kapitaler Wichtigkeit scheint in der Schweiz ein auch nur einigermaßen speditives Verfahren möglich zu sein.

⁴⁰⁷ Der Botschafter Spaniens in Washington, Antonio Oyarzabal und der Präsident der Aussenpolitischen Kommission des spanischen Abgeordnetenhauses, Javier Ruperez, weigerten sich, vor D'Amatos Senatskommission zu erscheinen; gl. spanische Zeitung *Nacional* vom 11. Juni 1997. Das Zitat stammt von Botschafter Oyarzabal.

nachrichtenlosen Vermögen halte: *"Was wollen Sie denn, dass ich davon halte? Es ist die Wahrheit."*⁴⁰⁹. Selbst mit grösstem Werbeaufwand sind die falschen Vorstellungen in den USA kaum mehr korrigierbar. Die Schweiz gilt heute in den Augen von entscheidenden Kreisen als nichtkriegsführender Komplize des Dritten Reichs, der den Krieg verlängert hat.

Erfreulich ist, dass die Opposition in der Schweiz gegenüber den Angriffen aus dem Ausland ab Beginn 1998 endlich stärker wurde. Allerdings muss festgestellt werden, dass der richtige Zeitpunkt längst verpasst worden war. Das negative Bild der Schweiz war bereits geschaffen.

Positiv ist zwar auch, wenn massgebende Persönlichkeiten 1998 endlich zur Besinnung kamen und aufgrund (zu) später Einsicht vom Saulus zum Paulus wurden, indem sie vom Lager der Kritiker zu denjenigen wechseln, welche die Schweiz verteidigen. Aber das ändert nichts daran, dass sie den Schaden bereits (mit-) verursacht haben. Diesbezüglich ist vor allem Sigi Feigel, der Ehrenpräsident der israelischen Cultusgemeinde Zürich, zu nennen. Noch im Frühjahr 1996 hatte er als treibende Kraft mitgeholfen, die Lawine gegen die Schweiz loszutreten. Damals hatte er die Banken noch vehement attackiert und von skrupellosen Profiteuren und Veruntreuung der Banken geredet, ohne Beweise vorzulegen.

Auch wenn im jetzigen Zeitpunkt das Geschirr schon weitgehend zerschlagen ist, muss trotzdem versucht werden, zu retten, was noch zu retten ist. Sollten nun trotz getroffener Globallösung noch weitere Vorwürfe auf die Schweiz zukommen, wird entscheidend sein, mit welcher Grundhaltung die Verteidigung geführt wird. Keine Strategie kann erfolgreich sein, wenn die Haltung vertreten wird, unser Land habe damals Fehler gemacht, für die nun zu bezahlen sei. Leute sind gefragt, die wirklich bereit sind, als Fürsprecher für unser Land aufzutreten und nicht "im Zweifel gegen die Schweiz" entscheiden. Noch weniger ist akzeptabel, dass sich Leute im Namen unseres Landes äussern, die meinen, sie müssten über das eigene Land zu Gericht sitzen oder die sich gar einen Spass daraus machen, als Selbstankläger gegen ihr Land aufzutreten.

⁴⁰⁸ *Aargauer Zeitung* vom 19. November 1997.

⁴⁰⁹ *Sonntags-Zeitung* vom 15. März 1998.

12. Zahlen ist der falsche Weg

Dass die Banken nachrichtenlose Vermögen den Berechtigten zurückzahlen müssen, falls solche noch gefunden werden können, ist - und war von allem Anfang an - unbestritten. Alle anderen Zahlungen sind und waren jedoch unangebracht.

Mit Zahlungen können zwar die jüdischen Klägerorganisationen zufrieden gestellt werden. Sie können ihren Mitgliedern und Sympathisanten stolz erklären, man habe die Schweizer Banken oder sogar die Schweiz als Ganzes in die Knie gezwungen. Auch diejenigen Medien werden auf Zahlungen positiv reagieren, die für das Kesseltreiben gegen die Schweiz gewonnen werden konnten. Aber die breite Öffentlichkeit reagiert völlig anders: Für sie bedeutet jede Zahlung und jedes Zahlungsversprechen ein Schuldbekenntnis.

a) Die bereits bezahlten 270 Millionen des Holocaust-Fonds

Als erstes wurde im Frühling 1997 der "Holocaust-Fonds" errichtet. Ausgelöst wurde er durch den zunehmenden Druck, der anfangs 1997 durch den Wirbel um das Interview von Bundesrat Delamuraz, um die Affäre Meili, um die Affäre Jagmetti⁴¹⁰ sowie durch den ersten Höhepunkt von Boykottdrohungen⁴¹¹ staatlicher amerikanischer Stellen entstanden war (Chronologie, Ziffer 12).

100 Millionen von den Banken

Den Beginn machten die drei Schweizer Grossbanken, welche am 6. Februar 1997 die Zahlung von 100 Millionen Franken ankündigten. Ueberraschenderweise taten sie dies, ohne - wie vorerst in Aussicht gestellt - das Ergebnis der Suche nach nachrichtenlosen Konten abzuwarten, ohne dass Ihnen Unregelmässigkeiten nachgewiesen worden wären.

Dass die Banken allen Grund hatten, sich durch die Drohungen aus den USA unter Druck zu fühlen, zeigte sich anhand der zahlreichen Boykotte und Boykotterklärungen, die folgten. Staatliche und städtische Politiker quer durch die USA schalteten sich ein und

⁴¹⁰ Vgl. Schluss des Buches, *Chronologie der Ereignisse*, Ziffer 12, 13 und 14.

verhängten Boykottdrohungen, vom kalifornischen Finanzverwalter Matt Fong, bis zum obersten Finanzchef der Stadt New York, Alan Hevesi⁴¹².

70 Millionen von der Wirtschaft

Es folgte die Schweizer Wirtschaft, die in der Folge ebenfalls 70 Millionen Franken in diesen Fonds beisteuerte. Dass auch sie bezahlte, weil sie unter Druck gesetzt worden war, zeigt nicht zuletzt das Vorgehen des eben genannten Alan Hevesi, der in New York unter anderem für die Plazierung von Pensionskassengeldern in der Höhe von über 100 Milliarden Dollar zuständig ist. 700 Millionen davon sind bei verschiedenen Schweizer Firmen angelegt. Hevesi schrieb in einem Brief an Novartis, Nestlé, Mövenpick und 24 weitere betroffene Firmen, als Investor wünsche er zu erfahren, welchen Beitrag das jeweilige Unternehmen in den Holocaust-Fonds einzuzahlen beabsichtige⁴¹³. Hevesi wollte offensichtlich in Zukunft nur noch diejenigen Firmen berücksichtigen, welche bezahlen. Um seine Aktion zu verstärken, verschickte er Aufforderungen an eine Vielzahl seiner Finanzchef-Kollegen, ähnliche Aktionen zu tätigen, ein *"Versuch, der an Nötigung grenzt, Schweizer Firmen zu höheren Beiträgen an den Spezialfonds für Holocaustopfer zu zwingen"*.⁴¹⁴

100 Millionen von der Nationalbank

Am 5. März 1997 kündigte Bundespräsident Koller an, auch die Nationalbank werde 100 Millionen Franken in diesen Fonds einzahlen. Auch dies bedeutete eine bemerkenswerte Kehrtwendung⁴¹⁵, die nur mit dem steigenden Druck erklärt werden konnte: Noch Ende 1996 hatte der Bundesrat Zahlungen als verfrüht abgelehnt. Solche würden erst geprüft, wenn die Ergebnisse der Historiker-Kommission Bergier vorlägen und sich Zahlungen aufgrund neuer Erkenntnisse aufdrängen würden⁴¹⁶. Problematisch war

⁴¹¹ Vgl. Schluss des Buches, *Chronologie der Ereignisse*, Ziffer 21.

⁴¹² Vgl. Schluss des Buches, *Chronologie der Ereignisse*, Ziffer 21, 25 und 42.

⁴¹³ SF-DRS-Sendung *10 vor 10* vom 21. August 1997.

⁴¹⁴ Richard Anderegg, Journalist in Washington; in *Schweizerzeit* vom xxx.

⁴¹⁵ Formell kann zwar geltend gemacht werden, es sei nicht dasselbe, wenn Bund oder Nationalbank bezahlen, denn die Nationalbank sei rechtlich vom Bund unabhängig. Materiell laufen die beiden Fälle aber insofern auf dasselbe hinaus, als sowohl bei Zahlungen des Bundes wie auch der Nationalbank Volksvermögen ausgegeben wird.

⁴¹⁶ Die *Basler Zeitung* vom 13. Februar 1997 fasste zusammen: "28. November 1996: Aussenminister Flavio Cotti spricht sich noch in einem Zeitungsinterview gegen die vorgezogene Einrichtung einer Holocaust-Stiftung aus. Er bestätigt damit die Haltung des Gesamtbundesrates, wonach finanzielle Konsequenzen erst gezogen werden könnten, wenn die Geschichte des Finanzplatzes aufgearbeitet sei".

insbesondere, dass der Bundesrat als politische Behörde erklärte, die rechtlich unabhängige Nationalbank werde bezahlen. Damit wurden einerseits komplizierte rechtliche Probleme geschaffen⁴¹⁷.

Andererseits wurde dadurch eine Entwicklung ausgelöst, die der Bevölkerung entgegen den anfänglichen Zusicherungen die Möglichkeit einer Volksabstimmung über die Bezahlung dieser 100 Millionen entzog⁴¹⁸.

Nicht einmal alle Beschenkten reagieren positiv

Vergeblich wurde von seiten der Schweiz versucht, die Zahlungen als humanitäre Geste darzustellen, die nichts mit einer Schuld zu tun habe. Die Zahlungen werden teilweise nicht einmal von den Beschenkten selbst als positiv empfunden. Als am 18. November 1997 die ersten Gelder aus dem 270 Millionen-Fonds in Riga, Lettland, ausbezahlt wurden, sprachen die publizierten Reaktionen Bände: *„Die 400 Dollar erinnern mich an das Schicksal jener, deren Geld wir heute bekommen“*; oder *„Ein Riesenzirkus wegen 400 Dollar. Wann kommt der Rest? Wenn wir alle tot sind?“*⁴¹⁹. Die Empfänger dachten trotz der Schweizer Erklärungen, sie bekämen aus der Schweiz Geld, das damals den jüdischen Opfern abgenommen worden war. Oder noch schlimmer: Sie empfanden es sogar als Zumutung, von den für schuldig gehaltenen Banken nur einen beschämend kleinen Betrag zu erhalten. Dies ist nachvollziehbar: Wer vor 1945 seine ganze Familie mit Haus und Hof verloren hat, muss es als Beleidigung empfinden, von jemandem 400 Dollar angeboten zu erhalten, den er aufgrund der Hetzkampagne gegen unser Land für einen damaligen Komplizen der Nazischergen oder sogar den Hauptschuldigen hält.

Greville Janner, der englische Vizepräsident des jüdischen Weltkongresses, hatte *„einen noch zu bestimmenden Betrag an eine Stiftung für jüdische und nicht-jüdische Opfer des Nazi-Regimes“* gefordert. Noch einen Tag vor Weihnachten wurden von bundesrätlicher Seite im Schweizer Radio DRS solche Forderungen abgelehnt.

⁴¹⁷ Die Nationalbank wies vorerst mittels Gutachten darauf hin, dass sie rechtlich gesehen keine 100 Millionen Franken bezahlen könne, ohne dass dafür durch das Parlament ein spezielles Gesetz geschaffen werde. Das Parlament entschied in der Folge, seines Erachtens sei der Erlass eines Gesetzes nicht notwendig und trat gar nicht auf die Vorlage ein. Konsequenterweise hätte die Nationalbank gemäss ihrer Rechtsauffassung keine 100 Millionen bezahlen können. Um dies trotzdem tun zu können, änderte sie einfach ihre Auffassung und bezahlte.

⁴¹⁸ Indem das Parlament den Ball zurück an die Nationalbank gab und es ablehnte, ein Gesetz zu schaffen, wurde dem Volk die Möglichkeit genommen, via fakultatives Referendum über diese 100 Millionen Franken zu befinden.

⁴¹⁹ „Blick“ vom 19. November 1997. Die beiden Kommentare stammen von den je 75-jährigen Grigori Arensburg und Jane Borowska.

b) Die in Aussicht gestellte 7-Milliarden-Stiftung

Am 5. März 1997 hielt Bundespräsident Arnold Koller im Nationalrat eine Rede, die zu einem Meilenstein in der Nazigold-Krise wurde. Er stellte in Aussicht, mit dem Verkauf eines Teils des Nationalbankgoldes werde eine *Solidaritätsstiftung* mit einem Kapital von 7 Milliarden Franken gegründet. Aus dem Ertrag dieser 7 Milliarden Franken, jährlich rund 350 Millionen Franken, seien *"Opfer von Armut, Katastrophen, Genoziden und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen"* zu unterstützen, *„selbstredend auch jene von Holocaust und Shoa"*.

Diese Ankündigung bedeutete wohl den grössten Fehler unserer Regierung seit Beginn der Nazigold-Krise. Was mit der Ankündigung bezweckt wurde, ist von sekundärer Bedeutung. Entscheidend ist, wie sie international verstanden wurde. Verheerend war, sich ausgerechnet auf die Summe von 7 Milliarden festzulegen. In den USA war immer wieder ins Blaue hinaus behauptet worden, auf den Schweizer Banken lägen 7 Milliarden Dollar an nachrichtenlosen Vermögen (vgl. Fussnote 122). Nach der Ankündigung von Bundesrat Koller wurde in den USA weder differenziert, ob es sich um Dollars oder um Schweizer Franken handle, noch ob es sich um gestohlenen Geld, um nachrichtlose Vermögen oder um sonst etwas handle. Die Botschaft aus der Schweiz wurde ganz einfach so verstanden, dass die 7 Milliarden nun doch zum Vorschein gekommen seien und die erhobenen Vorwürfe korrekt gewesen waren. Durch die Ankündigung des Bundesrats klangen selbst die übertriebendsten Forderungen echt.

Entsprechend waren die Reaktionen. Senator D'Amato sprach von einem *„erstaunlichen Eingeständnis der Schuld“*⁴²⁰ und liess verlauten, dass der *„Plan zu einem Fünf-Milliarden-Dollar-Fonds einen „Durchbruch“ darstelle“*. Edgar Bronfman sprach von einem *„Sieg für die Juden und die Schweiz“*. JWC-Vizepräsident Greville Janner meinte, die Stiftung sei geeignet, den Schaden zu anerkennen, welcher *„durch die schrecklichen Handlungen*

⁴²⁰ *New York Post* vom 6. März 1997.

vergangener Generationen⁴²¹ und durch die beleidigende Stellungnahme des Vorgängers dieses Bundespräsidenten“ (gemeint ist damit Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz) entstanden sei. Ähnlich tönte es sogar aus gemässigten Kreisen, zum Beispiel aus Deutschland: „Mit der baldigen Schaffung eines Fonds hat das Land (die Schweiz) fast schon öffentlich zugegeben, dass es sich in der Nazi-Zeit schuldig machte“⁴²².

Der Bundesrat versuchte nachträglich, die Stiftung als ein Gebilde darzustellen, welches nicht durch Druck entstanden sei und welches nichts mit den gegenwärtigen Vorwürfen betreffend dem Verhalten im Zweiten Weltkrieg zu tun habe. Auch das war wiederum ein hoffnungsloses Unterfangen⁴²³, wie Zeitungsartikel wie der folgende aus Kanada zeigen: „Als der von Bronfman geführte jüdische Weltkongress von einem weltweiten Boykott sprach und D’Amato damit drohte, den schweizerischen Banken ihre New York Lizenz zu entziehen, teilte der neue schweizerische Bundespräsident mit, man werde eine 6,4 Milliarden (kanadische) Dollar Stiftung für Opfer der Nazis und humanitärer Katastrophen einrichten. (...) Nach Monaten intensiven Drucks, der durch Bronfman orchestriert wurde, publizierte die schweizerische Regierung endlich einen Plan zur Errichtung einer 6,4 Milliarden-Stiftung (...). Bronfman ist nun Mitglied des Stiftungsrates.“⁴²⁴

Die Ankündigung der 7-Milliarden-Stiftung bedeutete nicht nur eine Schuldanerkennung, sie war zudem in zahlreichen weiteren Punkten problematisch:

⁴²¹ Sollte mit diesem Ausdruck „schreckliche Handlungen vergangener Generationen“ auf die Vernichtung der Juden angespielt sein (etwas anderes scheint kaum möglich), so wäre dies eine völlig unakzeptable Unterschiebung gegenüber der Schweizer Kriegsgeneration.

⁴²² Konrad Mrusek: *Der späte Sinneswandel*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22. Januar 1997.

⁴²³ Dies kann schon deshalb nicht gelingen, weil es Bundespräsident Koller selbst war, der die gegenwärtige *Krise Schweiz – Zweiter Weltkrieg* mit der 7-Milliarden-Stiftung verband. Einerseits natürlich durch die Tatsache, dass er die Stiftung innerhalb seiner Rede *Die Schweiz und die jüngere Zeitgeschichte* zur aktuellen internationalen Kritik an der Schweiz (also im Rahmen der Nazigold-Krise) ankündigte, andererseits aber auch durch seine gleichzeitige Erklärung, die Nationalbank werde für den *Holocaust-Fonds* 100 Millionen Franken bezahlen, da die Errichtung der 7-Milliarden-Stiftung Zeit brauche und deren Geld nicht sofort zur Verfügung stehe.

⁴²⁴ Zitat aus dem kanadischen Magazin *MacLean’s* vom 9. Juni 1997. Edgar Bronfman wurde in der Tat vom Bundesrat am 28. Mai 1998 in das Leitungsgremium des *Spezialfonds zugunsten bedürftiger Holocaust-Opfer*, also in den *Holocaust-Fonds* berufen. In der Zwischenzeit ist er aus diesem Gremium zurückgetreten.

Verscherbeln des Familiensilbers?

Immer wieder war in der Vergangenheit mit politischen Vorstössen gefordert worden, einen Teil der Goldreserven der Nationalbank, die keinen Ertrag abwerfen, zu verkaufen und anderweitig zu verwenden oder anzulegen⁴²⁵. Nur gerade zwei Tage vor der Ankündigung der Stiftung durch den Bundespräsidenten wurde einer dieser Vorstösse, das Postulat von Nationalrat Tschopp (FDP, Genf), durch den Bundesrat abgelehnt⁴²⁶. Er argumentierte dabei, ein Verkauf des Goldes komme *„einem Verscherbeln des Familiensilbers gleich“* und damit nicht in Frage⁴²⁷. Zwei Tage später galt diese ablehnende Haltung offenbar nicht mehr.

Es geht um Milliarden

Dem Bundesrat unterlief ein Ueberlegungsfehler, als er diese Stiftung mit dem Argument rechtfertigte, damit *„werde die Substanz nicht (...) aufgebraucht“*. Die *„letztlich dem Schweizer Volk gehörenden Mittel“* würden *„nicht verbraucht, nur die jährlichen Erträge (die Zinsen) würden verwendet“*⁴²⁸. Diese Argumentation war grundsätzlich falsch. Ob 7 Milliarden auf einen Schlag verschenkt werden oder ob diese Summe definitiv an eine Stiftung ausgegliedert wird⁴²⁹ und „nur“ jährlich 350 Millionen an Zinsen freigegeben werden, läuft im Ergebnis auf dasselbe hinaus⁴³⁰.

Sturmlauf auf die Festung der Nationalbank

Problematisch war im weiteren auch hier (vgl. Seite 88), dass der Bundespräsident mit seiner Ankündigung als politische Behörde

⁴²⁵ Vorstösse in dieser Richtung kamen von den Nationalräten Hansjörg Weder (LdU Basel), Rudolf Hafner (Grüne Bern), Elmar Ledergerber (SP Zürich) und Peter Tschopp (FDP Genf).

⁴²⁶ Nationalrat Peter Tschopp hatte angeregt, eine Reduktion der unproduktiven Notenbankreserven zugunsten der Finanzierung produktiver Infrastrukturvorhaben wie der NEAT ins Auge zu fassen.

⁴²⁷ Bundesrätliche Beantwortung des Postulats Tschopp, veröffentlicht am 3. März 1997.

⁴²⁸ Zitat aus: *Stellungnahme* von Bundesrat Kaspar Villiger zur geplanten Stiftung vom 5. März 1997.

⁴²⁹ Nachdem man inzwischen auf diese Problematik aufmerksam geworden ist, ist nun im konkreteren Finanzierungsvorschlag der eingesetzten *Arbeitsgruppe Bremi* neu die Rede davon, das Stiftungsvermögen könne allenfalls später wieder einmal an die Nationalbank zurückfallen. Das mag zwar sinnvoll erscheinen, bedeutet aber, dass ein Teil der Ankündigung des Bundesrats vom 5. März 1997 wieder zurückgenommen wird, denn wer eine Stiftung ankündigt, sagt gleichzeitig, dass das Stiftungskapital *definitiv* dem gewidmeten Zweck zur Verfügung stehen wird.

⁴³⁰ Wer 50 Franken erhält, kann dieses Geld sofort ausgeben, z.B. für Lebensmittel. Oder er kann das Geld zinsbringend anlegen (z.B. zu 5 Prozent Zins), und die 2.50 Franken Jahreszins verbrauchen. Später geht diese Möglichkeit auf die Erben über. Für den Schenker läuft es auf dasselbe hinaus, ob der Beschenkte sofort konsumiert oder das Geld auf Dauer zinsbringend anlegt und immer den jährlichen Ertrag konsumiert. Aus der Optik des Schenkers ist das Geld bei der Errichtung einer Stiftung in beiden Fällen definitiv weg.

festlegte, was die angeblich unabhängige Nationalbank in Zukunft tun werde. Damit wurde die Unabhängigkeit der Nationalbank berührt. Gerade auf diese Unabhängigkeit war in der Vergangenheit immer grösster Wert gelegt worden. Dies im Bewusstsein, dass die Währungs- und Stabilitätspolitik in Frage gestellt wird, wenn die Nationalbank zum Spielball der politischen Interessen wird⁴³¹. Oekonomie-Professor Walter Wittmann stellte diesen Schritt des Bundesrats besonders scharf an den Pranger und sprach gar von einem „*Sturmlauf auf die Festung Nationalbank*“, der geradezu einen „*historischen Fehler*“ darstelle⁴³². Der ehemalige Nationalbankpräsident Fritz Leutwyler sagte zu diesen Plänen des Goldverkaufs kurz vor seinem Tod, die Nationalbank habe „*ihre Unschuld verloren. 90 Jahre lang hat die Nationalbank ihre Unabhängigkeit wahren können, und nun wird der Bund geradezu aufgefordert, in die stillen Reserven zu greifen, das tut mir leid*“⁴³³.

Gegen alle SpARBEMÜHUNGEN

Hinzu kommt, dass mit der Ankündigung, man könne das Gold für den angestrebten Zweck verkaufen, in der Öffentlichkeit die Illusion verbreitet wurde, bei der Nationalbank lägen im Notfall immer noch weitere Milliarden zum Verteilen bereit. Die Schweiz hat in den letzten Jahren durch eine undisziplinierte Schuldenwirtschaft Milliardenschulden in beängstigender Höhe aufgebaut. Man wäre dringend darauf angewiesen, dass ein Umdenken stattfindet und verantwortungsvoll gehaushaltet wird. Wenn jedoch vorgespiegelt wird, die Nationalbank könne notfalls jederzeit Gelder freimachen, wird das Bewusstsein untergraben, dass Sparen eine Notwendigkeit ist.

Für Wertverlust mitverantwortlich

Wie folgenschwer die Ankündigung des Bundesrats war, zeigt sich auch am bedeutenden Wertverlust, den das Gold im Verlauf des

⁴³¹ Zwar war die Ankündigung des Bundespräsidenten mit dem Nationalbankpräsidenten Meyer abgesprochen, die Idee soll sogar von letzterem stammen. Das ändert aber an der Problematik nichts. Auch für die Nationalbank kann keine Einzelperson entscheiden, selbst wenn es sich dabei um den Präsidenten des Direktoriums handelt (entscheidend ist der Entscheid des 40-köpfigen Bankrats, der die Aufsicht über die Geschäftsführung wahr).

⁴³² *Finanz und Wirtschaft* vom 23. April 1997: Wittmann, Professor in Freiburg, schrieb wörtlich: „*Sie (die Nationalbank) wird jetzt endgültig fallen und den Begehrlichkeiten des schweizerischen Wohlfahrtsstaates preisgegeben. Das wird sich in einer nicht allzu fernen Zukunft als folgenschwerer, historischer Fehler erweisen*“.

⁴³³ Leutwyler schloss seinen Kommentar mit der Bemerkung: „*Nach der Tat hält der Schweizer Rat.*“

Jahres 1997 erlitt. Als der Bundesrat am 5. März 1997 seine Rede hielt, kostete ein Kilo Gold rund 17'000 Franken. Die Schweizer Ankündigungen waren mitverantwortlich dafür⁴³⁴, dass der Wert des Goldes bis Ende Jahr auf rund 13'000 Franken pro Kilo sank⁴³⁵. Die Nationalbank musste dementsprechend auf ihrem Totalbestand von rund 2600 Tonnen Gold innert 9 Monaten einen Buchverlust von annähernd 10 Milliarden Franken verbuchen, also wesentlich mehr als der in Aussicht gestellte Stiftungsbetrag.

Dieser Wertzerfall war offensichtlich vom Bundesrat bewusst in Kauf genommen worden, kannte er doch die Möglichkeit eines Wertverlusts: Nur gerade zwei Tage vor der Ankündigung der Stiftung hatte er bei der Ablehnung des Postulats Tschopp geschrieben: *„Zudem ist der internationale Goldmarkt relativ eng, und der Goldpreis würde durch einen grösseren Goldverkauf (...) sinken. Das kürzliche Beispiel des Goldverkaufs der holländischen Zentralbank (...) hat die Sensibilität des Goldpreises deutlich aufgezeigt“*⁴³⁶.

c) 1,8 Milliarden - Schutzgeldzahlung der Banken

Eine Einigung wurde jedoch am 12. August 1998 Tatsache. Am 12. August 1998 schlossen die Banken mit den Sammlklägern und den beteiligten jüdischen Organisationen eine Vereinbarung, die als "Globallösung" bezeichnet wird (Chronologie, Ziffer 45). Die Banken erklärten sich zur Zahlung von 1,25 Milliarden Dollar (also rund 1,8 Milliarden Franken) bereit, als Gegenleistung verpflichtete sich die Gegenseite, auf weitere Forderungen zu verzichten und die Sammelklagen zurückzuziehen. Den Banken gelang es, auch zugunsten der Schweizer Industrie und der Nationalbank einen Verzicht auf weitere Forderungen in die Vereinbarung

⁴³⁴ Vgl. den Artikel *Die Schweiz treibt Goldpreis in den Keller*; im *Düsseldorfer Handelsblatt* vom xxx.

⁴³⁵ Eine Ankündigung der Schweiz ist deshalb von grösster Bedeutung, weil sie weltweit die grössten Goldreserven pro Kopf besitzt (0,37 Kilogramm), insgesamt 2'590 Tonnen. Der Wertzerfall war derart dramatisch, dass per anfangs Dezember 1997 schon nur in den südafrikanischen Goldminen 50'000 Leute ihre Arbeit zu verlieren drohten (*Aargauer Zeitung* vom 23. Januar 1998).

⁴³⁶ Holland hatte bei weitem nicht für 7 Milliarden Franken Gold verkauft. Es war also klar, dass die Schweizer Verkaufsankündigungen wesentlich grössere Folgen haben würden. Die Wirkung war um so grösser, als die nach dem 5. März 1997 vom Bundesrat eingesetzte *Expertengruppe Reform der Währungsordnung* vorschlug, nicht nur Gold im Betrag von 7 Milliarden Franken, sondern in einem späteren Zeitpunkt zwecks besserer Bewirtschaftung alles bis zu einem Restbestand von 1'200 Tonnen zu veräussern.

miteinzubeziehen, nicht aber zugunsten der Schweizer Versicherungen⁴³⁷.

Die Einigung erfolgte rund drei Wochen, bevor ein unter Führung des New Yorker Finanzchefs Alan Hevesi ausgearbeitetes System von Boykotten in Kraft getreten wäre. Die ersten Massnahmen hätten am 1. September eingesetzt, am 15. November wären sie verschärft worden, am 1. Januar 1999 wäre eine dritte Boykottstufe, am 1. Juli 1999 eine vierte in Kraft getreten⁴³⁸. Ueber 20 US-Bundesstaaten hatten Sanktionen angekündigt, unterstützt von 30 amerikanischen Städten.

Mit den 1,8 Milliarden Franken hatten die Banken eine Summe zugesichert, die in einem eklatanten Missverhältnis zu den Summen steht, welche auf nachrichtenlosen Konten vermutlich noch gefunden werden können. Von der Sache her gab es keinen Grund, zusätzliche Zahlungen zu leisten. Dies schon deshalb nicht, weil zwei Jahre zuvor vereinbart worden war, vorerst die Suche unter Aufsicht der Volcker-Kommission durchzuführen und weil die Grossbanken im Frühling 1997 durch ihre Einlage in den Holocaust-Fonds der Gegenseite zusätzlich 100 Millionen Franken geschenkt hatten. Die Zahlung hatte somit offensichtlich den Zweck, eine ungehinderte, zukünftige Geschäftstätigkeit in den USA sicherzustellen.

Verständnis für die Banken

Wenn ein Restaurantbesitzer Geld an eine Organisation bezahlt, die ihm droht, andernfalls werde ihm seine Geschäftstätigkeit verunmöglicht, so nennt man das eine Schutzgeldzahlung. Für den Betroffenen kann Verständnis aufgebracht werden. Das Problem solcher Schutzgeldzahlungen liegt nicht bei ihm, sondern beim Rechtsstaat, wenn er nicht mehr willens oder fähig ist, für Sicherheit zu sorgen. Dass die Banken unter den gegebenen Umständen der Globallösung zugestimmt haben, ist ebenfalls verständlich. 1,8 Milliarden Franken sind wesentlich weniger als die Kosten, die ihnen drohten. Sie wussten, dass die getroffene Lösung billiger ist als sündhaft teure Gerichtsverfahren in den USA, als eine Behinderung

⁴³⁷ Vgl. auch Schluss des Buches, *Chronologie der Ereignisse*, Ziffer 45.

⁴³⁸ Vgl. Schluss des Buches, *Chronologie der Ereignisse*, Ziffer 40.

der Geschäftstätigkeit⁴³⁹ und als die weitere Image-Verschlechterung durch die andauernden Anschuldigungen. Vor allem mussten die Banken befürchten, dass sie im geschaffenen Umfeld gerichtlich zu absurd hohen Zahlungen verpflichtet werden⁴⁴⁰.

Verständlich war unter diesen Umständen sogar, dass die Banken (und die mitprofitierende Schweizer Industrie) Freude oder zumindest Genugtuung zeigten, als die 1,8-Milliarden-Vereinbarung zustande kam. Auch ein Restaurantbesitzer atmet auf, wenn die Schutzgeldzahlungen tiefer ausfallen, als er zuerst befürchtet hat. Zu denken geben müssen jedoch die vielen positiven Reaktionen, mit denen ausserhalb von Bankenkreisen auf die Meldung des Abschlusses der Globallösung reagiert wurde. Es gibt keinen Grund, Schutzgeldzahlungen eines Restaurantbesitzers als positives Ereignis zu feiern, nicht für die Medien und schon gar nicht für Politikerinnen und Politiker, welche das Versagen des Rechtsstaates mitzuverantworten haben. Ebenso wenig hätte Grund bestanden, sich über das Zahlungszugeständnis von 1,8 Milliarden Franken zu freuen, auch wenn damit Drohungen gegenüber der Schweiz aus der Welt geschafft werden konnten. Genauso, wie die Schutzgeldzahlung eines Restaurantbesitzers eine Bankrotterklärung für den Rechtsstaat bedeutet, kommt die Zahlung unserer Banken einer Bankrotterklärung der internationalen Rechtsstaatlichkeit gleich. So betrachtet ist die Kapitulation gegenüber dem ausländischen Druck ein gefährliches Signal für die Zukunft.

Von den politischen Behörden wäre lauter Protest am Platz gewesen statt Genugtuung über die Einigung; Protest auch gegen eine amerikanische Regierung, die es zuliess, dass ihr Unterstaatssekretär in seiner Doppelrolle diese Zahlungen ausdrücklich befürwortete. Die Regierung ist zuständig, dass ausgehandeltes, internationales Recht eingehalten wird. Es war zwar richtig, dass sich die offizielle Schweiz (und die Nationalbank) weigerte, an den Verhandlungen der Banken mit der Gegenseite ab Frühling 1998 teilzunehmen. Erfreulich ist

⁴³⁹ Bei der Bankenfusion des Bankvereins mit der Schweizerischen Bankgesellschaft, die per 1. Juli 1998 dann doch bewilligt wurde, wurde bekannt, dass eine in den USA aufgezwungene Fusionsverzögerung pro Tag nicht weniger als 10 Millionen Franken gekostet hätte (Facts 24/1998, UBS-Sprecher Bernhard Stettler).

⁴⁴⁰ Es drohte sogar das Szenario, dass die Schweizer Banken vor den Augen der Weltöffentlichkeit faktisch gezwungen werden, ihr Bankgeheimnis zu lüften, was für die Rechtssicherheit und den Schweizer Bankenplatz weitreichende negative Auswirkungen gehabt hätte.

auch, dass unsere Regierung sich in dem Sinne "passiv" verhielt, dass sie seit der Befürwortung von Zahlungen der Nationalbank und die Errichtung der 7 Milliarden Stiftung im März 1997 nie mehr Zahlungen in Aussicht stellte. Aber sie hätte nicht einfach passiv zuschauen dürfen, wie die Banken faktisch gezwungen werden, Schutzgelder zu bezahlen. Beizupflichten ist alt Botschafter von Arx: *"Man hat im Holocaust-Fall das Recht mit Hilfe irgend einer Moral aus den Angeln gehoben. In jedem Rechtsstaat, und so auch im Völkerrecht, müssen gewisse grundsätzliche Regeln beachtet werden. (...) Wenn sich die eingeleitete Entwicklung fortsetzt, nun einen Staat und ein Wirtschaftsunternehmen nach dem andern vorzuknöpfen, (...) dann ist es mit einem geregelten Leben innerhalb und zwischen den Staaten vorbei. Dann vollzieht die Menschheit einen fatalen Rückschritt. Dann haben nicht nur wir Schweizer, dann hat die Menschheit das Wichtigste und Wertvollste verloren."* Dann beklagt sich von Arx, dass *"gerade die Schweiz, dieser alte, solide Rechtsstaat durch das Versagen ihrer öffentlichen und privaten Verantwortlichen zum ersten Totengräber des rechtsstaatlichen Denkens und Handelns geworden ist."*⁴⁴¹

Auch hier Schuldanerkennung

Zwar ist richtig, dass mit dem Abschluss der Vereinbarung ein grosser Teil des Drucks auf unser Land wegfiel. Dieser Vorteil ist aber im wahrsten Sinne des Wortes teuer erkaufte. Chefredaktor und Nationalrat Oskar Fritschi (FDP, Zürich) hielt fest, wie die Einigung von der Weltöffentlichkeit bewertet wurde: *"Ob der Deal auch im Allgemeininteresse des Landes lag, lässt nur schon ein erster Blick in die ausländische Presse bezweifeln. Die Nachricht von der Einigung auf eine Globallösung wurde ziemlich unisono als Schuldeingeständnis interpretiert."*⁴⁴² In der Tat gingen die Meldungen der Schuldanerkennung bis nach Australien: *"Die Schweizer Banken bestreiten nicht mehr, dass das Geld gestohlen war. Sie geben jetzt die dreckige Wahrheit zu. Das ist eine Schuldanerkennung, dass sie den Krieg um zusätzliche zwei Jahre verlängert haben"*⁴⁴³. Vor allem die jüdischen Exponenten reagierten natürlich so: der Fernsehsender

⁴⁴¹ Schweizerzeit vom 4. September 1998.

⁴⁴² Pressedienst der freisinnigen Partei vom 20. August 1998.

⁴⁴³ Sydney Morning Herald vom 15. August 1998..

CNN liess den Direktor des jüdischen Weltkongresses, Elan Steinberg, in einer Schlagzeile erklären, dass die Schweiz dank der Globallösung jetzt "moralische Wiedergutmachung" leiste, weil "Regierung, Institutionen und Einzelpersonen ihrer Vergangenheit ehrlich ins Gesicht schauen müssen, damit sie eine ehrenhafte Zukunft haben können"⁴⁴⁴. Der New Yorker Finanzvorsteher Alan Hevesi erklärte, es handle sich nicht um eine freiwillige Zahlung an die Holocaust-Ueberlebenden, vielmehr erhielten diese *"ihr Eigentum zurück, das ihnen seit mehr als fünfzig Jahren zusteht"*⁴⁴⁵. Abraham Foxman, Direktor der einflussreichen jüdischen Gruppierung *Anti-Defamation-Ligue*⁴⁴⁶, erklärte, das Abkommen sei eine *"angemessene Antwort auf die traurige und hässliche Geschichte der Schweiz"*⁴⁴⁷. Und Israel Singer triumphierte kurz und bündig: *"Der nationale Kniefall (der Schweiz) ist historisch"*⁴⁴⁸. Für einmal hatte er recht. Mit seinem Kommentar hat er gleichzeitig dem vorliegenden Buch seinen Titel gegeben.

Ein weiteres Problem der Vereinbarung ist die präjudizielle Wirkung (also die Vorbildwirkung) dieser Zahlung. Kaum war die Vereinbarung mit den Schweizer Banken geschlossen, ging eine wahre Forderungswelle gegenüber Banken und industriellen Betrieben in unseren Nachbarländern los⁴⁴⁹. Die Betroffenen werden einen schweren Stand haben, wenn sie mit dem Argument konfrontiert werden, sogar die Banken der damals neutralen Schweiz hätten in eigenem Namen und im Namen der Schweizer Industrie bezahlt.

d) Weitere zukünftige Zahlungen?

So bedauerlich es ist, dass Schutzgeldzahlungen erbracht worden sind, so erfreulich war doch immerhin ein Nebeneffekt: Unter

⁴⁴⁴ Fernsehsender CNN, Abendnachrichten vom 12. August 1998.

⁴⁴⁵ *Aargauer Zeitung* vom 15. August 1998.

⁴⁴⁶ Die Anti-Defamation League "B'nai B'rith" ist eine der wichtigsten jüdischen Gruppierungen der USA. Ihr Jahresbudget ist rund vier mal höher als dasjenige des jüdischen Weltkongresses.

⁴⁴⁷ *Aargauer Zeitung* vom 15. August 1998

⁴⁴⁸ *Sonntags Zeitung* vom 16. August 1998.

⁴⁴⁹ In der zweiten Hälfte August wurden weitere Forderungen gegenüber der Deutschen Bank und die Dresdner Bank erhoben, die bereits Mitte 1998 mit einer 18 Milliarden Dollar Sammelklage konfrontiert worden waren. Neu wurden Forderungen gegenüber österreichischen Instituten wie die Bank Austria als Rechtsnachfolgerin der "Creditanstalt" und gegen französische Banken erhoben (Paribas, Société Générale, Crédit Lyonnais, Crédit Commerciale de France, Natexis, Crédit agricole und La Barclay).

anderem waren auch die Ansprüche gegenüber der Nationalbank mit der Vereinbarung vom 12. August 1998 abgetischt.

Um so unbegreiflicher ist, dass es keine Woche dauerte, bis aus innenpolitischen Kreisen neue Forderungen angemeldet wurden. Bereits am 15. August wurde verlangt, die Nationalbank habe 2,16 Milliarden Franken herauszugeben, die angeblich noch als Raubgold in den Tresoren unserer Nationalbank lägen. Dass neu innenpolitisch die Forderung erhoben wird, die Nationalbank habe wegen ihrer Mitschuld während des Zweiten Weltkriegs weitere Zahlungen in der Höhe von 2,16 Milliarden Franken zu leisten⁴⁵⁰. Sogar Bundesrätin Ruth Dreifuss sprach in einem am 18. August veröffentlichten Interview von konkreter "Schuld" des Bundes, sie hätte sich einen grösseren Beitrag der Nationalbank in den Holocaust-Fonds und materielle Wiedergutmachung für die von den Schweizer Beamten gemachten Fehler in der Flüchtlingspolitik gewünscht⁴⁵¹. Verbale Entschuldigungen seien nicht ausreichend.

Diese Haltung war um so bedauerlicher, als die Schweiz in der Person von Bundesrätin Dreifuss ein Mitglied der Landesregierung mit jüdischem Glauben gehabt hätte, die es sich von allem Anfang an hätte leisten können, den ungerechtfertigten Angriffen mit aller Entschlossenheit entgegenzutreten, ohne dass der Vorwurf hätte aufkommen können, ihre Kritik habe antisemitischen Ursprung.

e) Die Probleme beim Verteilen

Schon die Verteilung des bei Kriegsende gefundenen Goldes war problematisch. Das zeigt die Tatsache, dass Gold bis heute unverteilt blieb, dass Waffenbrüder Nazideutschlands Gold erhielten, wogegen andere Geschädigte zu kurz kamen.

Seit 1996 haben nun die Schweizer Banken (und zu einem kleinen Teil die Schweizer Industrie sowie unsere Nationalbank) rund 3 Milliarden Franken aufgewendet (1 Milliarde an Kosten, vor allem Suchaufwand, andererseits annähernd 2 Milliarden zum Verteilen). Es

⁴⁵⁰ Vgl. Artikel *SP fordert Rückgabe des Nazi-Raubgoldes*; in: *Sonntags-Zeitung* vom 16. August 1998

⁴⁵¹ Zeitung *Le Temps* vom 18. August 1998.

stellt sich die Frage, ob dieses viele Geld sinnvoll eingesetzt wird.

Leider ist dies zu verneinen.

Fraglich ist bereits, ob sich der gewaltige Suchaufwand rechtfertigen lässt. Im Zusammenhang mit der weltweiten Publikation der gefundenen Konten schrieb die *Aargauer Zeitung*: „*Eigentlich ist die mit grossem Aufwand verbundene weltweite Publikation von Kleinst-Guthaben ein Verhältnisblödsinn, der die Banken rein administrativ ein Vielfaches der gefundenen Beträge kostet*“⁴⁵². Diese Ueberlegung gilt nicht nur für die Publikation, sondern generell für den Suchaufwand. So meldete beispielsweise 1977 die St. Galler Kantonalbank, sie habe rund 150'000 Franken ausgegeben, um 354 Konten zu eruieren, auf welchen nur in zehn Fällen Beträge über 100 Franken lagen⁴⁵³. Man muss sich schon fragen, ob es sinnvoll ist, hunderte von teuren Spezialisten in Wochenend- und Nachtarbeit arbeiten zu lassen und diese von Revisionen mit Stundenlöhnen von bis zu Fr. 495.-- überwachen zu lassen⁴⁵⁴, obwohl voraussehbar ist, dass relativ gesehen äusserst wenig Geld gefunden wird? Suchaktionen in anderen Bereichen wären sinnvoller und notwendiger⁴⁵⁵.

Keine Verteilung nach religiösen Gesichtspunkten

Vor allem aber haftet der Verteilung der Gelder für die Weltkriegsopfer ein grundsätzlicher Mangel an. Es hätte vermieden werden müssen, nach Religionszugehörigkeit zu unterscheiden⁴⁵⁶. Das Geld hätte - wenn schon - an die einzelnen Länder wie Russland, die Ukraine, Polen etc. bezahlt werden müssen mit der Sicherstellung, dass es personengebunden an Geschädigte weitergeleitet wird, unabhängig

⁴⁵² Formulierung der *Aargauer Zeitung* nach der zweiten Publikation der Bankenlisten Ende Oktober 1997.

⁴⁵³ Vgl. Artikel *Aufwand gross, Ertrag klein*, in: FACTS Nr. 44/1997.

⁴⁵⁴ Die Banken müssen den Treuhandfirmen, die im Auftrag der Volckerkommission bei ihnen erscheinen und die Suchaktionen überwachen, hohe Honorare bezahlen. In jüngster Zeit durchforsteten rund 400 externe Revisoren 27 Banken. Stundenansätze von bis zu Fr. 495.-- sind aktuell.

⁴⁵⁵ So werden zum Beispiel in der Dritten Welt Aids-verseuchte Blutkonserven für Bluttransfusionen verwendet, ohne dass die Welt in der Lage zu sein scheint, eine wirkungsvolle Kontrolle aufzuziehen. Wenn unter dem Gütesiegel der Schweizer Banken weltweit Blutkonserven zirkulieren würden, auf deren Inhalt man sich verlassen könnte, wäre dies weit sinnvoller als die nun getätigten Suchaktionen.

⁴⁵⁶ Der Holocaust-Fonds wird zwar auch für Randgruppen wie Fahrende und homosexuelle Naziopfer eingesetzt. Am 18. Dezember 1997 erhielten 23 albanische Ueberlebende des Holocaust als erste nichtjüdische Opfer aus dem Spezialfonds je Fr. 1'000.--. Anfangs August 1998 wurden zugunsten von rund 2000 deutschen Sinti und Roma die bislang grösste Auszahlung an nichtjüdische Opfer gestartet. Das ändert nichts daran, dass nach Religionszugehörigkeit unterschieden wird, indem die Zahlungen zugunsten von jüdischen Opfern

von Religion (und Volksgruppenzugehörigkeit)⁴⁵⁷. Wer beim Verteilen des Geldes zwischen Katholiken, Moslems, Juden, Protestanten unterscheidet, legt schon wieder den Grundstein zu religiösem Kategoriendenken und zu möglichen zukünftigen Spannungen. Wenn sich in Ländern wie der Ukraine herumspricht, "nur" jüdischen Menschen sei geholfen worden, ist dies problematisch.

Wie erwähnt wurden die ersten Zahlungen aus dem Holocaust-Fonds in Riga, Lettland, ausgerichtet. Gerade das Schicksal der baltischen Staaten (Estland, Lettland, Litauen) zeigt, dass es keinen Grund gäbe, nur an jüdische Holocaustopfer auszubezahlen. Berichte wie der folgende aus Estland lassen erahnen, dass der "rote Holocaust"⁴⁵⁸ der Judenverfolgung in nichts nachstand: *"Und nun begann der NKWD-Terror (Vorgänger des russischen KGB): (Er kann) am ehesten mit Schlachtvieh in einem Schlachthofe verglichen werden. (...) Es begannen Verhaftungen, stets nachts. (...) Grosseltern, Kinder, Enkel wurden zugleich deportiert. (...): "Der jüngste Verschleppte (der Liquidationsaktion in der Nacht vom 13./14.Juni 1941) war ein neugeborenes Kind, die älteste war eine 82 Jahre alte Frau, die seit Jahren gelähmt in einem kirchlichen Altersheim war, aber sie war die Mutter eines Arbeiters, der zur Deportation bestimmt war. (...) Die Verhafteten wurden sofort zur Bahn gebracht, dort standen bereits Viehwagen mit vergitterten Luftlöchern, die Leute wurden in diese Güterwagen hinein gepfercht, wobei erst beim Zug die Männer von der übrigen Familie getrennt wurden. Was bei dieser Deportation an Grauenhaftem passiert ist, kann man nicht einmal beschreiben. Es gab einen Lokomotivführer, der einfach den Zug nicht führen konnte, ob des Grauens versagten ihm die Kräfte. (...) Alle Ermordeten sind zu Tode gefoltert worden. Das liegt irgendwie im System. Der Genickschuss, der im Westen*

verlangt, unter diesem Titel in den Fonds einbezahlt und in weitaus überwiegender Weise an Menschen jüdischen Glaubens verteilt werden.

⁴⁵⁷ Im zweiten Weltkrieg fanden wesentlich mehr Russen (rund 20 Millionen) als Juden (rund 6 Millionen) den Tod. Unzählige davon wurden ebenfalls durch Erschiessungsaktionen, durch Zwangsarbeit oder in Konzentrationslagern getötet.

⁴⁵⁸ Unter dem Ausdruck "Holocaust" wird heutzutage gemeinhin "Völkermord" verstanden. Korrekt ist dieser Ausdruck eigentlich nicht. "Holocaust" stammt vom griechischen Wort holocauston (=gänzlich verbrannt). Zudem gibt es Leute, die sich gegen den Begriff Holocaust im Zusammenhang mit der Menschenverbrennung in Vernichtungslagern wehren, weil er sich traditionellerweise auf religiöse Opferbringungen von Tieren bezog. Sie geben deshalb dem in der Bibel vorkommenden Ausdruck "Shoa" den Vorzug, welcher in der lateinischen Bibelübersetzung mit "devastio" oder "vastae ruinac" übersetzt wird. Das kann ungefähr mit "Totalvernichtung / Totalverwüstung" übersetzt werden.

*bekannt ist, ist nur der letzte Fangschuss*⁴⁵⁹. Die roten Henker wüteten ebenso wie die braunen und brachten wahrscheinlich noch mehr Menschen um, schätzungsweise allein in der Ukraine mehr als 10 Millionen Menschen. In frappierender Aehnlichkeit liquidierte Hitler und seine SS-Schergen die feindliche Rasse, Stalin, Lenin, Trotzki und Konsorten die feindliche Klasse⁴⁶⁰. Unter diesen Umständen gibt es heute beim Geldverteilen keinen Grund, gewisse Religionen oder Nationalitäten zu bevorzugen.

Keine Verteilung in den wohlhabenden USA

In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, mit welcher Gleichgültigkeit der jüdische Weltkongress sich um die Verteilung der Gelder des Holocaust-Fonds kümmert⁴⁶¹. Der Druck, der zur Einzahlung in den Fonds geführt hatte, war damit begründet worden, Soforthilfe sei unerlässlich, weil die Holocaust-Opfer in Kürze wegzusterben drohen. Es gehe um einen verzweifelten Wettlauf mit der Zeit. Nach der Bereitstellung des Geldes im Frühjahr 1997 waren nach mehr als einem Jahr erst 20 der 270 Millionen Franken verteilt, im Juli 1998 erst ungefähr ein Siebtel.

Nun sieht es so aus, als würde ein ansehnlicher Teil dieser 270 Millionen Franken in den USA verteilt. Nach der Globallösung scheint gar, dass ein Grossteil der 1,8 Milliarden Franken Holocaust-Ueberlebenden in den USA zukommen soll. Auch das ist nicht gerechtfertigt, sind doch die USA ein wohlhabendes Land. Holocaust-Ueberlebende in andern Ländern, zum Beispiel in der ehemaligen Sowjetunion, sind in einer ungleich schwierigeren Situation.

Es hätte nicht vorkommen dürfen, dass ausgerechnet diejenigen jüdischen Organisationen in den USA Geld erhalten oder über die Geldverteilung entscheiden können, welche sich am lautesten zu Wort gemeldet haben⁴⁶². Um den Einfluss und die Macht der eigenen Organisationen zu steigern, kann das Geld der eigenen Klientschaft oder der eigenen Wählerschaft ausbezahlt werden, nota bene

⁴⁵⁹ Vortrag von Dr. Hjalmar Mae, ehemaliger Regierungschef von Estland, den dieser zu Lebzeiten verschiedentlich gehalten hatte. Der Vortrag wurde vervielfältigt und liegt in schriftlicher Form vor.

⁴⁶⁰ Stéphane Courtois, *Schwarzbuch des Kommunismus – Unterdrückung, Verbrechen, Terror*, 1998.

⁴⁶¹ Zuständig ist die Fondsleitung unter dem Präsidenten Rolf Bloch. Die Verzögerungen sind jedoch den ausländischen Kreisen anzulasten.

⁴⁶² So wurden beispielsweise ausgerechnet Scharfmacher wie Edgar Bronfman und Avraham Burg in das Leitungsgremium des Holocaust-Fonds gewählt.

denjenigen, die zu den Privilegierten gehören, indem sie in den reichen USA Unterschlupf fanden. Welche Macht jüdische Organisationen und welche Rolle die jüdische Gemeinschaft in den USA in Zukunft spielen wird, kann nicht von Bedeutung sein. Das ist ebenso unwichtig wie die Frage, ob die Schweiz in Zukunft mehrheitlich protestantisch oder katholisch sein wird. So etwas sollte in der heutigen Zeit kein Thema mehr sein.

Zukunftsorientierte humanitäre Einsätze

Auch für das Image der Schweiz hätte es sinnvollere humanitäre Einsätze gegeben, als Geld zu verteilen an Leute, welche die Schweiz als Mittäter des Zweiten Weltkriegs betrachten. Die Aktivitäten des Kinderarztes Beat Richner in Kambodscha zeigen auf, was getan werden könnte. Dort hat sich die Schweiz mit einem minimalen, finanziellen Einsatz⁴⁶³ einen unglaublich positiven Ruf geschaffen⁴⁶⁴. Nach demselben Prinzip wie in Kambodscha liesse sich vielerorts helfen.

So wären beispielsweise die arabischen Länder ein Zielort, wo die Schweiz helfen könnte, systematisch Kinderspitäler, Waisenheime oder Schulungsmöglichkeiten aufzubauen. Von Marokko über Palästina bis Pakistan wächst ein Problem heran, welches unseren Kindern und Kindeskindern auch in Europa noch schwer zu schaffen machen wird. Eine beängstigende Bevölkerungsexplosion lässt ein explosives Gemisch von grösster Armut, jugendlicher Ungeduld und religiösem Fundamentalismus entstehen. Verbesserte Kommunikations- und Transportmittel werden dazu führen, dass sich diese Menschen der Wohlstandsunterschiede bewusst werden. Wenn wir weitermachen wie bisher, werden Aversionen gegenüber dem Westen wachsen. Und dies in Ländern, die vielleicht in Kürze atomare, chemische und biologische Waffen besitzen werden. Es würde der Schweiz gut anstehen, durch gezieltes Engagement diese absehbaren Spannungen abbauen zu helfen. Am Geld würde es nicht

⁴⁶³ Die staatliche Unterstützung durch die Schweiz an das Kinderspital von Beat Richner in Kambodscha ist - relativ gesehen - sehr bescheiden. Die Eidgenossenschaft bezahlte 1994 erstmals einen Betrag von Fr. 450'000.--, dann ab 1995 (vorerst auf drei Jahre befristet) jährlich eine Million Franken. Dazu kamen Fr. 500'000.-- für die Eröffnung des zweiten Spitaltrakts.

⁴⁶⁴ Als Bundesrat Delamuraz 1996 zur Eröffnung eines zweiten Spitalbaus nach Kambodscha reiste, wurde er dort so begeistert empfangen wie kaum je ein Schweizer Magistrat.

fehlen⁴⁶⁵, und niemand würde von einer Schuldanerkennung sprechen.

Die bezahlten 270 Millionen respektive die 1,8 Milliarden hätten so im arabischen Raum ausbezahlt werden können, unabhängig von der Frage, ob das Geld Moslems, Christen oder Juden zugute kommt. Es wäre ein völkerverbindender Schritt Richtung Friede und gleichzeitig ein würdiger Abschluss der unwürdigen Auseinandersetzungen gewesen, wenn als Antwort auf die aggressiven Forderungen von jüdischen Organisationen die 1,8 Milliarden Franken an Empfänger im arabischen Raum geleitet worden wären. Auch jüdische Kreise hätten an solcher Hilfe interessiert sein müssen, trifft es doch Israel zuerst, wenn der steigende Unmut in der arabischen Welt gegenüber dem Westen zur Explosion führt.

Wenn schon an Juden bezahlen, dann wenigstens an "Schweizer Opfer"

Dass die Verteilung der nun bezahlten Gelder in fragwürdiger Art und Weise erfolgt, zeigt sich nicht zuletzt an den Beispielen Sonabend und Spring.

Das Schicksal der meisten Flüchtlinge, die damals an der Schweizer Grenze zurückgewiesen wurden, ist unbekannt. Viele mögen überlebt haben, viele mögen umgebracht worden sein. Einige tragische Fälle, bei denen die Ausgewiesenen nachgewiesenermassen den Tod fanden, sind dokumentiert, darunter insbesondere die beiden Fälle Sonabend und Spring⁴⁶⁶. In diesen beiden Fällen haben die überlebenden Familienmitglieder Charles Sonabend und Joseph Spring im Zuge der jüngsten Kritik gegen die Schweiz Klage eingereicht. Die beiden heute rund 70-Jährigen haben nach einer einschlägigen Antwort des Bundesrats das Bundesgericht angerufen und verlangen eine Genugtuung von je 100'000 Franken.

Dass diese Forderungen rechtlich gesehen nicht haltbar sind und deshalb gerichtlich abgewiesen werden müssen, erscheint klar. Zu

⁴⁶⁵ Geld hätte die Schweiz für solche Projekte genug, wenn wir nur unsere Politik in einem Punkt ändern würden: Statt jährlich Milliarden von Franken für relativ wenige „Privilegierte“ auszugeben, welche wir ohne Not (ausserhalb der Flüchtlingsgewährung) in unserem Land aufnehmen, könnte man diese enormen Summen an Ort und Stelle im Ausland ausgeben, wo jeder investierte Franken unvergleichlich mehr Hilfe und Menschlichkeit bewirkt als in der Schweiz.

⁴⁶⁶ Vgl. Schluss des Buches, *Chronologie der Ereignisse*, Ziffer 30.

betonen ist auch hier, dass es insbesondere völlig unverständlich ist, weshalb die Forderungsprozesse - wenn überhaupt - gegen die Schweiz und nicht gegen Deutschland geführt werden. Rechtlich gesehen hätte es unabsehbare Folgen, wenn unser oberstes Gericht, welches sich an demokratisch festgelegte Rechtsgrundsätze halten muss, in Abweichung der geltenden Regeln (man denke nur an die Problematik der Verjährung⁴⁶⁷) in einem Einzelfall einen Entscheid treffen würde.

Wenn nun aber fast 2 Milliarden Franken zum Verteilen bereit gestellt worden sind, so hätten (in erster Linie) diejenigen Leute berücksichtigt werden müssen, die damals ein schreckliches Schicksal erlitten, bei welchem unser Land - wenn auch ungewollt - eine Rolle mitgespielt hat. Charles Sonabend hat schriftlich den Antrag gestellt, aus dem Holocaust-Fonds unterstützt zu werden. Es ist nicht verständlich, weshalb ausgerechnet Leute wie er und Joseph Spring beim Verteilen leer ausgehen, sondern dass ihm mitgeteilt wurde, der Holocaust-Fonds sei nur für „Bedürftige“ vorgesehen. Das wirkt beschämend.

f) Die Schweiz bezahlt schon heute mehr als die andern

Vielerorts wurde in der Schweiz in den letzten zwei Jahren die Meinung vertreten, unser Land sei schon nur deshalb moralisch gesehen zu Zahlungen verpflichtet, weil wir gegenüber dem Ausland egoistisch und „unsolidarisch“ geworden seien und keinen angemessenen Beitrag an ausländische Menschen in Armut leisten würden. Von inländischen Kritikern wird sogar gelegentlich geltend gemacht, mangelnde internationale Solidarität sei der Hauptgrund, weshalb die Schweiz überhaupt zur Zielscheibe der internationalen Kritik geworden sei.

Bei der ins Auge gefassten 7-Milliarden-Stiftung soll denn auch die Hälfte des Geldes im Ausland für Opfer von Armut verwendet werden. Die Forderung nach dieser Stiftung wurde nach der Einigung zwischen den Banken und der jüdisch-amerikanischen Gegenseite eher noch heftiger. Sogar die Neue Zürcher Zeitung schrieb, "*der Bundesrat, die politischen Parteien und das Parlament haben also die*

⁴⁶⁷ Der Bundesrat berief sich rechtlich gesehen bei der Ablehnung des Anspruchs

*heilige Pflicht, das Projekt Solidaritätsstiftung mehrheitsfähig zu machen. Es wäre nun wirklich schäbig und in der Aussenwirkung verheerend, wenn sich unser Land vor den Augen und den Kameras der ganzen Welt mit einem Nein zur Stiftung als ein einig Volk von rachesüchtigen Egoisten profilieren würde.*⁴⁶⁸

Wer Vorwürfe der mangelnden Solidarität erhebt, weiss offenbar nicht, welche enorme Summen die Schweiz direkt und indirekt an in Armut lebende Menschen ausländischer Herkunft aufwendet:

- In erster Linie ist das direkte Engagement der Schweiz im Ausland zu nennen, welches in der Staatsrechnung des Bundes als Entwicklungshilfe ausgewiesen wird. Pro Jahr sind dies rund 1,2 Milliarden Franken⁴⁶⁹. Dazu kommen kleinere Beiträge unter diversen Titeln, so zum Beispiel für „friedenserhaltende Aktivitäten“.
- Allein an die UNO bezahlt die Schweiz jährlich rund 500 Millionen Franken (im Jahr 1996 Fr. 521'764'483.--), womit sie gemessen an der Einwohnerzahl an der fünften Stelle aller UNO-Geldgeber steht, obwohl sie nicht Mitglied ist.
- Weiter ist miteinzubeziehen, was unser Land im Inland für Flüchtlinge aufwendet. Das sind nicht nur jährlich die weit über eine Milliarde Franken, die vom Bund im Flüchtlingsbereich ausgegeben werden⁴⁷⁰. Vielmehr kommen schwer bezifferbare Ausgaben dazu, von Spitalkosten bis zu Einschulungskosten, die in zahlreichen Rechnungen der Kantone und Gemeinden ausgewiesen sind.
- Nicht unerwähnt bleiben dürfen die ausserordentlich hohen Summen, die via inländische Unterstützung an ausländische

unter anderem auf "Verwirkung", was der Verjährung sehr ähnlich ist.

⁴⁶⁸ Artikel *Wie weiter mit der Solidaritätsstiftung?*; in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 15. August 1998.

⁴⁶⁹ Für 1998 sind für Entwicklungshilfe 1,229 Milliarden Franken budgetiert.

⁴⁷⁰ Im Budget 1998 sind 1,006 Milliarden Franken unter dem Titel Flüchtlingshilfe im Inland eingeplant. Die tatsächlichen Kosten sind wesentlich höher, Bereits ist für 1998 ein Nachtragskredit von 200 Millionen beantragt, für 1999 bis 2001 ist mit Kosten von 1,3 bis 1,4 Milliarden oder mehr zu rechnen. Flüchtlinge im hier genannten Sinne schliessen auch *Asylbewerber* und *vorläufig Aufgenommene* mit ein. Letztere sind Personen, welche die Flüchtlingseigenschaften nicht erfüllen, die aber nicht in die Heimat zurückgeschickt werden können, weil dort ihre Sicherheit gefährdet ist oder weil das Heimatland ihnen die Rückreise verweigert.

Bedürftige fliessen. Dabei geht es um Zahlungen ausserhalb der Flüchtlingspolitik für Menschen, die unter dem Titel "Arbeitsmarkt" eingewandert sind⁴⁷¹, die nach kürzester Zeit finanziell unterstützt werden, obwohl weder nach Völkerrecht noch nach Gesetz eine Aufenthaltsbewilligung erteilt werden müsste. Alleine via Arbeitslosenversicherung werden annähernd vier Milliarden Franken pro Jahr für Ausländer⁴⁷² aufgewendet, weitere grosse Summen via andere soziale Kanäle kommen dazu⁴⁷³. Mit der grosszügigen Aufnahmepolitik leistet die Schweiz zum Beispiel im Fall von Kosovo-Albanien eine massive indirekte Unterstützung: Nach inoffiziellen Schätzungen leben rund 20 Prozent der gesamten Bevölkerung in Kosovo direkt oder indirekt von Geldern aus der Schweiz, die von Landsleuten heimgebracht oder heimgeschickt werden.

- Nicht zu vergessen ist die private Spendentätigkeit der Schweizerinnen und Schweizer. Sie ist bekannterweise und traditionellerweise sehr hoch: *"Rund eine Milliarde Franken spenden Schweizerinnen und Schweizer jährlich für gemeinnützige Organisationen"*⁴⁷⁴. Rund 700 Millionen Franken jährlich sollen ins Ausland gehen, in Relation zur Bevölkerung im internationalen Vergleich ein sehr hoher Betrag. In Anbetracht der Raubgold-Vorwürfe sei eines der unzähligen privaten Projekte hervorgehoben: Schon seit 18 Jahren spenden Schweizer Zahnärzte extrahierte Goldkronen und Goldfüllungen dem Schweizerischen Roten Kreuz für augenärztliche Missionen in den ärmsten Ländern der Dritten Welt. Als erstes Land der Welt hat die Schweiz auf diese

⁴⁷¹ Die Schweiz verfolgt seit 1991 die Strategie, unter dem Titel *Arbeitsmarktpolitik* trotz Arbeitsplatzabbau und Arbeitslosigkeit Hunderttausende von Ausländerinnen und Ausländern aufzunehmen, zur Mehrheit von ausserhalb der EU/EFTA und ohne jegliche qualifizierte Berufsbildung.

⁴⁷² Diese Gelder fliessen vor allem an Ausländerinnen und Ausländer mit B- und C-Ausweis, also an Jahresaufenthalter und Niedergelassene, nicht an Flüchtlinge.

⁴⁷³ Der für die Schweiz teure Mechanismus lässt sich beispielhaft am Gastgewerbe aufzeigen. Trotz sehr hoher Arbeitslosigkeit (bis 15 Prozent) finden die Arbeitgeber keine Angestellte, weil nicht zumutbar erachtet wird, dass Arbeitslose abseits ihres Wohnsitzes offene Stellen besetzen müssen. Es wird bevorzugt, neue Einwanderungen zu bewilligen. Wegen mangelnder beruflichen Bildung werden diese Einwanderer oft bald selbst arbeitslos. Via Familiennachzug kommt die Familie nach. Die Schweiz bezahlt so nicht nur die eigenen Arbeitslosen, welche die offenen Stellen nicht akzeptieren müssen, sondern auch die anfallenden Kosten der neu Einwandernden.

⁴⁷⁴ Vgl. *Sonntags Zeitung* vom 2. August 1998. Der Artikel beruft sich auf die "Studie *Spendenmarkt Schweiz 2000* der Firma Atag Ernst & Young Marketing Services".

Weise Geld für Tausende von Augenoperationen zur Verfügung gestellt.

Addiert man all diese Kategorien, so resultieren wohl zwischen sieben und neun Milliarden Franken, die unser Land jährlich an Zahlungen im In- und Ausland für bedürftige, ausländische Menschen ausgibt. Das ist mehr als jeder andere Staat pro Kopf seiner Bevölkerung aufwendet.

Die Schweiz war auch unmittelbar nach dem Krieg ausserordentlich hilfsbereit, auch wenn heute von Kritikern geltend gemacht wird, unser Land sei damals kleinkrämerisch aufgetreten⁴⁷⁵. Im Oktober 1944 wurde die *Schweizer Spende für die Kriegsgeschädigten* geschaffen: Bund und Private spendeten bei Kriegsende bis 1948 rund 206 Millionen Franken für den Wiederaufbau Europas und für humanitäre Hilfe, was damals hohen 1,6 Prozent des Bruttosozialprodukts respektive 8,5 Prozent der Bundesausgaben entsprach. Der Bundesrat bezifferte im Jahr 1948 den Beitrag der Schweiz zum Wiederaufbau Europas mit insgesamt rund 2,5 Milliarden Franken⁴⁷⁶, was pro Kopf höher war als die gewaltigen amerikanischen Leistungen für den Marshall-Plan⁴⁷⁷. Dies ist um so bemerkenswerter, als die Versorgungslage der Schweiz unmittelbar nach dem Krieg zeitweise prekärer war als vor 1945⁴⁷⁸.

Die Schweiz sollte sich nicht beirren lassen, wenn unter den geschilderten Umständen wider besseren Wissens von mangelnder internationaler Solidarität gesprochen wird. Sie sollte ihre humanitäre

⁴⁷⁵ Vor allem wird heute von Kritikern argumentiert, die Schweiz habe sich 1946 wegen einer zu harten Haltung bei den Verhandlungen zum Washingtoner-Abkommen (vgl. Schluss des Buches *Chronologie der Ereignisse*, Ziffer 1) international verhasst gemacht und den Ruf eingehandelt, beim Aufbau Europas nicht mitzuhelfen.

⁴⁷⁶ Botschaft des Bundesrats betreffend Beitritt der Schweiz zum Abkommen über die Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 20. August 1948, in: Bundesblatt Nr. 34 vom 26. August 1948, S. 1199.

⁴⁷⁷ Mit diesem Vergleich soll keinesfalls die grossartige Leistung des Marshall-Plans zum Aufbau Europas abgewertet werden, den Winston Churchill zu Recht als die "uneigennützigste Tat der Geschichte" bezeichnete. 2,5 Milliarden Franken waren damals rund 530 Franken pro Kopf der Bevölkerung, während der einzelne Amerikaner für den Marshallplan 410 Franken bezahlte (total rund 13 Milliarden Dollar) Der Beitrag der USA an den Marshall-Plan belief sich „nur“ auf 1,2 Prozent des amerikanischen Bruttosozialprodukts.

⁴⁷⁸ Noch am 17. April 1946 wurden die täglichen Brotportionen von 250 auf 225 Gramm reduziert, für die Jahre 1946/47 musste ein weiteres Anbauprogramm gemäss *Wahlen-Plan* verfügt werden. Noch am 16. Oktober 1947 war eine Reduktion der Milchrationierung von zehn auf acht Liter pro Monat erforderlich.

Politik fortsetzen, ohne sich dabei verunglimpfen und provozieren zu lassen.

13. Abschluss der Kommissionsarbeiten Volcker und Bergier

Wenn es also höchste Zeit ist, mit sämtlichen Forderungen und Zahlungen aufzuhören, so bedeutet dies nicht, dass die begonnenen Arbeiten der Kommissionen Volcker und Bergier abgebrochen werden müssten. Diese sind vielmehr möglichst zügig zu Ende zu führen.

Bei den Arbeiten der Banken unter Kontrolle der Volcker-Kommission sollten sich keine Probleme stellen. Schwieriger ist, die historische Untersuchung der Kommission Bergier befriedigend über die Bühne zu bringen.

a) Verhältnismässigkeit ist das A und O jeder Gerechtigkeit

Eine "richtige" Gerichtsschreibung gibt es nicht, sondern höchstens eine ausgewogene. Professor Kreis, Mitglied der Bergier-Kommission räumt dies selbst ein. Um so wichtiger ist, dass auch die Bergier Kommission sich an das Gebot der Ausgewogenheit hält.

Realitätsverzerrung durch Einzelbeispiele

Gerade in der Flüchtlingspolitik ist die Gefahr gross, durch die Darlegung von Einzelbeispielen einen unausgewogenen Gesamteindruck entstehen zu lassen, der die Realitäten verzerrt. Es bleibt zu hoffen, dass die Kommission nicht nur denjenigen Fällen nachgehen wird, die für die Schweiz belastend sind, sondern dass sie auch die positiven Aspekte der Flüchtlingspolitik aufzeigt. Wie viele Flüchtlinge wurden durch Schweizer gerettet⁴⁷⁹? Wie viele der Abgewiesenen fanden in einem zweiten Anlauf doch noch den Weg in die Schweiz? Wieviele Flüchtlinge wurden unregistriert⁴⁸⁰ oder unter Umgehung der Behörden in die Schweiz geschmuggelt und so gerettet⁴⁸¹.

⁴⁷⁹ Man denke auch an die Leistungen von Schweizern im Ausland, z.B. von Carl Lutz, der in Budapest 1944 ungarischen Juden 50'000 Schutzpässe ausstellte, um sie vor der Deportation in die Vernichtungslager zu bewahren.

⁴⁸⁰ Die vor dem 1. September 1939 (Kriegsbeginn) Eingereisten wurden statistisch nicht als „Flüchtlinge“ erfasst, auch wenn sie in Tat und Wahrheit als normal aufgenommene Flüchtlinge mitgezählt werden müssten (vgl. *Neue Mittelland Zeitung* vom 10. Juni 1997).

⁴⁸¹ Neben den vielen Helfern, die namenlos blieben, sind diverse Persönlichkeiten bekannt, welche sich aktiv für Flüchtlinge einsetzten: Paul Grüninger, Gertrud

Wie extrem Realitäten verzerrt werden können, hat das Simon Wiesenthal-Center in Los Angeles anfangs Juni 1998 mit der Veröffentlichung des Berichtes des Historikers Alan Schom exemplarisch gezeigt. Unser Land wurde zur angeblichen Hochburg des braunen Gedankenguts gemacht und unter anderem behauptet, in der Schweiz seien Elitesoldaten für die Waffen-SS trainiert worden⁴⁸². Natürlich kann mit aufgebauchten Einzelbeispielen von damaligen schweizerischen Nazianhängern oder Freiwilligen, die nach Deutschland zogen und der Waffen-SS beigetreten sind, ein Eindruck erweckt werden, der mit der historischen Wahrheit nichts mehr zu tun hat.

Das damalige Umfeld muss berücksichtigt werden

Mitentscheidend wird sein, ob nach Vorliegen der Kommissionsberichte die Resultate in den Gesamtkontext der damaligen Zeit gestellt werden. Es darf zum Beispiel nicht unbeachtet bleiben, dass sich die meisten Staaten schlichtweg weigerten, jüdische Flüchtlinge aufzunehmen, während die bedrohte Schweiz bezogen auf die eigene Bevölkerung rund 40 mal mehr jüdische Flüchtlinge aufnahm als die reichen USA. Berücksichtigt man gar, dass diverse Staaten aktive Judenverfolgung betrieben, ohne dafür je zur Rechenschaft gezogen oder auch nur ernsthaft kritisiert worden zu sein⁴⁸³, so besteht noch viel weniger Grund zur Kritik gegenüber unserem Land, auch wenn sich einige der damaligen Entscheide für die Betroffenen tragisch ausgewirkt haben.

Analoges gilt für alle historischen Sachgebiete. Mag sein, dass die Bergier-Kommission bisher unbekannte Waffenlieferungen an Deutschland, Transporte der Achsenmächte durch die Schweiz, Verfehlungen von Versicherungen, Betrugsfälle⁴⁸⁴ von Kunsthändlern oder dergleichen zu Tage fördert. Das würde aber nichts daran

Kurz, Paul Vogt, Alfred Hübscher, Regina Kägi-Fuchsmann, Peter Surava und andere.

⁴⁸² Richtig ist nur, dass es vorkam, dass Schweizer illegal nach Deutschland zogen und als Freiwillige der Waffen-SS beitraten: Bekannt ist vor allem der Fall von Eugen Wipf, der "Kapo" des SS-Sonderlagers Hinzert bei Trier wurde; vgl. im übrigen Schluss des Buches, *Chronologie der Ereignisse*, Ziffer 38.

⁴⁸³ Heute ist aufgrund historischer Forschungen klar, dass das Vichy-Regime von Marschall Pétain eine eigene, aktive Politik der Rassendiskriminierung und Judenverfolgung betrieb. Vgl. den Artikel *Enteignete jüdische Vermögen im Staatsbesitz; Frankreichs Vergangenheit* von Rudolf Balmer in der Zeitung *Der Bund* vom 28. Januar 1997.

⁴⁸⁴ Allfällige Betrüger, die nach dem Krieg die Gunst der Stunde nutzten, können nie und nimmer mit schlimmsten Kriegsverbrechern verglichen werden, und schon gar nicht könnten deren Taten der Schweiz angelastet werden.

ändern, dass auch hier die Relationen zu wahren sind. Im Vergleich zum Sündenregister anderer Nationen sowie im Vergleich zu den positiven Leistungen unserer Kriegsgeneration, werden negative Erkenntnisse der Bergierkommission nicht ins Gewicht fallen, auch wenn sie teilweise neu sein mögen. Sollten zum Beispiel Verfehlungen von Schweizer Tochterfirmen in Deutschland beschrieben werden, so ist auch die damalige Rolle der amerikanischen Industrie im Auge zu behalten, unter anderem die Unterstützung der NSDAP durch US-Konzerne⁴⁸⁵. Vor allem aber wäre nicht zu vergessen, dass selbstverständlich die meisten grossen deutschen Unternehmungen von Mercedes-Benz bis zu Bayer-Chemie vom Krieg "profitierten", ohne dass ihnen dies in den folgenden 50 Jahren negativ angerechnet wurde. Es wird deshalb auch nach Abschluss der Arbeiten keinen Grund geben, zusätzlich Geld zu bezahlen. Es muss um die geschichtliche Erkenntnis gehen, nicht um Geld.

Oft wird argumentiert, die Schweiz könne sich für die begangenen (relativ kleinen) Fehler nicht entlasten mit dem Hinweis, dass andere weit mehr Schuld auf sich geladen haben. Dieses Argument ist absolut fehl am Platz. Die Verhältnismässigkeit ist das A und O jeder Gerechtigkeit. Wer den Raubmörder laufen lässt und gleichzeitig den Kleindelinquent zur Kasse bittet, kann sich nicht auf Gerechtigkeit berufen. Wer im Bewusstsein, dass eine grosse Zahl schwerster Kriegsverbrechen ungesühnt blieb und bleibt, denjenigen auf die Anklagebank setzt, der beim verzweifelten Versuch, dem damaligen Nazi-Terrorregime zu widerstehen, auch Fehler machte, ist nicht legitimiert, sich auf Gerechtigkeit zu berufen.

b) Fehlende Unvoreingenommenheit

Nach Veröffentlichung des Gold-Zwischenberichts⁴⁸⁶ am 25. Mai 1998 durch die Kommission Bergier wurde verschiedentlich die Kritik erhoben, der Bericht verliere sich in moralischen Werturteilen aus

⁴⁸⁵ Vgl. den Artikel *Zwischen Hammer und Amboss* von Hans-Ueli Sonderegger in der Aargauer Zeitung vom 10. Januar 1998: "Wie steht es (...) mit den amerikanischen Beziehungen zu Nazi-Deutschland, der Unterstützung der NSDAP durch US-Konzerne, um Hitlers Orden für den IBM-Präsidenten Thomas J. Watson oder die bekannten Affinitäten des US-Wirtschaftsmagnaten Henry Ford für die Nazis? Weshalb blieben US-Industrieanlagen in Deutschland, die in die Reichskriegsanstrengungen integrierten Kölner Ford-Werke, von den amerikanischen Flächenbombardements verschont?"

heutiger Sicht, die Kritik käme teilweise gar einer Vorverurteilung der damals Beteiligten gleich. So wurde zum Beispiel vom "Arbeitskreis Gelebte Geschichte", einer Vereinigung von damaligen Zeitzeugen, darauf aufmerksam gemacht, dass bereits im ersten Abschnitt des Berichts von der *"widerrechtlichen Aneignung fremden Goldes"* die Rede ist, obwohl die Uebernahme des Goldes gemäss dem damaligen internationalen Recht eben gerade rechtmässig war. Kritik wurde auch von Universitätsprofessoren wie Philippe Marguerat⁴⁸⁷, Neuchâtel, und Jean-Christian Lambelet, Lausanne, erhoben. Letzterer bezeichnete den Bericht sogar öffentlich als Skandal und bemängelte in seinem Aufsatz *Wo blieb der ökonomische Sachverstand der Bergier-Kommission*, entscheidende Punkte seien gar nicht abgeklärt worden⁴⁸⁸. Zwar habe der Bericht festgestellt, dass die Spitze der Nationalbank die wirkliche Herkunft des Goldes schon relativ früh habe erkennen müssen, hingegen sei überhaupt nicht untersucht worden, aus welchen Gründen sich die Nationalbank trotzdem für eine Entgegennahme des Goldes entschieden habe. Dazu habe es vor allem ökonomische Gründe gegeben. Folglich sei die Kritik unangemessen. Auch die Nationalbank selbst bemängelte, der Bericht weise Lücken auf⁴⁸⁹.

Wichtig wäre, dass die Kommission ihre Aufgabe unvoreingenommen verrichtet. Diesbezüglich wirft vor allem das Verhalten des Kommissionsmitglieds und Zürcher Geschichtswissenschaftlers Jakob Tanner Fragen auf. Zu befürchten ist, dass Jakob Tanner wohl doch mit einer ideologischen Voreingenommenheit an seine Untersuchungen herangeht, wenn er schon vor Beginn seiner Arbeit erklärte, beim heilen Bild, das von der Schweiz geschaffen worden sei, *"kann man fast von einer nationalen Lebenslüge sprechen, (...) beim Raubgold ging es um willfähige und zugleich profitable Anpassung"*⁴⁹⁰ und beim Réduit⁴⁹¹ von General Guisan habe es sich um eine schweizerische *"Demuts-Geste"* gegenüber Hitler

⁴⁸⁶ Vgl. Schluss des Buches, *Chronologie der Ereignisse*, Ziffer 38.

⁴⁸⁷ *Le Temps* vom 15. Juni 1998.

⁴⁸⁸ Universitätsprofessor Jean-Christian Lambelet, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 31. Juli 1998, vgl. auch *Der Bund* vom 10. August 1998.

⁴⁸⁹ Urteil von Jean-Pierre Roth, Mitglied des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, anlässlich eines Mediengesprächs in Genf, vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 31. Juli 1998.

⁴⁹⁰ *Landbote* vom 9. November 1996.

⁴⁹¹ Grosse Teile der Schweizer Armee hatten sich im Zweiten Weltkrieg auf Befehl von General Guisan ins Alpengebiet zurückgezogen ("Réduit"), um sich bei einem deutschen Angriff auf den besser verteidigbaren Alpenraum zu konzentrieren und dem Gegner das Mittelland weitgehend zu überlassen.

gehandelt⁴⁹². *"Wer das Bild einer Réduit-Schweiz im Kopf hat, ist in der heutigen Welt lernbehindert. Das Ueberleben der Schweiz hängt davon ab, ob es gelingt, uns gesellschaftlich und kulturell weiterzuentwickeln. Was not tut, ist eine Schweiz, die sich weniger gegen aussen abgrenzen muss, multikultureller ist (...). Es ist durchaus vorstellbar, dass es dereinst eine europäische Staatsbürgerschaft (...) geben wird."*⁴⁹³

Vor allem aber hätte nicht vorkommen dürfen, dass Jakob Tanner bereits vor Aufnahme der Arbeit im Schweizer Fernsehen eine Schweizer Versicherungsgesellschaft beschuldigte, deren Zweigstelle in Deutschland habe auf Verlangen des Hitlerregimes willfährig und ohne Not jüdische Versicherungspolice aufgelöst und das Geld an Nazideutschland abgeliefert⁴⁹⁴. Oeffentliche Vorwegnahme von vermuteten oder erhofften Abklärungsergebnissen durch ein Kommissionsmitglied ist nicht statthaft. Solch vorgängige Aussagen bergen die Gefahr in sich, dass die Untersuchung in der Folge so gewichtet oder gar manipuliert wird, dass das Resultat den zu Beginn gemachten Behauptungen entspricht. Es ist ein grundsätzliches politisches Problem, dass "wissenschaftliche Untersuchungen" dazu missbraucht werden können, um vorschnell aufgestellte Behauptungen, getroffene Entscheide oder ideologische Einstellungen rechtfertigen zu können.

c) Die intellektuelle Rechtfertigung

"Intellektuelle, nachträgliche Rechtfertigungen" sind gerade im Zusammenhang mit den jüngsten Angriffen gegen die Schweiz an der Tagesordnung.

⁴⁹² eine Behauptung, die von alt Bundesrat Hans Schaffner als *"nichts anderes als eine pubertäre Dummheit"* bezeichnet wurde Interview vom 14. November 1997 mit Alt Bundesrat Hans Schaffner, *Schweizerische Selbstbehauptung während des zweiten Weltkriegs*, in: "Schweizerzeit"-Schriftenreihe Nr. 29, 1998.

⁴⁹³ Weltwoche vom 2. April 1998.

⁴⁹⁴ SF-DRS Sendung 10 vor 10 vom 8. Januar 1997. Tanner bezog sich auf den Fall Julius Nussbaum, in welchem eine Tochtergesellschaft einer Schweizer Versicherung in Deutschland vom Nazi-Regime eine Verfügung zur Pfändung einer Lebensversicherungspolice erhielt. Die Versicherung befolgte die Anordnung und überwies den Geldwert der Police an den deutschen Staat. Der Vorwurf von Tanner beinhaltet implizit die Behauptung, die Schweizer Konzernleitung der Versicherung habe auch während des Krieges Einfluss auf die Entscheidungen in den deutschen Niederlassungen gehabt. Zudem liess er die Frage offen, was für

Es gibt in unserem Land unzählige Leute, die als Reaktion auf die erhobenen Vorwürfe ohne genauere Kenntnis der geschichtlichen Hintergründe und ohne fundierte Prüfung der Argumente vorschnell erklärt haben, es sei richtig, dass die Schweiz während des Zweiten Weltkriegs Schuld auf sich geladen habe und deshalb finanzielle Leistungen am Platz seien. Egal, ob diese Aussagen im privaten Kreis oder öffentlich gemacht wurden, egal, ob es sich um eine Wortmeldung an einer lokalen Parteiveranstaltung oder um einen Kommentar vor laufenden Fernsehkameras gehandelt hat: All diese Leute werden tendenziell versuchen, ihre vorschnellen Äusserungen auch heute noch zu rechtfertigen. Sie werden dies gezwungenermassen tun, indem sie nachträglich akribisch Gründe zusammentragen, die ins Feld geführt werden könnten, um der Schweiz bezüglich ihres damaligen Verhaltens doch noch Schuld zuweisen zu können. Um sich nachträglich persönlich rechtfertigen zu können, werden sie also tendenziell das eigene Land nur noch zusätzlich zu attackieren versuchen.

Um beim eben genannten Beispiel von Jakob Tanner zu bleiben, ist möglich, dass er versucht, seine vorschnelle Äusserung bezüglich der Willfähigkeit der Schweizer Versicherungen nachträglich zu rechtfertigen, unabhängig davon, ob seine Behauptung sachlich korrekt war oder nicht. Der Bergier-Kommission wurden 22 Millionen Franken zur Verfügung gestellt. Jakob Tanner besitzt also genügend Mittel, um mit grossem Aufwand Beispiele zu suchen oder suchen zu lassen, die für seine Sachdarstellung sprechen. Falls er solche Einzelbeispiele findet, ist die Versuchung gross, diese als typisch für die ganze Versicherungsbranche darzustellen und sie aufzubauschen.

Es ist eine altbekannte Frage, ob Entscheide von "intelligenten" Menschen auch wirklich sachlich fundiert sind. Oder ist es so, dass auch der "intelligente" Mensch seine Entscheide intuitiv, also "aus dem Bauch heraus" trifft? Nur ist er aufgrund seiner Intelligenz in der Lage, den getroffenen Entscheid nachträglich mit einer unanfechtbar scheinenden Argumentation zu verteidigen, also intellektuell zu rechtfertigen, wo ein anderer schnell zugeben muss, dass er seinen Entscheid intellektuell nicht näher begründen kann.

Das Paradebeispiel des *Beobachters*

In geradezu klassischer Weise manifestiert sich diese Problematik beim oben zitierten Irrtum der Zeitschrift *Beobachter* im Jahre 1954 (Kapitel 7 c2). Bei der Schilderung der Rolle, die der Chef der Eidgenössischen Polizeiabteilung, Heinrich Rothmund, bei der Einführung des Juden-Stempels in Deutschland gespielt haben soll, wurden schlichtweg die Rollen des Schweizer Rothmund und des Deutschen Gesandten Köcher verwechselt (Köcher hatte am 2. September 1938 Rothmund angefragt, ob eine Markierung der Reisepässe mit dem J-Stempel möglich sei, der *Beobachter* ging davon aus, Rothmund habe Köcher gefragt). In Anbetracht der enormen Brisanz des Themas und der gewaltigen Wirkung dieser Veröffentlichung war dies ein äusserst schwerwiegender Fehler. Es ist psychologisch gesehen zu einem gewissen Grade verständlich, dass jemand, der einen solchen Fehler zu verantworten hat, in der Folge alles daran setzt, doch noch irgendwie belegen zu können, die gemachte Aussage sei trotz des Fehlers korrekt gewesen. Dies bedeutete im konkreten Fall, dass verzweifelt alle möglichen Indizien, Aussagen und Dokumente zusammengetragen wurden, um doch noch belegen zu können, der Judenstempel sei durch die Schweiz vorgeschlagen respektive gefordert worden.

Es ist eine starke Triebfeder des Menschen, gemachte Fehler und Falschaussagen nicht zugeben zu wollen. Dementsprechend ist selten, dass sich jemand derart offen entschuldigt, wie dies Redaktor S. Sigg tat, nachdem er die auf den *Beobachter* zurückgehenden Vorwürfe in einem eigenen Zeitungsartikel unbesehen übernommen hatte: *"Nun klärt mich einer unserer Abonnenten in einem freundlichen Brief auf, und beweist mir, dass das Gegenteil wahr ist. (...) Ich bin sehr froh um diese Richtigstellung und ich entschuldige mich in aller Form bei Ihnen, liebe Leserin, lieber Leser, für die Falschmeldung"*⁴⁹⁵. Viel häufiger ist die Haltung, Fehler hartnäckig verschwiegen werden. Auch der *Beobachter* bewahrte mehr als 40 Jahre lang Stillschweigen über seinen "fatalen"⁴⁹⁶ Fehler unterlaufen

Tochtergesellschaft). Tanner sprach von einer "willfähigen Auszahlung".

⁴⁹⁵ Pfarrer Sigg ist Redaktor der Zeitschrift "Von Christen Freude und Freiheit". Die Entschuldigung publizierte er in der Ausgabe August 1997.

⁴⁹⁶ Der Ausdruck "fatal" wurde vom damaligen Verfasser des Artikels benützt, vgl. Kapitel 7 c2.

war. Noch in seiner Spezialausgabe "Prix Courage" im September 1997 lobte er, seine eigene Veröffentlichung vom 31. März 1954 sei *"eine Enthüllung"* gewesen, *"die wie eine Bombe einschlug"*. In diesem Artikel 1997 schrieb der Beobachter noch immer von Rothmund, *"der mit der Erfindung des J-Stempels in jüdischen Pässen eine Vorstufe zum Judenstern der Getapo geschaffen hat"* und sagte wahrheitswidrig: *"(Professor) Ludwig bestätigte Rippmanns (der Autor des 1954-Artikels) Vorwürfe voll"*, ohne die damalige Verwechslung seines Redaktors auch nur in einer einzigen Zeile zu erwähnen⁴⁹⁷. Immerhin ist dem Beobachter-Redaktor Urs Rauber hoch anzurechnen, dass er nun endlich mit Veröffentlichung vom 4. September 1998 den damaligen Fehler korrigierte und klipp und klar festhielt: *"Damit ist klar: Beim J-Stempel handelt es sich um einen deutschen Vorstoss"*⁴⁹⁸.

Wie werden gar diejenigen reagieren, welche die Behauptungen des *Beobachters* sogar noch ausgeschmückt und gesteigert haben. Was wird Adolf Muschg sagen, der vom *"Schreibtischtäter Rothmund"* geschrieben hatte, der *"bekanntlich der Erfinder des J-Stempels"* gewesen sei (vgl. Kapitel 7 c2). Wie wird die Zeitschrift *Facts* reagieren, die noch 1998 kurz und bündig schrieb: *"Am Tag nach der Reichskristallnacht 1938 (...) führte der Bundesrat den Judenstempel ein"*⁴⁹⁹. Wie werden Buchautoren reagieren, die geschrieben haben *"Lange Jahre hat es die schweizerische Verwaltung verstanden, vor dem eigenen Volk zu verschleiern, dass nicht etwas die bösen Nazis 1938 auf die Idee verfallen waren, die Reisepässe (...) mit einem grossen J-Stempel zu kennzeichnen: Ein Schweizer Chefbeamter war es, der seine deutschen Verhandlungspartner dazu beschwatzen musste"*⁵⁰⁰. Die meisten, welche die Schweiz falsch belastet haben, werden wohl einfach Stillschweigen bewahren. Andere werden wohl reagieren wie Professor Georg Kreis, Universitätsprofessor und

⁴⁹⁷ An dieser Stelle sei ausdrücklich wiederholt, dass es ein grober Fehler der Schweiz war, nicht auf eine generelle Visumpflicht für Deutschland zu beharren (vgl. Kapitel 7 c2). Aber das bedeutet in keiner Weise, dass es gerechtfertigt ist, wenn selbst höchste Schweizer Persönlichkeiten diese Angelegenheit nach dem Motto "im Zweifel gegen die Schweiz" breitschlagen.

⁴⁹⁸ Allerdings ist der Verdienst, dass die Korrektur erfolgte, wohl in erster Linie Max Keller, einem pensionierten ehemaligen Bundesamt-Vizedirektoren und dem Journalisten Alfred Cattani der *Neuen Zürcher Zeitung*. Durch deren Recherchen (Max Keller hatte in seinem Briefwechsel mit dem damaligen Autoren Rippmann dessen Eingeständnis erwirkt, dem Beobachter sei eine "fatale Panne" unterlaufen) und Publikationen war nicht länger zu verheimlichen, dass der *Schweizerische Beobachter* 1954 einen krassen Fehler begangen hatte.

⁴⁹⁹ *Facts* Nr. 34 / 1998.

Direktor des Europainstituts Basel und gleichzeitig Präsident der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus. Er publizierte in der *Weltwoche* einen Artikel unter der einführenden Bemerkung, *"jüdischen Grenzübergängern hat die Schweiz nach 1938 den J-Stempel in den Pass gedrückt"* und sagte, *"bekannt ist der vom eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement eingebrachte Vorschlag, die Pässe (...) mit einem J-Stempel zu versehen"*. Als der Beobachter am 4. September 1998 seine Korrektur publizierte, räumte Georg Kreis ein, dass die Vorwürfe an Rothmund zu Recht *"etwas relativiert"* werden. Aber er unterstellte *"neunmalklugen Revisionisten"* und *"pseudopräzisen Differenzierern"*, sie wollten *"gleich auch die Schweiz insgesamt entlasten"*⁵⁰¹.

Ist das die Grundhaltung desjenigen, die sich ertappt sieht? Statt den eigenen Fehler zuzugeben, werden diejenigen, die den Fehler aufgedeckt haben, als "Revisionisten" beschimpft? Im höchsten Masse bedenklich ist, dass Georg Kreis auch Mitglied der Bergier-Kommission ist. Zu denken geben muss bereits, dass er offenbar nicht einmal den Ludwig-Bericht gelesen hat. Noch weit schlimmer ist jedoch, wenn er als Historiker diejenigen, die einen Fehler aufgedeckt und damit einen Beitrag zur Wahrheitsfindung geleistet haben, als *"pseudopräzise Differenzierer"* bezeichnet. Wie kann er an einem objektiven historischen Bericht mitarbeiten, wenn er eigene Fehler derart zu kaschieren versucht. Wie soll der Bergier-Bericht je glaubwürdig werden, wenn er von jemandem mitverfasst wird, der offensichtlich korrekte Erkenntnisse einfach beiseite schiebt. Wird damit nicht einfach die Absicht sichtbar, dem eigenen Land schaden zu wollen, notfalls auch wieder besseren Wissens?

Auch heute aktuell, bis auf höchste Ebene

"Intellektuelle, nachträgliche Rechtfertigungen" sind ein zentrales Problem in der Politik. Wie aktuell die hier angesprochene Problematik ganz allgemein ist - und damit wird im vorliegenden Buch übergeleitet zu den Lehren, die aus der heutigen Krise für die Zukunft zu ziehen wären (vgl. den nachfolgenden Teil IV) - zeigt sich am folgenden Beispiel.

⁵⁰⁰ Sebastian Speich, Fred David, Shraga Elam, Anton Ladner, Die Schweiz am Pranger, Banken, Bosse und die Nazis, 1997.

⁵⁰¹ Ebenfalls in: *Beobachter* vom 4. September 1998.

Ausgerechnet bei der weitaus wichtigsten Frage, die sich für die Schweiz seit ihrer Gründung stellt, spielt die Problematik eine zentrale Rolle: Im Mai 1992 stellte der Bundesrat bei der Europäischen Gemeinschaft einen Antrag um einen EG-Beitritt (heute EU-Beitritt). Er tat dies, ohne dass eine öffentliche Diskussion mit Abwägung der Vor- und Nachteile stattgefunden hatte. Dass dieser Entscheid intuitiv, also "aus dem Bauch heraus", getroffen worden war, zeigt sich daran, dass er die Folgen eines Beitritts erst nachträglich abklären liess. Nachdem auf die immer mehr aufkommenden Fragen aus der Bevölkerung - insbesondere, welche Auswirkungen ein Beitritt auf unsere direkte Demokratie haben werde - keine fundierte Auskunft gegeben werden konnte, sah sich der Bundesrat 1998 veranlasst, der Verwaltung den Auftrag zu erteilen, die Folgen eines EU-Beitritts abzuklären und bis Ende Jahr in einem Bericht darzulegen.

Es spielt im vorliegenden Zusammenhang keine Rolle, ob ein EU-Beitritt wünschenswert sei oder nicht. Aber natürlich hätten Abklärungen der Auswirkungen eines Beitritts auf jeden Fall bereits vor Stellung des Beitrittgesuchs gemacht werden müssen. Nur in Kenntnis der Auswirkungen ist ein fundierter Entscheid möglich. Wie sich die Dinge heute präsentieren, ist es psychologisch verständlich, dass der Bundesrat bemüht sein wird, sich "nachträglich intellektuell zu rechtfertigen" und darzulegen, dass die Entscheidungen, der Bevölkerung einen EWR-Beitritt zu empfehlen und gleichzeitig ein EU-Beitrittsgesuch zu stellen, 1992 richtig und fundiert gewesen seien. Ist dementsprechend nicht absehbar, dass der per Ende 1998 zu erwartende Bericht des Bundesrats so oder so eine Integration (d.h. Einordnung) in Europa auf jeden Fall in möglichst positivem Licht schildern wird? In diesem Zusammenhang ist zu bedenken, dass der Landesregierung zur "nachträglichen intelligenten Rechtfertigung" ihres damaligen Entscheids nicht nur 22 Millionen Franken zur Verfügung stehen, sondern faktisch ungleich mehr.

14. Verhalten wie seit 1996 ruiniert die Schweiz

Es wurde bereits dargelegt, dass die in der *Krise Schweiz – Zweiter Weltkrieg* begangenen Fehler nur noch bedingt korrigierbar sind. Also muss man sich um so mehr darauf konzentrieren, ähnliche Fehler in anderen Bereichen zu vermeiden.

Liegt es nicht auf der Hand, dass das Verhalten der Schweiz in den letzten zwei Jahren einfach aufzeigt, wie sich unser Land generell verhält? Verkaufen wir unsere Haut immer zu billig und richten - letztlich auf dem Buckel unserer Bevölkerung - Zahlungen aus, sobald aus dem Ausland Druck aufgesetzt wird? Tritt unser Land immer mit derart wenig Selbstvertrauen und Entschlossenheit auf, wenn es darum geht, die Interessen der Schweiz zu verteidigen?

Eine naheliegende Ueberlegung muss pessimistisch stimmen: Wie soll der massgebende, "einflussreicher Teil unserer Intellektuellen", der die Schweiz nicht einmal mehr dann verteidigt, wenn die Angriffe offensichtlich jenseits von Gut und Böse liegen, fähig und willens sein, in der täglichen Politik für die Interessen unseres Landes und unserer Bevölkerung zu kämpfen? Weshalb sollten Leute, die in der Nazigold-Krise die ausländischen Angriffe genüsslich aufnahmen, nicht auch schädigende Absichten haben, wenn sie sich in der Tagespolitik angeblich für unser Land einsetzen?

Die gegenwärtige Krise wird unser Land überleben, wenn auch mit Milliardenverlusten und einer enormer Prestigeeinbusse. Wenn es aber der Grundhaltung der massgebenden Leute entspricht, generell derart selbsterstörerisch und zahlungswillig auf ausländischen Druck zu reagieren, dann geht unser Land einer schweren Zukunft entgegen.

Es braucht nicht viel Phantasie vorauszusehen, was in den nächsten Jahren auf uns zukommen kann. Als eines der nächsten Themen könnte das Bankgeheimnis auf der internationalen Traktandenliste erscheinen. Es ist möglich, dass die OECD, die EU oder die USA den Druck erhöhen, um von Schweizer Banken vermehrt Aufkünfte zu erhalten, vor allem zugunsten ausländischer Steuerbehörden. Wie wird die Schweiz reagieren, wenn Leute wie Senator D'Amato eine

internationale Hetzkampagne inszenieren mit dem Zweck, unser Bankgeheimnis abzuschaffen, um damit den Bankenplatz Schweiz endgültig auszuschalten?

Es wird nicht beim Bankgeheimnis bleiben. Zahlreiche andere Forderungen können folgen, von international einheitlichen Arbeitszeiten über harmonisierte Sozialleistungen bis zu gleichgeschalteten Einbürgerungsgesetzen, immer begründet mit der Forderung von internationaler Solidarität. Absehbar ist vor allem, dass international der Kampf gegen den angeblich schädlichen Steuerwettbewerb einsetzen wird⁵⁰². Damit wird das „Kernstück unserer nationalen Souveränität“⁵⁰³ getroffen. Andere Staaten werden eifersüchtig die Harmonisierung der Steuergesetze fordern, wenn sich unser Land mit Hilfe des Steuerrechts bessere Rahmenbedingungen schaffen oder behalten will, um seinen Wohlstand zu bewahren. Von entscheidender Bedeutung wird für unsere Bevölkerung sein, inwieweit die Elite unseres Landes gewillt ist, diesem Druck von aussen standzuhalten.

a) Kniefall als Prinzip unserer Aussenpolitik?

Die Erfahrungen der letzten Jahre lassen nichts Gutes erahnen. Gelegentlich könnte man den Eindruck gewinnen, es sei geradezu Strategie unserer Aussenpolitik, wie in der *Krise Schweiz – zweiter Weltkrieg* Druck von aussen nachzugeben und teure Lösungen zu akzeptieren. Die Zeche soll die Bevölkerung bezahlen. Geradezu exemplarisch zeigt sich dies ausgerechnet beim Vertrag mit der grössten Tragweite, den die Schweiz in den letzten 10 Jahren auf dem internationalen Parkett abgeschlossen hat; dem Transitvertrag mit der Europäischen Union (EU) von 1992.

⁵⁰² Vor allem innerhalb der OECD sind diese Tendenzen schon klar erkennbar. Die Sprache ist von "harmful taxcompetition", also "schädliche Steuerkonkurrenz". In der EU ist von einem „Verhaltenskodex im Bereich der Besteuerung für die Eindämmung von Steueroasen“ die Rede.

⁵⁰³ Der Ausdruck, dass mit der Steuerharmonisierung das "Kernstück der Souveränität" getroffen wird, stammt vom luxemburgischen Regierungschef Claude Juncker.

In diesem Vertrag akzeptierte einerseits die EU, dass unser Land bis zum Jahr 2005 die 28-Tonnen-Limite für Lastwagen behält⁵⁰⁴.

Andererseits verpflichtete sich die Schweiz, im Interesse der EU für Milliarden von Franken zwei NEAT-Tunnel zu bauen, d.h. eine Eisenbahn-Alpentransversale mit zwei Achsen. Wie konnten wir uns in einen derart schlechten Vertrag hineindrängen lassen? Weshalb haben wir uns die teure Verpflichtung aufgeladen, sowohl einen Gotthard- als auch einen Lötschberg-Tunnel zu bauen? Was hat uns bewogen, sogar zu akzeptieren, dass Einzelheiten bis hin zur ungefähren Tunnellänge ausdrücklich im Vertrag festgehalten wurden⁵⁰⁵? Es war von Anfang an absehbar, dass wir wegen der Mitwirkungsmöglichkeit des Volkes an der Urne die eingegangenen Verpflichtungen nicht würden einhalten können, zumindest nicht fristgerecht. Es war absehbar, dass wir uns den Vorwurf des Vertragsbruchs aufladen werden, womit Vertragstreue und internationale Glaubwürdigkeit in unakzeptabler Weise aufs Spiel gesetzt werden⁵⁰⁶.

Der EU ging es ohne Zweifel nur darum, sich genügend Transportkapazität zu sichern. Weshalb hat die Schweiz nicht einfach zugesichert, genug Bahnkapazität zu erstellen, um eine bestimmte Tonnage-Kapazität zu garantieren⁵⁰⁷? Damit hätten wir freie Hand behalten, diejenigen Eisenbahnlinien zu bauen, welche den schweizerischen Interessen am besten entsprächen. Wir lassen uns offenbar selbst da teure und überflüssige Lösungen aufdiktieren, wo nicht die geringste Zwangslage besteht und der Vertragspartner gar kein echtes Interesse besitzt. Wie sollen wir je in irgend einem Bereich die Interessen unseres Landes wirksam durchsetzen können, wenn es uns nicht einmal gelingt, die EU zu überzeugen, dass es nur

⁵⁰⁴ Wobei zu erwähnen bleibt, dass wir als souveränes Land auch ohne Vertrag mit der EU bestimmen könnten, welche Lastwagen auf unseren Strassen zirkulieren dürfen und welche nicht.

⁵⁰⁵ Gemäss Artikel 5 des Transitabkommens verpflichtete sich die Schweiz zum „*Bau einer Linie zwischen Arth-Goldau und Lugano, einschliesslich eines Gotthard-Basistunnels (Länge: rund 50 km, voraussichtliche Dauer der Arbeiten, rund 12-15 Jahre) und den Bau einer Basislinie zwischen dem Gebiet um Frutigen und dem Rhônetal, einschliesslich eines Lötschberg-Basistunnels (Länge: rund 30 km, voraussichtliche Dauer der Arbeiten rund 7-10 Jahre)*“.

⁵⁰⁶ Das heisst, dass sich die Schweiz durch den schlechten Transitvertrag selbst unter stupiden Druck setzte, bei den bilateralen Verhandlungen ein Ergebnis erzielen zu müssen, koste es was es wolle. Der einzige Ausweg wäre, den Transitvertrag im Rahmen der „bilateralen Verhandlungen“ mit der EU durch eine neue Regelung abzulösen.

⁵⁰⁷ Also die Garantie, dass (zum Beispiel pro Tag) die EU auf dem Schienennetz eine bestimmte Mindestanzahl Tonnen Fracht durch unser Land transportieren kann.

auf die Transportkapazität ankommt und gar nicht entscheidend ist, wo wir welche Tunnel bauen?

Wieso akzeptieren wir von der EU die Drohung, sie verweigere die Kooperation im Asylwesen und bei der polizeilichen Zusammenarbeit, wo Kooperation absolut selbstverständlich sein sollte⁵⁰⁸? Wieso drohen wir nicht unsererseits mit einer Verschärfung der Asylpraxis und einem Abbau der Rechtshilfe zulasten der umliegenden EU-Staaten⁵⁰⁹? Wieso lassen wir uns - wie wir auf dem besten Wege dazu sind - eine "Personenfreizügigkeit" aufzwingen, welche die Schweiz zum "Sozialamt Europas" mit unabsehbaren Kosten machen könnte, indem unter anderem Zuwanderern die volle Leistung der Schweizer Arbeitslosenkasse angeboten wird, auch wenn sie nur drei Tage bei uns gewohnt und gearbeitet haben⁵¹⁰? Wieso haben wir uns überhaupt in den letzten Jahren dazu bewegen lassen, ausgerechnet in Zeiten von Arbeitsplatzabbau (ausserhalb des Flüchtlingsbereichs) Hunderttausende von Leuten ohne berufliche Ausbildung neu bei uns aufzunehmen und sie via öffentliche Wohlfahrt zu unterstützen⁵¹¹, selbst wenn keine internationale Verpflichtung dazu bestand und selbst wenn unsere Staatsdefizite dabei explodierten? Ist hier auch der internationale Druck mit der Forderung nach Solidarität massgebend? Wieso halten wir uns nicht einfach an das Vorbild der USA, die als Musterbeispiel für internationale Oeffnung gelten, aber sehr wohl wissen, bei internationalen Verträgen ihre Interessen zu wahren? Den USA käme es nicht im Traum in den Sinn, eine Personenfreizügigkeit in derjenigen Form zu akzeptieren, wie wir das

⁵⁰⁸ Ende Oktober 1997 wurde gemeldet, die EU verweigere bei der Asylpolitik eine engere Zusammenarbeit mit der Schweiz, solange die „bilateralen Verhandlungen“ nicht zum Abschluss gebracht werden (Pressemeldungen vom 25. Oktober 1997). Weshalb verschärfen wir nicht einfach unsere Praxis. Wenn dies wirklich der Fall sein sollte (Zweifel sind angebracht, ob sich die EU tatsächlich so unkooperativ verhält, wie oft gemeldet wird; im Kampf gegen illegale Einwanderer zeigte die EU Mitte Juli 1998 jedenfalls erfreuliche Kooperation; vgl. Pressemeldungen vom 17. Juli 1998) Ein härterer Kurs in der Asylpolitik, der sich zulasten der umliegenden Staaten auswirkt, würde die EU sehr schnell zur Kooperation bringen.

⁵⁰⁹ Wieso führen wir überhaupt Asylverfahren bei Personen durch, die bereits in der EU abgewiesen wurden, wie im Beispiel des mutmasslichen, algerischen Terroristenführers Ahmed Zaoui? Nichts würde uns daran hindern, in eigener Regie einen abweisenden Entscheid der EU „nachzuvollziehen“ und gar kein Asylverfahren mehr durchzuführen.

⁵¹⁰ Gemäss dem in der EU geltenden Totalitätsprinzip kann sich ein Arbeitnehmer darauf berufen, er habe bereits im Herkunftsland eine Arbeitsstelle inne gehabt, was zur Anspruchsbegründung für Schweizer Leistungen ab dem ersten Tag führt.

⁵¹¹ Dabei geht es nicht um Flüchtlinge, sondern um Ausländer, die via Arbeitsmarkt in unser Land kommen. Die massive Einwanderung von beruflich unqualifizierten Arbeitnehmern ausgerechnet in Zeiten von Arbeitsplatzabbau ist extrem kostspielig und belastend. Offenbar aus falsch verstandener internationaler Solidarität wagt es die Schweiz nicht, eine Arbeitsmarkt-Einwanderungspolitik zu betreiben, welche den Interessen unseres Landes Rechnung tragen würde.

ansteuern. Hätte mit energischem Auftreten nicht schon längst eine sinnvollere Personenfreizügigkeit erreicht werden können, bei der zum Beispiel unsere Jugend in der EU studieren kann? Rund 15'000 Jugendliche aus der EU sind an Schweizer Universitäten eingeschrieben. Umgekehrt studieren nur rund 5'000 Schweizer/-innen an EU-Universitäten. Weshalb fordern wir nicht ultimativ identische Studienplatz-Kontingente? Mit 15'000 offenen Studienplätzen in der EU besässen unsere Studenten/-innen faktisch die für sie so wichtige Freizügigkeit auf dem Universitätssektor.

Wir zerstören entscheidende Standbeine unseres Wohlstands, wenn wir Forderungen nach Gleichschaltung der Sozialsysteme, Abschaffung des Bankgeheimnisses und Harmonisierung der Steuersysteme nachgeben. Zeigen wir uns bei solchen Themen auch nur annähernd so anpasserisch wie im Rahmen der jetzigen Krise, so führt dies für die Schweiz in die Katastrophe. Sicher geglaubter Lebensstandard kann rascher verschwinden, als man denkt, wie die überraschenden Wohlstandsverluste in ostasiatischen Staaten in jüngster Vergangenheit zeigen⁵¹².

b) Wohlstandsabbau, um nicht als Profiteur zu gelten?

Es ist unbestritten und selbstverständlich, dass sich unser Land öffnen und international ausrichten muss. Aber das kann nicht heissen, jedem Druck von aussen nachzugeben und uns mit nachteiligen Verträgen zu binden, die auf dem Buckel unserer Bevölkerung finanziert werden.

Ist es denn so sicher, - und das ist eine ganz entscheidende Frage - dass die Leute, welche uns internationale Verträge schmackhaft machen wollen, auch wirklich Vorteile für die Schweiz im Auge haben? Spielen vielleicht Beweggründe, die nun in der Nazigold-Krise sichtbar geworden sind, eine viel grössere Rolle, als gemeinhin angenommen wird? Sind Ziele wie "Abschaffung der direkten Demokratie" und "Herunternivellierung der Schweiz auf ein

⁵¹² Aus diversen Gründen brachen gegen Ende 1997 die Währungen von Staaten wie Thailand, Südkorea und Indonesien in wenigen Tagen ein, was für die betroffenen Einwohner enorme Wohlstandsverluste bedeutete. Selbst die Entwicklung in Japan hätte vor kurzem noch kaum jemand für möglich gehalten.

internationales Durchschnittsniveau", also eine bewusste Verschlechterung der eigenen Standortvorteile, nicht auch hier zentral?

Es lohnt sich, über einen Artikel nachzudenken, der unter dem Titel *"Parasiten werden gemieden"* in der *Sonntags-Zeitung* erschien: Die Schweiz *"dürfte als Inselnation selbst dann Nutzniesserin sein, wenn es in Europa zu wirtschaftlichen Problemen und politischen Schwierigkeiten kommen sollte. Diese "Fünfer-und-Weggli-Situation" ist auf den ersten Blick erfreulich. Auf den zweiten jedoch läuten die Alarmglocken. Die Schweiz läuft Gefahr, dass sie ihr schlechtes internationales Image als Parasit zementiert. Sie blieb nicht nur von beiden Weltkriegen verschont, sondern bereicherte sich auch noch an den Opfern*⁵¹³. *Sie meidet die Organisation der Vereinten Nationen, und sie hält sich beim Aufbau von Europa wiederum vornehm draussen. Im Europa des Aufbaus aber könnte der Begriff Solidarität sehr bald einen hohen Stellenwert bekommen".* Das werde dazu führen, dass die übrigen Länder *"wenig Sympathie haben für ein Land namens Schweiz, das sich einmal mehr isoliert und profitiert".xxx*

Seit Jahren wird in aller Regel die "Isolation" als wirtschaftlich negativ dargestellt und der Abschluss internationaler Verträge unserer Bevölkerung mit dem Argument begründet, sie lägen in unserem eigenen wirtschaftlichen Interesse. Ist der oben zitierte Artikel Vorbote eines grundsätzlichen Wechsels der Strategie? Hier wird plötzlich gesagt, die Isolation sei gleichbedeutend mit dem Profit. Wird langsam zu offensichtlich, dass ein Land natürlich besser gestellt bleibt, wenn es gezielt nur einzelne, vorteilhafte Vereinbarungen aushandelt? Wird dies von der Bevölkerung langsam erkannt? Muss deshalb neu argumentiert werden, es stimme zwar schon, dass Unabhängigkeit und Selbständigkeit unserem Land Vorteile und Wohlstand bringen. Aber in der heutigen Zeit sei es nicht mehr haltbar, Vorteile für sich selbst anzustreben und mehr Wohlstand als die anderen zu besitzen? Mehr Wohlstand sei unsolidarisch, unmoralisch und werde von der eifersüchtig werdenden übrigen Welt

⁵¹³ Man beachte auch hier den Bogen, der zwischen dem "Fernbleiben" von Europa und den angeblichen Verfehlungen während des Zweiten Weltkriegs geschlagen wird. Auch hier wird das angebliche Fehlverhalten der Schweiz dazu benützt, um heutige politische Ziele zu begründen. Dabei wird sogar unterstellt, dass die Tatsache, dass unser Land zweimal von einem Weltkrieg verschont geblieben ist, als "parasitär" zu gelten hat.

nicht toleriert? Wer nach Wohlstand strebe, sei ein Parasit, wie wir dies schon immer gewesen seien, sogar im Zweiten Weltkrieg (vgl. die Formulierung im eben zitierten Artikel). Deshalb sei es für unser Land höchste Zeit, international Solidarität zu zeigen und den Wohlstand freiwillig aufzugeben.

Milliarden an den jüdischen Weltkongress bezahlen als Solidarität für die Weltkriegsopfer? Milliarden bezahlen für eine "Solidaritätsstiftung"? Milliarden bezahlen für eine NEAT aus Solidarität zur EU? Dutzende von Milliarden bezahlen, um solidarisch jedem zu ermöglichen, in der Schweiz hohe Sozialleistungen zu beziehen? Das alles, weil wir verlernt haben, Druck von aussen standzuhalten? Oder ist gezielte Absicht im Spiel? Hegen die entscheidenden Persönlichkeiten unseres Landes die Gedanken, die in dem eben zitierten Zeitungsartikel sichtbar werden? Ist das alles entscheidende politische Ziel, den Wohlstand unseres Landes zu senken, um international nicht als Parasit zu gelten?

Die Bevölkerung denkt anders. Sie denkt nicht ideologisch. Sie möchte ihren Wohlstand erhalten und wünscht sich keine Politikerinnen und Politiker, die internationalem Druck zum Nachteil der Schweiz sofort nachgeben oder gar gezielt internationale Durchschnittlichkeit anstreben.

15. Die Bewahrung der „drei Wunder“ der Schweiz

Noch UNO-Generalsekretär Perez De Cuéllar sprach von den „drei Wundern der Schweiz“

- (1) vom materiellen Wohlstand der Schweiz trotz fehlenden Rohstoffen;
- (2) vom nationalen Zusammenhalt unserer direkten Demokratie trotz vier verschiedenen (Sprach-) Kulturen;
- (3) von der „internationalen Ausstrahlung der moralischen Werte“ der Schweiz trotz ihrer Kleinheit.

und sagte, *„viele Nationen und die internationale Völkergemeinschaft täten gut daran, aus der Geschichte der Schweiz ihre Lehren zu ziehen.“*⁵¹⁴ Wenn wir weiterpolitisieren wie in den letzten Jahren, drohen diese „drei Wunder“ endgültig von der Bildfläche zu verschwinden:

(1) Der materielle Wohlstand

Vom ehemaligen amerikanischen Präsidenten Benjamin Franklin⁵¹⁵ ist der Satz überliefert: „Und wer Euch sagt, dass Ihr reich werden könnt, ohne zu arbeiten, der ist ein Lügner.“

Unser Land war noch im letzten Jahrhundert ein Armenhaus. Die Armut trieb die Menschen zum Auswandern. Seit der Gründung des Bundesstaates haben sich die Schweizerinnen und Schweizer an die von Benjamin Franklin vertretene Philosophie gehalten. Sie haben erkannt, was mit Fleiss und internationalem Handel erreicht werden kann, und haben unser Land betreffend Lebensstandard weltweit an die Spitze gebracht⁵¹⁶. Offenbar ist das aber für einen massgebenden Teil unserer geistigen Elite Grund genug, alles umkrempeln zu wollen. Leider mit „Erfolg“⁵¹⁷. Leistungsdenken ist heute verpönt, viel eher gilt „ja nicht besser sein als der andere“. Unterschiede darf es aus ideologischen Gründen nicht mehr geben. Viele verachten deshalb den Gedanken, unser Land weiterhin an erster Stelle zu sehen. Sie

⁵¹⁴ Vgl. Karl Kloter, *Irrwege und Heimwege, Prosa – Lyrik – Dokumente.*

⁵¹⁵ Vgl. *Die schönsten Zitate der Welt*, publiziert 1987 im Zweiburgen Verlag, Weinheim.

⁵¹⁶ Seit die Weltbank eine Statistik präsentiert, die nur noch Staaten mit über 1 Million Einwohner beinhaltet, steht die Schweiz auf dem ersten Platz. Gemäss der im April 1998 veröffentlichten Rangliste betrug unser Bruttoeinkommen pro Kopf 1996 44'350 Dollar. Sogar Länder wie Deutschland (28'870 Dollar) und die USA (28'020 Dollar) lagen ganz entscheidend tiefer.

⁵¹⁷ Die Leistungsbereitschaft nimmt ab. Wir haben innert kürzester Zeit das von Ideologen geforderte Nullwachstum durch eigenes Verschulden erreicht. Die Folgen sind Arbeitslosigkeit, leere Staatskassen, Schlagseite der

bevorzugen eine Schweiz, die international nach unten nivelliert wird und auch betreffend Wohlstand keinen Sonderfall mehr darstellt, wohl wissend, dass ganze Bevölkerungskreise wie kinderreiche Familien, Alleinerziehende, vermögenslose Rentner und sogar grosse Teile des Mittelstands zwangsläufig in der Armut versinken werden.

(2) Die direkte Demokratie

Unsere heutige, direkte Demokratie ist, wie erwähnt, weiten Kreisen ein Dorn im Auge. Sie scheint vielen zu langsam, um die Probleme in unserer schnellebigen Zeit zu lösen. Es sei zu mühsam, vor jeder Volksabstimmung mehr als 50 Prozent des „einfachen Volkes“ von der „richtigen“ Lösung überzeugen zu müssen. Die Bevölkerung habe zu wenig Sachkompetenz, um Entscheide treffen zu können.

Die Kreise, die so denken, sind elitär geworden. Sie übersehen, dass es die direkte Demokratie ist, wie wir sie kennen, welche unser Land mit seinen verschiedenen Kulturen als Staat zusammenhält. Sie übersehen, dass diese direkte Demokratie dazu führt, dass sich die Bevölkerung mit Eigenverantwortung an der Politik beteiligt, dass sie bereit ist, für unser Land Aussergewöhnliches zu leisten, und dass sie sich mit anderen Landesteilen und Bevölkerungsschichten identifiziert⁵¹⁸. Sie unterschlagen, dass jeder Blick ins Ausland zeigt, dass die Probleme mit Sicherheit nicht besser gelöst werden, wenn eine kleine Elite allein entscheiden kann. Sie wollen ausgerechnet diejenige Mitwirkungsmöglichkeit der Bevölkerung abschaffen, die weltweit bewundert wird⁵¹⁹.

(3) Die moralischen Werte

Gerade die *Krise Schweiz – Zweiter Weltkrieg* hat gezeigt, dass heute weite Kreise bereit sind, unsere Moralvorstellungen, die noch vor wenigen Jahren selbst nach Meinung eines UNO-Generalsekretärs international grosse Ausstrahlung besaßen, fallen zu lassen. Die Krise hat gezeigt, dass wir nicht einmal mehr die Kraft haben, denjenigen entschieden entgegenzutreten, welche jede Moral auf den

Sozialversicherungen, fehlende Investitionen selbst dort, wo sie der Umwelt zugute kämen.

⁵¹⁸ Sind nicht sogar Dinge wie „bessere Qualität, weniger Ausschuss, grössere Loyalität, freiwillige Weiterbildung“ viel stärker als gemeinhin angenommen auf die Institution der direkten Demokratie zurückzuführen?

⁵¹⁹ Sogar die Generalsekretärin des Europarats, Cathérine Lalumière, erklärte am „Europatag“ 1996: „Das Schweizer Modell der direkten Demokratie und des Föderalismus könnte für die Nationalitätenkonflikte vielleicht die Lösung bieten“.

Kopf stellen⁵²⁰. Standhaftigkeit und Unabhängigkeit galten noch vor kurzem als erstrebenswert. Das hat sich offenbar gründlich geändert. Nicht mehr der Wille der überwiegenden Mehrheit unserer Kriegsgeneration, gegenüber Druck von aussen standhaft zu bleiben, gilt als Gütezeichen und wird honoriert. Vielmehr wird beklatscht, wer sich im Ausland beliebt machen will, indem er sich dienstbeflissen und willfährig dem Druck von aussen beugt, selbst wenn der Druck von geld- und machtorientierten Interessengruppen ausgeübt wird und selbst wenn die schweizerische Bevölkerung die Zeche bezahlen muss.

Die Schlussfolgerung

Eine Kritik dieser Tendenzen könnte ein ganzes Buch füllen. Ich möchte es bei zwei Zitaten bewenden lassen. Der aargauische Historiker Willi Gautschi bemerkte im Zusammenhang mit der jetzigen "Bewältigung der Vergangenheit": "Wir haben uns bewusst zu sein, dass die Freiheit - die politische wie die persönliche - kein Geschenk der Natur ist, sondern eine Aufgabe darstellt, um die immer wieder neu gerungen werden muss"⁵²¹. Und Professor Ulrich Kägi macht eine Bemerkung, die wohl sehr viel mit dieser Freiheit zu tun hat: "Alles können wir umkrepeln, aber an zwei Dingen müssen wir mit Zähnen und Klauen festhalten: Erstens am Recht unserer Bevölkerung, selbst über ihr Schicksal zu bestimmen, was zweitens voraussetzt, dass jede Reform im Rahmen der demokratischen Spielregeln vor sich geht"⁵²².

Erst wenn ein Schiff in einen Sturm gerät, sind die Steuerleute gefordert. Erst in der Krise zeigt sich, ob unsere geistige, politische und wirtschaftliche Elite willens ist, unser Land in eine sichere Zukunft zu führen. Vielleicht war die Schweiz in den letzten Jahrzehnten auf internationaler Ebene zu wenig gefordert. Vor allem die Politikerinnen und Politiker müssen deshalb wieder lernen, mit Spannungen zu leben und für die Interessen ihrer Bevölkerung zu kämpfen. Dabei ist gleichgültig, welche Regierungsform wir haben, ob fünf, sieben oder neun Bundesräte, ob Frauen oder Männer unser Land vertreten. Aber die entscheidenden Personen müssen die Kraft aufbringen, die Zähne

⁵²⁰ Vgl. vor allem die Kapitel 7d und 10.

⁵²¹ Aargauer Zeitung vom 24. Mai 1997. Willi Gautschi hat sich vor allem einen Namen geschaffen durch seine fundierte Biographie von General Guisan.

⁵²² Vortrag an der Generalversammlung des SEV am 25. September 1971 in Flims.

zu zeigen, wenn der übermächtige Gesprächspartner seinen Machthunger, sein Geltungsbedürfnis, seine Geldgier oder seine egoistischen Interessen verfolgt.

Oder, wie Minister Walter Stucki damals sagte: "Die Schweiz muss mit Selbstvertrauen auftreten; flexibel, fair und kompromissbereit. Wenn es jedoch um das Wesentliche geht, muss der Mut aufgebracht werden, den Gegner auf Granit beißen zu lassen"⁵²³. Auch gegenüber Leuten mit riesigen Geldmitteln im Rücken und gegenüber der mächtigsten Regierung dieser Welt gilt dies. Was wäre aus unserem Land geworden, wenn sich die massgebenden Vertreter der Kriegsgeneration so verhalten hätten, wie wir dies seit 1996 tun? Es ist fast nicht zu verstehen, dass heute ausgerechnet solche Kreise, die unserer Kriegsgeneration vorwerfen, dem Druck Nazideutschlands nachgegeben und angeblich mit dem Dritten Reich kooperiert zu haben, dem vergleichsweise vernachlässigbaren Druck von Bronfman und Konsorten nachgeben. Bis in die USA gibt es Leute, die dies nicht verstehen können, wie der Leserbrief eines ehemaligen Flüchtlings zeigt, der damals in der Schweiz Schutz gefunden hatte: *"Ich verstehe euch heutige Schweizer einfach nicht mehr. (...) Da müsst ihr doch nicht in Panik geraten. (...) Sie stellen - wie Amerikaner zu verhandeln pflegen - harte Forderungen, sind aber keineswegs beleidigt, wenn die Gegenseite ebenfalls hart auftritt. Wo ist denn die Schweiz hingekommen, die mir vor über 50 Jahren das Leben gerettet hat?"*⁵²⁴

Die Schweiz hat eine erstaunliche Erfolgsgeschichte hinter sich: Mit einer beispielhaften direkten Demokratie, mit Wohlstand für erstaunlich breite Bevölkerungsschichten⁵²⁵ und mit dem vorbildlichen Zusammenleben von verschiedenen Völkern, Kulturen und Konfessionen. Es bleibt zu hoffen, dass in der Schweiz noch Leute zu finden sind, die diese Werte den nachkommenden Generationen erhalten wollen⁵²⁶. Ende

⁵²³ Zitiert von alt Botschafter Dr. Heinz Langenbacher, nach dem Krieg Mitarbeiter von Minister Stucki, Brief an Autor.

⁵²⁴ Vgl. *Züri Woche* vom 24. Juli 1997, nacherzählt von Sigmund Widmer, ehemaliger Stadtpräsident von Zürich und alt Nationalrat.

⁵²⁵ Der allerdings durch politische Fehlentscheide in beängstigendem Tempo immer geringer wird.

⁵²⁶ Wenn es in unserer Gesellschaft heute möglich ist, hunderte von Millionen von Franken auszugeben, um wenige Millionen Franken auf Bankkonten zu finden, nach denen während Jahrzehnten nicht mehr gefragt wurde, sollte man meinen,

Bemerkung zur Glaubwürdigkeit der zahlreichen Zitate

1.

Ich habe diverse Referate zum vorliegenden Thema gehalten. Nach meinem Vortrag auf der Habsburg am 29. April 1998 wurde mir in der *Aargauer Zeitung* vom Journalisten Hanspeter Widmer vorgehalten, ich hätte *"Namen wie Frisch, Dürrenmatt, Bichsel, Muschg; sodann Journalisten, das Fernsehen, die Freidensstiftung, auch die Stiftung Pro Helvetia dem "Lager der Subversiven" zugeordnet"*. "Lager der Subversiven" war in Anführungszeichen gesetzt, um dem Leser zu suggerieren, ich hätte dies den Ausdruck wörtlich verwendet.

Ich hatte ungefähr so argumentiert, wie in diesem Buch. Den Ausdruck "subversiv" habe ich nicht verwendet (auch nicht einen ähnlichen Ausdruck wie "Lager der Subversiven"), er ist kaum in meinem Wortschatz. Erfahrungen dieser Art zeigen, dass Zitate in den Medien falsch sein können.

2.

Bei seinem Auftritt in Bern am 12. Mai 1998 wurde Israel Singer, der Generalsekretär des jüdischen Weltkongresses, gefragt, wie er dazu gekommen sei, in einem im Tages-Anzeiger-Magazin vom 12. Dezember 1997 veröffentlichten Interview zu sagen: *"Die Schweiz soll ihre Fehler eingestehen und zahlen. Dann ist die Sache erledigt"*. Er behauptete, diese Aussage nie gemacht zu haben. Gleichzeitig weigerte er sich aber bezeichnenderweise, diese Aussage zu dementieren und zurückzunehmen.

Es ist mir klar, dass es auch möglich ist, dass Aeusserungen in den Medien sehr wohl richtig zitiert sind, dass aber der unehrliche Interviewpartner später bestreitet, dies gesagt zu haben.

3.

Diese beiden Ueberlegungen zeigen, dass auch Zitate in diesem Buch falsch sein können. Selbst Rückfragen beim verantwortlichen Journalisten bringen oft keine Klarheit. Sollte in diesem Buch jemandem eine falsche oder ungenaue Aussage in den Mund gelegt sein, weil das Zitat in den Medien nicht korrekt war, so wird der Betroffene um Entschuldigung gebeten. Für die Aussage dieses Buches wären solche Irrtümer nicht entscheidend, denn die gewählten Zitate hätten sich in aller Regel leicht durch sehr ähnliche ersetzen lassen.

Das vorliegenden Buch soll keine wissenschaftliche Abhandlung, sondern ein Plädoyer für die Schweiz sein. Ungenauigkeiten durch das zitieren von ungenauen oder gar falschen Zitaten werden deshalb in Kauf genommen. Allgemein geht es nicht darum, zitierte Personen zu verunglimpfen. Vielmehr soll mit den Zitaten Grundhaltungen dargestellt werden.

4.

Sollten sich Fehler eingeschlichen haben, bitte ich um entsprechende Mitteilung.

Chronologie der Ereignisse von 1 bis 50

- (1) Bei Kriegsende wurde allgemein sichtbar, dass ein Teil des Goldes, das während des Krieges von Deutschland in die Schweiz geflossen war, aus Goldbeständen von überfallenen Ländern stammte, vor allem aus Holland und Belgien. Verhandlungen mit den Alliierten führten am 25. Mai 1946 zum Washingtoner-Abkommen, in dem sich die Schweiz verpflichtete, 250 Millionen Franken in Gold für den Aufbau Europas zu bezahlen und die Hälfte der deutschen (privaten) Guthaben in der Schweiz den Alliierten abzuliefern.
- (2) In den 60-er Jahren führten die Schweizer Banken aufgrund eines entsprechenden Bundesbeschlusses vom 20. Dezember 1962⁵²⁷ eine Suche nach „nachrichtenlosen Vermögen“ durch, d.h. nach Vermögen von Kriegsoptionen, die seit dem Zweiten Weltkrieg nachrichtlos auf Schweizer Banken lagen. Kein anderes Land ergriff vergleichbare Massnahmen. Rund 9,47 Millionen Franken wurden gefunden. Ein Teil davon konnte Eigentümern zugeordnet werden. Ein verbleibender Rest wurde im März 1975 für humanitäre Zwecke zu zwei Dritteln dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund (2,120 Millionen) und zu einem Drittel der Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfe (1,068 Millionen) überwiesen.
- (3) Kurz vor den Feierlichkeiten *50 Jahre Kriegsende* (8. Mai 1995) kamen Gerüchte auf, bei der Suche 1962 seien nicht alle nachrichtenlosen Vermögen gefunden worden. Mit parlamentarischen Vorstössen von Ständerat Piller, SP Freiburg, (aufgrund von ausländischen Presseberichten am 6. Dezember 1994; dann erneut am 12. Juni 1995), Nationalrat Ziegler, SP Genf (7. März 1995) und Nationalrätin Grendelmeier, LdU Zürich (24. Mai 1995) wurden die nachrichtenlosen Vermögen in der Schweiz wieder zum Thema. Die parlamentarische Initiative Grendelmeier wurde von der Rechtskommission des Nationalrats übernommen und bearbeitet.
- (4) Am 12. September 1995 erliess die Schweizerische Bankiervereinigung zuhanden der Schweizer Banken Richtlinien über die Behandlung von nachrichtenlosen Vermögen. Sie veranlasste eine neue Suchaktion, die sich diesmal nicht nur auf jüdische Kriegsoptionen beschränkte, sondern allgemein auf Guthaben aus der Zeit vor Kriegsende (8. Mai 1945). Bis zum 7. Februar 1996 wurden Guthaben von total 38,7 Millionen Franken auf 775 Konten/Depots zu Tage gefördert, wie dies von der Bankiervereinigung an ihrer Halbjahreskonferenz mitgeteilt wurde.
- (5) In der Zwischenzeit hatte sich der jüdische Weltkongress (World Jewish Congress, WJC) mit seinem Präsidenten Edgar Bronfman eingeschaltet. Der WJC beansprucht für sich, 16 Millionen Juden in über 80 Staaten zu vertreten und zählt rund 70 Landesverbände (darunter der Schweizerische Israelitische Gemeindebund), zahlreiche weitere befreundete Organisationen sowie rund 150'000 persönliche Mitglieder.

Am 18. September 1995 fand in Bern im "Du Théâtre" ein erstes Gespräch zwischen Vertretern des WJC und der schweizerischen Bankiervereinigung statt. Diese Zusammenkunft wird als eigentlicher **Beginn der heutigen Holocaust-Krise** bezeichnet, denn an diesem Anlass ergaben sich erste Meinungsverschiedenheiten. Im Verlauf des Gesprächs wurden dem jüdischen Weltkongress nach den Aussagen ihres Präsidenten 38,7 Millionen Franken angeboten, mit denen allfällige Berechtigte, die ihren Anspruch nicht beweisen können, hätten befriedigt werden können. Das Angebot wurde abgelehnt und die Vertreter des jüdischen Weltkongresses verliessen den Anlass offenbar verärgert. Später behauptete Edgar Bronfman, ihnen seien bei diesem Gespräch nicht einmal Stühle angeboten worden, die Vertreter der Bankiervereinigung bestreiten diese unglaubliche Darstellung.

⁵²⁷ Bundesbeschluss vom 20. Dezember 1962 über die in der Schweiz befindlichen Vermögen rassistisch, religiös oder politisch verfolgter Ausländer oder Staatenloser.

- (6) Die Rechtskommission des Nationalrats⁵²⁸ nahm sich ab Herbst 1995 der Sache an. Sie hatte aufgrund der Initiative Grendelmeier zu untersuchen, ob sich gesetzliche Vorschriften aufdrängen. Am 23. Oktober 1995 wählte sie eine Subkommission⁵²⁹. Am 20. Februar 1996 wurden von dieser vier Vertreter jüdischer Organisationen angehört: Aus dem Ausland Israel Singer, der Generalsekretär des jüdischen Weltkongresses, dessen Stellvertreter Maram Stern aus Brüssel, gleichzeitig Generalsekretär des europäisch-jüdischen Weltkongresses, sowie aus dem Inland Rolf Bloch, Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes und Sigi Feigel, Ehrenpräsident der israelischen Cultusgemeinde Zürich.
- (7) Am 23. April 1996 fand im amerikanischen Kongress ein erstes Hearing (Anhörung) statt: Der Bankenausschuss des Senats tagte unter dem Vorsitz von Senator Alfonse D'Amato. Ein zweites Hearing folgte am 16. Oktober 1996. Am 11. Dezember 1996 zog der Bankenausschuss des Repräsentantenhauses unter dem Vorsitz von James Leach nach. Zahlreiche weitere Hearings folgten bis in jüngster Zeit, so zum Beispiel am 12. Februar 1998 im US-Repräsentantenhaus betreffend Raubgut/Raubkunst (von Nazideutschland geraubte Kunst) und Versicherungen. In den diversen Hearings kamen immer auch wieder Schweizer zu Wort, neben Bankenvertretern und Vertretern des Bundes auch Einzelpersonen wie Christoph Meili (6. Mai 1997) und Nationalrat Jean Ziegler .
- (8) Am 2. Mai 1996 unterzeichnete die Schweizerische Bankiervereinigung ein Memorandum of Understanding (Verständigungsvereinbarung) mit drei massgebenden jüdischen Organisationen⁵³⁰. Diese Vereinbarung führte zur Gründung des unabhängigen Gremiums Volcker-Kommission⁵³¹. Dieses überwacht mit Hilfe von internationalen Revisionsgesellschaften⁵³² die von den Banken eingeleitete Suche. Den Revisoren wurde unbeschränkter Zugang zu den notwendigen Bankakten garantiert.

Zudem wurde eine Ombudstelle geschaffen, um für die Betroffenen die Suche nach nachrichtenlosen Vermögen zu erleichtern. Aufgrund dieser Massnahmen kamen die eidgenössischen Räte zum Schluss, betreffend der Suche nach den nachrichtenlosen Bankkonten bestehe kein gesetzlicher Handlungsbedarf, hingegen dränge sich eine breitere historische Untersuchung auf.

- (9) Während Sommer/Herbst 1996 wurden dazu im Parlament die Gesetzgebungsarbeiten vorangetrieben. Dies führte am 13. Dezember 1996 aufgrund des Vorschlags der Nationalrat-Rechtskommission zur Gutheissung eines dringlichen Bundesbeschlusses⁵³³ durch National- und Ständerat (in beiden Räten ohne eine einzige Gegenstimme). Damit wurde eine allgemeine historische Untersuchung der Zeit des Zweiten Weltkriegs angeordnet, die weit über die Frage der nachrichtenlosen Vermögen hinausgehen sollte. Bankgeheimnis und Datenschutz wurden in beschränktem Rahmen ausser Kraft gesetzt.

⁵²⁸ Im 200-köpfigen Nationalrat bestehen 25-köpfige Kommissionen, in denen die Geschäfte vorbesprochen werden, bevor sie im Rat behandelt werden. Eine dieser Kommissionen ist die „Rechtskommission“, die z.B. Gesetzesrevisionen des Zivil- oder des Strafgesetzbuchs vorbehandelt. Im Ständerat existieren analoge Kommissionen.

⁵²⁹ Mit den Mitgliedern Nationalrat Rolf Engler (Präsident, CVP Appenzell i.R.), Nationalrätin Suzette Sandoz (Liberales Waadt) sowie den Nationalräten Theo Fischer (SVP Aargau), Paul Rechsteiner (SP St.Gallen) und Luzi Stamm (FDP Aargau); zusätzlich Nationalrätin Verena Grendelmeier (LdU Zürich) als Initiatorin des Vorstosses sowie die Präsidentin der Rechtskommission, Nationalrätin Lili Nabholz (FDP Zürich).

⁵³⁰ Die Vereinbarung wurde geschlossen zwischen der Jüdischen Rückerstattungs-Weltorganisation (der World Jewish Restitution Organisation WJRO) und dem Jüdischen Weltkongress, auch in Vertretung der Jewish Agency und verbündeter Organisationen auf der einen und der Schweizerischen Bankiervereinigung auf der anderen Seite.

⁵³¹ Benannt nach dem ehemaligen Notenbankchef der USA, Paul Volcker, der den Vorsitz übernahm. Der offizielle Name der Kommission lautet *Independent Committee of Eminent Persones (ICEP)*. Sie besteht aus 6 Personen, wovon je drei von der World Jewish Restitution Organisation und von der Schweizerischen Bankiervereinigung bestimmt wurden.

⁵³² Arthur Andersen, KPMG Peat Marwick, Coopers & Lybrand und Price Waterhouse.

⁵³³ *Bundesbeschluss betreffend die historische und rechtliche Untersuchung des Schicksals der infolge der nationalsozialistischen Herrschaft in die Schweiz gelangten Vermögenswerte*.

Gestützt auf diesen Beschluss rief der Bundesrat am 19. Dezember 1996 die Bergier-Kommission⁵³⁴ ins Leben, benannt nach ihrem Präsidenten, dem Schweizer Wirtschafts- und Sozialhistoriker Professor Jean-François Bergier. Sie besteht aus 9 Mitgliedern, 4 davon aus dem Ausland (USA, Polen, Grossbritannien und Israel) und beschäftigt zahlreiche Forscher im In- und Ausland.

- (10) Die von den Banken und vom Parlament eingeleiteten Massnahmen hatten zu keiner Beruhigung der Situation geführt. Im Gegenteil. Bereits im Frühherbst 1996 hatten sich die Vorwürfe auf Themen wie „Raubgold“ (von Nazideutschland geraubtes Gold, das den Weg in die Schweiz fand) und die Flüchtlingspolitik der Schweiz im Zweiten Weltkrieg ausgeweitet. Immer lauter kam die Forderung auf, die Schweiz müsse für ihr angebliches Fehlverhalten finanzielle Entschädigungen leisten. Der Bundesrat gab deshalb am 25. Oktober 1996 die Einsetzung eines verwaltungsinternen Krisenstabs, einer sogenannten Task-Force "Vermögenswerte Naziopfer" bekannt. Als deren Chef wurde Botschafter Thomas Borer eingesetzt. Die rund 25-köpfige Task-Force ist seither bemüht, als eigentliche „Krisenfeuerwehr“ die Massnahmen zur Verteidigung der Schweiz zu koordinieren und das Image unseres Landes zu verbessern.
- (11) Inzwischen wurden in den USA vor diversen Gerichten mehrere Klagen (Sammelklagen, Class-Action-Suits, Class-Actions) gegen die Schweizer Banken eingeleitet. Den Beginn machte Rechtsanwalt Edward Fagan⁵³⁵, welcher im Namen der Auschwitz-Ueberlebenden Gizella Weisshaus am 3. Oktober 1996 eine Klage über 20 Milliarden Dollar einreichte. Tausende von Mitklägern schlossen sich an. Am 21. Oktober 1996 folgte im Namen von fünf Holocaust-Ueberlebenden die Klage einer Anwaltsgruppe um Michael Hausfeld, bei der keine Klagesumme genannt wurde. Zahlreiche weitere Klagen wurden eingereicht oder angedroht, so dass die Uebersicht heute kompliziert geworden ist⁵³⁶. Vgl. zu den Sammelklagen auch Ziffer (13)
- (12) Am 31. Dezember 1996 erschien in den beiden Zeitungen *24 heures* und *Tribune de Genève* ein Zeitungsinterview mit Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, das viel Staub aufwirbelte. Als abtretender Bundespräsident sprach Delamuraz von "*Kreisen in Washington und London*", denen es darum gehe, "*den Finanzplatz Schweiz zu diskreditieren*". Die Forderungen seien "*nichts anderes als eine Lösegelderpressung*". Dem Bundesrat wurde von breiten Kreisen vorgeworfen, mit dieser Aeusserung Antisemitismus ausgelöst zu haben. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) forderte deshalb am 25. Januar 1997 den Rücktritt von Bundesrat Delamuraz.
- (13) Wenige Tage später sorgte am 8. Januar 1997 ein weiterer Vorfall für Schlagzeilen: Der Sicherheitsbeamte Christoph Meili fand bei einem Rundgang bei der Schweizerischen Bankgesellschaft in Zürich Akten, die zur Vernichtung aufgestapelt waren. Meili nahm einige der Akten an sich und überbrachte sie der israelitischen Cultusgemeinde Zürich und einer Journalistin. Am 6. Februar 1997 wurde Meili vom Generaldirektor der Schweizerischen Bankgesellschaft, Robert Studer, in einer Arena-Sendung am Schweizer Fernsehen vorgeworfen, nicht nur aus ehrenwerten Beweggründen gehandelt zu haben. Am 30. April wanderte Meili mit seiner Familie in die USA aus, wobei er geltend machte, in der Schweiz bedroht zu sein. Meili erhielt am 15. Juli 1997 in den USA „Asyl gewährt“⁵³⁷.

⁵³⁴ Der offizielle Name der Kommission lautet *Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (UEK)*, auf Englisch *The Independent Commission of Experts*.

⁵³⁵ Im Team von Rechtsanwalt Fagan arbeitet auch Robert Swift, der als Anwalt im Prozess gegen die Familie des einstigen philippinischen Diktators Ferdinand Marcos bekannt geworden ist.

⁵³⁶ Neben der Klage *Gizella Weisshaus et al. versus Union Bank of Switzerland et al* folgten bis Ende Januar 1997 zwei Klägergruppen, die gegen die drei Schweizer Grossbanken, aber auch gegen die Bankiervereinigung und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) klagten. Die zwei Kanzleien Cohen, Milstein, Hausfeld & Toll in Washington und Milberg, Weiss, Bershad, Hynes & Lerach in New York klagten mit der Unterstützung von 10 weiteren Anwaltskanzleien im Namen von fünf Holocaust-Ueberlebenden. Am 16. April fasste der zuständige Richter in Brooklyn die Klagen zusammen. Ende Juli 1997 gruppieren die Kläger ihre Klagen neu zu den Klageschriften Weisshaus, Trilling-Grotch, Sonabend und World council of Orthodox Jewish Communities. Die dritte Klage war vom Weltrat der orthodoxen Juden in Brooklyn eingereicht, bei dem die Klagesumme ebenfalls offen gelassen wurde. Hinter einer der weiteren Klagen steht das *Simon Wiesenthal-Center* in Los Angeles.

⁵³⁷ Mit dem Erlass des *Bill for the relief of Christopher Meili* durch das Repräsentantenhaus, nachdem sich am 23. Mai 1997 bereits der US-Senat einstimmig dafür ausgesprochen hatte. Es handelte sich nicht um Asyl im Rechtssinne.

Die eingeleiteten Strafverfahren gegen Meili und den zuständigen Konzernarchivar der Bank, Erwin Haggenmüller, wurden am 27. September 1997 von der Bezirksanwaltschaft Zürich eingestellt. Am 14. Januar 1998 kündigte Rechtsanwalt Edward Fagan eine Klage von Meili gegen die Schweizerische Bankgesellschaft in der Höhe von 2,56 Milliarden Franken an (60 Millionen Franken für Meili als persönliche Entschädigung, den Rest als „Strafzahlung zugunsten der gesamten Schweizer Bevölkerung“).

- (14) Am 26. Januar 1996 publizierte die *Sonntags Zeitung* einen Artikel mit dem Titel Botschafter Jagmetti beleidigt die Juden. Darin wurde aus einem „vertraulichen Strategiepapier“ zitiert, das der schweizerische Botschafter in Washington, Carlo Jagmetti, am 19. Dezember 1996 an die Task-Force nach Bern geschickt hatte. Dass er darin von einem „Krieg“ sprach („es geht um einen Krieg, den die Schweiz an der Aussen- und Innenfront führen und gewinnen muss“), kostete ihn sein Amt. Unter dem entstandenen Druck reichte Jagmetti am 27. Januar 1997 „freiwillig“ seinen Rücktritt ein.
- (15) Am 5. Februar 1997 kündigte die Schweizerische Bankiervereinigung die Zahlung von 100 Millionen Franken als *humanitäre Geste* an Holocaust-Opfer durch die drei Schweizer Grossbanken an. Der Bundesrat richtete für dieses Geld einen Fonds ein. Mit der Leitung dieses Holocaust-Fonds wurde der Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes, Rolf Bloch, beauftragt⁵³⁸. Die Schweizer Wirtschaft steuerte in der Folge zusätzliche 70 Millionen Franken bei. Am 5. März 1997 stellte Bundespräsident Koller die Aufstockung um weitere 100 Millionen Franken durch die Schweizerische Nationalbank in Aussicht, womit sich der Fonds schliesslich auf insgesamt 270 Millionen Franken belief⁵³⁹.
- (16) Ebenfalls am 5. März 1997 stellte Bundespräsident Koller in Aussicht, die Schweiz werde Goldreserven der Nationalbank verkaufen und damit eine Solidaritätsstiftung mit einem Grundkapital von rund 7 Milliarden Franken errichten. Aus dem daraus zu erwartenden jährlichen Ertrag von rund 350 Millionen Franken würden „Opfer von Armut und Katastrophen, Genoziden und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen unterstützt, je zur Hälfte im In- und Ausland, selbstredend auch Holocaustopfer“.
- (17) Bereits im Herbst 1996 hatte die amerikanische Regierung eine Untersuchung in den USA angeordnet, um "das Auffinden von Gold und anderen während des Zweiten Weltkriegs gestohlenen Werten" zu erleichtern. Am 7. Mai 1997 wurde der erste Eizenstat-Bericht⁵⁴⁰ ("Eizenstat-I-Bericht") vorgelegt, eine unter der Leitung des Chefhistorikers des amerikanischen Aussenministeriums, William Slany, verfasste „vorläufige Studie“. Der Bericht gliedert sich in einen kurzen einleitenden Teil mit einem Vorwort von Unterstaatssekretär Stuart Eizenstat, in welchem dieser die Schweiz ohne Begründung schwer beschuldigte. Danach folgt ein Bericht- und Dokumententeil von insgesamt rund 500 Seiten.
- (18) Während des Sommers 1997 strahlte das Schweizer Fernsehen eine ganze Reihe von Beiträgen über die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg aus, welche unser Land schwer belasteten. Höhepunkt war die Koproduktion des Schweizer Fernsehens und der britischen BBC *Nazigold und Judengeld*, welche in der Schweiz am 3. Juli 1997 gesendet wurde. Diese Ausstrahlung führte zu heftigen Protesten aus der Schweizer Bevölkerung.
- (19) Im Juni 1997 wurden bei einem US-Bundesgericht in New York gegen 16 europäische Versicherungen (darunter die Winterthur-, Zürich- und Basler-Versicherung) Sammelklagen

⁵³⁸ Die sieben Mitglieder der Fondsleitung wurden vom Bundesrat gewählt. Vier (inkl. Präsident) stammen aus der Schweiz, drei aus dem Ausland, vorgeschlagen durch die World Jewish Restitution Organisation (WJRO). Ein Fondsbeirat von 18 Mitgliedern aus dem In- und Ausland, die Hälfte wiederum durch die WJRO vorgeschlagen, berät die Fondsleitung.

⁵³⁹ Da inzwischen Zins aufgelaufen ist, ist im Zusammenhang mit diesem „Holocaust-Fonds“ oft von einer leicht höheren Summe die Rede. Zusätzlich wurden von den Banken 15 Millionen gespendet, um die Administrationskosten der Verteilung zu decken.

⁵⁴⁰ Der Bericht trägt den Titel *Die Bemühungen der USA und der Alliierten, Gold und andere von Deutschland während des Zweiten Weltkriegs gestohlene oder versteckte Wertsachen aufzufinden und zurückzuerstatten*.

über insgesamt 24 Milliarden Franken eingereicht. Zwei Monate später nahmen sich US-Bundesstaaten wie New York und Kalifornien der Versicherungsproblematik an. Eine Delegation von US-Versicherungskommissären wollte Verhandlungen mit Deutschland, Frankreich und der Schweiz führen. Vor allem die Kommissarin des US-Staates Washington, Deborah Senn, tat sich mit der Forderung hervor, die europäischen Staaten müssten für amerikanische Inspektoren auch auf europäischem Territorium die Tore ihrer Archive öffnen.

- (20) Nachdem die eidgenössische Bankenkommission am 25. Juni 1997 die Banken per Rundschreiben verpflichtet hatte, nachrichtenlose Vermögen noch einmal zu melden und zu publizieren, veröffentlichten die Schweizer Banken am 23. Juli 1997 weltweit eine erste Banken-Liste. Sie enthielt rund 1'700 Namen von ausländischen Kontoinhabern mit Vermögenswerten von insgesamt 61,2 Millionen Franken. Davon kann nur ein Bruchteil jüdischen Naziopfern zugeschrieben werden.

Am 29. Oktober 1997 folgte die zweite Banken-Liste, die Sparguthaben und Nachmeldungen enthielt. Diese zweite Liste war aufgeteilt in einen ausländischen Teil mit 3'687 Namen (total 6,17 Millionen Franken) und eine schweizerische Liste mit rund 10'700 Namen (total 11,67 Millionen Franken auf Konten mit über Fr. 100.--). 63'621 Konten wurden gar nicht veröffentlicht, weil sich darauf weniger als Fr. 100.-- befanden. Der Gegenwert dieser 63'621 Konten, total 1,1 Millionen Franken, wurde von den Schweizer Banken dem Schweizerischen Roten Kreuz unter Wahrung der Ansprüche von eventuell noch zum Vorschein kommenden Kontoinhabern gespendet.

- (21) Bereits Ende Januar 1997 war in den USA zum ersten Mal ernstlich von Boykotten gegen die Schweiz die Rede. Am 30. Januar 1997 wurde im Stadtparlament von New York City (vom Führer der demokratischen Stadtrats-Mehrheit Peter F. Vallone) eine Resolution eingebracht, die einen Boykott der Schweizer Banken zum Ziel hatte. Ebenfalls am 30. Januar 1997 stellte der Staat New York das kurzfristige Anlagegeschäft mit den Schweizer Banken ein. Der Gouverneur des Staates New York, George Pataki, kündigte gleichzeitig eine Untersuchung über die Aktivitäten von Schweizer Banken in New York in den Jahren 1939 bis 1945 an.

Nun beschlossen die Behörden der Stadt New York am 7. Oktober 1997 unter Federführung des obersten Finanzbeamten (New York City's comptroller) Alain Hevesi, die Schweizerische Bankgesellschaft aus dem Emissionssyndikat einer Bond-Anleihe der Stadt New York auszuschliessen. Dies hatte Signalwirkung. Der Staat New York schloss sich dem Selektiv-Boykott an. Kurz darauf wurde bekannt, dass Kalifornien durch seinen Finanzvorsteher (Treasurer) Matt Fong bereits seit Sommer die Finanzgeschäfte mit Schweizer Banken ausgesetzt hatte, nicht nur mit der UBS, sondern generell. Vgl. zu den Boykotten auch die Ziffern (26) und (42).

- (22) Am 18. November 1997 wurden in Riga/Lettland die ersten Auszahlungen aus den 270 Millionen Franken des Holocaust-Fonds an bedürftige Holocaust-Opfer getätigt (pro Person 400 Franken).

Die Auszahlung der 270 Millionen schleppt sich stark in die Länge. Mehr als ein Jahr nach der Errichtung des Fonds waren erst rund 20 Millionen verteilt. Am 17. Juli 1998 wurde gemeldet, dass voraussichtlich noch im Verlauf des Jahres 1998 mehrere zehntausend jüdische Ueberlebende des Holocaust in den USA knapp 32 Millionen Dollar erhalten sollten.

- (23) Die amerikanische Aussenministerin Madeleine Albright stattete am 15. November 1997 der Schweiz einen offiziellen Kurzbesuch ab. Im Februar 1998 folgte ein inoffizieller Besuch der Präsidentengattin Hillary Clinton. Beide Personen lobten zwar die von der Schweiz in die Wege geleiteten Bemühungen. Zu einer Distanzierung von den Angriffen und Forderungen kam es jedoch nicht. Im Gegenteil: Aussenministerin Albright äusserte sich zwar in aller Freundlichkeit, gab aber ihrem Staatssekretär Eizenstat Rückendeckung,

indem sie dessen Behauptung wiederholte, die Schweiz habe zur Kriegsverlängerung beigetragen.

- (24) Am 1. Dezember veröffentlichte die Bergier-Kommission ihren ersten Bericht, eine statistische Uebersicht über den Goldhandel der Schweiz während des zweiten Weltkriegs. Neuigkeiten beinhaltete er kaum, mit Ausnahme der relativen Kleinigkeit, dass die Schweizer Geschäftsbanken (also nicht die Nationalbank) Gold für rund 41 Millionen Franken mehr aus Deutschland bezogen hatten, als bisher angenommen worden war.
- (25) Vom 2. bis 4. Dezember 1997 fand in London eine internationale Goldkonferenz statt, die weiteren Aufschluss über die Goldflüsse während des Zweiten Weltkriegs geben sollte. Bezüglich der Schweiz ergaben sich erneut keine nennenswerten, neuen Erkenntnisse.

Anlässlich dieser Goldkonferenz wurde zudem beschlossen, einen internationalen Holocaust-Fonds zu gründen. Bis Ende Juni 1998 wurden 57,5 Millionen Dollar zugunsten dieses Fonds zugesagt, davon 25 Millionen von den USA, 3,3 Millionen von Frankreich und 1,6 Millionen von Grossbritannien.

- (26) Am 8. Dezember 1997 fand im New Yorker Plaza Hotel auf Einladung des Finanzvorstehers der Stadt New York, Alan Hevesi, eine Konferenz amerikanischer Finanzbeamter statt (die sogenannte Hevesi-Konferenz), um über Boykottmassnahmen gegen die Schweiz zu diskutieren. Fast 800 Pensionskassenmanager von US-Bundesstaaten und US-Städten waren eingeladen, 200 Personen erschienen. Die anwesenden Vertreter von kommunalen und staatlichen Finanzbehörden trafen den Entscheid, die angedrohten Boykotte vorerst bis zum 31. März 1998 aufzuschieben (zu sistieren), um den Schweizer Banken die Möglichkeit offen zu lassen, doch noch "Kooperation zu zeigen". Ein fünfköpfiger Ausschuss ("Hevesi-Ausschuss") wurde eingesetzt, um das weitere Geschehen zu überwachen.

Trotz diesem Sistierungsentscheid beschloss das Parlament des Staates New Jersey kurz darauf ohne eine einzige Gegenstimme Boykottmassnahmen gegen Schweizer Banken. Das war das erste Mal, dass auch eine US-Legislative einen Boykott guthiess. In Kraft trat er allerdings nicht. Der Senat und die Gouverneurin kamen aufgrund der Einigung im August 1998 zwischen den Banken und der jüdischen Seite nicht mehr dazu, zuzustimmen. Vgl. zu den Boykotten auch die Ziffern (21) und (42).

- (27) Erneut wirbelte ein Interview eines abtretenden Bundespräsidenten Staub auf: Am 31. Dezember 1997 gab Bundesrat Flavio Cotti gegenüber der *Tribune de Genève* ein Interview, in welchem er sagte: „*Diese Attacken kommen (...) von der Ostküste der USA und ganz speziell aus New York*“. Dies bewog einen der Vizepräsidenten des jüdischen Weltkongresses, Kalman Sultanik, zur heftigen Kritik an Bundesrat Cotti. Er verglich ihn sinngemäss mit Kriegsverbrechern, indem er eine Anspielung auf Kurt Waldheim machte, der wegen (angeblichen) Kriegsverbrechen eine Einreisesperre in die USA auferlegt erhalten hatte⁵⁴¹.
- (28) Am 5. Januar 1998 wurde im englischen Fernsehsender *Channel 4* ein Bericht ausgestrahlt, in welchem der Schweiz vorgeworfen wurde, jüdische Flüchtlinge in Sklaven-Arbeitslagern gehalten zu haben, wo die Schweizer "*vorsätzlich versucht hätten, sie zu demütigen*". Gleichzeitig veröffentlichte das *Simon Wiesenthal-Center* in Los Angeles, eine der grössten jüdischen Organisationen in den USA (mit nach eigenen Angaben rund

⁵⁴¹ Zu erwähnen bleibt, dass fraglich ist, inwieweit die Vorwürfe gegen den ehemaligen UNO-Generalsekretär und späteren österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim überhaupt begründet waren. Schon bei den damaligen Angriffen gegenüber Waldheim spielte der Präsident des jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, eine zentrale und zweifelhafte Rolle. Der ehemalige Mitarbeiter des amerikanischen Geheimdienstes CIA, John Mapother, macht in seinem neuesten Buch geltend, das amerikanische Justizministerium habe Waldheim wider besseren Wissens aus politischen Gründen auf die sogenannte „Watchlist“ (d.h. die „Beobachtungsliste“) gesetzt. Es sei bekannt gewesen, dass die belastenden „Beweise“ auf unwahren Zeugenaussagen beruhten. Gemäss heutigen Erkenntnissen ist Waldheim wohl nicht Beteiligter, sondern nur Zeuge von Verbrechen gewesen, er habe allerdings nichts dagegen unternommen und dann seine Anwesenheit wahrheitswidrig bestritten.

400'000 Mitgliedern), eine Studie mit derselben Anschuldigung. Gestützt auf diese Vorwürfe drohte Rechtsanwalt Edward Fagan mit einer weiteren Sammelklage zugunsten von Häftlingen, welche in der Schweiz unter unhaltbaren Zuständen interniert worden seien.

- (29) Am 5. Februar 1998 erhob Senator D'Amato die Forderung, von der US-Aufsichtsbehörde sei die geplante Fusion zwischen dem Schweizerischen Bankverein und der Schweizerischen Bankgesellschaft so lange zu verhindern, bis die Banken verbesserte Kooperation zeigen. Nach einer längeren Phase der Unsicherheit wurde Ende Juni 1998 dann doch grünes Licht für die Fusion gegeben.
- (30) Am 19. Februar 1998 lehnte der Bundesrat eine Forderung des ehemaligen jüdischen Flüchtlings Charles Sonnabend gegen die Schweiz in der Höhe von Fr. 100'000 ab. Die Familie Sonabend war im August 1942 in die Schweiz geflüchtet, einen Tag, nachdem gemäss einer entsprechenden Weisung die Grenze geschlossen worden war. Sie wurde über die französische Grenze zurückgebracht und ausgewiesen. Beide Eltern Sonabend fanden den Tod im Konzentrationslager, die beiden Kinder überlebten.

Eine analoge Forderung lehnte der Bundesrat auch vier Monate später ab. Diesmal war sie von Joseph Spring (vertreten durch Rechtsanwalt und Nationalrat Paul Rechsteiner) erhoben worden, der damals zusammen mit seinen beiden Cousins ebenfalls zurück nach Frankreich ausgewiesen wurde. Joseph Spring überlebte den Krieg, seine beiden Cousins kamen im Konzentrationslager um.

- (31) Am 10. März 1998 erklärte Edgar Bronfman an einer Veranstaltung in Kalifornien, es sei an der Zeit, der Schweiz den "totalen Krieg" zu erklären, wenn sie nicht endlich Hand zu einer finanziellen Pauschallösung biete. Publiziert wurde diese Aussage im *Jewish Bulletin of Northern California*.
- (32) Am 26. März 1998 wurde erstmals (voreilig) die Meldung verbreitet, in einem "Deal von New York" hätten sich die jüdischen Organisationen Amerikas und die Schweizer Banken in einem umfassenden Vergleich geeinigt. Dieser sei von der amerikanischen Regierung abegesegnet worden. Die Grossbanken hatten jedoch lediglich in einem Brief gegenüber dem jüdischen Weltkongress und den Anwälten der Sammelklagen eine "ehrenhafte und moralische" Lösung in Aussicht gestellt. Die Banken hatten damit auf die Tatsache reagiert, dass das Moratorium für Boykotte Ende Monat ablief (vgl. Ziffer 26) und somit ab 1. April neue Boykottmassnahmen drohten.

Am selben 26. März tagte erneut der fünfköpfige Hevesi-Ausschuss (vgl. Ziffer 26). Dieser machte inzwischen geltend, im Namen von 800 Finanzbeamten zu handeln. Aufgrund der Erklärung der Banken vom selben Tag beschloss er, vorläufig weiterhin keine Boykotte gegenüber der Schweiz in die Tat umzusetzen. Vielmehr solle die Frist für die Banken, sich endlich kooperativer zu verhalten, erneut verlängert werden.

- (33) Am 5. Mai 1998 einigte sich die Cr dit Suisse mit der Holocaust-Ueberlebenden Estelle Sapir über eine Vergleichszahlung. Die Medien mutmassten, 500'000 Dollar seien bezahlt worden. Bemerkenswert war, dass die Bank nur deshalb bezahlte, weil ein Konto auf einen Namen Sapir existiert hatte, welches erwiesenermassen nach dem Krieg aufgehoben und saldiert worden war. Unrechtmässiges Verhalten der Bank war nicht belegt.
- (34) Am 12. Mai 1998 trat der Sekretär des jüdischen Weltkongresses, Israel Singer vor der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats auf. Am folgenden Tag kam es beim Auftritt von Singer bei der jüdischen Cultusgemeinde in Zürich zu einem Eclat. Eben war bekannt geworden, dass der europäische jüdische Kongress ihren Schweizer Vizepräsidenten Michael Kohn ausgeschlossen hatte, weil sich dieser in einem Interview in zwei welschen Zeitungen kritisch gegenüber den Aktivitäten des jüdischen Weltkongresses geäussert hatte (am 14. Juli 1998 folgte die Meldung, dass er nun doch nicht ausgeschlossen werde). Im Rahmen der ausgelösten Diskussionen beschimpfte Singer in einem emotionalen Auftritt die schweizerischen Juden und hielt ihnen vor, "*Ihr habt keine*

Ahnung, wie gut es Euch hier in der Schweiz geht. Ihr habt nicht den Hochschein einer Ahnung, was Antisemitismus wirklich ist". Offensichtlich an die Adresse von Michael Kohn erklärte er: *"Leute, die von der Gegenseite bezahlt werden, dürfen keine Position als jüdische Führer einnehmen".*

- (35) Am 18. Mai 1998 traf sich Präsident Bill Clinton bei einem Zwischenhalt mit Bundesrätin Ruth Dreifuss und dem neugewählten Bundesrat Pascal Couchepin in Genf. Gleichzeitig weilte Bundesrat Flavio Cotti in Israel, wo er sich mit Ministerpräsident Benjamin Netanyahu traf. Sowohl Clinton wie Netanyahu würdigten die Bemühungen der Schweiz zur Vergangenheitsbewältigung. Boykotte gegen die Schweiz seien abzulehnen. Es kam jedoch von beiden Staatsmännern zu keinen Verzichtserklärungen betreffend Forderungen gegenüber der Schweiz und auch zu keinen Distanzierungen gegenüber den Aussagen von Stuart Eizenstat oder gegenüber der Person Edgar Bronfman.
- (36) Am 25. Mai 1998 wurde der Raubgold-Zwischenbericht der Bergier-Kommission publiziert. Er beinhaltete wiederum nur sehr wenig neue Tatsachen. Neu war vielleicht einerseits, dass Schweizer Versicherungsgesellschaften noch in den letzten Monaten vor Kriegsende versuchten, durch Devisenimport deutsche Schulden abdecken zu können. Neu war andererseits vor allem, dass 119,5 Kilogramm Totengold im Wert von 581'899 Franken den Weg in die Schweiz gefunden hatten. Allerdings wurde auch hier ausdrücklich festgehalten, dass keine Anzeichen bestehen, dass die Herkunft von Totengold in irgend einer Form bekannt gewesen wäre. Was mit diesem Gold in der Folge geschah, ist unklar.
- (37) Am 2. Juni 1998 wurde der schon längst angekündigte zweite Eizenstat-Bericht ("Eizenstat-II-Bericht") über die Rolle der neutralen Staaten während des zweiten Weltkriegs veröffentlicht. Im Gegensatz zum ersten Bericht stellte er nicht die Schweiz ins Zentrum, sondern beschäftigte sich vor allem auch mit den Ländern Portugal, Spanien, Schweden und der Türkei. Betreffend der Schweiz ergaben sich wiederum keine nennenswerte neue Erkenntnisse. Allerdings unterstrich der Bericht ausdrücklich, dass die Spitze der Schweizer Nationalbank schon ab 1941 gewusst haben musste, dass Gold von fremden Nationalbanken bei den Goldlieferungen Deutschlands mit im Spiel war. Immerhin waren deutliche Ansätze von Selbstkritik ersichtlich; offenbar waren sich die Verantwortlichen bewusst, dass die Schweiz im ersten Bericht in zahlreichen Punkten ungerechtfertigt angegriffen war.
- (38) Anfangs Juni 1998 publizierte das Simon Wiesenthal-Center in Los Angeles eine Studie des Historikers Alan Schom, in welcher der Schweiz auf der ganzen Linie eine nazifreundliche Gesinnung angedichtet wurde⁵⁴². In den Schlussfolgerungen wurde die Schweiz zur Hochburg braunen Gedankenguts schlechthin gemacht: *"Wohl kein anderes Land in ganz Europa war gemessen an seiner Grösse und Bevölkerung von rechts-patriotischen und faschistischen Organisationen so verseucht gewesen wie die Schweiz".*
- (39) Am 30. Juni 1998 reichten der Washingtoner Anwalt Michael Hausfeld, sein New Yorker Kollege Melvyn Weiss und fast zwei Dutzend weitere jüdische Anwälte im Namen von fünf Holocaust-Opfern respektive deren Erben eine weitere Sammelklage beim amerikanischen Bundesbezirksgericht des Bezirks Columbia in Washington ein, diesmal gegen die Schweizerische Nationalbank. Eine Klagesumme wurde nicht genannt. Die Schweizerische Nationalbank nahm die Haltung ein, dass ein amerikanisches Gericht nicht zuständig sein kann, eine Klage gegen die schweizerische Nationalbank als Notenbank zu behandeln.
- (40) Am 1. Juli 1998 fand eine weitere "Hevesi-Konferenz" statt. Die anwesenden Finanzverwalter von Stadt und Staat New York beschlossen, die Schweiz mit einem "Swiss Economic Impact Program" unter Druck zu setzen, d.h. mit einer subtil durchdachten Staffelung von Boykotten, durch welchen der Druck kontinuierlich erhöht werden sollte. Alan Hevesi, Finanzvorsteher der Stadt New York und Carl McCall, Finanzchef des Gliedstaates New York, gaben bekannt, dass den Schweizer Banken eine letzte Frist bis

⁵⁴² Der offizielle Titel der Studie lautet *Survey of Nazi and Pro-Nazi Groups in Switzerland*, frei übersetzt als *Untersuchung betreffend der Nazifreundlichkeit der Schweiz*.

zum 1. September gesetzt worden sei. Komme keine Vereinbarung mit den jüdischen Organisationen zustande, trete ein erstes Paket von Sanktionsmassnahmen in Kraft (kurzfristige Investitionen und Zeichnung von Anleihen ausgesetzt). Nützt auch dies nichts, so würden die Banken am 15. November von weiteren Finanzgeschäften ausgeschlossen. Am 1. Januar 1999 folge dann der Antrag an ihre jeweiligen Parlamente, alle in New York tätigen Schweizer Firmen mit Sanktionen zu belegen. Am 1. Juli 1999 würden dann die städtischen und staatlichen Pensionskassen aufgefordert, ihre Investitionen bei Schweizer Firmen abzustossen.

Vgl. zu den Boykotten auch die Ziffern (21) und (25)

- (41) Am 1. Juli 1998 kündigte Unterstaatssekretär Stuart Eizenstat an, die USA und weitere 38 Staaten wollten von den Nazis gestohlene Kunstwerke ausfindig machen und deren Besitzer oder Erben entschädigen. Es wird eine Konferenz über Naziraubgut vorbereitet, die am 9. November 1998 abgehalten werden soll.
- (42) Seit Herbst 1995 gab es während der Sessionen der eidgenössischen Räte eine Vielzahl von persönlichen Vorstössen zur vorliegenden Problematik. Nachdem sie zu Beginn die ausländischen Anliegen weitgehend unterstützten, änderte aufgrund der ständigen Boykottandrohungen der Grundtenor im Parlament langsam. Aufsehen erregte insbesondere der Vorstoss von Nationalrat Tschuppert (FDP, Luzern), das Parlament habe vorläufig auf die Beschaffung des amerikanischen Luftüberwachungssystems Florako zu verzichten. Neben diversen ähnlich lautenden Einzelanfragen stellten die Fraktionen der Liberalen und der Freisinnigen Partei die Frage in den Raum, ob die Schweiz allenfalls zu Gegenboykotten greifen könne oder solle, falls die in den USA angedrohten Boykotte in die Tat umgesetzt würden. Nationalrat Paul Günter (SP, Bern) stellte sogar Massnahmen gegen Israel zur Diskussion betreffend der geplanten Bestellung unbemannter Aufklärungsflugzeuge (Ranger). Als Höhepunkt rief der Präsident der Schweizer Demokraten, Nationalrat Rudolf Keller, seinerseits zum Boykott "aller jüdischen und amerikanischen Waren, Restaurants und Ferienangebote" auf, was ihm eine Strafanzeige und eine Rücktrittsforderung eintrug.
- (43) Am 22. Juli 1998 führte der Bankenausschuss des amerikanischen Senats unter der Leitung von Senator D'Amato ein weiteres Hearing durch. Die Schweizer Banken, der Bundesrat und die Nationalbank hatten den Entscheid gefällt, nicht teilzunehmen. Anwesend war jedoch der als Buchautor ebenfalls eingeladene Nationalrat Jean Ziegler. Unterstaatssekretär Eizenstat forderte zwar, die auf den 1. September geplanten Sanktionen gegen die Schweiz vorerst aufzuschieben, gleichzeitig erwartete er aber von der Schweiz konkrete Aktionen und forderte die Schweizer Regierung auf, "Verantwortungsbewusstsein zu zeigen".
- (44) Ende Juli schickte Bundespräsident Flavio Cotti einen persönlichen Brief an Präsident Bill Clinton mit der Bitte respektive der Aufforderung, er solle sich entschieden gegen Sanktionen einsetzen.
- (45) Ab 27. April 1998 waren Vertreter der Schweizer Banken, des Jüdischen Weltkongresses und der Anwälte der Sammelklagen mit Staatssekretär Eizenstat ernstlich im Gespräch, um über die Details einer "Globallösung" zu verhandeln. Es solle ein "Gerechtigkeitsfonds" geschaffen werden, in den die zu vereinbarenden Zahlungen fliessen sollen. Nachdem die New York Times am 5. Juni eine angebliche Bankenofferte von 1,5 Milliarden Dollar publizierte, verschärfte sich die Meinungsverschiedenheiten. Die Banken dementierten sofort und erklärten, es höheres Angebot als 600 Millionen Dollar komme nicht in Frage.

Am 12. August 1998 konnte unter Vermittlung des zuständigen Sammelklagerichters Edward Korman eine Einigung getroffen werden. Die Banken erklärten sich bereit, 1,25 Milliarden Dollar zu bezahlen, also rund 1,8 Milliarden Franken. Demgegenüber erklärten die jüdischen Organisationen Verzicht auf jegliche weitere Forderungen, auch der Schweizer Industrie und der schweizerischen Nationalbank gegenüber. Die Sammelklagen werden zurückgezogen, inklusive diejenige von Chrisoph Meili (an den Verhandlungen waren die vier wichtigsten US-Klageanwälte Melvin Weiss, Robert Swift, Michael Hausfeld

und Edward Fagan), was gleichzeitig bedeutet, dass weitgehend keine neuen Sammelklagen mehr eingereicht werden können.

Ob mit dieser Vereinbarung die Forderungen gegenüber der Schweiz definitiv vom Tisch sind, wird sich weisen müssen. Ausgenommen von der Vereinbarung sind jedenfalls die Schweizer Versicherungen. Ebenso sind weiterhin individuelle Ansprüche gegenüber den Banken oder der Schweiz möglich. Denkbar ist vor allem, dass die Schweiz nicht mit rechtlich, sondern mit "moralisch" begründeten Forderungen unter Druck gesetzt werden wird. So zum Beispiel, wenn die Ergebnisse der Bergierkommission betreffend der Flüchtlingspolitik veröffentlicht werden.

Stand Ende Juli 1998:

- (46) Die Gelder des Holocaust-Fonds und des Gerechtigkeitsfonds sind zu verteilen. Dabei geht es insbesondere um die Frage, wie die nun zur Verfügung stehenden Gelder innerhalb der jüdischen Kreise aufgeteilt werden. Es zeichnet sich ab, dass einige der Rechtsanwälte (zumindest Michael Hausfeld und Melvyn Weiss) auf ein eigentliches Honorar verzichten werden. Fraglich ist vor allem, wer unter den gegebenen Umständen als berechtigtes Holocaust-Opfer gelten darf. Auch Personen, die nicht an den Klagen beteiligt waren?
- (47) Die Schweizer Banken führen ihre Suche nach nachrichtenlosen Konten weiter und werden die gefundenen Gelder an die Berechtigten ausbezahlen. Sie hoffen, diese Arbeit bis Ende 1998 abschliessen zu können. Die gefundenen Summen werden den vereinbarten 1,8 Milliarden Franken angerechnet.
- (48) Die historischen Untersuchungen der Bergier-Kommission werden noch einige Zeit in Anspruch nehmen. In der zweiten Hälfte 1998 ist der nächste Zwischenbericht über die Flüchtlingspolitik zu erwarten. Der Schlussbericht ist auf 2001 vorgesehen. Er wird den 6 Themen *Rolle des Finanzplatzes Schweiz, Beutekunst, Rolle der Schweizer Wirtschaft, staatliche und behördliche Massnahmen, Flüchtlingspolitik* sowie *Massnahmen nach dem Krieg* gewidmet sein.
- (49) Die Schweizer Bevölkerung wird früher oder später darüber abstimmen müssen, ob und wie die angekündigte 7-Milliarden-Solidaritätsstiftung errichtet werden wird, es sei denn, die politischen Behörden kämen doch noch zur Auffassung, es sei besser, die Stiftungsidee fallen zu lassen.
- (50) Ungelöste Probleme sind insbesondere noch die Themen Versicherungen (Schulden Schweizer Versicherungen aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs noch Geld) und Raubkunst (Sind allenfalls noch Kunstgegenstände an Erben von Holocaustopfer zurückzugeben, respektive sind diese zu entschädigen?). Auch individuelle gerichtliche Klagen sind noch möglich, die bereits eingeleiteten (Sonabend und Spring) sind noch nicht erledigt. Zudem scheint es zum innenpolitischen Thema zu werden, ob die Nationalbank unabhängig von Forderungen aus dem Ausland verpflichtet sei, aufgrund der Raubgoldproblematik Zahlungen ("Rückerstattungen") zu machen.